



Informationen

zur politischen Bildung / izpb

358

1/2024

Gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte 1945–1990



Inhalt

06



13



16



32



33

Geteilt und doch verbunden	4	Zwischen Annäherung und Abgrenzung – von Helsinki zum zweiten Kalten Krieg (1975–1989)	48
Von der Kapitulation zur doppelten Staatsgründung (1945–1949)	6	Annus mirabilis – friedliche Revolution und deutsche Einheit (1989/90)	58
Kalter Krieg und Blockintegration (1949–1955)	14	Zwischen Euphorie und Ernüchterung – das vereinte Deutschland Anfang der 1990er-Jahre	62
Zwischen Systemwettstreit und Mauerbau (1955–1961)	24	Glossar	68
Zwischen Reform und Revolte (1961–1969)	32	Literaturhinweise	74
Der flüchtige Zauber des Neuanfangs (1969–1975)	42	Der Autor	75
		Bildnachweise	75
		Impressum	75

Zu diesem Heft



42



58



66

41 Jahre lang – von 1949 bis 1990 – war Deutschland geteilt. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 befand sich das zerstörte Land zunächst unter der Herrschaft der vier alliierten Siegermächte. Vor 75 Jahren kam es zur doppelten Staatsgründung auf deutschem Boden: Während die USA, Großbritannien und Frankreich ihre Besatzungszonen bald zusammenschlossen und am 23. Mai 1949 mit der Verabschiedung des Grundgesetzes die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, kam es im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands am 7. Oktober 1949 zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Nachkriegsjahrzehnte prägten beide deutsche Staaten auf teils unterschiedliche, teils ähnliche Weise. So wurde in beiden Staaten ein neues Wirtschaftssystem eingeführt: in der Bundesrepublik die soziale Marktwirtschaft und in der DDR die staatlich gelenkte Planwirtschaft. Zudem fanden sich die Menschen im Wettstreit zwischen den USA und der Sowjetunion auf unterschiedlichen Seiten wieder. Der Kalte Krieg erreichte seinen Höhepunkt Anfang der 1960er-Jahre, als die Berliner Mauer gebaut wurde.

In der Bundesrepublik entstanden ab den 1960er-Jahren verschiedene Protestbewegungen, die einen antiautoritären Aufbruch forderten; es ging um mehr demokratische Teilhabe sowie die gesellschaftliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Die nach Kriegsende von den Alliierten betriebene „Entnazifizierung“ bewerteten viele als gescheitert – zumal diese in Ost und West ganz unterschiedlich verlaufen war.

„1968“ im Osten war von der blutigen Beendigung des Prager Frühlings geprägt, ein Datum, an dem für viele in der DDR feststand, dass der Sozialismus sowjetischer Prägung in der DDR nicht reformierbar war. Von der Streikbewegung in Polen 1980 führte schließlich eine Linie zur friedlichen Revolution gegen das SED-Regime in der DDR, die 1989 die Berliner Mauer und damit die Diktatur zu Fall brachte.

Auch fast 35 Jahre nach dem Mauerfall ist die Trennung zwischen Ost und West präsent. Laut einer Studie der Universität Jena fühlen sich 20 Prozent der Ostdeutschen „abgehängt“, im Westen geben dies nur 8 Prozent an. Dieses Empfinden dient häufig auch als Erklärung für die Wahlerfolge von Populisten und Extremisten in Ostdeutschland. Aus dem „Deutschland-Monitor“ ging 2023 hervor, dass 56 Prozent der Ostdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind; im Westen sind es 40 Prozent.

Die Darstellung in diesem Heft erzählt vor allem die Verflechtungsgeschichte der beiden deutschen Staaten. Die überwundene Phase der deutschen Teilung erscheint kürzer, je länger sie zurückliegt. Und doch prägt sie die deutsche Gesellschaft bis heute.

Laura Gerken

Dierk Hoffmann

Geteilt und doch verbunden

Ein Plädoyer für eine gemeinsame und differenzierte Darstellung der Nachkriegsgeschichte beider deutscher Staaten – anstelle der bis heute üblichen getrennten Erzählung.

Mit wachsendem zeitlichen Abstand nehmen die Deutungskämpfe in der Öffentlichkeit über die friedliche Revolution 1989 und die deutsche Einheit 1990 immer mehr zu. Zu den vorgetragenen Kritikpunkten zählen etwa das nach wie vor bestehende Wohlstands- und Lohngefälle zwischen West- und Ostdeutschland, die vergleichsweise niedrigen Renten im Osten, aber auch die fehlende Repräsentanz Ostdeutscher in den Funktionsebenen. Während die Bundesrepublik 1990 von einem Großteil der damaligen DDR-Bevölkerung als lang ersehnte Problemlöserin angesehen wurde, erscheint sie in jüngster Zeit hauptsächlich als Problemerzeugerin. Der „Westen“ ist mittlerweile eine Projektionsfläche für viele enttäuschte Hoffnungen.

Diese Sichtweise hat der Leipziger Literaturwissenschaftler Dirk Oschmann in einer Streitschrift unter dem Titel „Der Osten. Eine westdeutsche Erfindung“ nun auf die Spitze getrieben. Sein Vorwurf lautet, dass der Westen den Osten „diskursiv zurechte[n]“ würde. Er sei verantwortlich für die „seit über 30 Jahren bestehenden Ächtungen und radikalen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligungen des Ostens“. Nach der Wiedervereinigung habe sich nämlich „die Teilung der Geschichte als geteilte Geschichte fortgesetzt“.

Ist dieser Vorwurf berechtigt? Diese Ausgabe der „Informationen zur politischen Bildung“ greift Oschmanns Plädoyer auf, „die **geteilte** Geschichte nach 1945 und mehr noch nach 1990 als **gemeinsame** Geschichte zu begreifen“. Im Folgenden geht es darum, die Epoche des geteilten Deutschlands differenziert darzustellen – mit ihren Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten. Dabei wird – ganz anders als bei Oschmann – von der These ausgegangen, dass die Farben der Geschichte nicht Schwarz und Weiß, sondern die verschiedensten Grauschattierungen sind. Oder, um es noch etwas anschaulicher zu sagen: Geschichte ist bunt, so wie das Leben bunt ist.

Das Interesse an der deutschen Nachkriegsgeschichte ist in den letzten Jahren stark gestiegen, was allein die große Anzahl von Buchpublikationen und Fernsehdokumentationen eindrücklich belegt. Manche Deutungen, etwa als Erfolgsgeschichte (für die Bundesrepublik Deutschland) bzw. Misserfolgsgeschichte (für die DDR) sind jedoch umstritten. Obwohl es konzeptionelle Überlegungen für eine integrierte deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte gibt, werden – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die drei westlichen Besatzungszonen bzw. die Bundesrepublik auf der einen und die sowjetische Besatzungszone (SBZ) bzw. die DDR auf der anderen Seite häufig noch getrennt untersucht. Das gilt erst recht für die öffentlichen Debatten, die nicht nur auf einer zweigliedrigen Betrachtungsweise beruhen, sondern auch mangelnde Kenntnisse über die Geschichte Ostdeutschlands offenbaren.

Die im Folgenden ausgewählten inhaltlichen Schwerpunktfelder zeigen jedoch, dass die Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West erheblich waren: So ging es nach 1945 zunächst um die Bewältigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgelasten des Zweiten Weltkrieges und der NS-Diktatur. Ab den 1970er-Jahren mussten Bonn und Ost-Berlin Antworten auf globale Herausforderungen finden, die vom Erdölpreisschock und dem Ende des Wirtschaftsbooms ausgingen. Zu den globalen Trends gehört auch die zunehmende Individualisierung, die in den westlichen, aber auch östlichen Industriegesellschaften zu beobachten ist.

Trotz enger deutsch-deutscher Beziehungen und Verflechtungen ist die Erzählung der Geschichte zweier getrennter deutscher Staaten mit unterschiedlichen Politik- und Wertvorstellungen sowie konträren Wirtschafts- und Sozialsystemen weiterhin legitim. Dafür sprechen nicht zuletzt die in Ost und West getroffenen Weichenstellungen zwischen Kriegsende und Mitte der 1950er-Jahre. Hier geht es jedoch um neue bzw. ergänzende Perspektiven, also um eine vergleichende Untersuchung beider deutscher Staaten: eine beziehungs- und verflechtungsgeschichtliche Betrachtung des Verhältnisses zwischen der Bonner Republik und dem Ost-Berliner Staatssozialismus sowie eine Analyse der teils gemeinsamen, teils unterschiedlichen Erfahrungen und Erwartungshaltungen der Menschen im geteilten Deutschland.

Auf diese Weise lassen sich neue Fragen stellen, die zudem einen Ausweg aus der Sackgasse bieten könnten, in der sich aktuelle Mediendebatten befinden. Diese konzentrieren sich vornehmlich auf den Ost-West-Gegensatz. Wichtig ist, empirische Daten aus Ost und West analytisch zu betrachten und ausgewogen zu interpretieren. Nur so können möglichst tragfähige Ergebnisse bezüglich des Verhältnisses zwischen Ost und West, auch hinsichtlich Gemeinsamkeiten und Unterschieden, herausgearbeitet werden.



➤ Diskurs zu Dirk Oschmanns Buch „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“ – zwei Perspektiven

1. Perspektive

Am Ende fragt der Autor [Dirk Oschmann] selbst, was für ein Buch er da geschrieben hat. „Eine Schmähchrift, eine Tirade, eine Litanei, eine Polemik, ein undifferenzierter Redeschwall?“ Es ist vor allem eine Wutrede, hemmungslos, wütend, provozierend, undifferenziert und ungerecht. Erstes Gefühl beim Lesen, zumindest für den im Osten sozialisierten Rezensenten: Es hat etwas Reinigendes und, zugegeben, auch Befreiendes. Denn Oschmann fegt den beim Thema Osten bis heute fast ganz westdeutsch dominierten Diskursraum mal so richtig durch und steigert sich in einen Rausch.

[...] Auch 30 Jahre nach der Einheit sei der Osten im öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik die Abweichung, der komische Landstrich, der aufholen, lernen und sich normalisieren müsse, während der Westen stets die Norm sei. Die DDR werde bis heute nicht als Teil gesamtdeutscher Geschichte begriffen, der sie zweifellos ist, und die sogenannten neuen Länder würden lediglich als „klapperndes Anhängsel“ betrachtet. Oschmann fordert nun, den Osten zu „desidentifizieren“, also aus seinem ungewollten und zugeschriebenen Ostdeutschsein, „aus der Schmutzdecke“ herauszuholen, „in die ihn der Westen zur Sicherung des eigenen Wohlbefindens erfolgreich verbannt hat“.

Da ist bei aller Polemik viel dran, wie etwa der Umgang mit Rechtsextremismus, der AfD oder den Corona-Protesten zeigt: Sie werden in der Öffentlichkeit fast ausschließlich im Osten verortet, oft mit dem Zusatz, dass es der Osten sei, der spalte. Doch weist der Autor zu Recht darauf hin, dass es die einseitige Zuschreibung dieser gesamtdeutsch auftretenden Probleme ist, die spaltet. Ostdeutschland fungiert in der Bundesrepublik als eine Art gesellschaftliche Bad Bank, in die alle Probleme ausgelagert werden. Oschmann prangert das an. Über den Osten werde „zynisch, herablassend, selbstgefällig, ahistorisch und selbstgerecht“ geredet, Osten sei ein Stigma, Ostdeutschsein „das Allerletzte“. [...]

Ähnliches würde in Bezug auf westdeutsche Regionen oder andere Bevölkerungsgruppen wohl kaum durchgehen. Bis heute ist das Adjektiv „ostdeutsch“ in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit ein Mittel negativer Distinktion: Schriftsteller, Sportler, Schauspieler werden ostdeutsch genannt, während ihre West-Pendants nicht westdeutsch, sondern „deutsch“ sind. Ostdeutschen jedoch fehlen der gesamtdeutsche Diskursraum und öffentliche Schaltstellen, in denen sie vertreten sind. [...]

Zu viele Ostdeutsche glauben „den Medien“ deshalb gar nichts mehr, was wiederum fatale Folgen bei Themen wie Corona oder dem russischen Angriff auf die Ukraine hat. Oschmann schildert das alles im Duktus eines fortwährenden Wutanfalls und behauptet, dass sich an den Ursachen rein gar nichts ändere. Dabei übersieht er, dass sich seit einiger Zeit zumindest medial doch etwas tut. Jahrzehntelange Stereotype, die den Osten stets nur mit Stasi, Nazis und Hartz IV gleichsetzten, gibt es immer weniger. Die „Tagesthemen“-Rubrik „mittendrin“ etwa liefert ausgewogene Berichte aus Ostdeutschland, und in den Redaktionen großer Tages- und Wochenzeitungen arbeiten nicht mehr nur Alibi-Ossis.

Oschmann gibt zu, dass es eine Mehrzahl Ostdeutscher gibt, die ihre Chance im wiedervereinten Land genutzt und

aus ihrem Leben etwas gemacht haben. Er zählt sich selbst dazu. [...]

Dieses Buch wird für Furore sorgen, weil es mit dem alten Muster, den Osten aus dem Westen zu erklären, radikal bricht. Einwände werden kommen: Darf der überhaupt mitreden? Wie kommt er dazu? Zieht die Mauer wieder hoch! Das alles ist so erwartbar wie belanglos. Oschmann ist niemand, der die DDR wiederhaben will. Er nennt sie uneingeschränkt einen „Unrechtsstaat“, er schätzt die Bundesrepublik, er jammert nicht, sondern kritisiert. [...]

Stefan Locke, „Den Diskursraum kräftig durchfegen“, in: F.A.Z. vom 7. März 2023. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

2. Perspektive

Interview mit Anne Rabe; ihr Roman „Die Möglichkeit von Glück“ spielt in Ostdeutschland nach 1990.

[...] Bei einem Sachbuch denkt man beim Lesen über die Fakten nach, beim Roman ist man als Leser in der Regel anders involviert [...]. Haben Sie auch deshalb diese Form gewählt, um dieses Gespräch anzustoßen?

Das ist mir sehr wichtig. [...] Man muss wissen, wo man herkommt, die Menschen waren ja nach 1990 nicht einfach andere. Ich möchte, dass die Diktaturgeschichte der DDR in die gesamtdeutsche Geschichte integriert wird. Warum hat das 40 Jahre lang so gut funktioniert? Es reicht nicht, die DDR immer nur vom Ende her, von der friedlichen Revolution her zu erzählen. [...]

Kann in diesem Dialog nicht auch das Buch eines Mannes sozusagen aus Ihrer Elterngeneration helfen – von Dirk Oschmann?

Ich habe da meine Zweifel. Meiner Meinung nach lässt er einfach zu viel aus. Wenn er behauptet, die ostdeutschen Männer waren die diskriminierteste Gruppe nach 1990, kann ich ihm nur widersprechen. Aus dieser Gruppe kam so viel Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten, gegen Andersdenkende oder auch Obdachlose. Da wurden Menschen ermordet. Herr Oschmann hat ein Gespräch mit mir, das auf der Leipziger Buchmesse stattfinden sollte, abgesagt. Soweit ich weiß, waren das keine Termingründe. In Interviews wehrt er sich gegen die Kritik an seinem Buch aus meiner Generation.

Aber er hat eine wichtige Diskussion angestoßen.

Dann muss man die auch führen. Nehmen wir die ökonomischen Fragen: Da wird ausgeklammert, auf welchem Stand die Wirtschaft im Osten damals war und wie das dann ablief. Nach der Vereinigung haben nicht selten auch die alten Seilschaften mitgeholfen, Betriebe zu schließen und an westdeutsche Konkurrenten zu übergeben. Man kann den Osten 30 Jahre nach der Wende nicht als homogene Masse erzählen. Es gab so viele Menschen, die nach 89 keine Chance hatten, weil sie zum Beispiel in der DDR in der Opposition waren und deshalb in Gefängnissen saßen, ohne Ausbildung oder gar Abitur und Studium blieben. [...]

Cornelia Geißler, „Es reicht nicht, die DDR immer nur vom Ende her zu erzählen“, in: Berliner Zeitung vom 26. April 2023



Die Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges: Essensausgabe am 26. März 1946 in Hamburg

Dierk Hoffmann

Von der Kapitulation zur doppelten Staatsgründung (1945–1949)

Unter der Herrschaft der vier Besatzungsmächte gilt es, das zerstörte Deutschland wiederaufzubauen und sich mit den Folgen des Krieges auseinanderzusetzen – das Resultat: ein geteiltes Deutschland.

Besetztes Land

Nachdem die Wehrmachtsführung am 8./9. Mai 1945 zunächst im französischen Reims und anschließend in Berlin-Karlshorst bedingungslos kapituliert hatte, ging die Herrschaftsgewalt in Deutschland auf die USA, die UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, kürzer: Sowjetunion), Großbritannien und Frankreich über. Von ihnen hing die Zukunft des besetzten Deutschlands ab.

Die Besatzungsmächte begannen als erstes mit dem Aufbau einer Militärverwaltung. Während sich in Baden-Baden die französische Militärregierung etablierte, richteten die US-Amerikaner ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main ein, und zwar im Verwaltungsgebäude des nach Kriegsende zerschlagenen Chemie- und Pharmakonzerns IG Farben. Dagegen verteilten die

Briten ihr Hauptquartier auf mehrere Orte: Bad Oeynhausen, Lübbecke, Herford und Minden. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) wies wiederum eine stark zentralistische Struktur auf. Unterhalb der Zentralinstanz in Berlin-Karlshorst gab es noch fünf Landesverwaltungen (SMA) sowie weitere Verwaltungseinheiten auf Kreisebene.

Der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen entsprach die gemeinsame Verwaltung der früheren Reichshauptstadt, die in vier Sektoren aufgeteilt wurde. Während der Alliierte Kontrollrat für die gemeinsame Besatzungspolitik in allen Zonen zuständig war, lag die Regierungsgewalt in Berlin bei der Alliierten Stadtkommandantur. Berlin besaß somit einen Sonderstatus, der bis zum Abschluss des Viermächteabkommens 1971 Anlass für zahlreiche Krisen war.

Die alliierten Besatzungszonen und ehemalige Ostgebiete 1945



Quelle: mr-kartographie, Gotha 2024

Gemeinsame Herausforderungen

Ernährungskrise

Im Nachkriegsdeutschland sahen sich die vier Besatzungsverwaltungen drei großen Herausforderungen gegenüber. Erstens machte sich überall die schlechte Ernährungslage der Bevölkerung bemerkbar, die die städtische Bevölkerung stärker als die Menschen auf dem Land traf. Bei der offiziellen Angabe der durchschnittlich zur Verfügung stehenden Kalorienmenge pro Tag befand sich die US-amerikanische Zone Mitte 1946 mit 1330 Kalorien an der Spitze, gefolgt von der russischen (1083), der britischen (1050) und der französischen Besatzungszone mit 900 Kalorien.

Die Versorgungslage wurde dadurch verschärft, dass durch Gebietsverluste (Ostpommern, Pommern, Schlesien) rund 25 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche verloren gegangen waren. Auf verkleinerter Gesamtfläche musste nunmehr eine größer gewordene Bevölkerung versorgt werden. So lebten auf dem Gebiet der drei Westzonen 1946 etwas mehr als 45 Millionen Menschen, zwei Millionen mehr als 1939. Einen deutlichen Zuwachs verbuchte auch die SBZ (Sowjetische Besatzungszone), in der die Bevölkerung zwischen 1939 und 1946 um etwa 1,3 Millionen auf 18 Millionen stieg. Erschwerend kam der Rückgang der Ernteerträge hinzu.

Die Ernährungskrise wurde 1946/47 durch eine Kohlekrise noch verschärft, sodass bereits zeitgenössisch von einem Hungerwinter die Rede war. Kohle wurde nicht nur als wichtiger

Rohstoff in der deutschen Industrie benötigt, sondern auch als Energieträger für die privaten Haushalte und als Befeuerungsmittel für das stark beschädigte Transportsystem. Die Versorgungskrise hatte Folgen: So verursachte das sinkende Warenangebot bei unveränderter Nachfrage und ohne funktionierende Währung eine Ausbreitung des Schwarzmarktes. Darüber hinaus stiegen die Fälle ansteckender Krankheiten, insbesondere Diphtherie, Tuberkulose und Typhus, rapide an. Schließlich erhöhte sich die Zahl der registrierten Diebstähle spürbar – der Hunger senkte die Hemmschwelle, Straftaten zu begehen.

Kriegszerstörungen und Demontagen

Zweitens gab es fast überall Kriegszerstörungen, allerdings waren die Regionen in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. In zahlreichen Großstädten war durch den Bombenkrieg mehr als die Hälfte des Wohnraums vernichtet worden. Am Ende des Krieges waren Köln, München, Berlin, Dresden, Hamburg und Magdeburg kaum noch wiederzuerkennen. Die Infrastruktur, vor allem das Verkehrsnetz, war durch gezielte Bombardierungen sowie aufgrund von Zerstörungsmaßnahmen des untergehenden NS-Regimes (Hitlers „Nerobefehl“) nachhaltig in Mitleidenschaft gezogen worden. In der britischen Zone waren im Mai 1945 von insgesamt 13 000 Straßenkilometern nur rund 1000 km befahrbar; alle Rheinbrücken waren bis auf eine zerstört.

Zu den Kriegszerstörungen kamen die Demontagen hinzu, die den wirtschaftlichen Substanzverlust erhöhten. Während sie in

den drei Westzonen keine nennenswerte Rolle spielten, prägten sie in der SBZ von Anfang an die ökonomische Situation. Bereits kurz nach dem Einmarsch begannen Einheiten der Roten Armee mit dem Abbau von Industrieanlagen, die in der Sowjetunion wiederaufgebaut werden sollten. Moskau, das auf diese Weise nach Wiedergutmachung für den von Deutschland geführten Vernichtungskrieg strebte, ging zunächst unkoordiniert vor. Mit der Gründung der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) im Frühsommer 1946 fand ein Kurswechsel statt, da Moskau dazu überging, die ostdeutschen Ressourcen vor Ort zu nutzen. Auf Demontagen wurde nun weitgehend verzichtet; Reparationszahlungen erfolgten aus der laufenden Produktion vor Ort.

Insgesamt gab es in den Westzonen vergleichsweise größere Kriegszerstörungen, während der Osten Deutschlands sehr stark von sowjetischen Beuteaktionen, Demontagen und Reparationsleistungen für die östliche Besatzungsmacht betroffen war. Allein durch die Demontagen wurden circa 30 Prozent der industriellen Kapazitäten (Stand 1944) in der SBZ abgebaut. Die höchsten Verluste verzeichneten die Branchen, die während der NS-Kriegswirtschaft den größten Zuwachs erzielt hatten – das heißt Treibstoffwerke, Flugzeugindustrie, Metallurgie und Werkzeugmaschinenbau sowie Feinmechanik und Optik.

Durch die Demontagen wurden demnach rüstungsbedingte Überkapazitäten abgebaut. Doch auch andere Wirtschaftszweige wie die Textil- und Druckindustrie, deren Produktionsvolumen schon während des Zweiten Weltkrieges abgenommen hatte, wiesen spürbare Einschnitte auf. Die ostdeutsche Wirtschaft konnte die kurzfristigen Folgen der Demontagen relativ rasch überwinden, insbesondere durch einen Mehreinsatz von Arbeitskräften. Außerdem machten sich die positiven Effekte aus der anlaufenden Produktion von Reparationsgütern bemerkbar. Dagegen trugen die teilungsbedingte Unterbrechung von Produktions- und Lieferketten sowie die SED-Autarkiepolitik [Autarkie = die vollständige oder teilweise Selbstversorgung eines Haushalts, einer Region oder eines Staates mit Gütern und Dienstleistungen – Anm. d. Red.] zu den schlechten Startbedingungen der Wirtschaft in der SBZ/DDR bei.

Flucht und Vertreibung

Die durch den Zweiten Weltkrieg verursachten Veränderungen der Bevölkerungsstruktur stellten die dritte große Herausforderung für die vier Siegermächte dar. Denn der nationalsozia-

listische Vernichtungskrieg in Osteuropa schlug ab Ende 1944 auf Deutschland zurück. Mit dem Vorrücken der Frontlinie gen Westen waren gewaltige Bevölkerungsverschiebungen verbunden, die die Alliierten in Potsdam (siehe S. 8 ff.) absegneten. Ein Großteil der deutschen Bevölkerung floh gegen Ende des Krieges; gleichzeitig begann die „wilde“ Vertreibung und gewaltsame Aussiedlung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. In den vier Besatzungszonen wurden Ende Oktober 1946 mindestens zehn Millionen Vertriebene gezählt.

Überall war ein enormer Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen: In der britischen Zone stieg die Zahl um 18 Prozent, in der US-Zone um 23 Prozent und in der SBZ um 16 Prozent. Dabei sagen diese Durchschnittswerte nichts über die regionale Verteilung aus. So trugen die agrarisch geprägten Länder Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern die Hauptlast. In manchen Regionen veränderte sich die Bevölkerungsstruktur grundlegend; konfessionelle Grenzen verschoben sich. Darüber hinaus veränderten sich die Zahlen im Laufe der Zeit aufgrund weiterer Zuwanderungen bzw. Binnenwanderungen erheblich.

Zum 1. April 1947 verteilten sich die 10,1 Millionen Geflüchteten und Vertriebenen mit fast vier Millionen auf die SBZ, mit 3,2 Millionen auf die britische und mit 2,9 Millionen auf die US-amerikanische Zone. Dagegen wurden in der französischen Zone, die sich nach außen regelrecht abschottete, nur 50 000 Vertriebene gezählt. Ein Verteilungskampf um die begrenzten Ressourcen (Wohnraum, Nahrungsmittel, Arbeit) kennzeichnete die gesamtdeutsche „Zusammenbruchgesellschaft“ (so der Historiker Christoph Kleßmann).

Die zugezogenen Vertriebenen waren in ihrer neuen Heimat oftmals nicht willkommen und stießen auf Ressentiments in der alteingesessenen Bevölkerung, so wie im badischen Städtchen Lahr. Bei einem Fastnachtsumzug Ende der 1940er-Jahre hielten zwei Teilnehmer ein Plakat mit einer eindeutigen Botschaft hoch: „Badens schrecklichster Schreck – der neue Flüchtlingstreck!“ Auch die deutsche Verwaltung zeigte kein Mitleid: Der sächsische SED-Innenminister und nachmalige Chef der Deutschen Volkspolizei Kurt Fischer (1900–1950) sprach im Kontext der Fluchtbewegung von „Heuschreckenschwärmen“, die durch das Land streiften und „die unreifen Früchte von den Feldern herunternahmen“.

NS-Eliten vor Gericht

Nürnberger Kriegsverbrecherprozess und alliierte Nachfolgeprozesse

Auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) konnte zwar eine Einigung über allgemeine Ziele der Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands erzielt werden. Doch bei der konkreten Umsetzung zeigten sich rasch die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Siegermächte. Zunächst musste sich die noch greifbare Führungsriege des NS-Regimes im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess der Verantwortung stellen. Der Prozess, der weltweit große Aufmerksamkeit fand, endete nach 218 Verhandlungstagen mit dem Urteilsspruch am 1. Oktober 1946: Das Gericht verhängte zwölf Todesurteile und gegen sieben weitere Angeklagte langjährige Haftstrafen. Aufsehenerregend waren auch die zwölf Nachfolge-Prozesse in der US-Zone, bei denen deutsches Leitungspersonal aus Politik, Diplomatie, Militär, Wirtschaft und Medizin auf der Anklagebank saß.



Nach dem Zweiten Weltkrieg werden die Sudetendeutschen aus ihrer Heimat vertrieben, Fotoaufnahme aus Marienbad vom 25. Januar 1946.

Entnazifizierung

Ende der 1940er-Jahre war jedoch die Gemeinsamkeit der alliierten Entnazifizierungspolitik weitgehend aufgebraucht. Fortan ging jede Besatzungsmacht eigene Wege, wobei die Unterschiede zwischen den drei Westzonen auf der einen und der SBZ auf der anderen Seite rasch deutlich wurden. Die US-Amerikaner nahmen von ihrem anfänglichen moralischen Rigorismus Abstand und legten stattdessen immer mehr Wert auf eine „Re-Education“ bzw. „Re-Orientierung“ der Deutschen. Die Sowjets gingen dazu über, die Entnazifizierung in der eigenen Zone mit der politischen und sozioökonomischen Neuordnung zu verbinden. Dabei war die vollständige Entfernung ehemaliger NSDAP-Mitglieder aus allen wichtigen Stellungen des öffentlichen Lebens ein selbst gestecktes Ziel, das jedoch bald unterlaufen wurde.

Auch in der SBZ musste auf Fachleute, die etwa für die Funktion staatlicher Verwaltungen unentbehrlich waren, Rücksicht genommen werden. Die durch die Entnazifizierung entstandene Personallücke wurde außerdem noch durch die Abschaffung des Berufsbeamtentums weiter vergrößert. Bis August 1947 verloren circa 520 000 Personen ihren Arbeitsplatz; 12 807 Angehörige der SS, Gestapo sowie der politischen Führung der NSDAP wurden verurteilt.

Die sowjetische Besatzungsmacht nutzte den Personal- und Elitenwechsel, um in den Schaltstellen der Verwaltung sowie in Polizei, Justiz und Schule immer mehr Kommunisten einzusetzen. Unter direkter Anleitung des sowjetischen Geheimdienstes wurden Internierungslager eingerichtet, unter anderem in den

ehemaligen Konzentrationslagern Buchenwald und Sachsenhausen. Die sogenannten Speziallager dienten neben der Inhaftierung von Nationalsozialisten dazu, Gegner (vor allem Sozialdemokraten und Mitglieder der bürgerlichen Parteien) und vermeintliche Oppositionelle der kommunistischen Herrschaft mundtot zu machen. In den insgesamt zehn Speziallagern in der SBZ waren zwischen 1945 und 1950 etwa 150 000 Deutsche inhaftiert, von denen ungefähr 70 000 ums Leben kamen. Internierungslager gab es auch in den Westzonen, allerdings nicht so lange und nicht mit der hohen Todesrate.

Aufbau von Verwaltung und Parteien

Der Aufbau der deutschen Verwaltung sowie der Parteien erfolgte in einem unterschiedlichen Tempo, wobei die SBZ eine Vorreiterrolle einnahm. Bereits vor Kriegsende hatte die Kremelführung Kommunisten, die nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 nach Moskau emigriert waren, nach Deutschland fliegen lassen. Die Sowjetunion wollte schnell Tatsachen schaffen und die westlichen Besatzungsmächte unter Druck setzen. So setzte der sowjetische Stadtkommandant Nikolai E. Bersarin (1904–1945) am 14. Mai 1945 einen Magistrat in Berlin ein, wobei deutsche Kommunisten vor allem die Innenverwaltung übernahmen. Nach diesem Muster verfuhr die sowjetische Militärverwaltung auch in anderen ostdeutschen Städten.



Die Nürnberger Prozesse und Erinnerungskultur in Deutschland

„Zwei Bilder Deutschlands liefern den dramatischen Beweis, dass die Alliierten den Krieg gewonnen haben. Zum einen das Panorama der in Asche gelegten deutschen Städte, zum anderen das Tableau der mit Nazi-Gefangenen besetzten Anklagebänke im flutlichterhellten Saal des Kriegsverbrechergerichts von Nürnberg.“ Als die amerikanische Journalistin Janet Flanner dies im Dezember 1945 niederschrieb, war die Verhandlung gegen Ex-Reichsmarschall Göring und 20 anwesende Mitangeklagte schon seit fast einem Monat im Gange. Auch unter den Deutschen erkannten damals viele die besondere historische Bedeutung des Nürnberger Hauptkriegsverbrechertribunals. Hier wurden nicht nur rechtliche Grenzen gegen staatliche Willkürherrschaft und ungehemmten militärischen Expansionsdrang gezogen, sondern gleichzeitig sollten die geschichtlichen Ursachen für den nationalsozialistischen Vernichtungs- und Rassenkrieg juristisch aufgedeckt werden. Insofern war Nürnberg auch der exemplarische Versuch, Geschichte mit den Mitteln des Rechts zu „bewältigen“.

Obwohl die rechtlichen und politischen Zielsetzungen der Nürnberger Prozessserie von Anfang an stark umstritten waren, haben einige der Grundideen, die 1945 von den Alliierten erstmals umgesetzt, jedoch schon Jahrzehnte zuvor formuliert worden waren, bis heute Bestand. Dazu gehört beispielsweise, dass künftig nationale Gesetze oder das Innehaben eines staatlichen Amtes keinen absoluten Schutz vor völkerstrafrechtlicher Verfolgung mehr bieten. Nicht festgesetzt hat sich jedoch der in Nürnberg verfolgte Gedanke, die Vorbereitung und Durchführung kriegerischer Aggressionen mit völkerrechtlichen Sanktionen zu bedrohen. Zwar hat

sich die Völkergemeinschaft in den letzten sechzig Jahren auf das unverbindlichere Gewaltverbot der UN-Charta und eine Definition staatlicher Aggressionen einigen können, der strafrechtlichen Kodifizierung von Angriffskriegen stehen aber nach wie vor große politische Bedenken entgegen.

Über die Frage, wie sich die Nürnberger Prozesse gegen 24 Repräsentanten der NS-Führung und 185 Vertreter der deutschen Eliten auf die Deutschen in Ost und West ausgewirkt haben, wird in der Zeitgeschichtsforschung seit Jahrzehnten mit Eifer und Ausdauer gerungen. Kaum umstritten ist hingegen, dass auf deutscher Seite lange Zeit Abwehr und ein auf mangelnder Informiertheit beruhendes Desinteresse überwogen. Zu den vielen Widersprüchlichkeiten des deutschen Nürnberg-Diskurses zählt daher, dass viele Deutsche zwar nach Kriegsende behaupteten, durch die Prozesse erstmals von den Gräueltaten an den Juden und anderen Minderheiten erfahren zu haben, andererseits jedoch mit derselben Vehemenz versichert wurde, die Gerichtsverhandlung habe nichts zu Tage gefördert, was nicht schon vorher bekannt gewesen sei. Kaum weniger paradox ist, dass sich deutsche Meinungsführer in Politik, Wissenschaft und Medien zwar an den durchaus vorhandenen juristischen Schwachstellen des Prozesses festbissen, sie jedoch zu allen Rechtsverletzungen der vorausgehenden zwölf Jahre ungerührt geschwiegen hatten. Offenkundig erfüllte die legalistische Kritik an Nürnberg für den einen oder anderen auch eine gewisse Schutzfunktion: So konnte man sich gegen allzu schmerzhaft ermittelte Erkenntnisse und Fakten abschirmen. [...]

Annette Weinke, Die Nürnberger Prozesse, Verlag C.H. Beck München 2015, S. 7–9

Am 10. Juni 1945 – einen Tag nach der Bildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) – kam der Befehl Nr. 2 heraus, der in der SBZ grünes Licht für die Bildung von Parteien und Gewerkschaften gab. Als erstes konstituierte sich die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands), gefolgt von der SPD und den beiden bürgerlichen Parteien CDU und LDP (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, ab Oktober 1951 LDPD), die sich auf Geheiß von Moskau zur „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ zusammenschließen mussten, mit der die KPD ihre „führende Rolle“ schrittweise durchzusetzen versuchte. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 1945 kam es zwar auch in den Westzonen zu Parteigründungen. Während in der SBZ die Tätigkeit der Parteien auf zentraler Ebene gestattet wurde, konnten die Parteien im Westen zunächst nur auf lokaler und regionaler Ebene tätig werden, weil die Westmächte die Demokratie von unten nach oben aufbauen wollten.

SED-Gründung und erste Wahlen

Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1946 war ein tiefer Einschnitt in der politischen Entwicklung der SBZ, der nur aufgrund massiven Drucks der SMAD zustande kam. Die Zwangsvereinigung der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD spaltete die gesamtdeutsche Parteienlandschaft und stieß auf den erbitterten Widerstand der westdeutschen Sozialdemokratie und der Westmächte. Nur in West-Berlin konnte die SPD aufgrund des Sonderstatus der Stadt eine Urabstimmung durchführen: 82 Prozent der SPD-Mitglieder, die an der Wahl teilnahmen, sprachen sich gegen eine sofortige Fusion beider Parteien aus. Gleichzeitig befürworteten 62 Prozent eine weitere Zusammenarbeit ihrer Partei mit der KPD.

Ein halbes Jahr später erlebte die SED bei den Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung, die parallel zu den Landtagswahlen in der SBZ stattfanden, eine herbe Niederlage: Hier gaben nur 19,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme der Einheitspartei. Die SPD, die in ganz Berlin aufgrund des Sonderstatus weiterbestand, wurde dagegen mit 48,7 Prozent stärkste politische Kraft. Die CDU erzielte mit 22,2 Prozent ein besseres Ergebnis als die SED. Die harten Auseinandersetzungen zwischen der westdeutschen Sozialdemokratie unter der Führung Kurt Schumachers (1895–1952) auf der einen und der Ost-SPD unter Otto Grotewohl (1894–1964) sowie der KPD unter Wilhelm Pieck (1876–1960) und Walter Ulbricht (1893–1973) auf der anderen Seite verschärfen das politische Klima zwischen Ost und West nachhaltig, noch bevor der Kalte Krieg richtig begonnen hatte.

Wirtschaftliche Richtungsentscheidungen in der SBZ

Das auf der Potsdamer Konferenz formulierte Ziel der Alliierten, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten, rückte rasch in weite Ferne. Auch hier preschten die Machthaber in Ost-Berlin vor. So rief das Zentralkomitee (ZK) der KPD im Gründungsauftrag vom 11. Juni 1945 zu einer „Liquidierung des Großgrundbesitzes“ auf und sorgte dafür, dass Anfang September in den Ländern und Provinzen der SBZ entsprechende Bodenreformverordnungen entlassen wurden, wobei die sowjetische Besatzungsmacht als treibende Kraft fungierte.

Bodenreform

Unter der Losung „Junkerland in Bauernhand“ wurden rund 7000 Eigentümer mit einem Besitz von über 100 Hektar entschädigungslos enteignet. Dieses Land wurde lokalen Bodenfonds

zugeordnet, aus denen dann die Neuverteilung erfolgte. So erhielten circa 500 000 Personen 2,1 Millionen Hektar Land, darunter Landarbeiter, Kleinbauern und Vertriebene. Rund ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ wechselte auf diese Weise den Eigentümer. Die neuen Höfe waren aber so klein bemessen, dass sie wirtschaftlich nicht rentabel waren. Verbunden mit der Agrarkrise ergab sich 1952 eine erste Kollektivierungswelle, bei der die kleinen Höfe zusammengefasst wurden.

Die Bodenreform fand anfangs noch die grundsätzliche Zustimmung der bürgerlichen Parteien, wobei sich die ostdeutsche CDU-Führung unter Andreas Hermes (1878–1964) und Walther Schreiber (1884–1958) jedoch gegen eine entschädigungslose Enteignung wandte und daraufhin von der SMAD abgesetzt wurde. Auch in den Westzonen gab es zunächst Unterstützer für eine Bodenreform, die allerdings im eskalierenden Ost-West-Konflikt am Widerstand der US-amerikanischen Besatzungsmacht (wie in Hessen) sowie der sich formierenden deutschen Interessenverbände scheiterte.

Verstaatlichung der Schwerindustrie

Einen Monat später folgte der nächste Paukenschlag: Die SMAD verfügte mit ihren Befehlen Nr. 124 und 126 vom Oktober 1945 die Beschlagnahme des gesamten Vermögens des deutschen Staates, der NSDAP und ihrer Funktionsträger sowie der Wehrmacht. Damit konnten ab Juni 1946 viele Betriebe der Schwerindustrie in sowjetische Aktiengesellschaften überführt werden. Bereits im Juli waren die Banken und Sparkassen verstaatlicht worden.

Zur nachträglichen Legitimierung der sogenannten Industrie-reform organisierte die KPD einen sorgfältig vorbereiteten Volksentscheid in Sachsen, wo sich 4800 der etwa 7000 beschlagnahmten Betriebe befanden. Dieser fand nach einer gewaltigen Propagandakampagne am 30. Juni 1946 statt. Unter der Losung „Enteignung der Kriegsverbrecher“ stimmten bei einer Beteiligung von 94 Prozent rund 78 Prozent der Stimmberechtigten für die Enteignung. In den anderen ostdeutschen Ländern erfolgten die Enteignungen ohne vorherige Abstimmungen. Bis zum Frühjahr 1948 konnten etwa 10 000 Unternehmen entschädigungslos verstaatlicht werden. Zu diesem Zeitpunkt betrug deren Anteil an der Industrieproduktion bereits 40 Prozent. Mit dem Wandel der Eigentumsordnung wurde ein wichtiger Grundstein für den Aufbau der Planwirtschaft gelegt.

Getrennte Währungsreformen

Im Sommer 1948 steuerte der Kalte Krieg in Deutschland auf seinen ersten großen Höhepunkt zu: die Berlin-Blockade. Zuvor hatten sich die Siegermächte im Alliierten Kontrollrat vergeblich um eine gemeinsame Währungsreform für alle vier Besatzungszonen bemüht. Es musste etwas geschehen, um die durch die NS-Kriegsführung zurückgestaute Inflation in den Griff zu bekommen. Anfangs schien sich ein Kompromiss abzuzeichnen, denn die vier Alliierten konnten über den Geldnotendruck und andere technische Details eine Einigung erzielen. Die Verständigung gelang letztlich aber nicht, weil die Sowjets eine deutsche Zentralbank und eine zentrale Finanzverwaltung für ganz Deutschland forderten, was die USA vor dem Hintergrund der sich herausbildenden unterschiedlichen Wirtschaftssysteme (Markt- versus Planwirtschaft) ablehnten.

Währungsreform im Westen

Am 20. Juni 1948 war es dann im Westen so weit: Das Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens führte die Deutsche

Mark (D-Mark) ein. Große Bedeutung hatte das „Umstellungsgesetz“, mit dem das Guthaben aller Sparerinnen und Sparer sowie Schuldnerinnen und Schuldner im Verhältnis 10:1 abgewertet wurde. Dagegen wurden Löhne und Gehälter, Renten und Pensionen sowie Mieten, aber auch Aktien im Verhältnis 1:1 umgestellt. Der ökonomisch notwendig gewordene Währungsschnitt brachte soziale Härten und Ungerechtigkeiten mit sich, da er diejenigen begünstigte, die Sachwerte besaßen.

Nach der Inflation von 1923, die für Privatsparer und Kleinaktionäre zum fast vollständigen Verlust ihres Geldvermögens

geführt hatte, und der Weltwirtschaftskrise von 1929, die eine Massenarbeitslosigkeit nach sich gezogen hatte, standen viele Deutsche 1948 wieder vor dem Nichts. Deshalb verband sich die Diskussion um eine Währungsreform frühzeitig mit der Forderung nach einem Lastenausgleich, der vor allem Vertriebene und Bombenkriegsgeschädigte entschädigen sollte und für den sich vor allem SPD und Gewerkschaften stark machten. Ein erstes Ergebnis war das Soforthilfegesetz vom 8. August 1949, mit dem auch die größte Not der Vertriebenen gelindert werden sollte. Das geplante Lastenausgleichsgesetz kam erst 1952 zustande.

Lastenausgleich 1952 – auch eine Möglichkeit für heute?

Interview mit den Wirtschaftshistorikern Nikolaus Wolf und Thilo Albers

Die größte Umverteilungsaktion von Reichtum, die je in einer freien Marktwirtschaft stattgefunden hat, begann am 1. September 1952 mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg. Der westdeutsche Staat zog 50 Prozent aller Vermögen, Hypotheken- und Kreditgewinne ein und zahlte das enteignete Geld an Millionen mittellose Deutsche aus. [...]

Die Hälfte aller Vermögen enteignet – wie kam es zu einem derart dramatischen Staatseingriff ins private Eigentum?

Nikolaus Wolf: Nach dem Zweiten Weltkrieg war die soziale Lage dramatisch. Infrastruktur und Wohnraum waren weitreichend zerstört. In den westlichen Zonen gab es bis um 1950 einen Zustrom von acht Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen auf dann 51 Millionen Einwohner. In dieser Lage entstand breiter Konsens, dass durch die Vertreibung die Kriegsfolgen ungerecht verteilt waren. Große Proteste waren zu befürchten. Die Alliierten, vor allem Briten und Amerikaner, sowie die deutsche Selbstverwaltung erkannten den Handlungsbedarf.

Wie lief der Lastenausgleich von 1952 praktisch ab?

Thilo Albers: Man hat für 1948 das Vermögen festgestellt, davon waren 50 Prozent an den Staat abzugeben. Ein Freibetrag entsprach etwa dem Jahresbruttoeinkommen eines Industriearbeiters. Die dem vermögenden Bürger durch den Lastenausgleich vom Staat auferlegte Schuld konnte über 30 Jahre hinweg gestaffelt abgelöst werden. Bei der Ratenzahlung kam zur Tilgungskomponente die Zinszahlung – wie heutzutage im Falle eines Hauskaufs: Sie zahlen mit jeder Rate einen Teil der Schuld ab plus die Kreditzinsen auf den geliehenen Betrag. So entstand der Charakter einer Vermögenssteuer statt einer Vermögensabgabe. [...]

Wie verteilte der Staat die Einnahmen?

T. A.: Es gab Eingliederungshilfen und Leistungen, um infolge des Kriegs verlorenes Vermögen zu entschädigen. Unter Erstere fielen Soforthilfen etwa für Hausrat, Hilfen bei der Wohnungssuche und der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Unter den Vermögensausgleich ab Ende der 1950er-Jahre fielen Konten, für die Vertriebene ihre Verluste angeben mussten. Die Entschädigung belief sich dann allerdings nur auf einen geringen Teil des ehemaligen Vermögens. Und: Je mehr Vermögen man gehabt hatte, desto niedriger der Prozentsatz für die Erstattung. [...]

Welche politischen Ziele hatte die Maßnahme? Wer lehnte sie ab?

N. W.: Zu den unmittelbaren Ausgleichen der Kriegslasten

kam recht früh eine soziale Perspektive hinzu: Man wollte einen sozialen Lastenausgleich, den Leuten helfen, in der neuen Heimat anzukommen. Die Menschen sollten sich integrieren, statt sich an die Wiedererlangung des Verlorenen, der alten Höfe, der Heimat zu klammern. Letzteres forderten Vertriebenenvertreter. Davon abgekommen zu sein, machte aus dem Gesetz ein Erfolgsmodell.

Der Lastenausgleich nahm dem Widerstand der Vertriebenen den Wind aus den Segeln, weil dadurch der Rückkehrwille abnahm. Die Endgültigkeit der Vertreibung unterschied die Situation von den aktuellen Corona- oder Energiepreisschocks – das sind letztlich vorübergehende Phänomene.

Welche Rolle spielte der nicht-souveräne Status des Landes, in dem die Alliierten das letzte Wort hatten?

T. A.: Eine große. Unter sowjetischer Besatzung kam es zu Enteignungen von Privatvermögen – auch eine Art Ausgleich. Im Westen spielten die Amerikaner eine Doppelrolle: Die US-Beamten, die in Deutschland am Design der Währungsreform gearbeitet hatten, sahen die Notwendigkeit eines Lastenausgleichs. Zugleich fürchtete man in Washington, also auf höherer Ebene, einen Sozialismusverdacht – 50 Prozent Vermögensabgabe klingt ja nach Kollektivierung. Und man wollte nicht für ein Scheitern verantwortlich sein.

In der derzeitigen Krisenhäufung steht der Gedanke nach einer faireren Lastenverteilung wieder im Raum, das Abschöpfen von Übergewinnen etwa wird erwogen. Wäre ein solch massiver Eingriff wie 1952 denkbar?

T. A.: Das ist schwer vorstellbar. Schauen wir auf die Corona-Pandemie: Ein Teil der Gesellschaft brachte unverschuldet stärkere Opfer als andere. Leute, die im Büro arbeiteten, litten weniger als jene, die im Krankenhaus, in der Pflege, an der Supermarktkasse arbeiteten. Darüber bestand Konsens. Vom Charakter her, nicht in der Dimension, waren die Bedingungen für das Anliegen eines Lastenausgleichs gegeben. Aber es versandete.

N. W.: Nach dem Krieg war klar, dass es um dauerhafte Belastung ging. Also war strukturelle, dauerhafte Hilfe nötig. Im Fall von Corona herrschte dauerhafte Unsicherheit: Was ist gerade los? Wie sind die Zahlen, wie die Regeln? Wenn alles im Fluss ist, wird eine umfassende strukturelle Antwort erschwert. Jetzt addieren sich allerdings mehrere Schocks – die unteren Einkommensschichten geraten in eine sehr schwierige Lage. [...]

Maritta Adam-Tkalec, „Muss ein neuer Lastenausgleich sein? Wie die BRD 1952 die Reichen enteignete“, in: Berliner Zeitung vom 25. September 2022

Währungsreform im Osten

In der SBZ ließ die Antwort nicht lange auf sich warten: Drei Tage nach der westdeutschen Währungsreform erfolgte auch hier ein entsprechender Schritt, der jedoch nicht dieselbe ökonomische und politische Bedeutung entfaltete. Die Abwertungsquote betrug zwar auch 10:1, wobei die Sparguthaben gestaffelt abgewertet wurden. Anders als im Westen, wo die Währungsreform mit einer vom späteren Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard (1897–1977) gegen vielfältige Widerstände durchgesetzten Freigabe der Preise verknüpft wurde, blieb in der SBZ die Zwangsbewirtschaftung bestehen. Die SED-Führung entschied bis 1989 nicht nur über die Volkswirtschaftspläne, sondern auch über die Preise für alle Industrie- und Konsumwaren – bis hin zu den Bockwurstpreisen anlässlich einer Großveranstaltung. Ost-Berlin legte die Preise nach politischen Gesichtspunkten fest und subventionierte insbesondere die Güter des täglichen Bedarfs.

Während sich in den westlichen Besatzungszonen die Schaufenster der Geschäfte mit Waren füllten, prägten im Osten Deutschlands die Kontingentierung und Hortung von Gütern weiterhin den wirtschaftlichen Alltag. Im Westen erfolgte der zunächst noch etwas holprige Start in die soziale Marktwirtschaft; in der SBZ löste die kommunistische Planwirtschaft die kriegsbedingte Zwangsbewirtschaftung ab. Damit standen sich im Nachkriegsdeutschland zwei konträre wirtschaftliche Ordnungssysteme gegenüber.

Berlin-Blockade und Luftbrücke

Außerdem reagierte die Sowjetunion auf die Währungsreform in Westdeutschland mit der Abriegelung der Zugangswege nach West-Berlin. Damit versuchte Moskau nicht nur, den politischen Einfluss auf ganz Berlin auszudehnen, sondern auch die sich abzeichnende Weststaatsgründung zu verhindern. Bereits Anfang 1948 hatte es erste Behinderungen gegeben. Schikanen betrafen sowohl den Schienenverkehr als auch die Binnenschifffahrt. In der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1948 wurde die Elektrizitätsversorgung vom Osten aus eingestellt. Daraufhin gingen in West-Berlin die Lichter aus; Betriebe und Unternehmen erhielten keinen Strom mehr. Der Eisenbahnverkehr nach Berlin kam zum Erliegen; die Wasserwege wurden abgeriegelt. Als einziger Zugang blieben drei Luftkorridore, über die die Westsektoren versorgt wurden.

In den folgenden Monaten avancierte das eingeschlossene West-Berlin weltweit zu einem Symbol der Freiheit. Die Luftbrücke entwickelte sich schnell zu einer wichtigen Waffe im Propagandakrieg gegen die Sowjetunion. Die drei Westmächte ließen keinen Zweifel daran, dass sie in Berlin bleiben würden. Die Blockade stärkte den antikommunistischen Konsens in der westlichen Welt und zerstreute bei den Westmächten letzte Zweifel an der bevorstehenden Gründung der Bundesrepublik. Der Weg in die Zweistaatlichkeit zeichnete sich immer deutlicher ab.



Von 1948 bis 1949 blockieren die sowjetischen Besatzungskräfte West-Berlin. Um Häuser und Wohnungen heizen zu können, nutzen viele Menschen das Holz von Parkbänken (l.). Über eine Luftbrücke versorgen die Westmächte West-Berlin mit Lebensmitteln, wie etwa Weizen, der hier am Kölner Rhein-Main-Flughafen verladen wird (u.l.). Drei West-Berliner Jungen beobachten die Ankunft eines solchen Flugzeuges mit Versorgungsgütern (u.r.).





Bundeskanzler Konrad Adenauer (auf dem ihm nicht zugewiesenen Teppich) stellt den Alliierten Hochkommissaren auf dem Petersberg das 1. Kabinett vor (v.l. Fritz Schäffer, Bundesminister der Finanzen; Thomas Dehler, Bundesminister der Justiz; Jakob Kaiser, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen; Franz Blücher, Vizekanzler und Bundesminister für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit), 21. September 1949.

Gemeinsamer Alltag

Trotz der sich abzeichnenden staatlichen Teilung wies der Alltag für die Menschen in den vier Besatzungszonen lange Zeit große Gemeinsamkeiten auf, was etwa die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs oder mit Wohnraum betraf. Die Bevölkerung reagierte auf die Mangelsituation und versuchte zu improvisieren: Hamsterfahrten und der Tausch auf dem Schwarzmarkt waren ein über die Zonengrenzen hinaus weit verbreitetes Phänomen. Während mit der Währungsreform in den Westzonen 1948 das Ende der Rationierung und Entbehrung eingeläutet wurde, blieb die Welt der Lebensmittelkarten in der SBZ noch bestehen, bevor sie ein Jahrzehnt später auch hier ihr Ende fand. Im kollektiven Gedächtnis Westdeutschlands hat sich die Einführung der D-Mark als neuer Währung tief eingebrannt. Sie gehört zum Gründungsmythos der Bundesrepublik.

Doppelte Staatsgründung 1949

Obwohl die DDR-Staatsgründung am 7. Oktober 1949 gut fünf Monate nach der Verabschiedung des Bonner Grundgesetzes erfolgte, waren im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands wichtige Vorentscheidungen (Bodenreform, Verstaatlichung der Industrie, Zwangsvereinigung von SPD und KPD) bereits in den ersten beiden Nachkriegsjahren gefallen. Während die ostdeutsche Wirtschaft in Richtung Planwirtschaft umgebaut wurde,

zementierte die SED ihre Herrschaft mit sowjetischer Unterstützung. Mit der doppelten Staatsgründung 1949 war auch die Teilung Deutschlands zunächst besiegelt.

Bilder mit Symbolcharakter

Am 21. September 1949 machte der frisch gewählte Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967) seinen Antrittsbesuch bei der Hohen Kommission auf dem Petersberg, hoch oberhalb der Bundeshauptstadt Bonn [Die Alliierte Hohe Kommission/AHK bestand aus den jeweils höchsten Vertretern/Hohen Vertretern der drei westlichen alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges – Anm. d. Red.]. Dort sollte der westdeutschen Regierung das Besatzungsstatut übergeben werden, welches das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten neu regelte.

Die Regie der westlichen Siegermächte sah vor, dass Adenauer vor dem Teppich stehen bleiben sollte, auf dem die drei Hohen Kommissare standen, um dadurch den Rangunterschied zwischen beiden Seiten deutlich werden zu lassen. Doch der westdeutsche Regierungschef betrat ebenfalls den Teppich, als der französische Hohe Kommissar André François-Poncet auf Adenauer zuging, um ihn zu begrüßen. Die Zeremonie, mit der die nach wie vor bestehende Abhängigkeit der Bonner Republik von den USA, Großbritannien und Frankreich demonstriert werden sollte, entwickelte eine ungeahnte Eigendynamik. Das Foto, das um die Welt ging, zeigte auch das neu gewonnene Selbstbewusstsein des jungen westdeutschen Staates.

Szenenwechsel: Am 11. Oktober empfing die Spitze der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) die DDR-Regierung unter Leitung des designierten Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in Berlin-Karlshorst, um die Umwandlung der sowjetischen Besatzungsverwaltung offiziell bekannt zu geben. Obwohl sich die beiden Bilder ähneln, zeigt eine eingehende Betrachtung der Vorgeschichte die unterschiedlichen Handlungsspielräume der deutschen Akteure.

So war eine SED-Delegation Mitte September nach Moskau geflogen, um mit Stalin die Einzelheiten für die Bildung einer provisorischen DDR-Regierung abzustimmen. Die sowjetische Führung legte sogar Zeitplan und Inhalt der Gespräche fest – auch die inhaltlichen Schwerpunkte für die erste Regierungserklärung Grotewohls. Von diesem Geheimtreffen im Kreml existieren keine offiziellen Fotos. Die Regierungsbildung in Bonn erfolgte am 20. September 1949 hingegen nach regulären Wahlen zum Bundestag ohne Einflussnahme der Westmächte.

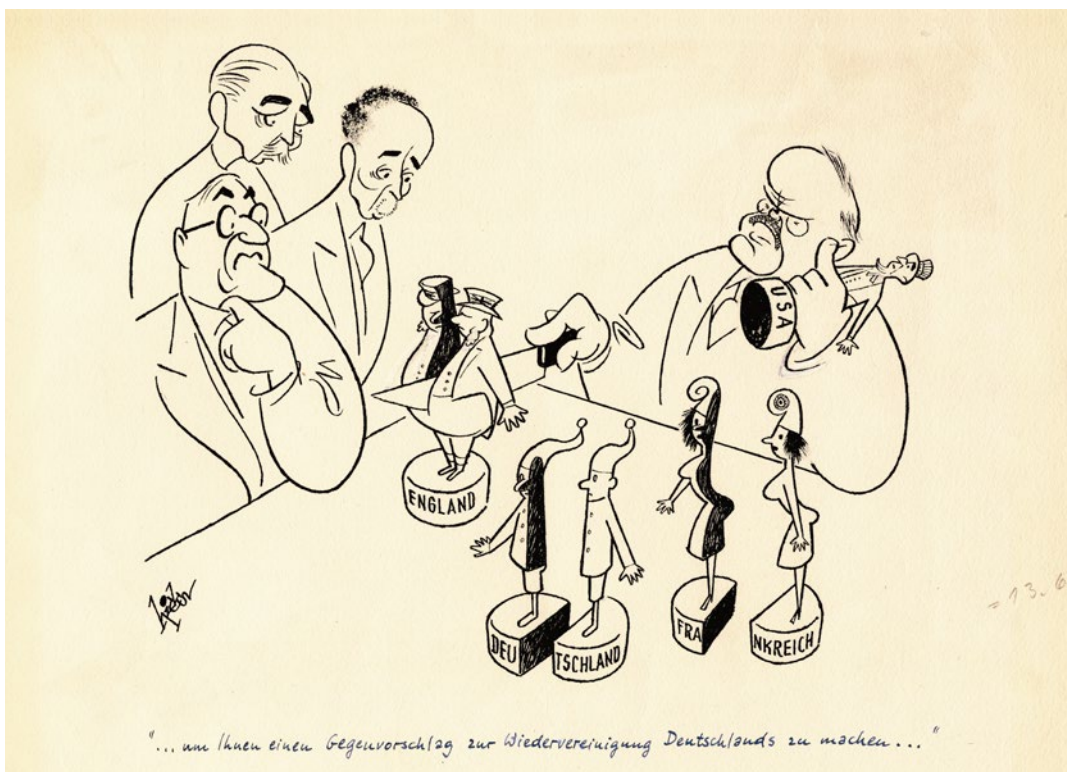


Am 11. Oktober 1949 übergibt der Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Wassilij Tschuikow, die Regierungsgeschäfte an die DDR-Regierung unter Ministerpräsident Otto Grotewohl.

Dierk Hoffmann

Kalter Krieg und Blockintegration (1949–1955)

Die Teilung Deutschlands und der Kalte Krieg führen zu einem politischen Wettstreit zwischen Ost und West. Welche Auswirkungen hat die Trennung auf die Bevölkerung und wie reagiert sie darauf?



Während die Fronten des Kalten Krieges sich verhärten, zementiert sich auch die Teilung Deutschlands. Der Karikaturist Wolfgang Hicks kommentiert 1955 die Genfer Gipfelkonferenz zwischen Regierungschefs und Außenministern der Siegermächte. Hatte die Wiedervereinigung Deutschlands zuvor noch im Raum gestanden, hielt die Sowjetunion nun an der „Zwei-Staaten-Theorie“ fest.

Integration in die beiden Blocksysteme

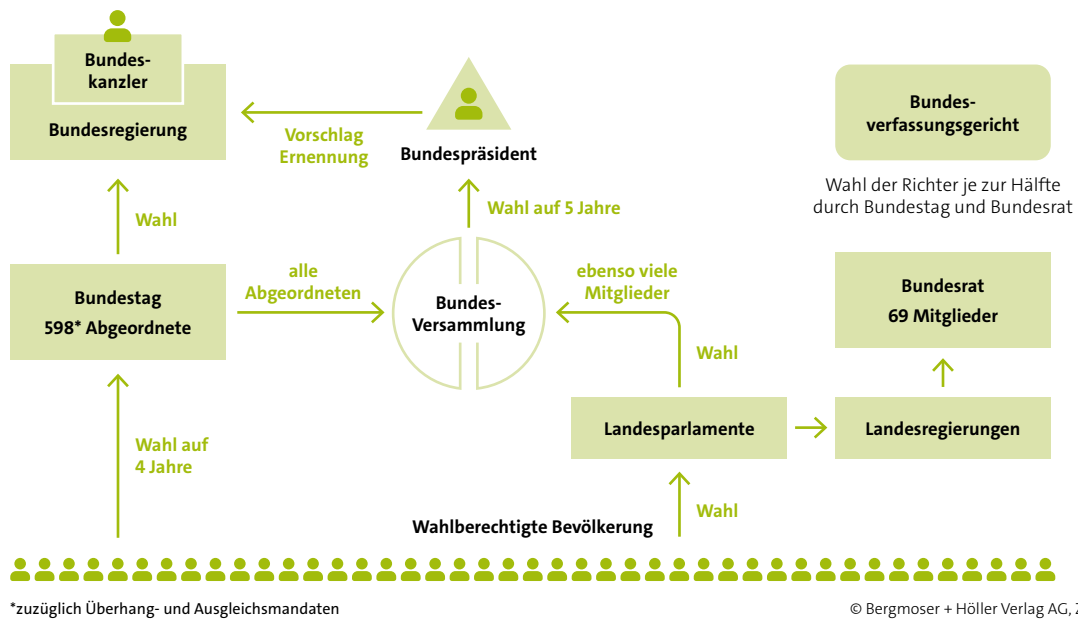
Die veränderte weltpolitische Lage nach 1945, die im Kalten Krieg (siehe S. 69) Gestalt annahm, führte zur Teilung des europäischen Kontinents. In der ersten Hälfte der 1950er-Jahre verstärkte sich diese Entwicklung und wurde in Deutschland deutlich sichtbar. Unter dem Eindruck der Blockbildung und des Korea-Krieges (1950–1953) wurde die Bundesrepublik politisch, wirtschaftlich und militärisch in die von den USA angeführte westliche Staatengemeinschaft integriert. Dagegen entwickelte sich die DDR zum westlichen Außenposten des sowjetischen Machtbereichs. Ost und West beobachteten sich bei der Blockbildung genau und reagierten auf entsprechende Maßnahmen der jeweils anderen Seite.

Die wichtigsten Stationen sind schnell aufgezählt: Die Bonner Republik wurde Mitglied in der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (1949), im Europarat (1950), in

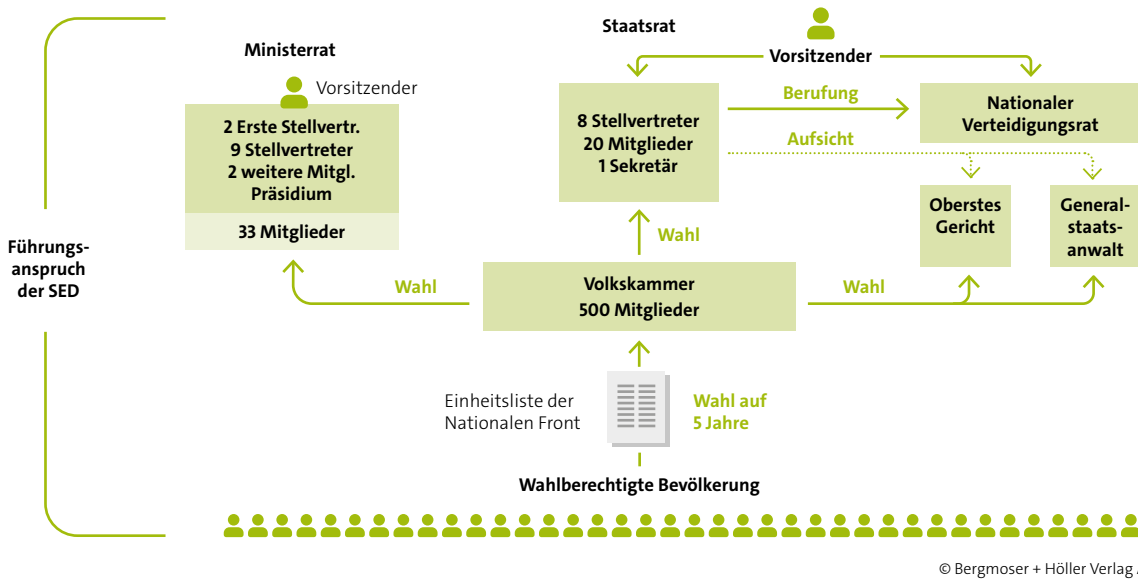
der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951), der Westeuropäischen Union (1954), der NATO (1955) und schließlich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie der Europäischen Atomgemeinschaft (1957). Auf der anderen Seite des „Eisernen Vorhangs“ (so bezeichnete Winston Churchill – 1940–1945 sowie 1951–1955 britischer Premier – 1946 die Teilung Europas) trat die DDR dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (1950) und dem Warschauer Pakt (1955) bei.

Während die westdeutsche Bevölkerung in der Bundestagswahl von 1953 mit der Wiederwahl Konrad Adenauers (CDU) mehrheitlich ihre Zustimmung zur Westintegration gab, durfte die DDR-Bevölkerung kein freies Votum über die Ostbindung des Landes abgeben. Der ostdeutsche Scheinparlamentarismus – ein geheim gehaltenen Beschluss des Sekretariats des ZK vom 17. Oktober 1949 degradierte Volkskammer und Regierung zu ausführenden Organen der SED – ließ eine offene, geheime und demokratische Wahl nicht zu.

Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland



Staatsorgane der DDR ab 1968



Londoner Schuldenabkommen und Wiedergutmachung

Um auf das internationale Parkett zurückkehren zu können, musste die Bundesrepublik, die sich in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches sah, die finanziellen Forderungen der Westmächte anerkennen. Nur so ließ sich die internationale Kreditwürdigkeit wiederherstellen. Im Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 akzeptierte die Bundesregierung die deutschen Vor- und Nachkriegsschulden in Höhe von 14,5 Milliarden D-Mark, die in jährlichen Raten zurückzuzahlen waren.

Noch bedeutsamer war das im September 1952 abgeschlossene Wiedergutmachungsabkommen „Luxemburger Abkommen“ mit Israel und einem Dachverband jüdischer Organisationen, der *Claims Conference*. Der Begriff der Wiedergutmachung ist bis heute umstritten, verdeckt er doch das grauenhafte Menschheitsverbrechen des Holocaust und suggeriert „die Umwandlung von Schuld in Schulden“ (so der Historiker Constantin

Goschler), die mit Geld beglichen werden könnten. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums hat die öffentliche Hand bis Ende der 1990er-Jahre zwar 103,8 Milliarden D-Mark für die Wiedergutmachung aufgebracht. Dagegen weist die Bilanz für den Lastenausgleich etwa 140 Milliarden D-Mark auf. Die Kriegspopferversorgung umfasst sogar ein noch viel größeres Volumen, was darauf zurückzuführen ist, dass die Zahl der Berechtigten größer ist.

Auf der anderen Seite des „Eisernen Vorhangs“ weigerte sich die SED, diese Form der Wiedergutmachung zu leisten, und verwies auf die umfangreichen Reparationszahlungen an die Sowjetunion. Ost-Berlin füllte den Begriff der Wiedergutmachung ganz anders aus und konzentrierte die individuelle Entschädigung für NS-Verfolgte auf DDR-Bürgerinnen und -Bürger, zuallererst auf verfolgte Kommunistinnen und Kommunisten. Mitte der 1970er-Jahre schien sich etwas zu bewegen, als die

SED-Führung über das ostdeutsche Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer an die *Claims Conference* mit einem Angebot herantrat, das aber nur von dem Motiv getrieben war, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den USA zu verbessern und in den Genuss der Meistbegünstigungsklausel zu kommen. Im Jahr der friedlichen Revolution 1989 unternahm Ost-Berlin einen letzten Anlauf, um den Fortbestand der deutschen Teilung und damit die Existenz der DDR zu sichern. Im Zuge der deutschen Einheit 1990 übernahm die Bundesrepublik schließlich die „unabgetragene Hypothek der DDR“ (so der Historiker Hans Günter Hockerts) gegenüber der *Claims Conference*.

Wirtschaftsaufbau und Systemwettstreit

Magnettheorie

Bereits in den ersten Nachkriegsjahren gab es eine deutsch-deutsche Auseinandersetzung über das bessere Wirtschaftssystem. Für die westlichen Besatzungszonen entwickelten Kurt Schumacher und der spätere Bundeskanzler Adenauer die sogenannte Magnettheorie, die prognostizierte, dass der erwartete wirtschaftliche Aufschwung im Westen eine Sogwirkung auf den Osten entfalten würde. Trotz unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Auffassungen (z. B. in der Sozialisierungsfrage) einte Schumacher und Adenauer die Überzeugung, dass die ökonomische Konsolidierung im Westen das kommunistische Herrschaftssystem in der SBZ/DDR langfristig zum Einsturz bringen würde. In der SBZ hatte der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl bereits im Juni 1946 seine Magnettheorie entwickelt, nur mit umgekehrten Vorzeichen.

Alle drei Politiker waren also von der Überlegenheit des eigenen wirtschaftlichen Systems überzeugt und gingen einem direkten Wettbewerb nicht aus dem Weg. Mit teilweise missionarischem Eifer suchten sie die Zustimmung der Bevölkerung im jeweils anderen Teil Deutschlands zu gewinnen. Dazu betrieb die DDR mit großem Aufwand – und in enger Abstimmung mit der Sowjetunion – eine Westpolitik, die darauf abzielte, westdeutsche Politiker zu diskreditieren, für den Kommunismus zu werben sowie linke Parteien und Bewegungen zu unterstützen.

Das provozierte Reaktionen auf westdeutscher Seite. So unternahm die Bundesrepublik alles, um für ihre freiheitlich-demokratische Grundordnung zu werben, die vom Kommunismus ausgehende Gefahr öffentlich anzuprangern und Parteien sowie Initiativen zu bekämpfen, die drohten, die politische Ordnung der Bonner Republik in Frage zu stellen (KPD-Verbot 1956).

Dabei entwickelte das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen in der Hochphase des Kalten Krieges operative Maßnahmen, wie beispielsweise Flugblattaktionen und die verdeckte Finanzierung von antikommunistischen Organisationen. Als Vorbild diente die *Rollback- und Liberation-Policy* der US-Administration, die den sowjetischen Einfluss nicht nur in Europa zurückdrängen sollte, und die psychologische Kriegsführung. Die propagierte Überlegenheit des eigenen Systems in Abgrenzung zum jeweils anderen Teil wirkte überdies identitätsstiftend und trug zur Stabilisierung und Legitimierung der beiden deutschen Staaten bei.

Gründungskrise

Der Ausgang des Systemwettstreits war zunächst noch offen. Die Währungsreform hatte in Westdeutschland die Preise für manche Nahrungsmittel rapide steigen lassen. Gegen die erhöhten Lebenshaltungskosten richtete sich der Zorn vieler Beschäftigter. Daraufhin mobilisierten die Gewerkschaften die Belegschaften und riefen zum Massenstreik am 12. November 1948 auf, an dem fast zehn Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte teilnahmen – der größte Streik in der Geschichte Westdeutschlands. Zu den Forderungen gehörten die Verabschiedung von Gesetzen gegen Wucher und die Rückkehr zur Bewirtschaftung auf dem Ernährungssektor. Es blieb jedoch bei dem eintägigen Ausstand, da die Streikkassen leer waren. Der zeitgleich tagende Parlamentarische Rat, der das Grundgesetz ausarbeitete, ließ sich von dem gewerkschaftlich organisierten Massenprotest nicht beeindrucken.

Ende 1949 geriet das Wachstum der westdeutschen Industrieproduktion ins Stocken. Die Arbeitslosenzahlen kletterten in der Bonner Republik bis Anfang 1950 auf zwei Millionen (zwölf Prozent). Zu diesem Zeitpunkt befand sich das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ noch in weiter Ferne. Angesichts



links: Unbekannte haben vor der Bundestagswahl 1953 ein Wahlplakat der KPD mit dem Schriftzug „Von Moskau bezahlt“ beklebt, 6. September 1953.

rechts: Die CDU warnt im Wahlkampf 1953 vor den vermeintlichen Gefahren des Kommunismus, hier symbolisch dargestellt durch eine bedrohlich wirkende rote Hand.

→ Parteienverbotsverfahren gegen die SRP und die KPD

Für die Kabinettsitzung vom 8. Mai 1951 vermerkt das Protokoll für Konrad Adenauer einen Satz, der auch in der Debatte über ein AfD-Verbot oft zu hören ist: Es dürfe nicht noch einmal dazu kommen, dass die Demokratie, wie es 1933 geschehen sei, an den demokratischen Grundsätzen sterbe.

Damit nahm das Verfahren gegen die Sozialistische Reichspartei (SRP) seinen Lauf, das zum ersten von bisher zwei Parteiverboten in der Bundesrepublik führte. In Niedersachsen hatte die SRP zwei Tage zuvor in der Landtagswahl aus dem Stand heraus elf Prozent der Stimmen und vier Direktmandate erhalten. Die Partei machte kaum einen Hehl daraus, wes Geistes Kind sie war: Uniformierte Saalordner, der „Badenweiler-Marsch“ – Hitlers Erkennungsmelodie, rote Fahnen mit einem schwarzen Reichsadler anstelle des verbotenen Hakenkreuzes und „Reichsredner“ prägten ihre Veranstaltungen.

Auch die personelle Kontinuität war unübersehbar: Die Führungsriege der Partei setzte sich überwiegend aus ehemaligen NSDAP-Funktionären zusammen. Ihre prominenteste Figur war Otto Ernst Remer. Als Kommandeur des Wachbataillons „Großdeutschland“ hatte er in Berlin maßgeblich zur Niederschlagung des Umsturzversuches am 20. Juli 1944 beigetragen.

Der Wahlerfolg der SRP hatte international hohe Wellen geschlagen. Die Sorge um das Ansehen der Bundesrepublik und der Druck der Besatzungsmächte bewogen Adenauer dazu, ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu forcieren. [...]

Aber auch damals gab es vereinzelt Skeptiker. Adenauers Kanzleramtschef Otto Lenz hatte vor der Niedersachsen-Wahl von einem Parteiverbot abgeraten: In „viel größerem Maße“ als bei den Kommunisten handle es sich bei den Rechtsradikalen um „irregeleitete Menschen“, die man nicht zu Märtyrern machen solle. Am 23. Oktober 1952 war die Regierung Adenauer am Ziel: Das Bundesverfassungsgericht verbot die SRP. Die Beweisaufnahme habe ergeben, dass die Partei „nach ihrem Programm, ihrer Vorstellungswelt und ihrem Gesamtstil der früheren NSDAP wesensverwandt“ sei. [...]

Wenige Tage nach dem SRP-Verbotsantrag stellte die Bundesregierung am 22. November 1951 jenen für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Verboten wurde die KPD jedoch erst vier Jahre nach der SRP. Das Bundesverfassungsgericht zögerte den Beginn des Verfahrens hinaus. Die mündliche Verhandlung wurde erst im November 1954 eröffnet. Der Grund dafür war offenbar, dass es im zuständigen ersten Senat Vorbehalte gegenüber einem KPD-Verbot gab. Zwei an dem Verfahren beteiligte Verfassungsrichter äußerten sich später in diesem Sinne. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Josef Wintrich, suchte Adenauer im Sommer 1954 sogar in Bonn auf – allem Anschein nach, um ihn darum zu bitten, den Antrag zurückzuziehen. Wintrich hatte intern die Auffassung geäußert, ein Verbot sei nicht mehr nötig, weil die KPD mittlerweile bedeutungslos geworden sei – bei der Bundestagswahl 1953 hatte sie nur noch 2,2 Prozent erhalten.

Der Fall der KPD war auch deshalb komplizierter, weil sie noch von den westlichen Besatzungsmächten zugelassen worden war, sie hatte im Parlamentarischen Rat zwei Mitglieder gestellt und war von 1946 bis 1948 an der



Nicht unumstritten: Am 3. September 1972 demonstrieren in Bochum zahlreiche Menschen, unter ihnen auch viele Studierende sowie Schülerinnen und Schüler, gegen das KPD-Verbot.

Landesregierung in Nordrhein-Westfalen beteiligt. Hinzu kam die deutschlandpolitische Dimension. Dass sich die DDR und die Sowjetunion zu gesamtdeutschen Wahlen bereit erklärten, erschien von vorneherein illusorisch, wenn Kommunisten davon ausgeschlossen wären. Daher sahen vor allem in den Reihen der SPD viele eine Wiedervereinigung durch ein KPD-Verbot in Gefahr.

Die Bundesregierung übte erheblichen Druck auf das Bundesverfassungsgericht aus, um eine Entscheidung herbeizuführen. In ihrem Urteil hoben die Karlsruher Richter am 17. August 1956 hervor, dass eine Partei nicht schon dann verfassungswidrig sei, wenn sie die Prinzipien einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablehne. Hinzukommen müsse eine aktive kämpferische, aggressive Grundhaltung gegenüber der bestehenden Ordnung. Die sahen die Richter als gegeben an, wenngleich die Partei im März 1956 ihren Aufruf zum revolutionären Sturz der Regierung Adenauer widerrief. Der Bedeutungsverlust der KPD sprach aus Sicht Karlsruhes nicht gegen ein Verbot: Eine Partei sei auch dann verfassungswidrig, wenn nach menschlichem Ermessen keine Aussicht darauf bestehe, dass sie ihre verfassungswidrige Absicht in absehbarer Zukunft verwirklichen könne. Das KPD-Verbot blieb kontrovers. Auf Betreiben der SED und mit Duldung der Bundesregierung wurde 1968 die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) gegründet. Formal handelte es sich um eine Neugründung, faktisch aber um eine Wiederbelebung der KPD. [...]

Thomas Jansen, „Wie Karlsruhe eine Nazi-Partei und die Kommunisten verbot“, in: F.A.Z. vom 9. Februar 2024. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

der gewaltigen sozialpolitischen Herausforderungen (z. B. die Vertriebenenintegration, die Versorgung der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, der Wohnungsbau) hat sich im Fall des jungen Weststaates zu Recht der Begriff der Gründungskrise eingebürgert.

Doch bis Mitte des Jahrzehnts stieg der Lebensstandard in beiden deutschen Staaten. In der DDR konnten die Versorgungslücken bei Grundnahrungsmitteln im Wesentlichen geschlossen werden. Dazu trug auch der Kurswechsel der SED („Neuer Kurs“) 1953 bei, der den sozial- und konsumpolitischen Fragen größere Bedeutung einräumte. Ost-Berlin versuchte, verloren gegangenes Vertrauen insbesondere bei den Arbeiterinnen und Arbeitern zurückzugewinnen.

Korea-Boom

In der Bundesrepublik sanken Mitte der 1950er-Jahre die Arbeitslosenzahlen, die 1950/51 noch ein Rekordniveau erreicht und das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erschüttert hatten. Der durch den Koreakrieg ausgelöste Wirtschafts-Boom war eine Initialzündung für die westdeutsche Wirtschaft und legte den Grundstein für das „Wirtschaftswunder“. Die DDR verzeichnete ebenfalls hohe Wachstumszahlen, die aber nur erzielt werden konnten, weil mit geringen Investitionsmitteln Kapazitätsengpässe behoben und Kapazitätsreserven ausgeschöpft wurden. Die Grundlagen des Wirtschaftsaufschwungs unterschieden sich also in Ost und West. Dennoch: Mitte der 1950er-Jahre schien für viele Menschen die entbehrungsreiche Kriegs- und Nachkriegszeit der Vergangenheit anzugehören.

Deutschlandpolitik: Stalin-Noten 1952

Eine verpasste Chance?

Die beiden Staatsgründungen 1949 waren ausdrücklich als Gegenentwürfe zur Gründung des jeweils anderen deutschen Staates konzipiert, wobei sich die DDR stets in einer größeren Abhängigkeit von der Sowjetunion befand als die Bundesrepublik von den drei Westmächten. Dabei traf die Moskauer Kremlspitze des Öfteren einsame Entscheidungen, ohne die SED-Führung vorab zu informieren. Das wurde unter anderem bei den deutschlandpolitischen Initiativen („Stalin-Noten“) im Frühjahr 1952 deutlich, die für Ost-Berlin völlig überraschend kamen. Das vermeintliche Angebot des sowjetischen Diktators beinhaltete im Kern ein wiedervereinigtes und wiederbewaffnetes Deutschland unter Anerkennung der Blockneutralität und der Westgrenze Polens (Oder-Neiße-Grenze).

Obwohl in Moskau vermutlich mehrere deutschlandpolitische Optionen erwogen wurden, scheint die Führungsriege um Stalin vor allem das Ziel verfolgt zu haben, die Westintegration der Bundesrepublik zu torpedieren. Insofern waren die Stalin-Noten ein geschicktes propagandistisches Störmanöver, das zwar Teile der westdeutschen Öffentlichkeit elektrisierte, aber letztlich sein Ziel verfehlte. Zu entsprechenden Verhandlungen kam es erst gar nicht, weil die drei Westmächte den Vorschlag nach einem längeren Notenwechsel ins Leere laufen ließen.

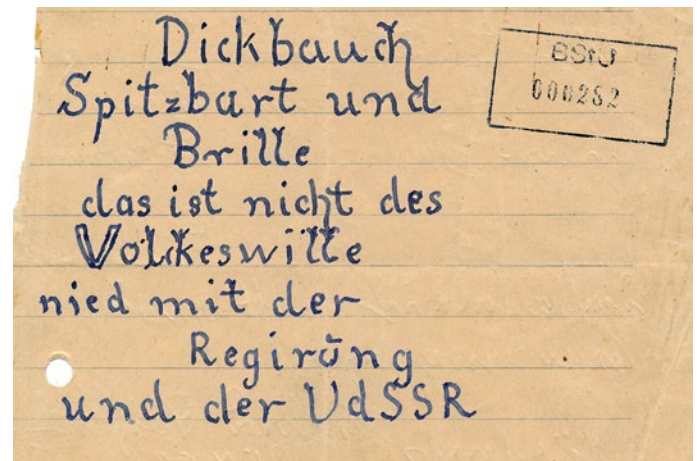
Für die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin beinhalteten die sowjetischen Vorschläge unkalkulierbare Risiken. Konrad Adenauer war von der Sorge getrieben, die Siegermächte könnten sich wie zuletzt in Potsdam 1945 über die Köpfe der Deutschen hinweg erneut einig werden. Etwas anders gelagert waren die Sorgen der SED-Führung um Ulbricht, die bei einer Aufgabe der DDR um die politische Macht fürchteten.

Volksaufstand am 17. Juni 1953

Dass die Herrschaft der SED keinen festen Stand hatte, zeigte sich beim Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953. Auslöser war die Erhöhung der Arbeitsnormen, die einen realen Einkommensverlust bedeutete. Deshalb hatte es schon im Frühjahr erste Arbeitsniederlegungen gegeben, in deren Verlauf auch die betrieblichen Parteiorganisationen der SED in die Kritik geraten waren. Mitte Juni breitete sich eine Streikwelle über das ganze Land aus. Aus dem anfänglichen Arbeiteraufstand entwickelte sich rasch ein Volksaufstand.

Die spontanen Kundgebungen, die nicht zentral gesteuert wurden, verloren rasch ihren anfänglichen Streikcharakter. Denn zu den wirtschaftlichen kamen nun auch politische Forderungen. Der Zorn der Demonstrierenden richtete sich immer mehr gegen die SED, die DDR-Regierung und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). In Sprechchören und auf Transparenten wurden freie Wahlen und die Einheit Deutschlands gefordert.

Aus einer Wirtschaftskrise entwickelte sich ein offener politischer Konflikt, der rasch das ganze Land erfasste und durch die sowjetischen Besatzungstruppen blutig niedergeschlagen wurde. Es gab mindestens 55 Todesopfer und zahlreiche Verletzte. Die ostdeutsche – politisch gesteuerte – Justiz war noch lange mit der Verfolgung der vermeintlichen Rädelsführer beschäftigt.



Wenige Wochen nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 bringt ein 23-jähriger Arbeiter aus Güstrow diesen Zettel mit einem Protestspruch auf seiner Arbeitsstelle an. Dafür wird er zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Langfristige Folgen

Der Volksaufstand ist ein Schlüsselereignis der DDR-Geschichte und löste sowohl bei dem Regime in Ost-Berlin als auch bei der ostdeutschen Bevölkerung einen Lernprozess aus. Denn allen war klar, wo sich das eigentliche Machtzentrum befand: Die SED-Herrschaft wurde letztlich durch die Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR garantiert. Ein erneutes Aufbegehren schien sinnlos zu sein, solange Moskau die schützende Hand über die Ost-Berliner Führung hielt.

Während Ost-Berlin die Erhebung als „faschistischen Putsch“ verunglimpfte, verständigten sich die Bundestagsfraktionen (mit Ausnahme der KPD) wenige Tage nach den dramatischen Ereignissen auf die Einführung eines „Tages der deutschen Einheit“, der in der Bonner Republik jedes Jahr am 17. Juni – von 1954 bis 1990 – feierlich begangen wurde. Somit gingen beide deutsche Staaten auch geschichtspolitisch getrennte Wege.

DER VOLKSAUFSTAND DES

17. Juni

-  AUFSTAND
-  EINSATZ SOWJETISCHEN MILITÄRS
-  HÄFTLINGSBEFREIUNG



Am 17. Juni 1953 entbrennt in der gesamten DDR ein Volksaufstand, der zu einem richtungsweisenden Ereignis in den beiden jungen deutschen Staaten wird. Während das Ausmaß des Aufstands in der DDR durch das SED-Regime vertuscht und Protestierenden faschistische Ziele unterstellt werden, erhebt die Bundesrepublik den 17. Juni zum Feiertag. Diese Karte zeigt, in welchen Städten und Ortschaften es Aufstände gab.

Deutsch-deutsche Kontakte

„Freizeitangebote“

Obwohl die SED-Spitze die Grenze zur Bundesrepublik 1952 abriegelte, um die Abwanderung von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern zu unterbinden, blieb in West-Berlin das Tor zum Westen Deutschlands offen, bis es dann am 13. August 1961 endgültig zugemauert wurde. Zwischenmenschliche Kontakte blieben in diesem Zeitraum trotzdem immer noch möglich, unterlagen aber stellenweise auch der politischen Instrumentalisierung durch Ost-Berlin. So lud die in Düsseldorf gegründete „Zentrale Arbeitsgemeinschaft – Frohe Ferien für alle Kinder“ – eine kommunistisch gesteuerte Organisation in der Bundesrepublik – zu Ferienlagern an die Ostsee, in den Harz oder Thüringer Wald ein, an denen 1955 rund 46 000 Kinder aus der Bundesrepublik teilnahmen.



In der Bundesrepublik wirbt die „Zentrale Arbeitsgemeinschaft (ZAG) – Frohe Ferien für alle Kinder“ mit Plakaten für Ferienlager – und verfolgt dabei auch politische Ziele. Plakat der ZAG, circa 1955

Wirtschaftskontakte

Trotz Blockbildung brachen auch die wirtschaftlichen Beziehungen nicht ein. Obwohl sich die Rahmenbedingungen verschlechterten, kam der innerdeutsche Handel nicht zum Erliegen. Das Frankfurter Abkommen vom 8. Oktober 1949 regelte den Warenaustausch zwischen beiden deutschen Staaten zunächst befristet und wurde am 20. September 1951 vom Berliner Abkommen abgelöst, das keine zeitliche Begrenzung mehr vorsah. Während der Umfang des innerdeutschen Warenaustauschs am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik nie über 2,5 Prozent lag, betrug er in der DDR 1955 fast elf Prozent.

Der Außenhandel war die „Achillesferse“ (so der Wirtschaftshistoriker Christoph Buchheim) der DDR-Wirtschaft. Wegen permanenter Versorgungsengpässe, die unter anderem auf die Autarkiepolitik Ost-Berlins gegenüber Westdeutschland zurückzuführen waren (Aktion „Störfreimachung“), musste Ministerpräsident Grotewohl wiederholt als Bittsteller in den osteuropäischen Hauptstädten auftreten. Dabei erhielt er von den Regierungschefs der sozialistischen Bruderstaaten des Öfteren einen Korb. Dennoch gelang es der DDR, mit Hilfe sowjetischer Rohstofflieferungen bis 1956 vom viert- zum zweitgrößten

Exporteur im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, ein internationales Bündnis sozialistischer Staaten unter Führung der Sowjetunion, das 1949 als Pendant zur Gründung der OEEC, einem Vorläufer der OECD, entstand) aufzusteigen.

Die Rolle der christlichen Kirchen

Eine wichtige Klammer zwischen Ost und West bildeten die christlichen Kirchen, die trotz fortschreitender Säkularisierung Ausstrahlungskraft auf viele Menschen in Deutschland besaßen. Am 11. Juli 1954 kamen rund 600 000 Menschen zum Abschlussgottesdienst des evangelischen Kirchentages in Leipzig zusammen. Hier begegneten sich nicht nur deutsche Protestanten aus Ost und West, sondern auch deutsche Politiker. So reisten Bundestagspräsident Hermann Ehlers (CDU, 1904–1954) und der Staatssekretär im Bundesjustizministerium Walter Strauß (CDU, 1900–1976) in die Messestadt, um sich unter anderem mit dem Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann (LDPD, 1893–1969) und dem stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Otto Nuschke (CDU, 1883–1957) zu treffen.

Vom Kirchentag ging die Botschaft aus, dass das deutsche Volk nicht gespalten und der Protestantismus in der DDR lebendig sei. Der Dialog und die über Jahre hinweg gepflegten Verbindungen waren nicht abgebrochen, obwohl die SED den Kirchen in der DDR den Kampf angesagt hatte. Da die Machthaber in Ost-Berlin jeden Widerstand gegen die 1952 forcierte Militarisierung der Gesellschaft brechen wollten, geriet die christlich orientierte „Junge Gemeinde“, die den Jugendlichen eine Alternative zur Freien Deutschen Jugend (FDJ) bot, ins Fadenkreuz des ostdeutschen Regimes. Zahlreiche ihrer Mitglieder lehnten die Offerten des von der SED gesteuerten Jugendverbandes ab und fanden Zuflucht unter dem Dach der evangelischen Kirche. Der Konflikt spitzte sich zu, als die FDJ 1953 Veranstaltungen an den Schulen gegen die Junge Gemeinde durchführte. Über 800 Oberschülerinnen und Oberschüler wurden vom Unterricht ausgeschlossen oder gar von der Schule verwiesen. Die SED-Führung gab ihren konfrontativen Kurs erst im Zusammenhang mit dem im Juni 1953 ausgerufenen „Neuen Kurs“ auf.

Das gemeinsame kulturelle Erbe

Gemeinsamkeiten ergaben sich auch beim – in beiden Staaten unübersehbaren – Rückgriff auf das kulturelle Erbe der deutschen Klassik, insbesondere auf Friedrich Schiller, Johann Wolfgang von Goethe und Ludwig van Beethoven. Doch bei der Vortragsreise anlässlich des 200. Geburtstages von Goethe, die den deutschen Schriftsteller Thomas Mann (1875–1955) 1949 nach Frankfurt am Main und nach Weimar führte, zeigte sich auch ein erster Riss durch die deutsche Kulturnation. Der Literaturnobelpreisträger trug durch sein Auftreten in Weimar zu einer politischen Aufwertung des SED-Regimes bei und musste sich von westdeutschen Zeitungskommentatoren harsche Kritik gefallen lassen. In der Folgezeit entstand eine Kluft zwischen den Schriftstellerverbänden in Ost und West.

Während die SED in den ersten Nachkriegsjahren Ausstellungen moderner Kunst tolerierte, rief sie im März 1951 zum „Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur“ auf. Künstlerinnen und Künstler hatten sich fortan am sozialistischen Realismus sowjetischer Prägung zu orientieren. Dagegen wurde die abstrakte Malerei, die in Westdeutschland einen Siegeszug feierte, in zunehmendem Maße verpönt. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die sozialen und kulturellen Kontakte zwischen Ost und West frühzeitig von Spannungen und Ambivalenzen geprägt waren. Sie entzogen sich aber der vollständigen Kontrolle durch die Machthaber in Ost-Berlin.

Kirchen in der DDR

Das Bild von der Evangelischen Kirche in der DDR ist in der öffentlichen Meinung nach dem Zusammenbruch der DDR plötzlich umgekippt. Erst galt sie als Mutter der Revolution, nun wurde sie als Stütze des Systems verdächtigt. Das eine war zu viel der Ehre, das andere ist zu viel der Schande.

„Mutter der Revolution“ – diese Übertreibung kam dadurch zustande, dass die Kirche der einzige Ort in der DDR war, an dem das freie Gespräch möglich war. Die Evangelische Kirche hat in den 1980er-Jahren oppositionellen Gruppen, die sich mit den Problemen Frieden, Umwelt, Dritte Welt beschäftigt haben, ihr Dach angeboten, auch Nichtchrist*innen. Und sie hat, wenn Oppositionelle aus diesen Gruppen verhaftet wurden, Fürbittengottesdienste und Mahnwachen ermöglicht. Dann gab es ausnahmsweise volle Kirchen. Und nach der Öffnung der Mauer waren überall im Lande die Kirchen der Ort, an dem sich die Bürger*innen zuerst versammelten und sich die neuen politischen Bewegungen vorstellten. Die Bilder von diesen vollen Kirchen im Westfernsehen haben bei vielen im Westen ein gänzlich irrealen Bild vermittelt. Denn in Wahrheit waren die Christen in der DDR zu einer Minderheit geschrumpft. Die Kirche war, anders als in Polen, viel zu schwach, um Mutter der Revolution zu sein. Aber sie konnte der Freiheit des Wortes und der Gedanken Raum geben. Dadurch hat sie Verdienste am Zusammenbruch der SED-Herrschaft, von dessen Geschwindigkeit sie allerdings überrascht wurde. [...]

In der ersten Verfassung der DDR waren zwar die Rechte der Kirche wunderschön beschrieben, aber die SED hielt sich nicht an diese Verfassung; und ein Gericht, bei dem die Kirche gegen den Verfassungsbruch hätte klagen können, gab

es nicht. Der Spielraum der Kirche bestand deshalb nur aus jederzeit widerrufbaren Gewohnheitsrechten.

Da die Kirchen keine Rechtsposition geltend machen konnten, konnten sie nicht verhandeln, sondern nur bitten. Sie mussten, wenn es um die Gleichberechtigung der Christen und die Arbeitsmöglichkeiten der Kirche ging, darzulegen versuchen, dass es im wohlverstandenen Interesse der anderen Seite sei, dieser Bitte nachzukommen.

Dies war nun umso schwieriger, weil die SED von Anfang an und bis zum Schluss der festen Überzeugung war, dass die Kirche erstens „die einzige Institution im Sozialismus [ist], die nicht dem Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung entspricht, aus ihr nicht erwächst und für den Sozialismus und seine Entwicklung überflüssig ist“ (so ein Funktionär in seiner Dissertation 1983), und dass die Kirche zweitens das Sammelbecken der feindlich-negativen Kräfte sei, der Brückenkopf des Imperialismus usw.

Die Hauptziele der SED-Kirchenpolitik waren folgende: Die Kirche sollte ihren Einfluss auf die Jugend verlieren. Dem diente die Jugendweihe und die Behinderung kirchlicher Jugendarbeit. Sie sollte beschränkt werden auf den Kult und die Diakonie, also aus der Öffentlichkeit herausgedrängt werden. Sie sollte eine grundsätzliche Loyalitätserklärung zur Politik der SED abgeben. [...]

Richard Schröder, Die evangelische Kirche in der DDR, in: Loccumer Pelikan 3 (2023), S. 4–10. (Religionspädagogisches Magazin für Schule und Gemeinde des Religionspädagogischen Instituts Loccum. Online: https://www.rpi-loccum.de/damfiles/default/rpi_loccum/Materialpool/Pelikan/Pelikanhefte/Pelikan-3-2023.pdf-139edc810c40fb5e55889f765738bc29.pdf#page=48)



Das Wandbild „Der Weg der roten Fahne“ am Kulturpalast in Dresden wurde von einer Künstlergruppe der Dresdner Hochschule für Bildende Künste gestaltet (1968/69). Es ist 30 Meter lang und am Stil des sozialistischen Realismus orientiert.

Offizielle und private Kontakte

Zehn Jahre nach Kriegsende war Deutschland geteilt. Zwei deutsche Staaten waren entstanden, deren Integration in zwei Blocksysteme weitgehend abgeschlossen war. Die Regierungen

in Bonn und Ost-Berlin verfolgten eine Deutschlandpolitik, die von einem Alleinvertretungsanspruch geprägt war und eine Anerkennung des jeweils anderen Staates ausschloss. Mit der sogenannten Hallstein-Doktrin (benannt nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Walter Hallstein, 1901–1982) verfolgte die Bundesregierung ab 1955 eine Politik der Nicht-Anerkennung der DDR. Ost-Berlin versuchte die außenpolitische Isolierung zu durchbrechen, was jedoch erst im Zuge der Entspannungspolitik ab Ende der 1960er-Jahre gelingen sollte.

Es verwundert daher nicht, dass das Zusammentreffen der Ministerpräsidenten aller Länder in München am 5. Juni 1947 der einzige offizielle Dialog auf höchster politischer Ebene bis 1970 blieb. Dennoch hat es in den 1950er-Jahren einige Kontakte gegeben. Zu nennen wären hier zum Beispiel die geheimen Unterredungen zwischen Bundesfinanzminister Fritz Schäffer (CSU, 1888–1967), dem General der Nationalen Volksarmee (NVA), Vincenz Müller (1894–1961), und dem sowjetischen Botschafter in der DDR, Georgi M. Puschkin (1909–1963), 1955/56 oder die Begegnungen zwischen der westdeutschen FDP und der ostdeutschen LDPD zwischen 1956 und 1966. Doch deutsch-deutsche Kontakte gab es auch im Persönlichen: Grenzüberschreitende Familienbande und Freundschaftsbeziehungen bildeten ein vielfältiges Netzwerk, das zusätzlich durch die Fluchtbewegung verstärkt wurde. Derartige Beziehungen prägten auch den gesellschaftlichen Alltag der Deutschen über den „Eisernen Vorhang“ hinweg.



Briefwechsel zwischen Marie Louise P. aus Zittau (DDR) und Oskar H. aus Meckenheim (Bundesrepublik), 1950 bis 1974

[...] In einem christlichen und oppositionellen Umfeld bewegte sich [...] Marie Louise P., Englischlehrerin in Zittau. Wiederholt gerieten Familienangehörige und Freunde von ihr in Schwierigkeiten, weil sie als Priester, Schüler oder Studenten dem DDR-Staat mit christlichen Positionen kritisch entgegentraten. Über ihre Sorgen um Freunde und Familie schrieb sie ab den 1950er-Jahren an Oskar H., einen ehemaligen Schüler, der zu dieser Zeit in Meckenheim bei Bonn lebte. Neben konkreten Familienschicksalen und Alltagsthemen wurden die Zukunft der Menschheit und der Welt als Ganzes besprochen. Über 20 Jahre nutzten die protestantische Marie Louise P. und der römisch-katholische Oskar H. die Briefe, um ihre Überlegungen und Überzeugungen in politischen, weltlichen und vor allem geistlichen Dingen zu entwickeln und auszutauschen. Der Briefkontakt endete mit dem Tod von Marie Louise P. im Jahre 1974.

Marie Louise P. aus Zittau an Oskar H. nach Meckenheim am 26.07.1950

Zittau, den 26. Juli 1950.

Lieber Freund,

Was soll ich sagen, zu Ihrem lieben Briefe vom 16. ds., den ich vor einigen Tagen erhielt? Wenn ich tatsächlich wieder beabsichtigt hätte, über die Grenze zu gehen, durch den Vorhang hindurch der immer eiserner uns umklammert, dann hätte ich bestimmt versucht, Sie irgendwie zu erreichen. Aber das ist ganz ausgeschlossen. Nicht nur, weil mir die flüssigen Mittel zu Reise fehlen (Mr. Pr. ist seit Ende April ohne Einkommen, und ich muss also sehen daß ich für uns beide, und seine alte Schwester, die, aus Dresden ausgebombt, bei uns wohnt, - aufkomme, sondern vor allen Dingen haben Sie wohl keine Ahnung, was für Schwierigkeiten zu überwinden sind, ehe man aus diesem Zuchthaus auch nur vorübergehend herauskann. Ich müßte von dort eine Aufenthaltsgenehmigung vorlegen können, sowie das amtsärztliche Zeugnis, daß jemand mit nahe Verwandtes schwerkrank ist und ausgerechnet meiner Pflege bedarf; und selbst wenn es mir nicht das Geringste ausmachen würde, sonst etwas zu behaupten um etwas zu erreichen, so glaube ich doch nicht, daß die Polizei hier mir die Ausreisegenehmigung erteilen würde; ich bin seit 14 Tagen von allen Ehrenämtern entfernt worden, da man allen auch nur entfernt kirchlichen Einfluss unbedingt ausmerzen will; was nun weiter geschehen soll und wird, wer kann das ahnen? [...] Jedenfalls waren wir Ihnen sehr dankbar für die Hilfe, die Sie uns sandten; der Gedanke, daß man jenseits der Gefängnismauern noch an uns denkt, ist wohl das Tröstlichste, was es geben kann. Jedenfalls möchte ich Ihnen versichern, daß der mensch tatsächlich nicht von Brot allein lebt, und daß wir den Jahren, in denen wir an allem, was man zum Leben braucht, Mangel gelitten haben und zum Teil auch noch leiden, gelernt haben, daß die Dinge des Geistes doch die wichtigsten sind. Es wird vor allen Dingen der Jugend hier stark zugesetzt; sie wird gezwungen, in die kommunistische Jugendverbände

einzutreten; es werden ihr Lügen über Lügen erzählt, sowohl über das eigene Volk als über andere Völker; und es sind ihrer nicht mehr sehr viele, die aus anderen Quellen wissen, können, daß die Dinge doch anders liegen und gelegen haben. [...] Nun warten wir auf das, was die nächsten Wochen und Monate bringen sollen, Gutes nicht mehr, aber vielleicht doch den Beweis, daß auch diese Bäume nicht in den Himmel wachsen, und daß die Gerechtigkeit Gottes noch da ist, auch wenn wir sie noch nicht sehen und fühlen. – Habe ich recht gelesen, daß Frau H. nach Rom fährt? Ist denn so etwas überhaupt möglich? Von hier aus kann man, wie gesagt, nicht einmal nach den anderen Teilen Deutschlands, ohne daß die Polizei, das Finanzamt und natürlich die kommunistische Partei ihre Finger mit am Werke haben. Sodaß ich alles aufgegeben habe; ich hatte zwei Ringe meiner verstorbenen Mutter zurecht gelegt, um einmal eine kleine Reise damit zu bezahlen, habe sie aber jetzt schon verkauft, um die Kohle für den Winter und die auf dem Hause liegenden Steuern bezahlen zu können. Aber wir hungern zur Zeit noch nicht wieder und auch nicht mehr, obwohl beides bald wieder der Fall sein kann. Quälen Sie sich nicht mit Schreiben, aber vergessen Sie nicht, daß auch ein Wort ein grosses Geschenk sein kann. [...] Und nun will ich schliessen. Wer weiss, ob und wann es noch einmal zum Schreiben kommen wird. Herzlichen Dank, und Ihnen allen alles Gute. Ihre Marie P.

Oskar H. aus Meckenheim an Marie Louise P. nach Zittau am 16.12.1972

Dear Mrs. P!

Es war wirklich wieder einmal eine ziemlich lange Pause seit meinem letzten Brief. [...] Inzwischen ist auch eine Menge geschehen, was zumindest Grund zum Gespräch bietet. Ein Volk, das sicher immer besonders mokiert hatte darüber, daß wir dem Hitler so auf den Leim haben gehen können, ist einer Propaganda erlegen, welche an Dummheit und Kurzsichtigkeit der deutschen Kriegspropaganda in nichts nachsteht. Ich meine die Norweger, welche zu einer Volksabstimmung um den EWG Beitritt aufgefordert worden waren. Die EWG-Gegner haben gesiegt mit Parolen wie: Wir wollen keine katholischen Weinsäufer werden! und Plakaten auf denen Brandt, ausgerechnet Brandt, mit Stahlhelm und Hakenkreuz abgebildet war. Und unsere Bundestagswahl war ja auch nicht durch den Verstand sondern durch Emotionen bestimmt. Abgesehen von dem Vateridol Brandt, das die Leute getäuscht hat, waren es durchaus ehrenwerte Motive, welche die Leute bestimmt haben. Endlich Frieden auch nach dem Osten. Mehr Menschlichkeit, Politik der kleinen Schritte zur Annäherung. Aber wird ihre Entscheidung richtig sein? Ich zweifle sehr daran. Die plötzlich leichten Erfolge werden die Verhandlungspartner kaum friedlicher machen. Im Gegenteil, man wird auch das noch zu erreichen suchen, was man jetzt noch nicht erreicht hat. Das dürfte in erster Linie die DDR betreffen.

Unsere eigenen Partner im Westen sehen die Entwicklung leider so ungern nicht. Ihnen ist der Russe an der Elbe immer noch das kleinere Übel als etwa eine Wiedervereinigung.

Man könnte dem Ganzen auch gute Seiten abgewinnen, wie zum Beispiel bessere Durchlässigkeit der Grenzen und damit eine langsamere Entfremdung. Aber wer kennt nicht das Raffinement der dortigen Behörden und Parteiapparate Verpflichtungen dem Buchstaben nach zu erfüllen und ihnen dabei in Wirklichkeit das Leben zu nehmen. Doch mag ja auch ein gesteigertes Selbstbewusstsein einen Abbau der bisherigen so kleinlichen Aggressivität bedeuten, wenn auch vorläufig die Zeichen eher nach Betrug als nach Solidarität aussehen. [...]

Über manches in der Welt könnte man wahrhaftig lachen, wie über die Reden und Streiche von Schuljungen, wenn nicht der Verdacht immer wieder genährt würde, daß zwischen den Sowjets und den Amerikanern eine Verständigung erreicht werden könnte, welche Westeuropa bezahlen müßte

Glücklicherweise sind wir in der Sache nicht allein. Westeuropa macht große Anstrengungen zur Integration. Dazu könnten allerdings ein paar Emotionen und etwas mehr Begeisterung nicht schaden. Doch auch ohnedies sind die Kräfte der Integration sehr stark. Ob es nun ein „Europa der Vaterländer“ oder ein „Vaterland Europa“ gibt, das wird sich zeigen. Die Schnelligkeit und die Schmerzen dieser

Entwicklung kann niemand voraussagen. Sie wird hoffentlich abgeschlossen sein bevor die Stürme aus der dritten Welt alles vernichten kann.

Allerdings: ob die Welt von Morgen mehr Gerechtigkeit und Humanität aufweisen wird, glaube ich kaum. Es werden wieder die Starken stärker und die Reichen reicher werden. Worauf warten wir eigentlich? [...]

Ganz tief in uns bleibt die Hoffnung lebendig, daß das Gute erhalten bleibt. Daß es nicht sterben kann, daß es sich immer wieder durchsetzt, daß der glimmende Docht nicht ausgelöscht wird. Trotz der Mächtigen, welche alles vernichten, das ihnen widerstehen könnte, trotz des Eigennutz der Reichen, trotz der Gierigen.

Ich wünsche Ihnen für dieses Fest, daß Sie teilnehmen können an der Hoffnung auf das Leben. Ein Leben in einer Welt, welche uns nur geschenkt werden kann.

Es grüßen

NB ein Paket ist auf der Reise. Mögen Sie sich freuen daran.

Disclaimer: An den Briefen wurden keine redaktionellen Änderungen vorgenommen, daher sind an einigen Stellen Rechtschreib-, Zeichen- und Tippfehler zu finden.

Quelle: Museumstiftung Post und Telekommunikation, Briefesammlung.
Online: https://www.briefsammlung.de/post-von-drueben/konvolut_skizze.html?action=detail&what=collection&id=166



Die abgebildeten Briefmarken entstehen als politische Propagandamaßnahme der Bundesrepublik um 1964. Das Verschicken von Briefen und Paketen soll die innerdeutschen Beziehungen verbessern und die Solidarität zwischen Ost und West stärken.



Ein Bild, das zur Ikone des Kalten Krieges wurde: Zwei Tage nach Beginn des Mauerbaus springt der DDR-Grenzpolizist Conrad Schumann am 15. August 1961 über den Stacheldrahtzaun nach West-Berlin. Heute ist das Foto auf dem Gelände der Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße in Berlin zu sehen.

Dierk Hoffmann

Zwischen Systemwettstreit und Mauerbau (1955–1961)

Von der eigenen Unfehlbarkeit überzeugt und einer Annäherung weit entfernt, spitzt sich der Ost-West-Konflikt weiter zu. Unzählige Menschen flüchten von der DDR in die Bundesrepublik – bis zum Mauerbau 1961.

Offener Systemwettbewerb

Im globalen Kalten Krieg befanden sich beide deutsche Staaten an der Nahtstelle der Systemauseinandersetzung. Beide Seiten waren davon überzeugt, über das bessere politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Modell zu verfügen. Obwohl die DDR einige Rückschläge einstecken musste, suchte sie immer wieder den Wettbewerb mit der Bundesrepublik.

Vorherrschaft im Weltraum

In der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre schien sich aus Sicht Ost-Berlins endlich ein sozialistisches Wirtschaftswunder abzuzeichnen, das – so die Hoffnung der SED-Führung um Ulbricht – das westdeutsche Wirtschaftswunder in den Schatten stellen sollte. Auslöser dafür war der erfolgreiche Start des sowjetischen

Weltraumsatelliten Sputnik 1 am 4. Oktober 1957. Während die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten das Ereignis als Zeichen für die Überlegenheit des Kommunismus feierten, löste der Raketenstart in der westlichen Welt Staunen und Entsetzen über die technologische Leistungsfähigkeit der Sowjetunion aus. Der Sputnik-Euphorie im Osten entsprach der Sputnik-Schock im Westen.

Zwei Monate später scheiterte der US-amerikanische Versuch, einen eigenen Satelliten in die Erdumlaufbahn zu schießen. Vor laufender Fernsehkamera löste sich das Unternehmen mit einem explosionsartigen Knall in Luft auf. Doch die Euphorie in den osteuropäischen Hauptstädten währte nicht lange: Mitte der 1960er-Jahre war der sowjetische Vorsprung eingeholt, und am 20. Juli 1969 stand mit dem US-amerikanischen Astronauten Neil Armstrong (1930–2012) der erste Mensch auf dem Mond.



NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Berliner Ausgabe „Vorkurs“

Berlin, Mittwoch, 9. Oktober 1957

12. (88.) Jahrgang / Nr. 239 / Einzelpreis 15 Pf.

Auch am 5. Tag nach dem Start des sowjetischen Erdtrabanten:

Die Welt im Banne des Sputnik

Internationale Anerkennung der Überlegenheit der sozialistischen Wissenschaft

Warum gelang dem Sowjetwerk der große Wurf?

Seit Tagen beherrscht nur eine Frage die Gedanken der internationalen Presse: Warum gelang es den Sowjets, den ersten Erdtrabanten in die Umlaufbahn zu bringen? Die Antwort ist einfach: Die Überlegenheit der sozialistischen Wissenschaft. Die Sowjetunion hat die ersten Raketen mit einer Nutzlast von 500 Kilogramm in die Umlaufbahn gebracht. Dies ist ein Beweis für die Überlegenheit der sozialistischen Wissenschaft.

Bis Dienstag 2 Mill. km

Berlin (ND). Nach wie vor gilt das Interesse der Weltöffentlichkeit dem sowjetischen Erdtrabanten, der bis Dienstag nachmittag die Erde umkreist. Die Rakete hat sich in einer Höhe von 200 Kilometern über der Erdoberfläche in die Umlaufbahn gebracht. Bis Dienstag wird die Rakete 2 Millionen Kilometer um die Erde herumfliegen. Dies ist ein Beweis für die Überlegenheit der sozialistischen Wissenschaft.



Überall in der Welt werden Millionen Zuschauer - wie hier in London - die Flug des sowjetischen Erdtrabanten zu verfolgen. (Foto: AP/Wide World)

Markantes Datum in der Menschheitsgeschichte

Die Welt hat heute ein markantes Datum in der Menschheitsgeschichte erlebt. Am 4. Oktober 1957 ist der erste künstliche Erdtrabant in die Umlaufbahn gebracht worden. Dies ist ein Beweis für die Überlegenheit der sozialistischen Wissenschaft.

Schreck im Westen, Euphorie im Osten: Die Tageszeitung Neues Deutschland, Parteizeitung der SED, feiert am 9. Oktober 1957 den erfolgreichen Start des sowjetischen Weltraumsatelliten Sputnik 1.

SED-Konsumversprechen

Die durch den erfolgreichen Sputnik-Start befeuerten Überlegenheitsphantasien prägten auch den V. SED-Parteitag im Juni 1958, auf dem Ulbricht ein utopisches Wirtschaftsprogramm verkündete, das er mit der Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft gegenüber der sozialen Marktwirtschaft prophezeite. Damit versuchte die Ost-Berliner Parteiführung im Übrigen auch an die Aufbruchsstimmung anzuknüpfen, die Anfang der 1950er-Jahre zu Beginn des ersten Fünfjahrplanes (1951–1955) noch geherrscht hatte.

Das Wirtschaftsprogramm („ökonomische Hauptaufgabe“) sah im Wesentlichen vor, dass die Bundesrepublik im Verbrauch wichtiger Lebensmittel und Konsumgüter bis 1961 eingeholt werden sollte. Dieses ambitionierte Ziel sollte durch eine intensivierte Kooperation mit den RGW-Staaten, die Mobilisierung aller verfügbaren Ressourcen und den Ausbau von Schlüsseltechnologien (vor allem der chemischen Industrie) erreicht werden.

Doch die Begeisterung hielt nicht lange: 1959 wurde der zweite Fünfjahrplan vorzeitig abgebrochen und nach dem sowjetischen Vorbild durch einen Siebenjahrplan ersetzt. In der Zwischenzeit hatte sich bei einigen politischen Verantwortlichen die Einsicht durchgesetzt, dass langfristige Wirtschaftspläne das Papier nicht wert waren, auf denen sie gedruckt wurden, sobald die zugrunde gelegten Rahmenbedingungen nicht mehr stimmten. Vom eingeschlagenen Kurs ließ sich aber das Politbüro, das höchste politische Führungsgremium der SED, nicht mehr abbringen.

Ostdeutsches Wirtschaftswunder?

Ulbrichts Wohlstandsversprechen beeindruckten offenbar auch Bundeswirtschaftsminister Erhard, der in einem Gastbeitrag für die Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT einräumte, dass sich die Zuwachsraten des Sozialprodukts der DDR-Wirtschaft „auf der Höhe der größten Erfolge westlicher Volkswirtschaften“ bewegen würden. Erhard erblickte in den Ankündigungen des Parteitag eine große Herausforderung für die Bundesrepublik. Gleichzeitig begrüßte er „diese Art des Wettbewerbs auf

friedlichem Felde“. Dabei sei er sogar „zu unterliegen bereit“.

Ost-Berlin griff die Aussagen des Vaters des westdeutschen Wirtschaftswunders begierig auf und instrumentalisierte sie für eigene politische Zwecke. In einem Leitartikel des parteiamtlichen Organs Neues Deutschland wurde Erhards Zeitungsbeitrag sinntestellend zusammengefasst, indem die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit den Plänen zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr in Verbindung gebracht wurde.

Die Wirtschaftspolitik besaß also nach wie vor große Bedeutung für die deutsch-deutsche Systemauseinandersetzung, bei der die DDR offenbar einige Trümpfe in der Hand hielt. So fragte der Politikwissenschaftler und Publizist Peter Molt in einer vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebenen Sonderausgabe 1960 besorgt: „Erreicht der Osten unseren Lebensstandard?“

DDR-Flucht: „Abstimmung mit den Füßen“

Doch auf einem anderen Gebiet wurde ab Mitte der 1950er-Jahre unübersehbar, dass die DDR den Wettstreit mit der Bundesrepublik zu verlieren drohte. Bis zum Mauerbau 1961 verließen mindestens 2,8 Millionen Menschen ihre Heimat und gingen in den Westen. Darunter befanden sich besonders viele gut ausgebildete Fachkräfte und Jugendliche. Diese Westmigration vollzog sich in mehreren Wellenbewegungen.

Während die Zahl der Abwanderungen 1952 noch bei rund 186 000 gelegen hatte, erhöhte sie sich im darauffolgenden Jahr auf fast 300 000. Nach einem Rückgang 1954 stiegen die Zahlen ab 1955 wieder deutlich an und stabilisierten sich auf hohem Niveau: 315 235 (1955), 363 661 (1956) und 351 668 (1957). Der „Neue Kurs“ hatte offenbar keine positiven Effekte auf die Akzeptanz des politischen Systems in der ostdeutschen Bevölkerung. Die Zahl derjenigen, die die DDR verließen, ging bis Ende der 1950er-Jahre etwas zurück und erreichte 1959 ihren niedrigsten Wert (144 225), um dann 1960 – im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft – wieder auf 202 711 zu klettern.

Die Folgen für die demografische Entwicklung waren beträchtlich: Bis zum Mauerbau verließen knapp 15 Prozent der Menschen, die 1950 in der DDR gelebt hatten, das Land. Da etwa die Hälfte der Geflüchteten unter 25 Jahren alt war, drohte zudem eine Überalterung der DDR-Bevölkerung. Dagegen nutzte die Bundesrepublik den Bevölkerungszustrom aus der DDR, um den Arbeitskräftebedarf in der Epoche des „Wirtschaftswunders“ zu stillen. Die DDR-Flüchtlinge hatten einen entscheidenden Anteil am wirtschaftlichen Aufstieg der Bonner Republik.

Fluchtmotive

Das Spektrum der individuellen Beweggründe für die Flucht in den Westen war groß und umfasste nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische und persönliche Motive. Ein weiterer Grund bestand in der Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA) am 18. Januar 1956. In der DDR war die Bereitschaft zum Dienst an der Waffe äußerst gering. Nachdem die Aufstellung eigener Kampfverbände bekannt geworden war, registrierten SED und FDJ vor allem unter Jugendlichen eine weit verbreitete



Zwangsadoptionen in der DDR

„... so hätte ich weit Gräßlicheres zu erzählen: Geschichten von Kindern, die man ihren Eltern wegnahm.“

Der russische Revolutionär Petr Kropotkin (1842–1921) über die Zarenzeit. Die Fluchthelfer hatten bereits die erste Rate bekommen, der Fluchtplan schien perfekt. Bestens getarnt holperte das Ehepaar samt Kindern im Versteck des Fluchtwagens der Bundesrepublik entgegen – ausgerechnet am Grenzkontrollpunkt aber begann eines der Kinder zu weinen.

DDR-Grenzsoldaten holten am 21. Dezember letzten Jahres aus dem Versteck das Ärztehepaar Mathias und Gabriele Kiefer aus Leipzig, Sohn Markus, 1, Sohn Alexander, 3. Eltern und Kinder wurden separiert, der Verhaftung folgte der Prozeß. Am 24. Mai dieses Jahres [1975, Anm. d. Red.] sprach ein DDR-Gericht das Urteil: vier Jahre für Mathias Kiefer, dreieinhalb Jahre für seine Frau.

Das Ärgste aber steht den Eltern, die derzeit ihre Strafe in der DDR verbüßen, womöglich noch bevor: Die DDR-Behörden haben ein Verfahren in Gang gebracht, das Eltern und Kinder auf Dauer trennen soll. Den Kiefers werden die Kinder streitig gemacht. Ihre beiden Söhne sollen durch Fremde adoptiert werden.

Was dem Ärztehepaar aus Leipzig droht, ist für andere Eltern schon vollendete Tatsache geworden. In aller Heimlichkeit ist die DDR zu einer Rechtspraxis übergegangen, die wie ein Rückfall in den Kalten Krieg anmutet. Eltern, die bei einem Fluchtversuch oder bei der Flucht aus der DDR ertappt werden, müssen neuerdings damit rechnen, daß ihre Kinder nicht nur, wie früher üblich, für die Dauer der Haft von ihnen getrennt werden.

Vielmehr betreiben die zuständigen Jugendbehörden in Städten und Kreisen die Separierung der Eltern und Kinder – quasi eine amtliche Familientrennung, die auf Weisung oder doch Empfehlung des Volksbildungsministeriums vollzogen wird; das Ministerium, das von Margot Honecker, der Frau des SED-Chefs, geführt wird, ist für die Jugendämter in der DDR „Jugendhilfen“ genannt, zuständig.

Und die „Jugendhilfen“ waren es, die in letzter Zeit bei Gerichten durchgesetzt haben, daß Kinder zur Adoption durch linientreue DDR-Bürger freigegeben werden. Sogar Geschwister werden dabei auseinandergerissen.

„Was sich in dieser Hinsicht tut, ist eine Tragödie“, sagt der West-Berliner Rechtsanwalt Jürgen Stange, seit 15 Jahren als Rechtshelfer zwischen Ost und West tätig. Und auch sein Ost-Berliner Kollege Clemens de Maizière, in der DDR ansässiger Bruder des ehemaligen Bundeswehr-Generalinspektors Ulrich de Maizière, wandte sich [sic!] Anfang des Jahres an den Präsidenten des Obersten Gerichtes der DDR:

„Ein solches Verhalten ist mit den humanitären Grundsätzen unserer Verfassung unvereinbar. Ich stehe nicht an, es als unmenschlich zu bezeichnen.“

Was das Regime bewogen hat, das Unmenschliche zu inszenieren, ist schwer auszumachen. Einen Abschreckungseffekt auf fluchtwillige Bürger kann sich die DDR nicht versprechen, denn bislang wurden Straf-Adoptionen strikt geheim gehalten. Sendungsbewußte Funktionäre könnten die üble Praxis intern womöglich damit rechtfertigen, daß manche Eltern bei Fluchtversuchen ihren Kindern hohe Risiken zumuteten – mehrere Kinder sind während des Transports in engen Verstecken erstickt; in anderen Fällen nahmen es Eltern hin, daß Fluchthelfer den Kindern unkontrollierte Dosen von Beruhigungsmitteln verabreichten.

Solche Fälle elterlicher Fehleinschätzung rechtfertigen freilich nach keinem rechtsstaatlichen Standard eine derartige brachiale staatliche Vergeltung, wie sie die DDR mit ihren Zwangsadoptionen übt: „Wegen eines einmaligen Fehlverhaltens sollen den Angeklagten ihre Kinder für ewige Zeit entzogen werden“, so Anwalt de Maizière.

Wie die DDR-Behörden dabei zu Werke gehen, zeigt exemplarisch der Fall der Familie Grübel, die im August 1973 versuchte, in der Nähe des Ortes Slavonice die tschechoslowakisch-österreichische Grenze zu überqueren.

Otto Grübel, damals 36, Wohnraumgestalter aus Ost-Berlin, und seine Frau Bärbel, 24, hatten mit ihren Kindern Ota, 4, und Jeannette fast 3, gerade den Stacheldrahtverhau durchkrochen, als sie von tschechischen Grenzsoldaten doch noch gestellt wurden, womöglich auf österreichischem Territorium. Ein DDR-Gericht verurteilte die Eheleute zu je zwei Jahren und zehn Monaten Haft. Nach knapp 22 Monaten, am 21. Mai 1975, wurden sie vorzeitig in die Bundesrepublik entlassen – ohne Ota und Jeannette, die sie seit dem dritten Tag nach ihrer Verhaftung nicht mehr gesehen hatten.

In der vergangenen Woche erfuhr der SPIEGEL, was bis dahin nicht einmal die Grübels wussten: Die Kinder sind, vermutlich schon seit Monaten, von irgendwelchen, jedenfalls den Grübels nicht bekannten DDR-Bürgern adoptiert.

Für solche Prozedur liefert das DDR-Familiengesetzbuch diverse Rechtsgrundlagen, so im Paragraphen 51, wonach „bei schwerer schuldhafter Verletzung der elterlichen Pflichten“ das Erziehungsrecht entzogen werden kann; so im Paragraphen 70, wonach eine Adoption auch gegen den Willen der Eltern oder eines Elternteils verfügt werden kann (selbst dann, wenn den Eltern das Erziehungsrecht noch gar nicht formell entzogen worden ist).

o.A., „Nie wiedersehen“, in: DER SPIEGEL 51/1975

Ablehnungshaltung. Daher führte die ostdeutsche Führung die allgemeine Wehrpflicht erst 1962 nach dem Mauerbau ein.

Flucht als Propagandawaffe

Die Fluchtbewegung entwickelte sich erst 1952 zu einer Propagandawaffe im Kalten Krieg und ließ sich im Westen als „Abstimmung mit den Füßen“ ausschlagen. Das bundesdeutsche Notaufnahmeverfahren, das den Zugang zu Sozialleistungen regelte, wurde durchlässiger: Während die Aufnahmequote 1951 nur bei 38,8 Prozent der Antragstellenden gelegen hatte, schnellte sie ein Jahr später auf 78,7 Prozent hoch. 1953 lag sie bereits bei 95,5 Prozent.

Darin spiegelte sich das veränderte Verhalten der bundesdeutschen Parteien und Verwaltungen gegenüber den Geflüchteten wider. Im Gegenzug begann die SED-Führung mit der Untersuchung der Abwanderung durch die staatlichen Organe sowie die Blockparteien und Massenorganisationen, um Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HVDVP) und das MfS berichteten nun systematisch und regelmäßig über die von der SED abwertend als „Republikflucht“ bezeichnete Abwanderung.

Hilflosigkeit Ost-Berlins

Es schmerzte die SED-Parteiführung, dass vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter und Jugendliche der DDR den Rücken kehrten. Der Versuch, im Gegenzug Facharbeiterinnen und Facharbeiter, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Ärztinnen und Ärzte zum Wechsel aus der Bundesrepublik in die DDR zu bewegen, war nicht von Erfolg gekrönt. Die gebotenen Anreize waren letztlich nicht sonderlich überzeugend. Bis zum Mauerbau 1961 gelang es nicht, die Abwanderung in den Westen durch eine gezielte Einwanderungsbewegung in den Osten zu kompensieren. Die Gesamtzahl derjenigen, die aus der Bundesrepublik in die DDR übersiedelten, lag in den 1950er-Jahren nur bei circa 620 000.

Nach Berechnungen der Staatlichen Plankommission, die Ulbricht in Auftrag gegeben hatte, beliefen sich die wirtschaftlichen Verluste im Zusammenhang mit der „Republikflucht“ auf immerhin 136,3 Milliarden DM (Ost), wobei in dieser Rechnung sowohl geschätzte Produktionsausfälle zwischen 1951 und 1961 als auch Ausbildungskosten Berücksichtigung fanden.

Politische Stabilisierung in West und Ost

Zustimmung zur Demokratie in der Bonner Republik

Die Zufriedenheit über den dynamischen Wirtschaftsaufschwung, der mit einem steigenden Lebensstandard einherging, schlug sich in der Bonner Republik auch in einer wachsenden Zustimmung der Bevölkerung zur Demokratie nieder. Das war nicht selbstverständlich. Bei der Bundestagswahl 1957 konnten CDU und CSU zum ersten und bisher einzigen Mal die absolute Mehrheit erringen. Für den Wahlerfolg waren dabei die Rückführung der letzten deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion zwei Jahre zuvor und die mit den Stimmen der SPD-Opposition verabschiedete Rentenreform ausschlaggebend.

Bundeskanzler Adenauer befand sich auf dem Gipfel seiner Macht: Den Unionsparteien war es in wenigen Jahren gelungen, konkurrierende Parteien im katholischen Milieu (Zentrumspartei, Bayernpartei) und bürgerlich-konservative Strömungen in protestantischen Regionen Norddeutschlands (Deutsche Partei) sowie die große Wählerschaft der Vertriebenen und Geflüchteten (Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) zu einem großen Teil in die Union zu integrieren.

In der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre hatte sich die politische Ordnung der Bundesrepublik stabilisiert und ein Drei-Parteien-System (CDU/CSU, SPD, FDP) herauskristallisiert, das bis zum Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 Bestand haben sollte. Nach langwierigen Debatten löste sich die SPD mit ihrem Godesberger Programm 1959 endgültig von marxistischen Vorstellungen, schloss ihren Frieden mit der Bonner Außen- und Sicherheitspolitik und legte damit den Grundstein für die Entwicklung zu einer modernen Volkspartei.

Ulbrichts Machtsicherung

1957 war auch für Ulbricht ein entscheidendes Jahr, denn es gelang ihm, seine Herrschaft in der DDR wieder zu stabilisieren, die vier Jahre zuvor akut bedroht gewesen war. Der Tod Stalins und der Volksaufstand hatten seine Position in der SED ins Wanken gebracht. Innerhalb der SED-Führung hatte sich eine Opposition gegen Ulbricht aufgebaut, dem im Politbüro nur noch Erich Honecker und Hermann Matern die Stange hielten. Als sich jedoch nach dem Sturz des sowjetischen Geheimdienstchefs Lawrentij P. Berija (1899–1953) ein politischer Richtungswechsel in Moskau abzeichnete, wagten es die Politbüromitglieder nicht mehr, den ungeliebten Generalsekretär vom Thron zu stürzen.

Hinzu kam die Tatsache, dass Moskau nach dem 17. Juni nicht mehr an einem Machtwechsel in Ost-Berlin interessiert war. Die wichtigsten parteiinternen Kritiker Ulbrichts – der MfS-Chef Wilhelm Zaisser (1893–1958) und der Chefredakteur des Neuen Deutschland Rudolf Herrnstadt (1903–1966) – verloren die Unterstützung der neuen Machthaber im Kreml und wurden entmachtet. Nachdem der Ungarn-Aufstand 1956 niedergeschlagen und das Land durch sowjetische Truppen besetzt worden war, nutzte Ulbricht die Gunst der Stunde. Er ging gegen intellektuelle Reformer in der SED vor, die im Zuge des XX. Parteitages der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) 1956, der eine Entstalinisierung im sowjetischen Machtbereich eingeläutet hatte, mutiger geworden waren.

Innerparteiliche Kritiker in Ost-Berlin

Dabei bot sich der Parteiphilosoph Wolfgang Harich (1923–1995) als Zielscheibe an, der unter anderem die Auflösung des MfS vorgeschlagen hatte. Damit stellte er die Machtfrage, da die Staatssicherheit längst zu einem der wichtigsten Herrschaftsinstrumente der SED geworden war. Um die Abrechnung mit Harich politisch instrumentalisieren zu können, konstruierte die Zentrale Parteikontrollkommission im Auftrag des Politbüros die „Gruppe Harich“ und erweckte so den Eindruck, in der DDR gebe es oppositionelle Netzwerke wie in Ungarn. Diese sollten zerschlagen werden. Die Verurteilung Harichs zu zehn Jahren Zuchthaus war auch eine Warnung an die Widersacher Ulbrichts in der Parteiführung, die nun damit rechnen mussten, bei der Bekämpfung des sogenannten Revisionismus als nächste an der Reihe zu sein.

Auf einer ZK-Sitzung im Februar 1958 blies Ulbricht zum Angriff, wobei seinem politischen Ziehsohn Erich Honecker die Aufgabe zufiel, mit den Kontrahenten abzurechnen. Zu denen gehörten die Politbüromitglieder Fred Oelßner (1903–1977) und Karl Schirdewan (1907–1998), der Chef des Ministeriums für Staatssicherheit (kurz Stasi) Ernst Wollweber (1898–1967), der führende Wirtschaftsfunktionär Gerhart Ziller (1912–1957), der Industrieminister Fritz Selbmann (1899–1975) sowie die spätere Notenbankchefin Margarete Wittkowski (1910–1974). Gleichzeitig beschloss das Politbüro, den Staatssicherheitsdienst noch enger an die SED zu binden. Neuer Behördenchef wurde Erich Mielke (1907–2000), der das MfS bis zum Ende der SED-Herrschaft 1989 leitete.



War die DDR eine Vorreiterin bei der Gleichberechtigung von Frauen?

Dieses Jahr [2019, Anm. d. Red.] wird der Internationale Frauentag am 8. März erstmals in ganz Berlin als Feiertag gefeiert. Es gibt kaum ein Thema, über das zwischen Ost und West so heftig gestritten wird, wie über die sogenannte „Frauenfrage“ in der DDR. [...]

Viele Feministinnen im Westen bestritten damals und bestreiten heute noch, dass es in der DDR eine Frauenemanzipation gegeben habe. Die Frauen seien allein aus ökonomischen Gründen, wegen des Mangels an Arbeitskräften, in den Produktionsprozess getrieben worden und hätten sich dabei nicht emanzipiert, sondern einer patriarchalischen Männerwelt unterworfen. Diese reservierte weiterhin alle Spitzenpositionen für sich. Statt wirkliche Emanzipation von den Männern zu praktizieren, seien sie einer eigentlich unerträglichen Dreifachbelastung von Berufsarbeit, häuslicher Arbeit und Besorgungsarbeit in der Mangelwirtschaft unterworfen worden.

Woher kommt diese Gereiztheit zwischen Ost und West in dieser Frage? Ich vermute, es liegt an einem im Westen weitverbreiteten Grundmissverständnis über die Rolle des Staates und der SED in der DDR. Die westdeutschen Kritikerinnen meinen, der Staat der DDR sei geprägt von dem egoistischen Machterhalt einer opportunistischen und korrupten Partielite und unterstellen der DDR-Führung in allem Handeln niedere Motive wie Machterhalt und Vorteilsnahme. [...]

Die DDR war mit ihrem Bestreben nach Verwirklichung des Kommunismus in der „Frauenfrage“ eindeutig auf eine Wahrheit festgelegt. [...]

Daher musste die SED in der „Frauenfrage“ insbesondere die Gleichstellung von Mann und Frau in der außerhäuslichen produktiven Arbeit anstreben. Wie das geschehen ist, beschreibt aus DDR-Sicht sehr detailliert und gut belegt die langjährige Professorin für Familienrecht in der DDR, Anita Grandke, in ihrem Buch „Die Entwicklung des Familienrechts in der DDR“. Dort wird gezeigt, wie von Anfang an auf die Gleichstellung und Selbständigkeit der Frauen durch Teilnahme nicht nur in der Produktion, sondern am ganzen öffentlichen Leben gedrängt wurde. Sie schreibt: „Typisch

für die Ostzone war eine starke Beteiligung der Frauen an wesentlichen sozialen Prozessen.“ Die Frauen mussten nicht wie im Westen den aus dem Krieg zurückgekehrten Männern ihre Positionen räumen. Sie blieben überall beteiligt.

Entscheidend war jedoch die Lohnpolitik. Im Westen war der Männerlohn traditionell der Familienlohn. Frauen durften bis 1977 nur mit dem Einverständnis des Mannes ein Zubrot verdienen. In der DDR wurde von Anfang an darauf hingearbeitet, dass das Familieneinkommen die Summe eines etwa gleichen Männer- und Frauenlohns war. So wurde schon 1946 auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration für die Frauen gleicher Lohn für gleiche Arbeit festgelegt. Und in der nicht an der Sowjetunion, sondern an Weimar orientierten Verfassung von 1949 heißt es in Art. 30,2: „Gesetze und Bestimmungen, die die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Familie beeinträchtigen, sind aufgehoben.“

1965 schließlich brach die DDR mit den familienrechtlichen Bestimmungen des im Westen weiterhin gültigen BGB und erließ ein Familiengesetzbuch, das zum Beispiel die Kategorie der unehelichen Geburt abschaffte und es damals schon einführte, dass als Familienname der Name des Mannes oder der Frau verwendet werden kann. Die dort zum Ausdruck kommende Vorstellung von der idealen Familie ist auf Gemeinsamkeit und Gleichheit ausgerichtet. Sie schließt auch die freie Entscheidung eines Ehegatten ein, den Beitrag zur Familie „allein durch Arbeit im Haushalt und die Betreuung der Kinder“ zu leisten.

Die Folgen sieht man bis heute. Die Einkommensunterschiede zwischen Mann und Frau waren im Jahr 2014, also 24 Jahre nach der Wiedervereinigung, im Westen mehr als doppelt so hoch wie im Osten. Das zeigt die neueste Studie des DIW zum Gender Pay Gap. [...]

Bei aller Erziehungsdiktatur und Repression hat die DDR mit ihrer Verpflichtung auf die sozialistische Doktrin in der Geschlechtergleichstellung etwas Richtiges und Wichtiges geleistet, das bis heute nachwirkt.

Wolf Wagner, „Frauen in der DDR: Wie der Sozialismus die Emanzipation vorantrieb“, in: Tagesspiegel vom 4. März 2019

Rentenreform in beiden deutschen Staaten?

Der Systemwettstreit erfasste auch die Sozialpolitik: Während der Bundestag 1957 in Bonn nach jahrelangen Debatten eine Rentenreform („Dynamische Rente“) verabschiedete, die einen Paradigmenwechsel einläutete und langfristig der Altersarmut in Westdeutschland entgegenwirkte, plante die SED-Führung im Gegenzug eine „sozialistische Rentenreform“. Ulbricht, der zunächst zu den Bremsern einer grundlegenden Neuordnung der DDR-Alterssicherung gezählt hatte, stellte sich auf einer ZK-Tagung Ende Juli 1956 an die Spitze der Reformbefürworter, als er in seinem Grundsatzreferat erklärte, dass „nicht nur die Verbesserung der Renten, sondern eine Rentenreform vorbereitet werden soll“. Im Kern sollten die Rentenleistungen – wie in der Bundesrepublik – an die Entwicklung der Löhne und Gehälter gekoppelt werden.

Wenige Wochen später geriet die Reformdebatte ins Stocken. Am 10. Oktober veröffentlichte das Politbüro im Neuen Deutschland eine Erklärung, in der der Begriff Rentenreform nicht mehr

auftauchte. Die SED-Führung war offenbar zu der Einsicht gelangt, dass es keinen finanziellen Spielraum für eine grundlegende Verbesserung der Rentenbezüge gab. Ost-Berlin stand nun vor dem Problem, die Rentenpolitik gegenüber der Bevölkerung glaubhaft zu kommunizieren. Eingaben (= Schreiben an staatliche Institutionen) aus der Bevölkerung, die an die Rentenkommmission des ZK der SED gerichtet waren, zeigten, dass die Verwirrung in der Öffentlichkeit groß war.

Das Politbüro beschloss letztlich nur eine Aufstockung aller Altersbezüge um 30,- DM (Ost). Damit blieb die wirtschaftliche und soziale Lage der Rentnerinnen und Rentner prekär, die in der ostdeutschen Arbeitsgesellschaft ein Schattendasein fristeten. Die unregelmäßig vorgenommenen Rentenerhöhungen konnten ein Absinken des Rentenniveaus nicht verhindern. Der oftmals niedrige Lebensstandard der DDR-Rentnerinnen und -Rentner konnte zwar durch Preissubventionen einigermaßen stabilisiert werden. An der Wohlstandsentwicklung der ostdeutschen Erwerbsgesellschaft konnten sie jedoch nicht teilhaben.

Vorzüge der DDR-Sozialpolitik

Auf einigen sozialpolitischen Feldern war die DDR aber durchaus weiter als die Bundesrepublik. Das gilt etwa für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die in der DDR bereits Anfang der 1950er-Jahre gewährt, in der Bundesrepublik aber erst zum 1. Januar 1970 eingeführt wurde. Diese Feststellung trifft aber vor allem für den Ausbau der staatlichen Betreuung von Kindern in der DDR seit den 1970er-Jahren zu, dessen emanzipatorische Wirkung viele ostdeutsche Frauen bis heute betonen.

Aufstieg der Konsumgesellschaft

Für die Bevölkerung in beiden deutschen Staaten war die zweite Hälfte der 1950er-Jahre gekennzeichnet von einem zunächst langsam, aber stetig wachsenden Wohlstand. Immer mehr Menschen konnten sich Produkte der expandierenden Konsumgüterindustrie leisten. Bei hochwertigen Artikeln – Kühlschränken, Waschmaschinen und Pkw – entstand jedoch ein West-Ost-Gefälle, das sich in den 1960er-Jahren bemerkbar machte.

Demokratisierung des Konsums in Westdeutschland?

Dennoch sollte man sich vor übereilten Schlüssen hüten. Denn für die Mehrzahl der westdeutschen Arbeitnehmerhaushalte begann sich erst Ende der 1950er-Jahre das Blatt langsam zu wenden. Mit anderen Worten: Die Zeit der entbehrungsreichen Jahre endete für sie nicht abrupt. Viele mussten auch weiterhin gut haushalten, da nicht alle Konsumgüter für alle auch erschwinglich waren.

Von einer allgemeinen „Demokratisierung des Konsums“ (so der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser) kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Rede sein. Die setzte für den sogenannten Otto Normalverbraucher erst in der Übergangszeit zu den 1960er-Jahren ein. Das lässt sich beispielsweise am Konsum von Bohnenkaffee zeigen, der in den 1950er-Jahren ein „Sonntagsgetränk“ blieb. Werktags wurde Kaffee-Ersatz getrunken. Im Bundesdurchschnitt eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts überschritt die monatliche Einkaufsmenge Bohnenkaffee erst 1960 ein halbes Kilogramm.

Verzögerte Verbesserung:

Abschaffung der Lebensmittelkarten in der DDR

In der DDR dauerte die Verbesserung des Lebensstandards etwas länger: Hier übertraf der private Verbrauch (pro Kopf der Bevölkerung) erst 1958 das Vorkriegsniveau und erreichte rund 60 Prozent des westdeutschen Konsums. Versorgungslücken wurden teilweise durch sowjetische Lieferungen geschlossen. Auch nach der Abschaffung der Lebensmittelkarten 1958 funktionierte die Versorgung der ostdeutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht reibungslos. Dabei ließ vor allem die Butterversorgung zu wünschen übrig. In einem Stimmungsbericht des MfS vom September 1959 wurden einige Arbeiter im Bezirk Dresden mit den Worten zitiert, „dass sie wohl erst streiken müssten, bevor es wieder Butter geben würde“. In Verkaufsstellen des Kreises Riesa erklärten einige Frauen, „ihre Ehemänner nicht mehr arbeiten zu lassen, so lange die Butterversorgung nicht garantiert ist“.

Doch Ost-Berlin drohte noch eine ganz andere Gefahr, denn die Löhne und Gehälter waren seit der Verkündung des „Neuen Kurses“ zu schnell gestiegen. Da der Bargeldumlauf größer war als das Warenangebot, ergab sich ein Kaufkraftüberhang, der durch eine Reduzierung der umlaufenden Geldmenge 1957 nicht bereinigt werden konnte. Bei den Wirtschaftsexperten machte sich Inflationsangst breit und am Horizont zeichnete sich ein beträchtliches Staatsdefizit ab.

Versorgungskrisen in der DDR

Während das Leitbild der bundesdeutschen Marktwirtschaft das Versprechen enthielt, der Kunde sei König, glaubte die SED-Führung über die Köpfe der ostdeutschen Bevölkerung hinweg entscheiden zu können. Dabei sorgten Sparmaßnahmen bei den Konsumgütern immer wieder für politischen Sprengstoff in der DDR. Das zeigte sich 1977 bei der sogenannten Kaffee-Krise, als die SED-Führung den Verkauf von günstigen Kaffeearten, die allgemein sehr beliebt waren, stoppte. Außerdem wurde die Einführung eines Mischkaffees (im Volksmund: „Erichs Krönung“) beschlossen, der zu fast 50 Prozent aus Surrogaten (Ersatzprodukten) bestand.

Das Politbüro wollte mit den getroffenen Maßnahmen den Import von Rohkaffee verringern, um die DDR-Handelsbilanz zu entlasten, unterschätzte aber den dadurch ausgelösten Proteststurm. Die Stimmungsberichte des MfS verdeutlichten, dass die ostdeutsche Bevölkerung nicht nur die Qualitätsverschlechterung und die versteckte Preiserhöhung durchschaut hatte, sondern auch einen Dominoeffekt bei anderen Konsumwaren befürchtete. Die „Kaffee-Krise“ konnte erst entschärft werden, nachdem der Weltmarktpreis für die schwarze Bohne wieder gesunken war.

Von Päckchen und Propaganda

Mit Lebensmitteln und Genussartikeln ließen sich im doppelten Deutschland auch politische Ideen und Botschaften transportieren. Als Reaktion auf den Volksaufstand am 17. Juni 1953 hatte US-Präsident Dwight D. Eisenhower (1890–1969) der ostdeutschen Regierung angeboten, Lebensmittel im Wert von 15 Millionen US-Dollar zu liefern. In Washington war man sich darüber im Klaren, dass Ost-Berlin und Moskau ein solches Angebot ablehnen würden. So gelangten die Hilfsgüter auf anderem Wege in die DDR, wobei die Aktion durch den West-Berliner Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter (SPD, 1889–1953) organisiert wurde.

Über Ausgabestellen im Westteil der Stadt wurden mehr als 5,5 Millionen Lebensmittelpakete in zwei großen Wellen (Juli/August, Oktober) an die Bevölkerung Ost-Berlins und der DDR kostenlos ausgegeben. Jedes Paket enthielt unter anderem 800 Gramm Schmalz, vier Büchsen Kondensmilch, ein Pfund Hülsenfrüchte und ein Kilo Weizenmehl. Die Paketaktion rief eine gewaltige Propagandaschlacht hervor, denn die Bezieher eines Westpakets wurden in der DDR teilweise öffentlich an den Pranger gestellt. Die DDR scheute sich nicht, die Herausforderung des Westpakets im sogenannten Päckchen-Krieg anzunehmen.



Während des sogenannten Päckchen-Krieges beladen Mitarbeiterinnen der Bundespost im Sammelzentrum Duisburg einen Eisenbahnwagen mit Weihnachtspaketen, die an Menschen in Erfurt in der DDR geschickt werden sollen, 5. Dezember 1963.

Der politische Witz in der DDR

Am Ende war die Luft raus, und der politische Witz in der DDR verschwand und machte Platz für platte Ossi- und Wessi-Witze nach der Masche: „Wie stellt man an der Berliner Mauer die Himmelsrichtung fest? Lege eine Banane auf den Sims, wo sie angeknabbert wird, da ist Osten.“ Aber in der DDR gab es eine sehr eigenständige und „lebendige Lachkultur“, wie der in Schwerin arbeitende und in Nagold geborene Historiker Eckart Schörle berichtet, der sich intensiv mit dem Thema befasst hat. Die hatte eine politische Funktion. Einer der kürzesten DDR-Witze zeigt gleich das Repressionspotenzial des Staates auf, der sogenannte 08/15-Witz: „Für acht Sekunden Lachen gibt es 15 Jahre Bautzen.“ Tatsächlich mussten Erzähler politischer Witze nicht gleich eine Verhaftung befürchten – etwa wegen „Verunglimpfung des Staates“. Das war eher ein Merkmal der stalinistischen Ära.

Nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 war der DDR-Führung sogar daran gelegen, durch Humor ein Ventil fürs Volk zu schaffen. Die Satire-Zeitschrift „Eulenspiegel“ wurde im Jahre 1954 gegründet. Doch die Satire hatte Grenzen. Als der „Eulenspiegel“ einmal eine Karikatur des SED-Vorsitzenden Walter Ulbricht veröffentlichte, wurde der Chefredakteur gefeuert. Aber auch später, unter dem SED-Generalsekretär Erich Honecker Anfang der 70er Jahre, wurde der verkrampte Umgang der DDR-Führung mit Humor sichtbar, wie Eckart Schörle recherchiert hat. Damals untersuchte die

Ostberliner Wochenzeitung „Sonntag“ verschiedene Theaterprogramme und fand heraus: „Es wird nicht genug gelacht.“ Die Zeitschrift vertrat die Ansicht, dass das Publikum Gelegenheit erhalten sollte, „sich von dem Druck mancher Ungeheimheiten des Alltags im Lachen frei zu machen“.

Statt über staatlich verordneten Humor lachten die DDR-Bürger vermutlich lieber im stillen Kämmerlein oder unter Gleichgesinnten – beispielsweise über ihre Politiker. „Politische Witze dienten auch dazu, sein Gegenüber am Arbeitsplatz oder im privaten Bereich auszutesten, sich einer gemeinsamen Haltung zu versichern oder auch nicht“, sagt Schörle. Die Spott-Witze über ungeliebte Führungsgrößen gibt es allerdings in allen Diktaturen – es seien „Wanderwitze“, sagt Schörle und nennt als Beispiel den folgenden: „Walter Ulbricht macht eine Spritztour durch Thüringen, dabei fährt sein Fahrer ein Schwein tot. Ulbricht bittet seinen Fahrer, er möge ins Dorf gehen und sich entschuldigen. Nach Stunden kommt der Chauffeur betrunken und mit Geschenken beladen zurück. Verwundert fragt Ulbricht, was gewesen sei: ‚Nu, Genosse Ulbricht, ich bin zu den Bauern gegangen und habe gesagt: Guten Tag, ich bin der Fahrer vom Ulbricht und habe das Schwein totgefahren.‘“ [...]

Christoph Link, „Die DDR, wie sie lacht und protestiert“, in: Stuttgarter Zeitung vom 6. November 2014

So ließ Ost-Berlin Hilfspakete für streikende Arbeiter ins Ruhrgebiet verschicken; Essener Bergarbeiterfamilien erhielten zum Weihnachtsfest 1958 Geschenkpakete von Arbeitern aus Leipzig.

Ungeachtet der Versorgungsengpässe im eigenen Land kontierte der „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ zwei Westpakete mit anderthalb Ostpäckchen. Der grenzüberschreitende Paketverkehr blieb ein stabiles Beziehungsmuster (so der Historiker Rainer Gries) im deutsch-deutschen Kommunikationsraum, dessen sozialpsychologische Bedeutung bis in die Gegenwart reicht.

Von der Berlin-Krise zum Mauerbau

Nachdem die Staats- und Regierungschefs der vier Siegermächte auf der Genfer Gipfelkonferenz 1955 keine Annäherung in der Deutschlandpolitik erzielt hatten, verkündete der Erste Sekretär der KPdSU (1953–1964) und spätere Regierungschef der Sowjetunion Nikita S. Chruschtschow (1894–1971) bei seiner Rückkehr nach Moskau während eines Zwischenstopps in Ost-Berlin am 26. Juli 1955 die „Zwei-Staaten-Theorie“. Die SED erhielt die lang ersehnte Zusicherung, dass der Kreml die DDR bei Verhandlungen mit den Westmächten nicht mehr aufgeben würde. Beide Länder schlossen dann am 20. September einen „Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR“, der offiziell die vollständige Souveränität der DDR feststellte.

Das Berlin-Ultimatum Chruschtschows und die Reaktion der Westmächte

Doch die außenpolitischen Handlungsspielräume Ost-Berlins blieben gering. In der Deutschland- und Berlin-Frage gingen die entscheidenden Impulse nach wie vor von der Sowjetunion aus,

die Ende der 1950er-Jahre erneut den Versuch startete, ihren Einflussbereich auszudehnen. Ende November 1958 stellte der Kremelchef den Viermächtestatus Berlins infrage und löste damit die zweite Berlin-Krise (nach der Berlin-Blockade 1948/49) aus. Gleichzeitig forderte er die Regierungen in Washington, London und Paris ultimativ auf, West-Berlin innerhalb von sechs Monaten zu verlassen. Sollten sich die drei Westmächte dieser Forderung verweigern, drohte die Sowjetunion damit, ihre Hoheitsrechte in Berlin der ostdeutschen Regierung zu übertragen und einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen.

Chruschtschow wollte die ungelöste deutsche Frage im Sinne Moskaus lösen und vor allem die DDR stabilisieren. Das schloss einen Stopp der Wanderungsbewegung nach Westen mit ein. Die Westmächte lehnten das Ultimatum jedoch ebenso ab wie einen sowjetischen Friedensvertragsvorschlag vom 10. Januar 1959. Obwohl die gesetzte Frist verstrich, machte der sowjetische Parteichef seine Drohungen nicht wahr. Der neu gewählte US-amerikanische Präsident John F. Kennedy (1917–1963) kontierte schließlich den sowjetischen Schachzug mit einer Rundfunk- und Fernsehansprache am 25. Juli 1961, in der er die *three essentials* der USA zur Berlin-Frage formulierte, die nicht verhandelbar waren: der freie Zugang nach Berlin, die Anwesenheit der Westmächte in der Stadt und das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung West-Berlins.

Die Entscheidung zum Mauerbau

Aus Sicht der SED war Berlin eine offene Wunde, die dringend geschlossen werden musste, um das Ausbluten der DDR zu verhindern. Deshalb bereiteten die Regierungen in Moskau und Ost-Berlin die Schließung der Grenzen in Berlin vor. Dabei

preschte die SED-Führung seit dem Herbst 1960 mit eigenen Überlegungen vor, die im Kreml aber noch nicht auf Zustimmung stießen. Moskau wartete letztlich vergeblich auf ein Einlenken des Westens beim Berlin-Ultimatum.

Ende März 1961 gelang es Ulbricht, die sowjetische Führung von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Grenzen in Berlin endgültig zu schließen. Jetzt ging es nur noch um den richtigen Zeitpunkt. Die offizielle Entscheidung fiel auf einer Tagung des Warschauer Pakts in der sowjetischen Hauptstadt am 3. August. Durch die Zustimmung Moskaus verringerte sich der Ost-Berliner Handlungsspielraum wieder, da die Sowjetunion einen bewaffneten Konflikt um Berlin auf jeden Fall vermeiden wollte. Deshalb musste Ulbricht Kontrollmaßnahmen an der Sektorengrenze, die zu einer Zuspitzung der Lage beigetragen hätten, zurücknehmen. Mit dem Mauerbau wurde Ulbricht wieder zum Befehlsempfänger Moskaus degradiert.

13. August 1961: Die Abriegelung West-Berlins

Die Durchführung des Mauerbaus in Berlin lag in den Händen von Erich Honecker. Er leitete die logistischen Vorarbeiten als verantwortlicher Stabschef und stieg anschließend zum wichtigsten Mann in der DDR hinter Ulbricht auf, der nur wenige Genossen vorab ins Vertrauen gezogen hatte: unter anderem Willi Stoph (1914–1999), der den erkrankten Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vertrat, Staatssicherheitsminister Erich Mielke, Innenminister Karl Maron (1903–1975) und Verteidigungsminister Heinz Hoffmann (1910–1985). Die übrigen Mitglieder des Ministerrates und des Staatsrates wurden von Ulbricht erst am späten Abend des 12. August 1961 über die unmittelbar bevorstehende Grenzabriegelung West-Berlins (Deckname: „Operation Rose“) informiert.

Im Morgengrauen des 13. August riegelten dann Verbände der Polizei, der Kampfgruppen-Miliz und der Armee den Westteil der Stadt von der Außenwelt nahezu hermetisch ab. In den folgenden Tagen wurden die anfangs verwendeten Barrieren in Form von sogenannten Spanischen Reitern und der eilig gezogene Stacheldrahtzaun durch eine fast durchweg gemauerte Grenzbefestigungsanlage ersetzt. Ulbricht und seine Mitstreiter, denen der Volksaufstand am 17. Juni 1953 noch tief in den Knochen steckte, ließen sich mehrmals vom MfS über die Reaktionen der Ost- und West-Berliner Bevölkerung unterrichten. Es blieb ruhig, auch an den Grenzübergängen. Die Unterbrechung des U- und S-Bahnverkehrs bereitete keine Probleme. Nur einzelne Ost-Berliner übten den Stasi-Berichten zufolge offene Kritik. Schnell wurde klar, dass mit einer Wiederholung der Ereignisse von 1953 nicht zu rechnen war.

Die Reaktionen im Westen

Obwohl die Geheimdienste vereinzelt Informationen über Truppenverlegungen ins Berliner Umland gesammelt hatten, wurde der Westen durch den Mauerbau überrascht. Dazu hatte Ulbricht mit einer Lüge beigetragen. Auf einer internationalen Pressekonferenz am 15. Juni 1961 in Ost-Berlin hatte er auf eine entsprechende Nachfrage erklärt: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“ Die westlichen Staats- und Regierungschefs zeigten sich gänzlich unvorbereitet: Während des Mauerbaus segelte US-Präsident Kennedy mit seiner Yacht vor der Küste von Massachusetts. Zeitgleich jagte der britische Premierminister Harold Macmillan (1894–1986) Moorhühner in Schottland und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle (1890–1970) war auf Kurzurlaub in der Champagne.

Der Westen sah tatenlos zu, wobei seine Handlungsspielräume auch begrenzt waren. Washington reagierte sehr zurück-



Ein West-Berliner Plakat klärt Ost-Berliner über Walter Ulbrichts zwei Monate vor Mauerbau getroffene Aussage auf, dass niemand die Absicht habe, eine Mauer zu errichten, 4. Oktober 1961.

haltend, da die *three essentials* aus Sicht Kennedys nicht verletzt worden waren. Anfang der 1960er-Jahre hatten sich zudem die sicherheits- und geopolitischen Interessen gewandelt. Für die westliche Führungsmacht besaßen nunmehr die Stabilisierung des Status quo und die Verhinderung eines Nuklearkrieges oberste Priorität. Dagegen stand die Überwindung der deutschen Teilung nicht mehr ganz oben auf der politischen Agenda. Deshalb gab es nur symbolische Gesten: So wurde die US-amerikanische Garnison in West-Berlin personell verstärkt. Außerdem besuchten Vizepräsident Lyndon B. Johnson (1908–1973) und der Held der Luftbrücke von 1948/49, General Lucius D. Clay (1898–1978), am 19./20. August die geteilte Stadt.

Die Reaktionen der Bevölkerung

Die politische Untätigkeit verstärkte das in der Bevölkerung um sich greifende Gefühl, allein gelassen zu sein. Heinrich Krone (1895–1989), der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, notierte in seinem Tagebuch: „In der Berliner Bevölkerung herrscht Wut und Verbitterung. Verbitterung gegen den Westen, der nichts tut. Berlin fühlt sich verlassen.“ Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt (1913–1992, SPD) brach seine Fahrt zu einem Wahlkampfauftritt in Kiel ab und kehrte nach Berlin zurück. Dagegen flog Bundeskanzler Adenauer erst zehn Tage später nach West-Berlin. Das war ein Fehler, wie sich bei der Bundestagswahl am 17. September 1961 herausstellte, als die Unionsparteien ihre absolute Mehrheit verloren. Adenauer hatte die Stimmungslage falsch eingeschätzt und wertvolle Sympathiepunkte bei den Wählerinnen und Wählern verloren, wohingegen sich Brandt in der Krise profilieren konnte.

Doch die Krise war nicht vorbei: Am 27. Oktober 1961 standen sich in Berlin am Checkpoint Charlie erstmals in der Geschichte des Kalten Krieges mehrere Stunden lang US-amerikanische und sowjetische Panzer gefechtsbereit gegenüber. Ihr Abzug einen Tag später markierte einen wichtigen Wendepunkt, denn beide Supermächte machten auf diese Weise deutlich, dass sie in Berlin den Status quo anerkannten.

Dierk Hoffmann

Zwischen Reform und Revolte (1961–1969)

Mit dem Mauerbau werden im Osten viele Rechte der Bevölkerung eingeschränkt. Gleichzeitig erweitert sich der politische Handlungsspielraum beider Staaten für Reformen.



Die 1960er-Jahre bringen weitreichende Veränderungen für West- und Ostdeutschland mit sich. Nach dem Mauerbau stoßen beide Staaten Reformen an, gegen die zum Teil – besonders im Westen – lautstark demonstriert wird. Bei einem Demonstrationszug der Außerparlamentarischen Opposition (APO) geht eine rote Fahne in Flammen auf, Berlin 1. Mai 1968.

Die Folgen des Mauerbaus

Der Bau der Berliner Mauer veränderte vor allem das Leben der DDR-Bevölkerung nachhaltig. Die Ostdeutschen, die sich nicht mit dem SED-Regime identifizierten, zählten zu den Leidtragenden. Sie mussten sich nach 1953 wieder einmal rasch mit den neuen politischen Verhältnissen arrangieren. Das in der DDR-Verfassung von 1949 garantierte Recht auf Freizügigkeit (Artikel 8) war, was Westreisen betraf, de facto beseitigt.

Mit der Schließung der Grenze in Berlin gab es für DDR-Bewohnerinnen und -Bewohner keine Möglichkeit mehr, in die Bundesrepublik zu reisen. Familienbande, Freundschafts- und

Liebesbeziehungen wurden auseinandergerissen. Bis zum Mauerfall am 9. November 1989 verloren mindestens 136 Menschen an der Sektorengrenze ihr Leben; mindestens 251 Reisende starben im Zusammenhang mit den Kontrollen an einem der Berliner Grenzübergänge. Der Mauerbau und die menschenverachtende Brutalität, mit der die DDR die geschlossene Grenze überwachte, stellten eine schwere Hypothek für die deutsch-deutschen Beziehungen dar. Am 17. August 1962 wurde der 18-jährige Bauarbeiter Peter Fechter bei einem Fluchtversuch tödlich verwundet. DDR-Grenzsoldaten ließen den Schwerverletzten im Todesstreifen zwischen Ost- und West-Berlin qualvoll verbluten, was weltweit für Empörung sorgte.

Um solche „Zwischenfälle“ in Zukunft zu verhindern, war die Bundesregierung bereit, den zinslosen Überziehungskredit, der der DDR im innerdeutschen Handel gewährt wurde, zu erhöhen. Hier zeichnete sich ein Tauschgeschäft ab, das in der Folgezeit die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten bestimmen sollte: Ost-Berlin machte humanitäre Zugeständnisse von westdeutscher Wirtschaftshilfe abhängig. Für die Bundesregierung waren zwei Gründe ausschlaggebend: Bonn sah sich gezwungen, auf den Vorwurf zu reagieren, während des Mauerbaus untätig gewesen zu sein. Darüber hinaus wollte die bundesdeutsche Regierung aus humanitären Gründen etwas für die Menschen in der DDR unternehmen.

Durchlässigkeit der Grenze: das Passierscheinabkommen 1963

Um die Situation für die Menschen zu verbessern, wurde Ost-Berlin der Wunsch übermittelt, Verwandtenbesuche im geteilten Berlin wieder zu ermöglichen. Das erste Passierscheinabkommen, das vermutlich auf entsprechenden Druck Moskaus Ende 1963 zustande kam, bot über 700 000 West-Berlinerinnen und -Berlinern erstmals wieder die Möglichkeit, ihre Verwandten im Ostteil der Stadt über Weihnachten zu besuchen. Es folgten bis 1966 vier weitere Abkommen, die die Mauer teilweise durchlässig machten. In der Gegenrichtung gewährte die SED zumindest DDR-Rentnerinnen und -Rentnern eine gewisse Reisefreiheit, denn sie konnten ab 1964 ihre Familienangehörigen in der Bundesrepublik besuchen. Während die Bonner Regierung das Passierscheinabkommen als Verwaltungsvereinbarung betrachtete, das keine Anerkennung der DDR mit sich brachte, bemühte sich das SED-Regime, das Abkommen als völkerrechtlichen Vertrag erscheinen zu lassen.



Ende Dezember 1963 erfolgt das erste Passierscheinabkommen von West nach Ost. Vor der Passierscheinstelle Berlin-Tiergarten bildet sich am 19. Dezember 1963 eine Warteschlange.

Zufriedenheit in Ost-Berlin

Im Gegensatz zum Großteil der Bevölkerung herrschte in der Waldsiedlung Wandlitz (nördlich von Berlin) – dorthin war die SED-Führung bereits Ende 1960 umgezogen – Zufriedenheit über den reibungslosen Abschluss des Mauerbaus. Die Abstimmung mit den Füßen (siehe S. 25 ff.) war gestoppt. Die SED-Herrschaft schien langfristig gesichert zu sein. Aus der Perspektive der ostdeutschen Führung war der Tag der Grenzschließung der

heimliche Gründungstag der DDR. Ob aber der Mauerbau die Herrschaft des kommunistischen Regimes in Ost-Berlin dauerhaft sichern würde, musste die Zukunft erst noch zeigen.

Tatsächlich brachte der „antifaschistische Schutzwall“ – so die offizielle Sprachregelung der SED – die lang erhoffte Planungssicherheit. Mit der Grenzschließung in Berlin stand die Planung und Lenkung der in der DDR zur Verfügung stehenden Ressourcen erstmals auf sicheren Füßen. Das betraf vor allem die Steuerung des Arbeitskräftepotenzials. Die von der Staatlichen Plankommission bis zum 13. August 1961 erstellten viertel- und halbjährlichen Gesamtplanungen waren oft hinfällig gewesen, mussten sie doch infolge der „Republikflucht“ immer wieder nachgebessert werden.

Erfolg und Niederlage: zwei Seiten einer Medaille

In den Führungsgremien der Partei war die Erleichterung über die gewonnenen Handlungsspielräume unübersehbar. Es schien wirtschaftlich wieder aufwärts zu gehen. So schrieb Ulbricht an Chruschtschow Anfang Februar 1962: „Seit dem 13. August erfolgt allmählich eine ökonomische Festigung der Lage in der DDR. Die Abwerbung von Arbeitskräften ist unmöglich gemacht. [...] Die negativen Einflüsse der Abwerbung auf die Arbeitsmoral und die Disziplin in den Betrieben sind abgeschwächt.“

Seine Briefzeilen dokumentieren aber auch das Eingeständnis einer Niederlage. Denn das auf dem V. SED-Parteitag 1958 ausgegebene Ziel, die Bundesrepublik ökonomisch zu überholen, war gescheitert. Deshalb kann der Bau der Berliner Mauer auch als Absage an einen Systemwettbewerb mit dem kapitalistischen Westen gesehen werden, der zuvor intensiv betrieben worden war. Obwohl die DDR versuchte, dem direkten Vergleich mit dem westdeutschen Klassenfeind aus dem Weg zu gehen, blieb die Bundesrepublik für die ostdeutsche Bevölkerung in den folgenden Jahrzehnten die Referenzgröße, an der der eigene Lebensstandard gemessen wurde.

Planungseuphorie im geteilten Deutschland

Wirtschaftskrise und Wirtschaftsreform in der DDR

Obwohl sich die Rahmenbedingungen für Ost-Berlin schlagartig verbesserten, blieb die ökonomische Lage des Landes angespannt. So gingen die Wachstumsraten der industriellen Bruttoproduktion zwischen 1959 und 1963 von 13,1 auf 4,3 Prozent zurück. Im selben Zeitraum sank die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität in der verstaatlichten Industrie von 9,6 auf 4,8 Prozent. Noch bedenklicher erschien die Entwicklung der Investitionsquote: Sie sank rapide von 15,3 (1959) auf 1,4 Prozent (1961). Der geringfügige Anstieg auf 2,5 Prozent (1962) ließ sich kaum als Trendwende verkaufen.

In der SED-Führung herrschte Anfang der 1960er-Jahre Konsens darüber, dass die DDR-Wirtschaft modernisiert werden müsse. Die von Ulbricht 1963 angestoßene Wirtschaftsreform („Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung“, kurz: NÖSPL) zielte auf der Grundlage wissenschaftlicher Modelle darauf ab, die Eigenständigkeit der volkseigenen Betriebe zu stärken und Anreize für effizientes Wirtschaften zu schaffen.

Solche Ideen wurden zeitgleich auch in anderen osteuropäischen Ländern diskutiert. So hatte der sowjetische Ökonom Jewsei G. Liberman (1897–1981) bereits 1962 ähnliche Überlegungen in der *Pravda* (dem amtlichen Zentralorgan des ZK der KPdSU) angestellt. Er diente den ostdeutschen Wirtschaftsreformern als Kronzeuge für die Notwendigkeit, Änderungen im Planungssystem vorzunehmen.

Die Industriepreisreform als Herzstück

Für die ostdeutschen Reformer bestand die große Herausforderung jedoch darin, marktwirtschaftliche Mechanismen einzuführen, ohne die bestehende Planwirtschaft abzuschaffen. Es gelang ihnen nicht, diesen Widerspruch aufzulösen. Im Mittelpunkt ihrer Bemühungen stand die Industriepreisreform, mit der die Betriebe dazu animiert werden sollten, nicht nur kostendeckend, sondern auch gewinnbringend zu arbeiten. Ost-Berlin entschied jedoch frühzeitig, dass Preisen keine Steuerungsfunktion zukommen sollte.

Da die Kalkulationsvorschriften für die Industriepreisreform ebenfalls Lücken aufwiesen, konnten die Betriebe ihre Gewinne und die ihnen zustehenden Prämien erhöhen, ohne die Leistungen steigern zu müssen. Infolgedessen machten sich die Beschäftigten in den Betrieben erfolgreich für Lohnerhöhungen stark, die in keinem Verhältnis zur Produktivitätsentwicklung standen. Das Anreizsystem erwies sich als stumpfes Schwert. Das Scheitern der Wirtschaftsreform war vorprogrammiert.

Das Ende der SED-Wirtschaftsreform

Die ausbleibenden Erfolge riefen wiederum die Skeptiker in der SED-Führung auf den Plan, die ihre Kritik an der Wirtschaftsreform immer offener artikulierten. Den Unmut bekam insbesondere Erich Apel (1917–1965) zu spüren, der seit Anfang 1963 an der Spitze der Staatlichen Plankommission stand und zu den wichtigsten Verfechtern des NÖSPL zählte. Als Gegenspieler erwies sich der ZK-Sekretär für Wirtschaft Günter Mittag (1926–1994).

Kurz nach dem überraschenden Selbstmord Apels am 3. Dezember 1965 begann das Politbüro damit, eine Kurskorrektur vorzunehmen. Mit der Propagierung des „Ökonomischen Systems des Sozialismus“ (ÖSS) wurden die ursprünglichen Reformideen aufgegeben. Schließlich brach die SED-Führung die Wirtschaftsreform ab, da sie Rückwirkungen für das politische System in der DDR und damit einen Machtverlust befürchtete.

Aufstieg der keynesianischen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik

In den 1960er-Jahren erfasste die Planungseuphorie Ost und West gleichermaßen. Auch in der Bundesrepublik war der Glaube an die langfristige Steuerbarkeit politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse weit verbreitet – allerdings unter ganz anderen politischen Vorzeichen und Ausgangsbedingungen. Dabei hat das keynesianische Konzept der Globalsteuerung später als in anderen westlichen Ländern Eingang in die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik gefunden.

Das hing zum einen damit zusammen, dass die ordnungspolitische Vorstellung einer staatlich gelenkten Planwirtschaft unattraktiv war – der DDR-Staatssozialismus wirkte nach wie vor als abschreckendes Beispiel. Das war zum anderen aber auch auf die beispiellose wirtschaftliche Prosperität (= Wohlstand) in den langen 1950er-Jahren zurückzuführen. Die durchschnittlichen Wachstumsraten lagen zwischen 1950 und 1954 bei 8,8 Prozent, im nachfolgenden Zyklus (1955–1958) bei 7,2 Prozent und im Zeitraum zwischen 1959 und 1963 bei immerhin noch 5,7 Prozent. Deshalb war staatliches Eingreifen in die Wirtschaft lange Zeit verpönt.

Rezession 1966/67 und Stabilitäts- und Wachstumsgesetz

Erst als unter dem Eindruck der ersten Rezession 1966/67 das Wirtschaftswachstum stagnierte und die Arbeitslosenquote auf zwei Prozent stieg, entschloss sich die große Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU, reg. 1966–1969) dazu, das keynesianische Instrumentarium der

Konjunkturpolitik zur Bekämpfung der Krise einzusetzen. Erstmals saß nun die SPD auf Bundesebene mit am Regierungstisch. Zu den Ergebnissen der Politik von Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) gehörte die „konzertierte Aktion“ – ein Gesprächskreis von Arbeitgebern, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik. Die großen Interessenorganisationen sollten sich an der staatlichen Rahmenplanung beteiligen und zu stabilitätskonformem Verhalten verpflichtet werden.

Von zentraler Bedeutung war jedoch 1967 die Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, womit der Staat eine Mitverantwortung für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht übernahm. Dazu wurde im Grundgesetz ein neuer Artikel (109) eingefügt. Fortan sollte das „magische Viereck“ (Preisstabilität, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, stetiges Wirtschaftswachstum) die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bestimmen. Die wichtigste Aufgabe der Globalsteuerung wurde die sogenannte antizyklische Ausgabenpolitik der öffentlichen Haushalte: Im Falle einer Nachfragerücklage sollten staatliche Investitionsausgaben steigen, um die Wirtschaft zu stimulieren. Die Finanzierung dieser zusätzlichen Ausgaben hatte in erster Linie über Kredite zu erfolgen.

Wandel der Öffentlichkeit und das Ende der Ära Adenauer

Nur einen Monat nach dem Mauerbau fand in Westdeutschland am 17. September 1961 die Bundestagswahl statt, die eine schwierige Regierungsbildung nach sich zog. Da die Unionsparteien die absolute Mehrheit verloren hatten, waren sie auf die FDP als Koalitionspartner angewiesen, die sich im Wahlkampf auf eine Koalition mit der CDU/CSU ohne Adenauer festgelegt hatte. In den Koalitionsgesprächen konnten die Liberalen den Altkanzler dazu bewegen, sein Amt noch vor Ablauf der Legislaturperiode aufzugeben. Das Ende der Ära Adenauer kündigte sich an.

Adenauers Autoritätsverlust hatte sich freilich schon vorher abgezeichnet. Als 1959 ein Nachfolger für Theodor Heuss als Bundespräsident gesucht wurde, kündigte Adenauer überraschend in einer Rundfunkansprache seine Bewerbung für das Amt an. Er verband seine Kandidatur aber mit der Vorstellung einer politischen Stärkung des Amtes, was mit dem Grundgesetz schwerlich in Einklang zu bringen war. Die dadurch ausgelöste „Präsidentenwahlkrise“ ist vor dem Hintergrund des Konflikts in der CDU um die Nachfolge im Kanzleramt zu sehen. Als Adenauer merkte, dass er Erhard als Kanzlernachfolger nicht verhindern konnte, zog er seine Kandidatur wieder zurück.

In der Öffentlichkeit wurde die Kritik laut, der Bundeskanzler habe keine Hemmungen, das höchste Staatsamt für seine persönlichen Interessen zu missbrauchen. Weiterer Kratzer erhielt sein Ansehen im sogenannten Fernsehstreit 1960: Adenauers Versuch, ein vom Bund kontrolliertes zweites bundesweites Fernsehprogramm einzuführen, scheiterte am Veto des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, das mit seinem Urteil die Rundfunkfreiheit in der Bundesrepublik stärkte.

Spiegel-Affäre 1962

Der schleichende Vertrauensverlust des Bundeskanzlers in der Öffentlichkeit erhielt durch die sogenannte Spiegel-Affäre den letzten schweren Stoß. Nachdem das Hamburger Nachrichtenmagazin am 9. Oktober 1962 einen kritischen Artikel mit dem Titel „Bedingt abwehrbereit“ über gravierende Mängel in der Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr veröffentlicht hatte,

ließ die Bundesanwaltschaft mit Rückendeckung des Bundesverteidigungsministeriums die Redaktionsräume durchsuchen und mehrere Redakteure (darunter auch den Herausgeber Rudolf Augstein) verhaften.

Ohne die juristische Prüfung abzuwarten, verurteilte Adenauer den Spiegel im Bundestag und sprach von einem „Abgrund von Landesverrat“. Der Bundeskanzler hielt an seinem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU, 1915–1988) lange fest, der bei der Durchführung der Aktion nicht nur Bundesjustizminister Wolfgang Stammberger (FDP, 1920–1982) und das Auswärtige Amt übergangen, sondern anschließend auch noch das Parlament über seinen Anteil an dieser Aktion belogen hatte. Damit stand für viele die Pressefreiheit und die Rechtsstaatlichkeit auf dem Spiel.

Bundesweit protestierten Journalistinnen und Journalisten, Künstlerinnen und Künstler, Schriftstellerinnen und Schriftsteller sowie Studierende gegen das Vorgehen der Regierung und solidarisierten sich mit dem Spiegel. Die Proteste machten die Affäre zu einem Lehrstück in Sachen Presse- und Meinungsfreiheit. Die westdeutsche Öffentlichkeit hatte sich gewandelt; weite Teile der Bevölkerung verfügten offenbar über ein stabiles Demokratieverständnis.

Gesellschaftliche Mobilität in der Bundesrepublik und der DDR

Die beiden Gesellschaften in Ost- und Westdeutschland zeichneten sich von Anfang an durch ein hohes Maß an Mobilität aus, wobei bei näherer Betrachtung deutliche Unterschiede auffallen. In der DDR stand die Überwindung des sogenannten Klassengegensatzes im Zentrum der von oben angeordneten sozialistischen Umgestaltung. Diese zielte vor allem darauf ab, das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen. Für die Bundesrepublik stellten viele Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler ebenfalls die Überwindung der Klassengesellschaft fest, wobei die Eigentumsfrage – abgesehen von

den anfänglichen Sozialisierungsforderungen in der Schwerindustrie – nicht gestellt wurde.

Die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ in Westdeutschland?

In dem Zusammenhang hatte der deutsche Soziologe Helmut Schelsky bereits 1953 die Formel von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ geprägt, die großen Einfluss auf die Zeitgenossen sowie die Forschung der nachfolgenden Jahrzehnte ausübte. Kaum eine andere Deutung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft hat eine solche Aufmerksamkeit erhalten. Dabei konstatierte (= feststellen) der einflussreiche Soziologe das Zusammentreffen von Auf- und Abstiegsprozessen in der deutschen Gesellschaft. Schelsky meinte im Einzelnen den kollektiven Aufstieg der Industriearbeiterschaft und der Angestellten in den neuen Mittelstand sowie den sozialen Abstieg größerer Bevölkerungsgruppen im Zuge von Flucht und Vertreibung im Zweiten Weltkrieg.

Obwohl die These Schelskys wichtige Anregungen geliefert hat, blieb sie keineswegs unumstritten. So herrscht in der Wissenschaft mittlerweile Konsens darüber, dass sich in Westdeutschland soziale Angleichungsprozesse vollzogen, die teilweise schon vor 1945 einsetzten und sich in der Bundesrepublik weiter beschleunigten. Das betrifft den besonders in Deutschland bis 1933 stark ausgeprägten Unterschied zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern auf der einen und Angestellten auf der anderen Seite. Dieser Unterschied ist im Selbstverständnis vieler Angestellter nach 1945 zurückgetreten. Anders als in der Weimarer Republik ist er für die Erklärung politischen Verhaltens in der Bundesrepublik weniger wichtig. Gleichzeitig haben sich Einkommensunterschiede zwischen Selbständigen und Arbeitnehmenden teilweise vergrößert. Trotz bedeutender materieller Verbesserungen sind „Arbeiter Arbeiter geblieben“ (so der Historiker Josef Mooser). Das zeigt sich etwa bei den nach wie vor bestehenden Einkommensunterschieden und schlägt sich auch im unterschiedlichen Konsumverhalten sowie im Bildungsstand nieder.



Der Herausgeber des Nachrichtenmagazins Der Spiegel, Rudolf Augstein (M.), wird am 8. Januar 1963 von zwei Polizeibeamten aus dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe geleitet und wegen „Landesverrats“ in Untersuchungshaft überführt. Die Vorwürfe erweisen sich später als haltlos und Augstein wird freigelassen.



Die Reaktionen der Öffentlichkeit auf die Verhaftung der Spiegel-Redakteure zeigen, dass sich das Demokratieverständnis in der Öffentlichkeit verfestigt hat. Hier demonstrieren in München am 2. November 1962 Studierende im Zuge der Spiegel-Affäre für die Pressefreiheit.

Enteignung und soziale Mobilität in Ostdeutschland

Dagegen eröffneten die rigorosen Enteignungsmaßnahmen in der DDR ungeahnte Karrierechancen für Arbeiterinnen und Arbeiter, wie sich etwa bei der Besetzung von betrieblichen Leitungspositionen beobachten lässt. Das gelang nicht nur durch die Verstaatlichung von Betrieben, sondern auch durch die bewusste Verdrängung des privaten Unternehmertums. Indem die SED vielen Arbeitern den sozialen Aufstieg versprach, gelang es ihr, die neuen Betriebsleitungen an sich zu binden, von denen etwa 80 Prozent über ein SED-Parteibuch verfügten.

Ulbricht nutzte wiederum die DDR-Wirtschaftsreformen Anfang der 1960er-Jahre, um jungen Funktionären, auf die er zählen konnte, einen raschen Aufstieg in der Wirtschafts- und Parteibürokratie zu ermöglichen. Mit dem damit verbundenen Generationenwechsel wollte er seine Herrschaft langfristig sichern. In der SED-Führung begann ein Stühlerücken; das Personal des ZK verjüngte sich. Diese Entwicklung verleitete einige westdeutsche Sozialwissenschaftler wie Peter Christian Ludz in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre bei der Analyse der SED-Sozialstruktur zu der gewagten Behauptung, dass sich die ostdeutsche Gesellschaft in zunehmendem Maße stabilisiert habe.

Aufkommen der Politikberatung

Die Ausarbeitung der Wirtschaftsreformen fand schließlich in einer Zeit statt, die in Ost und West von einer Verwissenschaftlichung der Politik geprägt war. Auf Anregung der SED schossen wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute in den 1960er-Jahren wie Pilze aus dem Boden, die oft jedoch nur über eine kurze Halbwertszeit verfügten. Außerdem waren deren Aufgaben und Zuständigkeiten meist nicht eindeutig fixiert. Deshalb kann vom langfristig geplanten Aufbau einer Politikberatung in der DDR nicht die Rede sein. Obwohl Ost-Berlin angesichts des wachsenden Steuerungsanspruchs einer komplexen Industriegesellschaft auf die Nutzung von Expertenwissen angewiesen war, rückte die SED nicht von ihrem Anspruch ab, exklusiv über das Wissen „der richtigen Politik“ zu verfügen.

Einwanderungsland und Abwanderungsgesellschaft

Während sich die Bundesrepublik immer mehr zu einem Einwanderungsland entwickelte, überwogen bei der DDR bis zum Mauerbau die Kennzeichen einer Abwanderungsgesellschaft. Die Folgen der „Republikflucht“ waren fatal und konnten nicht mehr ausgeglichen werden. Das hing nicht nur mit der fehlenden Attraktivität des kommunistischen Gesellschaftsmodells für Westdeutsche zusammen, sondern auch mit der Unfähigkeit des Regimes, dem Fachkräftemangel durch eine gezielte Einwanderungspolitik aus den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft zu begegnen. Hier überwogen offenbar die manischen Sicherheitsinteressen Ost-Berlins und die Rücksichtnahme auf die sowjetische Hegemonialmacht. Die Überalterung der DDR-Gesellschaft, die schon in den 1960er-Jahren einen höheren Rentnerinnen- und Rentneranteil aufwies als alle anderen Industrienationen, war nicht mehr zu stoppen.

Gleichzeitig muss aber darauf hingewiesen werden, dass in der Bundesrepublik die beträchtliche Immigration – auf die Geflüchteten und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten folgten die aus der DDR Geflüchteten und schließlich die sogenannten Gastarbeiter – mit einem Unterschichtungsprozess verbunden war. Viele konnten die in der alten Heimat angestammte soziale Position oftmals nicht mehr halten und mussten bei der Berufswahl minderqualifizierte Tätigkeiten aufnehmen. Erst der nachrückenden zweiten bzw. dritten Generation boten sich soziale Aufstiegschancen.



Auch nach dem Mauerbau versuchen viele DDR-Bürgerinnen und -Bürger zu fliehen. Am 16. August 1962 werden zwei Flüchtlinge an der Sektorengrenze in Berlin-Kreuzberg von DDR-Grenztruppen gefasst und abgeführt.

Popkultur und Blick nach Westen

Beatgruppen in der DDR

Trotz unterschiedlicher Entwicklung in Ost- und Westdeutschland nach dem Mauerbau gab es auch Gemeinsamkeiten in beiden Gesellschaften. Das betraf etwa die westlich geprägte Jugend- und Popkultur, die die Heranwachsenden in beiden deutschen Staaten miteinander verband. Auch in der DDR etablierte sich eine kleine, in Ansätzen eigenständige Musikszene, die von den Machthabern argwöhnisch beobachtet wurde. Zu den ersten Beatgruppen gehörten das bereits 1959 gegründete Frankecho-Quintett, die Sputniks sowie die Butlers, die nach einem Auftrittsverbot 1962 aus der Klaus Renft Combo hervorgingen.

Daneben gab es noch zahlreiche Amateurbands, denen es vor allem um die Artikulation eines non-konformen Lebensgefühls ging. Dabei verriet die Namensgebung schon die Blickrichtung nach Westen. Die ostdeutschen Bands ließen sich von westlicher Musik, aber auch von neuen musikalischen Trends aus den USA und Großbritannien inspirieren, die über das Radio rasch im Land bekannt wurden. So hatte der US-amerikanische Soldatensender AFN (*American Forces Network*) viele ostdeutsche Hörerinnen und Hörer. Ein weiterer wichtiger Vermittler war der RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor), der durch seine Musiksendungen ebenfalls eine vergleichsweise breite Jazz-, Blues- und Rock 'n' Roll-Rezeption in der DDR ermöglichte. Schließlich ging das ostdeutsche Plattenlabel Amiga auf die Musikwünsche ein und veröffentlichte im Frühjahr 1965 eine Lizenz-LP mit Hits der Beatles.

Kulturpolitische Offenbarung: das SED-Kahlschlagplenum 1965

Gegen die heimliche Verwestlichung der DDR-Jugend, die sich auch in der Adaption der westlichen Jeansmode niederschlug, fand die SED-Führung nie ein wirksames Gegenmittel. Daran konnte auch der kulturpolitische „Kahlschlag“ Ende 1965 nichts ändern, der die zaghafte Liberalisierung im Kunst- und Kulturbetrieb im Keim erstickte. In der Parteiführung mehrten sich die Stimmen, die vor den angeblichen Auswüchsen der westlichen Pop- und Beat-Kultur warnten und ein Übergreifen auf die ostdeutschen Jugendlichen befürchteten.

Als am 15. September 1965 aufgebrauchte Teenager nach einem Konzert der Rolling Stones in der West-Berliner Waldbühne randalierten, zog das Politbüro die Reißleine. Die bis dahin eher wohlwollende offizielle Beurteilung des Beat wich einer massiven Ablehnung. In Leipzig verboten die Behörden innerhalb weniger Wochen 44 der insgesamt 49 registrierten Amateurbands.

Einwanderungspolitik in Ost und West

Einwanderungspolitik in der Bundesrepublik

[...] Das erste Anwerbeabkommen [für sogenannte Gastarbeiter] wurde 1955 mit Italien geschlossen, 1960 folgten Spanien und Griechenland, 1961 dann die Vereinbarung mit der Türkei. Bis 1968 wurden weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und dem damaligen Jugoslawien geschlossen. Die jeweiligen Regelungen unterschieden sich, machten jedoch deutlich, dass es sich auf dem Papier lediglich um einen Zuzug auf Zeit handeln sollte – woraus sich später der Begriff der „Gastarbeiter“ (damals noch nicht gegert) etablierte. [...]

Der Zuwachs an Arbeitskräften aus dem Ausland, vor allem ausgelöst durch die Anwerbeabkommen, wird bei einem Blick in die Statistik deutlich: Während 1961 gerade einmal rund 1,2 Prozent und damit 686.200 Menschen der in Deutschland Lebenden aus dem Ausland kamen, waren es 1970 bereits 4,9 Prozent mit rund 2.976.500 Menschen, 1980 schließlich 7,2 Prozent mit 4.453.300 Menschen. Bei all dem darf etwas Wesentliches nicht vergessen werden: Hinter jeder Zahl verbirgt sich ein Leben. Vereint ergeben sich unzählige Geschichten voller Schwierigkeiten, Kämpfe, Ausgrenzungen, Enttäuschungen – aber auch von Erfolgen.

Es sind die Erfahrungsberichte über Generationen hinweg, die davon zeugen, welche Tragik und langfristigen Folgen die Trennung von Familie oder das Zurücklassen der Kinder in der Heimat hatte. Die Zeit in Deutschland war geprägt von harter Arbeit, ob am Fließband in Fabriken oder unter Tage. Die Lebensbedingungen waren meist sehr einfach. In Sammelunterkünften oder Wohnheimen gab es kaum Privatsphäre und wenig Anknüpfungspunkte zu Deutschen. Hier existierten stereotype und rassistische Vorbehalte gegenüber den „Südländern“. Auch die Vorstellungen vieler „Gastarbeiter*innen“ vom Leben in Westdeutschland erwiesen sich oft als nichtzutreffend. Sprachkurse zum Erlernen der deutschen Sprache, unabdingbar für den Abbau vieler Hürden, waren meist nicht vorgesehen. [...]

Die ersten Arbeitsverträge endeten – gemäß der Vereinbarung – meist nach zwei Jahren und sollten dann zur Rückkehr in das Herkunftsland führen. Doch einige bauten sich ein neues Leben in der BRD auf und holten ihre Familien nach. Die erworbenen beruflichen Fähigkeiten wurden meist weiterhin sinnvoll eingesetzt und vor allem auch gebraucht. [...] Die vorgesehene begrenzte Beschäftigungsdauer wurde deshalb nicht lange beibehalten.

Der Großteil der Arbeitskräfte aus dem Ausland blieb jedoch nicht langfristig in Westdeutschland. Insgesamt ließ sich nur rund ein Fünftel und damit gut drei Millionen von insgesamt rund 14 Millionen „Gastarbeiter*innen“ dauerhaft in der BRD nieder. Mit dem neuen Ausländergesetz von 1965 war der legale Aufenthalt rechtlich möglich, was jedoch weder eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis noch eine Einbürgerung bedeutete. Erst im Jahr 2000 wurde durch das neue Staatsangehörigkeitsgesetz für viele „Gastarbeiter*innen“ und ihre hier geborenen Kinder die tatsächliche Einbürgerung bzw. die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit möglich. [...]



Gastarbeiter aus Vietnam treffen 1973 am Ostbahnhof in Ost-Berlin ein.

Einwanderungspolitik in der DDR

Viele der Erfahrungen im damals geteilten Deutschland lassen sich auch auf die DDR übertragen. Etwas später als in der BRD, von 1967 bis 1986, wurden dort ähnliche Abkommen mit anderen sozialistischen Staaten wie Ungarn, Vietnam, Kuba oder Mosambik geschlossen. Im offiziellen Sprachgebrauch als „ausländische Werk tätige“ oder später als „Vertragsarbeiter“ bezeichnete Arbeitskräfte wurden für einen klar begrenzten Zeitraum von zwei bis fünf Jahren zur Unterstützung geholt. Wie im Westen konnten und sollten sie Fachwissen erwerben und bei der Rückkehr in die Heimat ihre neuen Kenntnisse für die dortige Wirtschaft effizient einsetzen. Ähnlich wie in der BRD klappten hier große Lücken zwischen Anspruch und Realität, die meisten „Vertragsarbeiter*innen“ wurden schlichtweg als günstige Arbeitskräfte ausgenutzt.

Während im Westen in den 1960er und 1970er Jahren die höchste Einwanderungsquote zu verzeichnen ist, erreichte die befristete Arbeitsmigration in die DDR erst Ende der 1980er Jahre – also vor dem Mauerfall – ihren Höhepunkt. Die Anzahl der Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund wird im Jahr 1989 mit 91.000 bis 94.000 beziffert. Für den Zeitraum zwischen 1971 und 1989 schätzt man 150.000 bis 200.000 Personen. Der Anteil an ausländischen Menschen in der gesamten DDR war jedoch nie höher als ein Prozent, womit unterschiedliche Kulturen dort deutlich weniger sichtbar waren als im Westen.

Im Osten wurden die Zugezogenen zudem noch strikter von den inländischen Einwohner*innen separiert und mit mehr Verboten belegt. Der Kontakt sollte auf das Nötigste bei der Arbeit reduziert und ansonsten unterbunden werden. Das Leben der „ausländischen Werk tätigen“ spielte sich daher vor allem zwischen Arbeit und Wohnheim ab. [...] Ausgrenzung und Rassismus waren auch in der DDR an der Tagesordnung. Die Arbeiter*innen blieben oft nach Nationalitäten getrennt unter sich. Der Nachzug der Familie war untersagt. Beziehungen mit Deutschen oder gar Schwangerschaften konnten eine Abschiebung zur Folge haben. Auch nach der Wende wurden binationale Familien – die es natürlich trotz dieser Verbote gab – häufig von staatlicher Seite nicht gleichwertig behandelt, getrennt oder abgeschoben. [...]

Textauszug aus Lena Hofer, Anwerbeabkommen der BRD und ihre Folgen: Ein Blick zurück, in: Heike Zech (Hg.): Horizontze. Geschichten und Zukunft der Migration/Horizons. Histories and Futures of Migration, Nürnberg 2023, S. 222–237



Die 1960er-Jahre sind geprägt von Protesten der jüngeren Generationen. In Düsseldorf demonstrieren am 15. Mai 1968 Studierende gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern gegen die vom Bundestag geplanten Notstandsgesetze, welche dem Staat in Krisensituationen die Einschränkung der Grundrechte ermöglichen.

Daraufhin trafen sich am 31. Oktober mehrere hundert Menschen im Zentrum der Messestadt, um gegen das Verbot zu protestieren. Die Volkspolizei griff rigoros durch und verhaftete 267 Personen, die teilweise zu mehrwöchiger Zwangsarbeit verurteilt wurden.

Die sogenannten Beat-Krawalle sorgten in Ost-Berlin für helle Aufregung. Die Parteiführung besiegelte den Antibeatkurs offiziell auf der 11. Tagung des ZK der SED im Dezember 1965 („Kahl-schlagplenum“), deren Beschlüsse nicht nur für die Unterhaltungsmusik in der DDR weitreichende Folgen hatte. In das Fadenkreuz der Kritik gerieten auch der Liedermacher Wolf Biermann, der Schriftsteller Stefan Heym und der Naturwissenschaftler Robert Havemann. Die SED-Spitze ließ Kinofilme (z. B. „Spur der Steine“, „Das Kaninchen bin ich“), Theaterstücke (Heiner Müllers „Der Bau“) und den populären Jugendsender DT 64 auf den Index setzen.

Eigensinniges Verhalten: Popbands im ostdeutschen Alltag

Obwohl die Staatsmacht mit massivem Druck vorging und Auftrittsverbote erteilte, konnte sie nicht verhindern, dass sich Musikgruppen und Fans in Nischen des Alltags zurückzogen. Auftritte wurden als Privatveranstaltungen getarnt und so der offiziellen Genehmigungspflicht entzogen. Das eigensinnige Verhalten zeigte sich ferner in der Umbenennung der englischen in deutsche Gruppennamen, um nicht ins Visier der Sicherheitsorgane zu geraten. Die Hippie-Kultur, die mit dem legendären Woodstock-Festival 1969 ihren Höhepunkt erreichte, fiel auch in der DDR auf fruchtbaren Boden und beeinflusste den Lebensstil vieler Jugendlicher.

Kontinuitäten und Brüche: der Umgang mit dem NS-Erbe

Der politische Wandel, der in der Bonner Republik 1969 mit der Wahl Willy Brandts (SPD) zum Bundeskanzler endgültig vollzogen wurde, hatte mit dem Ende der Regierungszeit Adenauers 1963 begonnen und fand vor dem Hintergrund einer sich wandelnden und kritischeren Öffentlichkeit statt. Die

„Spiegel-Affäre“ (siehe S. 34 ff.) hatte 1962 nicht nur zur Mobilisierung großer Bevölkerungsteile beigetragen, sondern auch die Rolle der Medien als vierte Gewalt im Staat langfristig gestärkt. Der Generationenwechsel veränderte die politische Kultur der Bundesrepublik dauerhaft. Anknüpfend an die Kampfden-Atomtod-Bewegung in den 1950er-Jahren entwickelte die Studentenbewegung neue Formen des Protests gegen die heftig umstrittene Notstandsgesetzgebung, der nicht immer friedlich blieb und den westdeutschen Staat herausforderte. Darin nur ein bundesdeutsches Phänomen zu sehen, wäre aber zu kurz gegriffen. Denn die Studentenunruhen, die sich primär am Krieg der USA in Vietnam entzündeten, erfassten nahezu alle Staaten Westeuropas und Nordamerikas.

NS-Vergangenheit im Systemwettstreit

In der Bundesrepublik kam als weiterer Faktor die Auseinandersetzung über die NS-Vergangenheit zahlreicher Politiker und Juristen hinzu, die das SED-Regime durch gezielte Veröffentlichungen politisch zu instrumentalisieren suchte. Das 1965 in Ost-Berlin erstmals erschienene „Braunbuch“ listete die SS-Dienststränge und NS-Parteiämter von rund 1800 Wirtschaftsführern, Politikern und führenden Beamten der Bundesrepublik auf. Im Zentrum der Anfeindungen standen der Vertriebenenminister Theodor Oberländer (CDU, 1905–1998) und sein späterer Nachfolger Hans Krüger (CDU, 1902–1971) sowie der Chef des Bundeskanzleramts Hans Globke (CDU, 1898–1973). Das politische Bonn versuchte, die meist zutreffenden Vorwürfe aus Ost-Berlin als plumpe kommunistische Propaganda abzutun, und konterte mit einer eigenen Aktion gegen „Nazis in der DDR“.

Ulmer Einsatzgruppenprozess als Wendepunkt

Am Ende der Ära Adenauer rückten die Verbrechen NS-Deutschlands – insbesondere die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden – in den Mittelpunkt der Medienöffentlichkeit. Eine Vorreiterrolle spielte zunächst der Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958, der sich gegen Mitarbeiter der Gestapo, des Sicherheitsdienstes (SD) und der Ordnungspolizei richtete, die im Zweiten Weltkrieg am Massenmord an den Jüdinnen und Juden im

Punks in der DDR

[...] Anfang der 80er-Jahre tummelten sich zwischen Sassnitz und Suhl die ersten Punks und Bands in der DDR. Über Westradio und Westfernsehen waren die meisten Jugendlichen in der DDR über sämtliche Trends und Jugendkulturen bestens im Bilde. Verwandte schmuggelten Musikzeitschriften bei ihren Westbesuchen in den Osten, und auch Schallplatten fanden ihren Weg über die Mauer. Doch den einheitssozialistischen Machthabern in der DDR waren Punks, deren Ideologie und Musik ein Dorn im Auge. Punker wurden vom Ministerium für Staatssicherheit als „negativ-dekadente Jugendliche“ eingestuft und verfolgt.

Viele Punkkonzerte gab es nicht. Jede Band, die in der DDR in öffentlichen Clubs auftrat, musste vorher eine „Einstufung“ machen. Vor einer Kommission aus staatlichen Aufpassern musste aufgezeigt werden, dass die Musiker ihre Instrumente beherrschten und dem Bild aufgeschlossener sozialistischer Menschen entsprachen. Das kam für keine echte Punk-Band in Frage, ihre Musik war ein klares Statement – gegen den Staat.

Deshalb erschien die erste Punkplatte der DDR nicht in der DDR, sondern in Westberlin. Das Album war eine Split-LP der Bands Schleimkeim (SK) und Zwitschermaschine. Die Thüringer Punk-Band Schleimkeim nannte sich aus Gründen der Tarnung auf der LP Saukerle. [...]

„Alles ist rot“, „Scheiß Norm“, „Untergrund ist Strategie“, „Spione im Café“, „Ende“, „Haushaltsgeräte“, „Frankreich“ heißen die Titel der B-Seite, die SK in einer knappen Stunde aufnahmen. Besonders der SK-Hit „Spione im Café“ begeisterte die Punker in der DDR. Es geht darin um böse Stasi-Spitzel, die dem Protagonisten des Songs nicht gefallen und ihm Schmerzen „von der Schnauze bis zum Zeh“ verursachen. Im Titel „Scheiß Norm“ wird auf brachiale Art die tägliche Fron am Fließband beanstandet, „Alles ist rot“ ist eine komplexe



Jugendliche Punks bei der 1. Mai Kundgebung 1987 auf der Karl-Marx-Allee in Berlin

Allegorie auf von der Volkspolizei gejagte und verprügelte Punkrocker. „Untergrund ist Strategie“ scheint eine Art Aufruf zur Revolution, während sich die ruppigen Lieder „Ende“, „Haushaltsgeräte“, „Frankreich“ dem Punkersein in der DDR im Allgemeinen und Besonderen widmen. Nur wenige Exemplare der LP erreichten den Osten. [...]

Frank Willmann, „Wie man in einer Diktatur rebelliert“, in: Fluter vom 23. November 2016. Online: <https://www.fluter.de/anarchy-in-the-gdr>

Baltikum beteiligt waren. Die zehn Angeklagten wurden wegen „Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord“ in 315 bis 3907 Fällen zu Haftstrafen zwischen drei und 15 Jahren verurteilt.

Der Prozess, der nicht nur das Ausmaß der Verbrechen, sondern auch die Versäumnisse der bisherigen Strafverfolgung aufdeckte, gilt als Wendepunkt in der justiziellen Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Eine unmittelbare Folge war im selben Jahr die Errichtung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen mit Sitz in Ludwigsburg (kurz: Ludwigsburger Zentrale Stelle), die mit ihren Vorermittlungen die Grundlage für die weitere strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen legte.

Weitere Prozesse und Bonner Verjährungsdebatten

Drei Jahre später erregte der Eichmann-Prozess in Jerusalem große internationale Aufmerksamkeit. Dabei wurde der frühere SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, der zuvor von Zielfahndern des israelischen Geheimdienstes Mossad in einer spektakulären Aktion in Argentinien festgenommen und nach Israel entführt worden war, wegen seiner maßgeblichen Beteiligung am Holocaust zur Verantwortung gezogen. Eichmann hatte im Reichssicherheitshauptamt während des Zweiten Weltkrieges die Deportation und Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden organisiert.

1963 folgte der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess, der wesentlich vom hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer vorbereitet worden war. Auf der Anklagebank saßen Mitglieder der Lagerleitung und des Wachpersonals des NS-Konzentrations- und Vernichtungslagers.

Die genannten Prozesse müssen auch vor dem Hintergrund der bundesdeutschen Debatte um die 1965 anstehende Verjährung aller vor 1945 begangenen Kapitalverbrechen gesehen werden. Nach einer intensiv geführten Debatte fand sich im Bundestag ein mehrheitsfähiger Kompromiss, der eine Verlängerung der Frist für zunächst vier Jahre vorsah. Nach einer weiteren Fristverlängerung beschloss das Bonner Parlament 1979, die Verjährung für Mord endgültig aufzuheben.

„Antifaschismus“: von oben verordnet

Die SED legitimierte ihre Herrschaft zu einem wesentlichen Teil mit der Parole vom „Antifaschismus“. Damit grenzte sie sich vom Nationalsozialismus und von der Bundesrepublik gleichermaßen ab. In der DDR waren aus kommunistischer Sicht mit der Boden- und der Industriereform die Wurzeln des Faschismus beseitigt. Dieses Narrativ gestattete es den Machthabern in Ost-Berlin, das Problem des Nationalsozialismus nach außen zu verlagern – und zwar in die Bundesrepublik. Die Bonner Republik, die sich zudem in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches

Mord verjährt nicht

Es bedurfte zwischen 1960 und 1979 insgesamt vier Kontroversen im Bundestag, bis die Unverjährbarkeit von Mord beschlossen wurde. Dadurch blieb die Kontinuität juristischer Verfolgung und Sanktionierung der in der NS-Zeit verübten Morde gewährleistet. Was innenpolitisch im Ergebnis als Glanzleistung parlamentarischer Demokratie gefeiert wurde, galt im Ausland als längst überfällige Notwendigkeit.

Als am 8.5.1960 von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt die in der NS-Zeit verübten Totschlagsdelikte verjährten, hatte sich das Parlament noch nicht zu einer Verlängerung der entsprechenden Fristen entschließen können. Rechtzeitig im März 1960 hatte die SPD einen Gesetzesentwurf eingebracht, der den Ablauf der Verjährungsfrist um die vier Jahre der alliierten Besetzung Deutschlands verschieben sollte. Die Bundesregierung folgte in der Sitzung vom 24.5.1960 jedoch dem Ablehnungsantrag des Rechtsausschusses und begründete dies in einer kurzen Debatte damit, dass mit dem SPD-Entwurf einerseits gegen das in Artikel 103 Abs. 2 GG festgelegte Rückwirkungsverbot verstoßen würde und andererseits ohnehin die schwersten Vergehen als Mord zu qualifizieren seien. Genau 20 Jahre nach Kriegsende, am 8.5.1965, drohte schließlich auch die Verjährungsfrist für Mord auszulaufen. Im November des Vorjahres beschloss die damalige Bundesregierung unter Kanzler Ludwig Erhard (CDU), keinen Gesetzesentwurf zur Fristverlängerung im Parlament einzubringen. Für alle noch anhängigen Verfahren war der Ablauf der Verjährungsfrist gestoppt, mit weiteren Prozessen wurde nicht gerechnet. Als außenpolitische Vorsichtsmaßnahme wurde jedoch an „alle Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen im In- und Ausland“ der Aufruf entsandt, möglicherweise vorhandenes Material zur Aufklärung der NS-Verbrechen der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfügung zu stellen.

Die Resonanz war unerwartet groß. Mehrere Länder des Ostblocks, darunter auch die DDR, signalisierten ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit und verwiesen auf umfangreiche Archivbestände. Die DDR hatte bereits 1962 angeboten, entsprechende Dokumente zur Verfügung zu stellen. Damals wurde das Angebot als propagandistische Aktion zurückgewiesen. Im Februar 1965 reisten Staatsanwälte zunächst nach Polen, um erste Dokumente auszuwerten. Angesichts der am 8.5. ablaufenden Verjährungsfrist wurde schnell die Unmöglichkeit des Unterfangens deutlich, noch rechtzeitig sämtliche Ermittlungen aufzunehmen, um alle Verfahren fristgerecht einleiten zu können. Nachdem sowohl die CDU als auch die SPD einen Gesetzesentwurf vorgelegt hatten, der jeweils die Nichtverjährbarkeit von Mord vorsah, kam es zu zwei leidenschaftlich geführten Plenardebatten, die als „Sternstunden des Parlaments“ in die Geschichte eingingen. [...]

Die beiden Debatten vom 10. und 25.3.1965 führten zu einem dürftigen Ergebnis. Das neue „Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen“ bestimmte den 1.1.1950 als Fristbeginn für diejenigen NS-Verbrechen, welche mit lebenslangem Zuchthaus zu sanktionieren waren. Somit wurde der Ablauf der Frist lediglich auf den 31.12.1969 verschoben.

Auch 1969 lehnte noch immer die Mehrheit der Deutschen eine weitere Strafverfolgung der NS-Verbrechen ab. Der außenpolitische Druck, die Strafverfolgung fortzusetzen, hatte sich jedoch durch die UNO-Konvention über die Nichtanwendbarkeit der gesetzlichen Verjährungsbestimmungen von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verstärkt. [...] Am 26.6.1969 beschloss der Bundestag mit mehr als zwei Dritteln aller abgegebenen Stimmen das 9. Strafrechtsänderungsgesetz. Alle Verbrechen, die mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe geahndet werden konnten, sollten fortan erst nach 30 Jahren verjähren.

Die Kritiker dieser Entscheidung, die darin nur eine Aufschiebung, jedoch keine Problemlösung erkannten, sollten Recht behalten. Angesichts der zum 31.12.1979 auslaufenden Verjährungsfrist kam es 1979 zur letzten großen Bundestagsdebatte über die rechtliche Behandlung nationalsozialistischer Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Politiker zahlreicher Staaten hatten zuvor an die Bundesrepublik appelliert, die NS-Verbrechen nicht verjähren zu lassen. Abgeordnete der CDU, der SPD und auch der FDP brachten entsprechende Anträge ein, über die am 29.3.1979 ausführlich beraten wurde. Die deutsche Öffentlichkeit solidarisierte sich nun erstmals in starkem Maße mit den Verjährungsgegnern. Wesentlichen Anteil daran hatte die deutsche Erstaussstrahlung der Holocaust-Serie im Januar 1979. Die daraufhin entbrannte öffentliche Debatte mündete in die Forderung nach politischem Handeln.

Am 3.7.1979 beschloss der Bundestag mit 255 gegen 222 Stimmen die endgültige Aufhebung der Verjährung von Mordverbrechen.

Antje Langer, Verjährungsdebatten, in: Torben Fischer, Matthias N. Lorenz (Hg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2015, S. 215–217



Am 13. April 1979 gedenken zahlreiche Menschen in Dortmund den Opfern des NS-Regimes und fordern ein Ende der Verjährung.

sah, konnte so als Hort von „Kriegs- und Naziverbrechern“ diffamiert werden. Dabei diente die Elitenkontinuität in Westdeutschland als Beleg.

In der Tat: In der Bundesrepublik waren während der ersten Hälfte der 1950er-Jahre immer mehr Beamte in Ministerien und Ämtern eingestellt worden, die schon während der NS-Zeit in staatlichen Stellen gearbeitet bzw. NS-Organisationen angehört hatten. Der Anteil politisch Belasteter stieg teilweise bis Anfang der 1960er-Jahre noch weiter an. So lag die Zahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder in manchen Abteilungen des Bundesjustizministeriums zeitweilig bei über 70 Prozent.

Dagegen überwogen in der DDR zweifelsohne die personellen Brüche, was aber auch darauf zurückzuführen war, dass ein Großteil des NS-belasteten Personals bereits frühzeitig in den Westen geflüchtet war. Während die SED nach außen hin am „Antifaschismus“ als Staatsrason festhielt, entwickelte sie intern einen pragmatischen Umgang mit der NS-Vergangenheit. So stieg unter den ZK-Mitgliedern die Zahl früherer NSDAP-Mitglieder bis Mitte der 1950er-Jahre auf nahezu zehn Prozent an. Im Ministerium für Kohle und Energie hatten 1957 immerhin 15,3 Prozent der Mitarbeiter in der mittleren Leitungsebene das Parteibuch der NSDAP besessen. Allem Anschein nach war Ost-Berlin in diesem für die Sicherung der Energieversorgung sensiblen Bereich auf Experten angewiesen, die als NS-belastet galten. Im ostdeutschen Innenministerium betrug der Anteil ehemaliger Parteigenossen sogar 14 Prozent.

In Einzelfällen waren schon in der SBZ außergewöhnliche Karrieren möglich: So erhielt Rolf Wagenführ, der als Leiter der Statistikabteilung in Albert Speers Rüstungsministerium wichtige Vorarbeiten für die NS-Kriegsführung geliefert hatte, nach 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht den Auftrag, das Statistische Zentralamt in Ost-Berlin aufzubauen. Wagenführ ging später in den Westen und wurde 1958 erster Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft (später Eurostat). Der promovierte Ernährungswissenschaftler Wilhelm Ziegelmeier, der im Zweiten Weltkrieg für das Oberkommando der Wehrmacht Gutachten für die systematische Aushungerung Leningrads (heute Sankt Petersburg) erstellt hatte, war nach 1945 eineinhalb Jahre Vizepräsident der Deutschen Verwaltung für Handel und Versorgung in Ost-Berlin und anschließend Professor an der Humboldt-Universität.

Karrieren waren auch später in der DDR durchaus möglich: Erich Apel, der von 1963 bis zu seinem Selbstmord Ende 1965 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission war, hatte zwar nie das Parteibuch der NSDAP besessen, war allerdings ab 1943 als technischer Leiter an der Produktion der V-2-Raketen beteiligt gewesen. Für die Raketenproduktion wurde der Einsatz von KZ-Häftlingen bewusst in Kauf genommen. Wie erklärt sich nun sein rasanter Aufstieg in der ostdeutschen Wirtschaftsverwaltung? Zwei Gründe waren ausschlaggebend: Erstens griff Ulbricht Anfang der 1960er-Jahre auf angeblich unpolitische und nur wissenschaftlichen Prinzipien folgende Technokraten zurück, um Verkrustungen in der Planungsbürokratie aufzubrechen. Zweitens hatte die sowjetische Besatzungsmacht Apel unmittelbar nach Kriegsende als Spezialisten für das sowjetische Raketenprogramm rekrutiert. Dabei spielte der dunkle Fleck in Apels Biografie, der für Moskau und Ost-Berlin ein offenes Geheimnis war, keine Rolle.

Bundesrepublik und DDR als postnazistische Gesellschaften

Auch wenn sich die Frage nach der Elitenkontinuität in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich stellte, so gab es doch eine Gemeinsamkeit: die mentalen Kontinuitäten in der Bevölkerung

nach 1945. Der Nationalsozialismus war in der deutschen Gesellschaft tief verwurzelt. Das betraf nicht nur die etwa 8,5 Millionen Parteimitglieder, über die die NSDAP gegen Kriegsende noch verfügte, sondern auch die Masse derjenigen, die mit dem NS-Regime sympathisiert und von diesem profitiert hatte. Die sich daraus ergebenden Einstellungen bzw. Prägungen verschwanden nicht schlagartig mit dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft, sondern wirkten noch länger nach. Insofern war auch die DDR eine „postnazistische Gesellschaft“ (so die britische Historikerin Mary Fulbrook).

Auf diese Herausforderung musste auch Ost-Berlin reagieren. Beide deutsche Staaten waren letztlich gezwungen, Integrationsangebote zu unterbreiten, um das jeweilige politische System zu stabilisieren. Während sich jedoch in den 1960er-Jahren in der Bonner Republik eine offene und kontroverse Debatte über den Umgang mit dem NS-Erbe entwickelte, führte der von oben verordnete „Antifaschismus“ dazu, dass in der DDR eine gesellschaftliche Auseinandersetzung weitgehend ausblieb.

Antisemitismus in Ost und West

Mit dem Untergang des NS-Regimes 1945 verschwand der immer schon vorhandene, tiefverwurzelte Antisemitismus in Deutschland nicht von der Bildfläche. Er blieb unterschwellig vorhanden, und zwar in beiden deutschen Staaten. Als der frühere Generalsekretär der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, Rudolf Slánský, und zehn weitere Angeklagte im Zuge einer antizionistischen Kampagne im November 1952 in Prag als angeblicher Leiter bzw. Mitglieder eines „staatsfeindlichen Verschwörungszentrums“ verurteilt und wenig später hingerichtet wurden, drohte in der DDR ein Schauprozess gegen Paul Merker und Franz Dahlem. Merker wurde angeklagt und als „zionistischer Agent“ diffamiert, weil er sich als einziges Mitglied des SED-Politbüros für das Existenzrecht Israels und für die Rückerstattung „arisierten“ Vermögens eingesetzt hatte. Der geplante Schauprozess kam aufgrund des Todes Stalins nicht mehr zustande. Anfang der 1950er-Jahre flohen mehrere Hundert jüdische DDR-Bürgerinnen und -Bürger in den Westen, weil sie sich in der DDR nicht mehr sicher fühlten.

In der Bonner Republik zeigten Meinungsumfragen regelmäßig, dass antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung immer noch weit verbreitet waren. Am Heiligabend 1959 beschmierten zwei Mitglieder der rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP) die kurz zuvor wiedereröffnete Kölner Synagoge mit Hakenkreuzen. Es folgte eine Welle mit antisemitischen Schmierereien in der ganzen Bundesrepublik. Bei der Bundestagswahl 1969 verpasste die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) den Einzug ins Bonner Parlament nur knapp.

Am 9. November 1969 deponierte eine linksradikale Gruppe während einer Gedenkveranstaltung zum 31. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 eine Bombe im jüdischen Gemeindehaus in Berlin-Charlottenburg, die wegen eines defekten Zeitzünders nicht detonierte. Am 19. Dezember 1980 wurden der Verleger und Rabbiner Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin Frida Poeschke von einem Neonazi in Erlangen ermordet. Während die Anschläge auf Jüdinnen und Juden und jüdische Einrichtungen eine öffentliche Debatte in der Bonner Republik über Antisemitismus und die nationalsozialistische Vergangenheit auslösten, kehrten die Machthaber in Ost-Berlin das Thema unter den Teppich. Der Schein des „Antifaschismus“ sollte unter allen Umständen gewahrt bleiben.

Dierk Hoffmann

Der flüchtige Zauber des Neuanfangs (1969–1975)

In beiden deutschen Staaten findet ein Machtwechsel statt – mit jeweils unterschiedlichen Auswirkungen. In Bonn wird eine neue Ostpolitik verfolgt, in Ost-Berlin liegt der Fokus auf der Sozialpolitik.



Machtwechsel: In Bonn wird 1969 Kurt Georg Kiesinger von Willy Brandt als Bundeskanzler und in Ost-Berlin 1971 der SED-Partei-
chef Walter Ulbricht durch Erich Honecker abgelöst. Beide Politiker versprechen Reformen mit weitreichenden Veränderungen. Erst 1985 begegnen sich die beiden, als Brandt (l.) in seiner Funktion als SPD-Vorsitzender Honecker in der DDR besucht (r).

Aufbruchsstimmung in Bonn und Ost-Berlin

Machtwechsel in Bonn und neue Ostpolitik

Wie bereits aufgeführt, gab es nach der Bundestagswahl 1969 einen „Machtwechsel“ in Bonn. Die SPD bildete eine Koalition mit der FDP und stellte mit Willy Brandt zum ersten Mal den Bundeskanzler. Er löste den bisherigen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) ab, die Unionsparteien befanden sich von nun an auf den harten Oppositionsbänken. Der Regierungswechsel hatte sich schon wenige Monate zuvor angekündigt, als Gustav Heinemann (SPD, 1899–1976) mit den Stimmen der FDP

zum Bundespräsidenten gewählt worden war. Der politische Wechsel war verknüpft mit weitreichenden Hoffnungen und Erwartungen, die Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) in seiner ersten Regierungserklärung selbst aufgriff: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“

Mit dem Regierungswechsel verbanden sich nicht nur ein neuer Politikstil, sondern auch außen- und innenpolitische Reformprojekte. Im Vordergrund stand die neue Ostpolitik, die auf eine Verständigung mit den osteuropäischen Nachbarstaaten unter Anerkennung des Status quo hinauslief. Von zentraler Bedeutung waren die Verträge von Moskau und Warschau (beide

1970), die von der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen ausgingen, ohne das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in Frage zu stellen. Eine wichtige Ergänzung stellte das von den vier Siegermächten ausgehandelte Abkommen über Berlin (1971) dar, mit dem die hoch umstrittene Frage über den Status der ehemaligen Reichshauptstadt entschärft werden konnte.

Für das deutsch-deutsche Verhältnis bildete wiederum der Grundlagenvertrag (1972) eine wichtige Zäsur, denn er hielt die Besonderheit der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten fest. Er diente als Rahmenvertrag für weitere Abkommen und legte die Basis für die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Daraufhin wurden in Bonn und Ost-Berlin „ständige Vertretungen“ (statt Botschaften) eröffnet. Die Ostverträge waren in der westdeutschen Öffentlichkeit wegen der damit verbundenen Anerkennung des Status quo der bestehenden Grenzen in Europa zunächst hoch umstritten.

Die parlamentarische Auseinandersetzung war jedoch – nach einem gescheiterten Misstrauensantrag der CDU/CSU-Opposition – mit dem SPD-Wahlsieg bei der Bundestagswahl 1972 weitgehend entschieden. Trotz aller Kritik wurde der deutschlandpolitische Kurs nach dem Regierungswechsel 1982 von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU, 1930–2017) und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP, 1927–2016) weitgehend fortgesetzt. Das zeigte sich etwa beim Besuch Honeckers in Bonn am 7. September 1987, der mit fast allen protokollarischen Ehren eines Staatsbesuchs verbunden war. Auf diesem Politikfeld überwogen also die Kontinuitäten.

Innenpolitische Reformprojekte der sozialliberalen Koalition

Große gesellschaftliche Debatten lösten auch die innenpolitischen Reformwerke der sozialliberalen Koalition aus, insbesondere beim Ehe- und Familienrecht, bei § 218 des Strafgesetzbuches (Schwangerschaftsabbruch) sowie bei der betrieblichen Mitbestimmung. Die Reform des Scheidungsrechts verfolgte das Ziel, die Stellung der Frau zu stärken, indem das Schuld- durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt wurde. Das bedeutete, dass eine Ehe geschieden werden konnte, wenn sie gescheitert war. Die sogenannte Schuldfrage, die in Scheidungsverfahren vom Gericht bislang geklärt werden musste, spielte keine Rolle mehr. Außerdem sollte durch einen Versorgungsausgleich die Lage des sozial schwächeren Partners verbessert werden. Damit wurden jedoch viele schwierige Detailfragen aufgeworfen, die dazu führten, dass ein entsprechendes Gesetz erst Mitte 1976 zustande kam.

Das Vorhaben, die strafrechtlichen Bestimmungen zur Abtreibung zu reformieren, führte zu heftigen Reaktionen. Als die im Frühjahr 1974 im Bundestag verabschiedete Neufassung des § 218 die Abtreibung in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft für straffrei erklärte, klagten die unionsregierten Bundesländer vor dem Bundesverfassungsgericht, das die Fristenlösung Anfang 1975 verwarf. Daraufhin wurde das Gesetz im Sinne eines Indikationsmodells überarbeitet und im Mai 1976 verabschiedet. Das neue Gesetz enthielt zwar weiterhin das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs. Es sollte aber keine Strafverfolgung geben, wenn eine Abtreibung aus medizinischen, ethischen oder sozialen Gründen erfolgte.

In der Mitbestimmungspolitik drängte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) darauf, das Prinzip der paritätischen Mitbestimmung, das seit 1951 nur in der Montanindustrie (= Bergbau und rohstoffverarbeitende Schwerindustrie) verankert war, auf alle Großunternehmen auszudehnen. Das betraf die Stimmenverhältnisse in den Aufsichtsräten. Während die SPD die Gewerkschaftsposition übernahm, beharrten FDP und CDU/CSU darauf, dass die letzte Entscheidung in den Aufsichtsräten bei

den Eigentümervertretern zu bleiben habe. Der Kompromiss, der schließlich im Bonner Parlament gefunden wurde, sah eine Sondervertretung der leitenden Angestellten vor und durchbrach so das Prinzip der Parität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Steigende Inflation in Westdeutschland

Das Reformtempo verlangsamte sich jedoch, was einerseits mit den politisch-rechtlichen Hindernissen der einzelnen Gesetzesvorhaben zusammenhing, andererseits auf die finanziellen Grenzen staatlicher Haushaltspolitik zurückzuführen war. Zunächst stieg die Teuerungsrate von zwei Prozent (1969) auf fast sieben Prozent (1972) und löste in Teilen der Bevölkerung Inflationsangst aus. Anschließend schwächte sich auch noch die Konjunktur ab. Zu den gestiegenen Staatsausgaben, die öffentlich als mangelnde Haushaltsdisziplin kritisiert wurden, kamen noch hohe Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst (plus ca. elf Prozent) hinzu, die zur Richtschnur der Tarifrunde 1974 wurden.

Spionagefall in Bonn 1974

In der Öffentlichkeit setzte ein Stimmungsumschwung ein, der mit sinkenden Sympathiewerten Brandts einherging. Vor diesem Hintergrund ist die Affäre um den DDR-Spion Günter Guillaume zu sehen, der als Referent und enger Vertrauter Brandts im Kanzleramt gearbeitet hatte. Seine Enttarnung war der folgenreichste Spionagefall in der Geschichte der Bundesrepublik und einer der Gründe, die Brandt am 6. Mai 1974 zum Rücktritt bewegten. Nachfolger wurde Helmut Schmidt (SPD). Der Amtswechsel bedeutete eine „Tendenzwende“ (so der Politikwissenschaftler und Historiker Karl Dietrich Bracher) – und zwar vom Visionär Brandt zum Macher Schmidt, dessen Kanzlerschaft unter dem Motto „bewahren“ und „sichern“ stand. Die Reformeuphorie war verflogen; die westdeutsche Gesellschaft befand sich in einer Phase des Umbruchs und der Neuorientierung.

Machtwechsel in Ost-Berlin

In der DDR bröckelte Ende der 1960er-Jahre die Machtstellung Ulbrichts. Mehrere Gründe waren dafür ausschlaggebend:

- Erstens eignete sich die wirtschaftliche Misere der DDR zur Demontage des SED-Chefs. Ulbricht wurde die Verantwortung für das Scheitern der Wirtschaftsreform in die Schuhe geschoben.
- Zweitens verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Moskau, was teilweise mit den anders gelagerten sowjetischen Zielen in der Außen- und Deutschlandpolitik zusammenhing.
- Drittens spielte der Führungsstil Ulbrichts, der schon beim Volksaufstand am 17. Juni 1953 fast zu dessen Sturz geführt hatte, eine wichtige Rolle bei der Absetzung.

Doch dieses Mal musste er sich seinen Gegnern geschlagen geben: Nach einem klärenden Gespräch mit dem Kremlchef Leonid I. Breschnew (1906–1982) erkannte Ulbricht die Ausweglosigkeit seiner Position und verkündete auf einer Politbürositzung am 27. April 1971 seinen Rücktritt. An seine Stelle trat Erich Honecker, der mit Unterstützung Breschnews erfolgreich gegen ihn intrigiert hatte. Der Führungswechsel in Ost-Berlin, der in der ostdeutschen Bevölkerung vorübergehend eine gewisse Euphorie auslöste, war auch ein Generationenwechsel, der in den 1960er-Jahren zunächst den Partei- und Staatsapparat auf der mittleren Ebene erfasst hatte. In der Wirtschaftspolitik wurden Entscheidungen wieder zentralisiert; die Zeit der Experimente war vorbei.

Ende der Utopie in Ost-Berlin

Während die Bundesrepublik nach dem Ende des Wirtschaftsbooms Anfang der 1970er-Jahre aus dem „Traum immerwährender Prosperität“ (so der Soziologe Burkart Lutz) aufwachte, verschob die SED das Ziel einer kommunistischen Gesellschaft immer weiter in die Zukunft. Stattdessen rückte Sozialpolitik ins Zentrum des „real existierenden Sozialismus“. Mit der proklamierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ waren Wohlstandsversprechen verbunden, die der Herrschaftsabsicherung dienten. Trotz klammer Kassen hielt die SED-Führung bis zum Ende ihrer Herrschaft 1989 daran fest. Dabei war der sozialpolitische Handlungsdruck durchaus groß. Das galt insbesondere für die Versorgung der Rentnerinnen und Rentner, von denen sich viele am Rande der Armut befanden. So forderte Mitte 1973 ein aufgebracht beschrifteter Briefschreiber Honecker auf: „Tut etwas! Die Stimmung ist nicht gut!“

Sozialpolitik zur Herrschaftssicherung

Doch die SED hatte mit ihren sozialpolitischen Maßnahmen weiterhin nur die Erwerbsbevölkerung im Blick. Der neue sozialpolitische Kurs Ost-Berlins war allerdings ein zweischneidiges Schwert: Einerseits stabilisierte er kurzfristig die SED-Herrschaft. Andererseits schuf er langfristig neue Abhängigkeiten, denn er weckte in der DDR-Bevölkerung kaum zu befriedigende Erwartungen. Das Politbüro hatte Umfragen in Auftrag gegeben, auf deren Grundlage eine „Dringlichkeitsliste“ erstellt wurde, die den Wohnungsbau, das Gesundheitswesen, die Einkommen und Renten, aber auch die Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen umfasste. So hoffte man, die Wünsche der Ostdeutschen erfassen zu können. Anschließend veröffentlichte die SED einen üppigen Leistungskatalog, obwohl sich die ökonomischen Rahmenbedingungen inzwischen verschlechtert hatten.

Zum Kernstück der Sozialpolitik Honeckers avancierte ein ehrgeiziges Wohnungsbauprogramm, mit dem Ost-Berlin eine alte Forderung der Arbeiterbewegung erfüllen wollte. Für die Lösung der Wohnungsfrage legte ein Beschluss der SED-Führung fest, dass innerhalb von fünf Jahren 500 000 zusätzliche Wohnungen durch den Neubau fünf- bzw. sechsgeschossiger Gebäude geschaffen werden sollten. Das Ziel war jedoch zu hochgesteckt. Die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen stieg nämlich von 76 020 (1971) auf nur 107 347 (1975). Hinzu kamen staatliche Mietzuschüsse, die primär Arbeiterinnen und Arbeiter der volkseigenen Wirtschaft zugutekamen, während andere Bevölkerungsgruppen leer ausgingen.

Ökonomische Überforderung: das Devisenproblem der DDR

Das 1972 geschnürte Sozialpaket markierte einen Dammbbruch, da die Kosten rasant stiegen. Statt der ursprünglich angesetzten 1,4 Milliarden Mark gingen die ostdeutschen Wirtschaftsexperten wenig später von über fünf Milliarden Mark aus. Damit hatten sich die Ausgaben innerhalb eines Jahres mehr als verdreifacht, ohne dass die SED die Frage der Gegenfinanzierung beantwortet hatte. Da die Wirtschaftspolitik nicht die erhofften Effekte erzielte und auch die Konkurrenzfähigkeit von DDR-Produkten auf den internationalen Märkten abnahm, stieg der Importüberschuss und damit das Handelsbilanzdefizit. Die SED-Führung diskutierte Mitte der 1970er-Jahre erstmals über die drohende Gefahr eines Staatsbankrotts. Angesichts der Schiefelage, in der sich die DDR-Handelsbilanz befand, nahm Honecker im Politbüro 1975 kein Blatt vor den Mund: „So ein Problem hat noch nie vor der DDR gestanden. An sich müssten wir pleite anmelden.“

Devisenbeschaffung durch die KoKo

Um die Probleme des DDR-Außenhandels zu lösen, entwickelte sich das MfS zu einem wirtschaftspolitischen Akteur, der immer mehr an Bedeutung gewann. Das galt insbesondere für die Technologiespionage und die Absicherung illegaler Außenhandels-geschäfte. Im Zentrum stand die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo), die bereits am 1. Oktober 1966 im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI) gegründet und ab 1967 von Alexander Schalck-Golodkowski (1932–2015) geleitet wurde. Dieser organisierte auch den Kunst- und Antiquitätenhandel sowie den Müllimport aus der Bundesrepublik. Auch dadurch zeigte sich die immer größer werdende wirtschaftliche Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik.

Oberstes Ziel war die Überwindung der Zahlungsbilanzkrise durch die Beschaffung von ausländischen Devisen. Dabei schreckte die SED-Führung auch nicht davor zurück, der Bundesregierung Häftlinge zum Freikauf anzubieten. Auf diese Weise kamen zwischen 1963 und 1989 über 33 000 politische Häftlinge frei. Im Gegenzug erhielt das SED-Regime Waren im Wert von rund drei Milliarden D-Mark. Schalck-Golodkowski handelte schließlich mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU) 1983 und 1984 zwei Milliardenkredite aus, die nicht nur Geld in den DDR-Haushalt spülten, sondern auch die internationale Kreditwürdigkeit des ostdeutschen Staates wiederherstellten. Die Bundesrepublik bürgte nun für die Schulden der DDR. Obwohl die SED den drohenden Staatsbankrott noch abwenden konnte, war der wirtschaftliche Niedergang des Landes nicht aufzuhalten.



Die DDR verkauft politische Gefangene an die Bundesrepublik. Am 14. September 1977 fahren Busse mit freigekauften Häftlingen, eskortiert von Fahrzeugen des MfS, auf der Transitstrecke zwischen Gotha und Eisenach.



Die Integration in die Bundesrepublik fällt oft schwer: Aus der DDR ausgereiste oder freigekaufte Menschen gründen am 17. Dezember 1979 in West-Berlin den Selbsthilfverein ehemaliger DDR-Bürger e. V. (SVH).

Urlaub in der DDR

„Frei vom Alltag“, verspricht der hellgrüne Bus mit den verschmutzten Augen und der Blume im Mundwinkel. Er ziert das Cover einer Broschüre von 1958, die Urlaubsangebote des staatlichen Reisebüros der DDR bewirbt. Die freundliche Aufmachung verströmt ein Gefühl der Fröhlichkeit, Leichtigkeit, Unkompliziertheit.

Die Realität sah oft anders aus: Das Bangen um den Sommerurlaub begann für DDR-Bürger schon im Winter. Bis zu einem Stichtag mussten die Bestellscheine für Busfahrten oder für begehrte Auslandsreisen in den Ostblock beim DDR-Reisebüro eingegangen sein. „Da kam bei uns säckeweise Post an“, erinnert sich Bärbel Schindler, die elf Jahre im sächsischen Kamenz bei Dresden eine Außenstelle des DDR-Reisebüros leitete. Von 1000 Anträgen seien nur etwa 30 genehmigt worden. „Das war dann wie ein großer Lottogewinn!“

Nichts mit Last-Minute-Mentalität: Urlaub in der DDR war zwar äußerst günstig, aber bis ins Kleinste reglementiert. Obwohl der Staat von Beginn an Urlaub als eine zentrale sozialpolitische Aufgabe verstand, Ferien mit Milliarden subventionierte und eine Infrastruktur für Massentourismus aufbaute, blieb das Reisen bis zum Schluss ein Politikum: Unzufriedene beschwerten sich über die Begrenzung der Urlaubsziele auf die „sozialistischen Bruderstaaten“ oder bespöttelten den DDR-Reiseatlas als „kleinstes Buch der Welt“. Als 1989 Massenproteste das DDR-System erschütterten, forderten viele neben mehr Demokratie auch etwas völlig Undenkbares: „Visafrei nach Hawaii!“

Der Wunsch nach Reisefreiheit beschleunigte den Zusammenbruch der DDR, die vier Jahrzehnte mit patriarchalischer Fürsorge versucht hatte, das Freizeitverhalten seiner Bürger zu finanzieren, zu steuern und zu kontrollieren. Symbolisch kürte die Gesellschaft für deutsche Sprache 1989 „Reisefreiheit“ zum Wort des Jahres.

Es war das Ende einer langen Tradition des Wohlfahrts-tourismus: Schon bei der Staatsgründung 1949 schrieb die DDR für jeden Arbeitenden das „Recht auf Erholung“ und „auf jährlichen Urlaub gegen Entgelt“ gar in Artikel 16 der Verfassung. Das „Handbuch der DDR“ bejubelte das sozialistische Urlaubssystem als „große soziale Errungenschaft der DDR“.

Der hohe Anspruch lautete: Bezahlbarer Urlaub für alle. Das Ziel war „Entspannung, Erholung und Erhaltung der Arbeitskraft“, wie es auf offiziellen Werbeplakaten hieß. Das sollte jedoch nicht als Aufruf zum Hedonismus verstanden werden: „Erholungsurlaub war nicht Privatsache, sondern Teil der Politik“, erklärt Andreas Ludwig, Leiter des Dokumentationszentrums „Alltagskultur der DDR“ in Eisenhüttenstadt, das derzeit eine Ausstellung über Urlaub in der DDR präsentiert. „Einfach abzuhängen und nichts zu tun wurde anfangs nicht so gerne gesehen.“

Vielmehr erwartete die DDR, dass sich ihre Bürger in der Freizeit fortbildeten oder an gesellschaftlichen Veranstaltungen teilnahmen. Der Urlaub mit Kollegen sollte das Kollektiv festigen. Doch früh musste die Staatsmacht einsehen, dass ihre hehren Ansprüche auf wenig Gegenliebe stießen. „Schon in den fünfziger Jahren gab es viele in der SED, die einfach sagten. 'Lasst die Leute doch einfach schlafen im Urlaub, wenn sie das wollen!'“, erzählt Ludwig.

An einem anderen Ziel hielt die DDR-Führung dagegen eisern fest: den Sozialtourismus schnell massentauglich zu

machen. Dabei ging man nicht zimperlich vor: 1953 durchsuchten Hunderte Polizisten in der „Aktion Rose“ mehr als 700 private Hotels, Gaststätten oder Pensionen an der Ostseeküste. Der Vorwurf: Die Hoteliers würden „illegal eingeführte Westwaren“ verkaufen und für die „Agentenzentralen des amerikanischen Imperialismus“ arbeiten. Am Ende der Aktion wurden 440 Hotelbesitzer enteignet und unter dem Vorwand krimineller Machenschaften verhaftet.

Hauptnutznießer war der Feriendienst des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), der viele der enteigneten Häuser übernahm. Schon seit Jahren hatte der FDGB regelmäßig Zehntausende in seine staatlich subventionierten Häuser geschickt – zu unschlagbar günstigen Konditionen: Nur ein Drittel der Kosten mussten die Urlauber zahlen; das galt sogar schon für die Hinreise mit der Reichsbahn. Zwei Wochen Vollpension im Ostseebad Boltenhagen kosteten 1965 beispielsweise schlappe 95 Mark pro Person – bezahlt mit einem der begehrten rosafarbenen „FDGB-Ferienschecks“.

Doch der vermeintliche Volltreffer barg handfeste Nachteile. Ein FDGB-Urlaub klang wie ein Krankenhausaufenthalt: Auf den Ferienschecks war von der „Einweisung ins FDGB-Urlauberdorf“ und „Verpflegungsstellen“ die Rede. Der Sozialversicherungsausweis durfte nicht fehlen, Sportkleidung war ausdrücklich erwünscht – und zu guter Letzt mussten manche auch ihren Chef oder einen unliebsamen Kollegen beim kollektiven Mittagessen ertragen. In den stets ausgebuchten Heimen wurden Renovierungen verschoben, Wasserhähne tropften, Betten quietschten – und morgens begann der Kampf um die Etagedusche. [...]

Manch einer hätte einen FDGB-Ferienscheck aber nicht einmal geschenkt genommen: Plan-Urlaub in einer Plan-Wirtschaft war für viele DDR-Bürger ein Alptraum. Sie hatten keine Lust auf das Gemeinschaftsgetue, auf das sozialistische Rahmenprogramm in überfüllten Betriebsferienheimen an einer ebenso überfüllten Ostsee. Ihnen war das eigene Land längst zu klein geworden. Sie träumten von Australien oder New York – und kamen höchstens nach Ungarn oder Bratislava. Sie wollte [sic!] individuell und nicht im Kollektiv reisen. [...]

Christoph Gunkel, „Zwangseinweisung ins Ferienheim“, in: DER SPIEGEL vom 9. Juli 2009. Online: <https://www.spiegel.de/geschichte/verreisen-in-der-ddr-a-948359.html>



Viele DDR-Bürgerinnen und -Bürger machen Urlaub an der Ostsee. Die Ostseeküste in Ahrenshoop im Juni 1973

Erdölpreisschock und Strukturwandel

Mitte der 1970er-Jahre war die Aufbruchsstimmung in Ost und West weitgehend verfliegen. Das lag auch an globalen Veränderungen in der Wirtschaft, die durch den Erdölpreisschock von 1973 ausgelöst wurden. Die arabischen Erdöl exportierenden Länder hatten nach Ausbruch des Jom-Kippur-Krieges (1973) im Nahen Osten – als Syrien, Ägypten sowie weitere arabische Staaten Israel am höchsten jüdischen Feiertag angriffen – die Rohölförderung um ein Fünftel gedrosselt und so den Preis nach oben getrieben. Damit schien die sicher geglaubte Energieversorgung der Industrienationen in Frage zu stehen. Die Bundesregierung reagierte darauf mit Sparmaßnahmen und beschloss unter anderem die Einführung von vier autofreien Sonntagen.



Am 25. November 1973 herrscht auf dem Berliner Kurfürstendamm aufgrund der Ölkrise Fahrverbot. Die Menschen nutzen die Straße anderweitig und erledigen ihre Besorgungen zum Beispiel mit einer Pferdekutsche.

Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik

Da die Erdölkrise die westlichen Volkswirtschaften in eine tiefe Rezession stürzte, keimte in Ost-Berlin die Hoffnung auf, den ökonomischen Wettlauf mit der Bundesrepublik doch noch gewinnen zu können. Seit ihrer Gründung hatte die SED den Zusammenbruch des Kapitalismus herbeizureden versucht. Sie sah sich nun in ihren Untergangspropheten bestätigt, denn die Arbeitslosigkeit stieg in Westdeutschland sprunghaft an und erreichte ein ungeahnt hohes Niveau. Bereits 1975 war die Millionengrenze überschritten: Bei den Arbeitsämtern waren insgesamt 1,074 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet – fast doppelt so viele wie ein Jahr zuvor. Das entsprach einer Arbeitslosenquote von 4,7 Prozent. Gleichzeitig stieg die Zahl der registrierten Beschäftigten in Kurzarbeit von 292 000 (1974) auf 773 000 (1975).

Zur Massenarbeitslosigkeit gesellte sich ein weiteres Schreckgespenst: die Inflation. Während sich in der Bonner Republik die Verbraucherpreise erhöhten, sank das reale Sozialprodukt auch noch um 1,8 Prozent. Dagegen gab es in der DDR offiziell keine Erwerbslosigkeit. Die seit Mitte der 1950er-Jahre irrelevant gewordene Arbeitslosenversicherung wurde auf Geheiß der SED-Führung 1977 abgeschafft. Ost-Berlin hatte aber mit einem vergleichbaren Problem zu kämpfen: der sogenannten Arbeitskräftehortung. Die Betriebe horteten nämlich nicht nur Materialien, sondern auch Arbeitskräfte, die in der DDR aufgrund der permanenten Arbeitskräfteknappheit dringend benötigt

wurden. Die DDR-Planwirtschaft bekam dieses Problem nie in den Griff. Die Arbeitskräftehortung entsprach einer verdeckten Arbeitslosigkeit, die in der DDR nach Schätzungen westlicher Wirtschaftsinstitute mitunter im zweistelligen Bereich lag (ca. 15 Prozent).

Probleme der DDR-Planwirtschaft: Energiekrise

Obwohl sich die Bundesrepublik in einer echten Wirtschaftskrise befand, konnte Ost-Berlin daraus kein politisches Kapital schlagen. Das Neue Deutschland meldete zwar monatlich die aktuellen Zahlen von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. Hinzu kamen Berichte über die Folgen der Energiekrise sowie ausführliche Artikel über Streiks, Arbeitsniederlegungen und Einzelschicksale. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte die SED-Führung bereits mit eigenen Problemen zu kämpfen. Auf das ostdeutsche Außenhandelsdefizit und die beginnende Verschuldung ist bereits hingewiesen worden.

Ein weiterer Faktor kam hinzu: Ende der 1970er-Jahre traf der Erdölpreisschock die DDR mit voller Wucht. Im Zusammenhang mit einer Änderung des Preismechanismus, der im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe langfristig vereinbart worden war, wälzte die Sowjetunion – als größter Hauptlieferant von Rohöl – den gestiegenen Weltmarktpreis auf die DDR und die anderen Staaten in ihrem Macht- und Einflussbereich ab. Während die DDR bis 1976 rund 50 Prozent des Weltmarktpreises für das aus der Sowjetunion importierte Öl aufbringen musste, waren es 1978 bereits 80 Prozent. Außerdem weigerte sich Moskau, dem Wunsch Ost-Berlins nach einer größeren Liefermenge zu folgen. Dadurch geriet die bis dahin sicher geglaubte Energieversorgung der DDR in Gefahr. Daraufhin schlug die Staatliche Plankommission eine Energiewende mit fatalen Folgen vor: die Rückkehr zur Braunkohle.

Verschlafener Strukturwandel in der DDR

Die Ölkrise fiel zeitlich mit dem Ende des Wirtschaftsbooms der 1950er- und 1960er-Jahre zusammen. Die westlichen Industrienationen standen vor einem tiefgreifenden Strukturwandel, der zu einem massiven Abbau der Beschäftigungszahlen in der Industrie führte. Das betraf insbesondere den Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie sowie die Textilindustrie. Dem Veränderungsdruck konnte sich die DDR-Wirtschaft nur teilweise und vorübergehend entziehen. So ging der Beschäftigtenanteil in der Landwirtschaft (primärer Sektor) von 27,9 (1950) über 11,8 (1970) auf 10 Prozent (1989) zurück. Der sekundäre Sektor (produzierendes Gewerbe) veränderte sich nur geringfügig, denn hier stieg der Beschäftigtenanteil zunächst von 43,3 (1950) auf 48 (1970), um dann bis 1989 wieder auf 45 Prozent zu sinken.

Im deutsch-deutschen Vergleich fallen noch weitere Unterschiede auf: Ende der 1980er-Jahre entsprach die Struktur der ostdeutschen Wirtschaft jener der Bundesrepublik von 1981. Von langfristiger Bedeutung war die Tatsache, dass die DDR im Dienstleistungssektor (tertiärer Sektor) einige Merkmale aufwies, die von den westlichen Industriegesellschaften abwichen. Die offiziellen Statistiken Ost-Berlins wiesen zwar einen Beschäftigtenanteil von 45 Prozent (1989) im Dienstleistungssektor aus. Doch diese Zahl verdeckte die Besonderheiten einer staatssozialistischen Planwirtschaft, die mit einem hohen Personalbedarf im Staats-, Sicherheits- und Wirtschaftslenkungsapparat zusammenhing. Dagegen wurden Beschäftigte, die in den Kombinat- und volkseigenen Betrieben für Dienstleistungen der betrieblichen Sozialpolitik zuständig waren (z. B. Kinderbetreuung und ärztliche Versorgung), dem Industriesektor zugeordnet.

Umweltschutz in der DDR

„Luft und Wasser [...] machen bekanntlich an Grenzen nicht halt. Daher [ist] gerade mit Blick auf den vorsorgenden Umweltschutz, vor allem in der Luftreinhaltung, die Zusammenarbeit mit der DDR dringend erforderlich.“ Mit diesen Worten kommentierte Bundesumweltminister Klaus Töpfer die am 10. Juni 1987 paraphierte Umweltvereinbarung mit der DDR. Als dann am 7. September 1987 – vor 30 Jahren – Erich Honecker das erste und letzte Mal als Staatschef der DDR in die Bundesrepublik reiste, hatte er für den als „Arbeitsbesuch“ definierten Aufenthalt drei unterschrittsreife Vereinbarungen im Gepäck sowie die dafür zuständigen Minister im Gefolge. Und einer der zwischenstaatlichen Verträge behandelte eben die Frage des gemeinsamen Umweltschutzes.

Das Thema, über das Experten aus Ost und West zwei Jahre lang verhandelt hatten, war nicht neu – und schon länger auf der deutsch-deutschen Agenda. Industrielle Umweltverschmutzung erhielt seit etwa 1970 weltweit erhöhte Aufmerksamkeit, nachdem die Versauerung skandinavischer Gewässer durch grenzüberschreitende Luftverschmutzung entdeckt worden war. Die Industrieländer begegneten diesen Problemen mit dem Aufbau administrativer Strukturen, wie beispielsweise 1970 der Environmental Protection Agency (EPA) in den USA. Die beiden deutschen Staaten reagierten ebenfalls auf den internationalen Trend: Die Bundesregierung etablierte ein Umweltaktionsprogramm und gründete eine Abteilung Umweltschutz im Bundesinnenministerium; die DDR schuf 1972 gleich ein ganzes Ministerium für Umwelt und Wasserwirtschaft.

Obwohl die infrastrukturellen Voraussetzungen nun gegeben waren, und der Gegenstand „Umwelt“ sogar als Thema für Nachfolgeverhandlungen im Grundlagenvertrag festgeschrieben wurde, kam es während der 1970er Jahre zwischen der Bundesrepublik und der DDR in dieser Frage zu keinen nennenswerten Fortschritten. Warum stießen die beiden deutschen Staaten hier an die Grenzen ihres Machbaren?

Zum einen hatte das Vier-Mächte-Abkommen von 1971 einen zentralen Streitpunkt nicht auflösen können: Über die „Bindungen“ zwischen der Bundesrepublik und Westberlin bestanden weiterhin unterschiedliche Auffassungen. Während die DDR ihren Abbruch forderte, betrieb die Bundesrepublik den Ausbau der bestehenden Beziehungen. Mit der Gründung des Umweltbundesamtes in West-Berlin 1974 lieferte die Bundesrepublik der DDR letztlich einen willkommenen Vorwand, nicht mehr über Umweltprobleme reden zu müssen. Denn diese Institution sollte die „Bindungen“ nach Westdeutschland stärken, was die SED-Funktionäre wiederum zu verhindern suchten. Die Gespräche zum Umweltschutz mit Vertretern der Bundesregierung wurden schließlich auf unbestimmte Zeit abgebrochen. Mehr noch, Schikanen auf der Transitstrecke gegen Mitarbeiter des neuen Bundesamtes sorgten dafür, dass das Bundeskabinett ebenfalls beschloss, „alle laufenden Vertragsverhandlungen mit der DDR“ vorerst ruhen zu lassen (DER SPIEGEL 32/1974).

Zum anderen kosten Umweltschutzmaßnahmen Geld. Die DDR war Anfang bis Mitte der 1970er nicht zu größeren Investitionen bereit – jedenfalls nicht in der Höhe, von der man meinte, dass die Bundesrepublik sie einfordern würde. Dementsprechend war das Interesse in Ost-Berlin an

derartigen Verhandlungen zu diesem Zeitpunkt gering. Aber auch die westdeutschen Politiker verloren im Zuge der Ölkrise von 1973 und ihrer Nachwirkungen den Umweltschutz aus den Augen.

Doch der öffentliche Druck auf die Bundesregierung, etwas gegen die Verschmutzung aus dem Osten zu unternehmen, ließ nicht nach. Im Gegenteil, die Sensibilisierung der Bevölkerung nahm immer weiter zu. Umweltproblem Nummer eins war für die Westdeutschen die Versalzung der Werra durch die Kali-Werke der DDR. Sie leiteten salzhaltige Abwässer aus der Produktion direkt in die Werra, so dass der Fluss einen Salzgehalt aufwies, der über dem der Nordsee lag (DER SPIEGEL 22/1982, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Januar 2014). Nicht nur kreuzte die Werra mehrmals die deutsch-deutsche Grenze, sie führt auch in die Weser und damit weit hinein in bundesdeutsches Territorium. Fischersterben und Trinkwassergefährdung waren die Folge. Über dies wurden Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre die grenzüberschreitende Luftverschmutzung und das Waldsterben problematisiert, ebenso die Schadstoffbelastung der Elbe und die Abfallentsorgung aus dem Westen in die DDR.

Erschwerend kam hinzu, dass die DDR ihre Umweltdaten ab 1982 als „geheim“ einstuft, sie also nicht mehr zur Veröffentlichung freigegeben wurden. Dennoch näherten sich genau zu diesem Zeitpunkt Ost und West über „kleine Schritte“ wieder einander an: Sie erzielten eine Einigung über die Berliner Gewässer (1982) und über die von Thüringen nach Oberfranken fließende Röden (DER SPIEGEL 33/1983). In beiden Fällen wurden moderne Kläranlagen in der DDR gebaut.

Den endgültigen Startschuss für eine allgemeine Umweltvereinbarung gaben Helmut Kohl und Erich Honecker auf ihrem Treffen in Moskau 1985. Dreizehn Expertengesprächsrunden und zwei Jahre später stand ein Text, mit dem alle Beteiligten zufrieden waren: Das Abkommen sollte für fünf Jahre gelten, die umstrittene Einbeziehung des Umweltbundesamtes wurde durch Kompromisse gelöst, gleiches gilt für die aus ostdeutscher Sicht problematischen „Bindungen“ nach West-Berlin. Zudem wurden gemeinsame Arbeitspläne ausgearbeitet. Thematisch verständigten sich beide Seiten auf einen Informationsaustausch zum Naturschutz und damit über gemeinsame Problemlagen wie Luftschadstoffe, die rationelle Nutzung und den Schutz von Gewässern, den Umgang mit Waldschäden oder die Beseitigung von Abfallstoffen.

Bereits im Juni 1989 trug diese Vereinbarung erste Früchte: Klaus Töpfer und Hans Reichelt, Minister für Umwelt und Wasserwirtschaft der DDR, schlossen einen weiteren Vertrag über sechs Umweltschutzpilotprojekte ab. Sie sollten in der DDR mit Hilfe bundesdeutscher Finanzmittel realisiert werden und hauptsächlich der Quecksilberreduzierung in der Elbe dienen. Während es für die Elbsanierung also bereits vor dem Fall der Mauer langsam Fortschritte zu verzeichnen gab, ist die Werraversalzung bis zum heutigen Tag ein Umweltproblem – nur jetzt eben ein innerdeutsches.

Sophie Lange, Umweltschutz über Grenzen. Die deutsch-deutsche Umweltvereinbarung von 1987, in: Blog des Berliner Kollegs Kalter Krieg vom 26. September 2017

Dierk Hoffmann

Zwischen Annäherung und Abgrenzung – von Helsinki zum zweiten Kalten Krieg (1975–1989)

Die 1970er- und 1980er-Jahre sind in der Bundesrepublik geprägt von innerer Sicherheit und „Neuen Sozialen Bewegungen“. Die DDR muss auf Ausreisebewegungen und eine sich auflehrende Jugend reagieren.



Am 10. Oktober 1981 demonstrieren in Bonn 300 000 Menschen bei der bis dato größten Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik.

Unklarer Beziehungsstatus?

Die KSZE-Schlussakte von Helsinki

Der Abschluss der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki 1975 bildete den Höhe- und Wendepunkt der Entspannungspolitik, die in den frühen 1960er-Jahren ihren Anfang genommen hatte. Mitte der 1970er-Jahre befand sich Honecker auf dem Gipfel seiner Macht. Die DDR erfuhr jetzt die Anerkennung durch die internationale Staatengemeinschaft, die ihr lange Zeit – durch die Hallstein-Doktrin der Bundesregierung (siehe S. 21) – verwehrt geblieben war.

Bereits 1973 waren die beiden deutschen Staaten den Vereinten Nationen (VN) beigetreten.

Doch die feierliche Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki, auch durch Honecker, stieß in Ost-Berlin nicht nur auf Begeisterung. So befürchtete das MfS langfristige Folgen für das SED-Regime, insbesondere durch den sogenannten Korb III (menschliche Kontakte, Kultur- und Informationsaustausch). Auf diese Bestimmungen, die unter anderem die Erleichterung von zwischenmenschlichen Kontakten über die Blockgrenzen hinweg betrafen, konnte sich nun auch die DDR-Bevölkerung berufen: Ein Jahr später stellten bereits 19 521 ostdeutsche Bürgerinnen

Der NATO-Doppelbeschluss

Er war wohl eine der umstrittensten Entscheidungen, die die Nato, das Nordatlantische Verteidigungsbündnis, je getroffen hatte: Am 12. Dezember 1979 fassten die Außen- und Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten bei einer Konferenz in Brüssel den Nato-Doppelbeschluss. Dieser sah Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abbau der auf Westeuropa gerichteten SS-20-Raketen vor, die die UdSSR seit Mitte der siebziger Jahre zu stationieren begonnen hatte – als Ersatz für ältere Mittelstreckenraketen. Die westeuropäischen Nato-Mitgliedstaaten empfanden das als Bedrohung. Für den Fall eines Scheiterns der Gespräche mit der UdSSR vereinbarten sie daher im Nato-Doppelbeschluss außerdem, dass die USA nach vier Jahren, also Ende 1983, ebenfalls nukleare Mittelstreckenraketen (Pershing II) in Europa stationieren würden.

Dieses mit einer Aufrüstungsdrohung kombinierte Gesprächsangebot der Nato an die Sowjetunion stieß jedoch bei Teilen der Bevölkerung in den von einer Raketenstationierung betroffenen westeuropäischen Ländern auf Widerstand. Gerade in Deutschland löste die Angst vor einem Atomkrieg breite Proteste aus.

Auf die Friedensbewegung der fünfziger und sechziger Jahre, die seit den Ostermärschen Ende der sechziger Jahre an Bedeutung verloren hatte, folgte Anfang der achtziger Jahre eine neue, erstarkte Friedensbewegung: Hunderttausende konnten sie gegen einen „Rüstungswettlauf“ der Supermächte mobilisieren.

Zu bundesweit organisierten Demonstrationen wie auf der Bonner Hofgartenwiese im Oktober 1981 kamen bis zu 400.000 Menschen. Getragen wurde der Protest vor allem von den Grünen sowie kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen. Aber auch Teile der SPD unterstützten die Forderung der Demonstranten, den Nato-Doppelbeschluss zurückzunehmen und Mitteleuropa zu einer „atomwaffenfreien Zone“ zu machen. [...]

Den Organisatoren der Demonstration warf der CSU-Abgeordnete Friedrich Zimmermann als erster Redner der Plenardebatte am 9. Oktober 1981 Einseitigkeit vor: Der Protest richte sich hauptsächlich gegen die „Nachrüstung“ der USA, während die Sowjetunion ungeschoren davonkomme. Aber: „Die Gefahr für den Frieden kommt von den sowjetischen

Raketen (...), die auf unsere Städte, unser Land gerichtet sind“, betonte der spätere Bundesinnenminister. [...]

Als Wegbereiter und Befürworter des Nato-Doppelbeschlusses sagte Kanzler Helmut Schmidt sowohl an die Adresse der Opposition als auch an parteiinterne Kritiker und Demonstranten gewandt: „Ich werde mir das Wort Friedenspolitik und den Inhalt unserer Friedenspolitik von niemandem abhandeln lassen.“

Der Beschluss der Nato habe zu „Verhandlungen zwischen den Weltmächten“ geführt, zu denen es „sonst nicht gekommen wäre“, so der Kanzler. Er wolle sich dafür einsetzen, dass bei diesen Gesprächen das „Gleichgewicht der militärischen Kräfte“ gewahrt bleibe – allerdings auf „niedrigerem Niveau als bisher“. Dies sei eine „realistische Friedenspolitik“ [...]

Rund sechs Wochen nach der Debatte im Bundestag und der Demonstration im Bonner Hofgarten begannen am 30. November 1981 in Genf die Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR. Bis November 1983 blieben sie allerdings ohne jedes Ergebnis.

Der Bundestag, seit dem Erfolg des konstruktiven Misstrauensvotums gegen Schmidt und dem Regierungswechsel im Oktober 1982 von einer Koalition aus CDU/CSU und FDP dominiert, stimmte deshalb am 22. November 1983 der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu.

Einen Tag danach brach die Sowjetunion die Verhandlungen in Genf ab. Die Bemühungen der Friedensbewegung, mit Friedenscamps, Sitzblockaden und Menschenketten die Nachrüstung noch in letzter Minute zu verhindern, scheiterten: Noch im selben Jahr begannen die USA mit der Stationierung von Pershing-II-Raketen auf deutschem Boden.

Beendet wurde die Streitfrage um die amerikanischen und sowjetischen atomaren Mittelstreckenraketen erst durch die so genannte Doppel-Nulllösung von 1987: Der damalige US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow vereinbarten den Abbau aller nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa.

sas, Historische Debatten (9): Nato-Doppelbeschluss, Deutscher Bundestag/Dokumente, 14. August 2017. Online: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/natodoppelbeschluss-200098>

und Bürger einen Antrag auf dauerhafte Ausreise. Deshalb verband Erich Mielke – inzwischen Mitglied des Politbüros – die Warnung vor einer Destabilisierung der DDR mit der Forderung nach einem Ausbau des Sicherheitsapparates.

Abgrenzungskurs Ost-Berlins

Die innerdeutschen Beziehungen kühlten ab, was in erster Linie die DDR zu verantworten hatte, die nun einen klaren Abgrenzungskurs gegenüber der Bundesrepublik verfolgte. Honecker formulierte bei einer Rede in Gera am 13. Oktober 1980 Maximalforderungen, die für Bonn inakzeptabel waren: Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, Regelung der Grenzziehung in der Elbe nach SED-Vorstellungen sowie Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter, die die Aufgabe hatte, in der DDR begangenes Unrecht aufzuklären.

Ende der 1970er-Jahre warfen zudem internationale Konflikte einen langen Schatten auf die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Denn die sowjetische Invasion in Afghanistan 1979 und die Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 verringerten den Handlungsspielraum in Bonn und Ost-Berlin.

NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung

Eine neue Eiszeit begann („Zweiter Kalter Krieg“), als mit der Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen ein neuer Rüstungswettlauf einsetzte, auf den das westliche Bündnis 1979 mit dem NATO-Doppelbeschluss antwortete.

Gegen die damit verbundene Nachrüstung formierte sich Protest nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in Westeuropa und den USA, der in einem Erstarken der Friedensbewegung seinen Ausdruck fand. Am 10. Oktober 1981 versammelten sich etwa 300 000 Menschen auf der Bonner Hofgartenwiese, um

gegen die atomare Hochrüstung zu protestieren. Als US-Präsident Ronald Reagan (1911–2004) nach Bonn kam, um am NATO-Gipfel teilzunehmen, demonstrierten am 10. Juni 1982 circa 400 000 Menschen auf den Rheinwiesen in Bonn-Beuel.

Doch auch in den kommunistischen Diktaturen Osteuropas gab es gesellschaftlichen Widerspruch, der von den Sicherheitsbehörden nicht vollständig unterbunden werden konnte und der in der DDR unter dem Dach der evangelischen Kirche (siehe S. 21) einen Rückzugsraum fand.

Wettstreit in der Sportarena

Während die Auseinandersetzung über das bessere Wirtschaftssystem zunehmend an Relevanz verlor, rückte der innerdeutsche Wettbewerb auf einem ganz anderen Feld in den Vordergrund: dem Sport. Hier schienen Leistungen noch vergleichbar und messbar zu sein. Bei internationalen Wettkämpfen erlaubte der Medaillenspiegel ein schnelles und eindeutiges Urteil.

Eindeutige Bilanz?

Für Ost-Berlin bot sich die Gelegenheit, die Leistungsfähigkeit des staatssozialistischen Systems auf großer Bühne unter Beweis zu stellen. Die Bilanz war auf den ersten Blick beeindruckend: Das vergleichsweise kleine Land konnte in seiner vierzigjährigen Geschichte 755 olympische Medaillen, 768 Welt- und 747 Europameistertitel anhäufen (so die Historikerin Jutta Braun) und ließ die Bundesrepublik immer wieder hinter sich. Das SED-Regime richtete den Blick nur auf den Spitzensport, der zur Profilierung des ostdeutschen Staates nach außen diente. Dagegen wurde in der Bundesrepublik der Breitensport im Verlauf der 1970er-Jahre stark ausgebaut.

Damals hatte die öffentliche Debatte über Doping im Sport noch nicht die Bedeutung, die sie heutzutage einnimmt. Im Gegenteil: In Ost und West war die Überzeugung weit verbreitet, dass pharmakologische Unterstützung ein probates und legitimes Mittel zur Leistungssteigerung sei. Auch wenn es eklatante Unterschiede zwischen der Dopingpraxis in der DDR und der Bundesrepublik gab, waren westdeutsche Sportfunktionäre und Politikerinnen und Politiker nach 1990 vom „Sportwunder DDR“ doch so fasziniert, dass sie zunächst die Devise verfolgten: Von der DDR lernen, heißt siegen lernen. Darunter litt die Aufarbeitung des Dopingmissbrauchs.

Das Sparwasser-Tor bei der Fußball WM 1974

In beiden deutschen Staaten hatte der Fußball die stärkste gesellschaftliche Integrationskraft, wobei die DDR nicht an die gewohnten Erfolge wie in anderen Sportarten anknüpfen konnte. Während die DDR-Auswahl nur einmal bei den Olympischen Spielen ganz oben auf dem Treppchen stand (Goldmedaille 1976), konnte die DFB-Elf bis einschließlich 1990 mit insgesamt drei Weltmeister- und zwei Europameistertiteln glänzen. Als Nachteil erwies sich zweifellos die hermetisch abgeriegelte Lage des DDR-Fußballs, der von den ausländischen Impulsen (Ausnahme: Sowjetunion), die seit den 1960er-Jahren immer wichtiger wurden, kaum etwas mitbekam. Hinzu kamen Trainingskonzepte, die der langjährige Trainer der DDR-Auswahl Bernd Stange 1987 selbstkritisch auf den Punkt brachte: Man habe zu stark auf das Kollektiv gesetzt. Und weiter: „Fußball lebt aber von Individualisten.“

Während sich der überraschende Sieg im WM-Finale 1974 („Wunder von Bern“) tief in das kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik einbrannte, ist für viele ostdeutsche Fußballfans ein anderes Ereignis ein zentraler Erinnerungsort. Am 22. Juni 1974

standen sich im Hamburger Volksparkstadion im letzten Spiel der ersten Zwischenrunde der 10. Fußball-Weltmeisterschaft die Mannschaften der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gegenüber. Die Partie hatte Prestigecharakter, aber keine große sportliche Bedeutung, da beide für die zweite Finalrunde bereits qualifiziert waren. Die DDR-Fußballer, die taktisch sehr gut eingestellt waren, gewannen das Duell (1:0) durch ein Tor von Jürgen Sparwasser. Die kleine Fußballnation DDR hatte den großen Favoriten geschlagen. Da viele DDR-Fußballfans aber auch mit der bundesdeutschen Mannschaft mitfieberten, konnten sie ein zweites Mal jubeln, als die Mannschaft von Bundestrainer Helmut Schön im Finale die Oranje Elftal aus den Niederlanden mit 2:1 bezwingen konnte.



→ Mehr zum Verhältnis zwischen Sport und Politik erfahrt ihr in den IzpB „Sport und Politik“!
bpb.de/544399

Terrorismus und innere Sicherheit

Die 1970er-Jahre waren in der Bundesrepublik auch geprägt von Themen der inneren Sicherheit. Der westdeutsche Staat sah sich mit dem Terrorismus einer ganz neuen Herausforderung ausgesetzt: Die Rote Armee Fraktion (RAF) und die „Bewegung 2. Juni“ hatten sich Ende der 1960er-Jahre aus der extremen Linken der 68-Bewegung herausgebildet. Den ideologischen Hintergrund bildeten zum einen anarchistische Überlegungen und zum anderen die Praxis von Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, die dem Konzept der Stadtguerilla folgten.

Der „Deutsche Herbst“ 1977

Die RAF (auch: Baader-Meinhof-Gruppe), zu deren führenden Köpfen Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe gehörten, begann im Sommer 1970 mit einer Serie von Brand- und Sprengstoffanschlägen. Die Gewalt der RAF, die für mindestens 34 Morde verantwortlich war, eskalierte schnell: Am 10. November 1974 wurde der Berliner Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann ermordet. Der am 27. Januar 1975 entführte Berliner CDU-Politiker Peter Lorenz wurde erst im Austausch gegen fünf inhaftierte Terroristen freigelassen.

Am 24. April 1975 überfiel eine Gruppe von Terroristen die deutsche Botschaft in Stockholm; zwei Botschaftsangehörige und zwei Terroristen starben. Der Terror erreichte seinen Höhepunkt 1977 („Deutscher Herbst“), als am 7. April Generalbundesanwalt Siegfried Buback mit seinem Fahrer und einem Justizwachtmeister sowie am 30. Juli der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, ermordet wurden. Dann wurde auch noch Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer entführt und seine vier Begleiter erschossen. Die Entführer verlangten die Freilassung von elf inhaftierten Terroristen.

Um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, wurde von einem palästinensischen Kommando kurz darauf ein Flugzeug der Lufthansa (die „Landshut“) auf dem Flug von Palma de

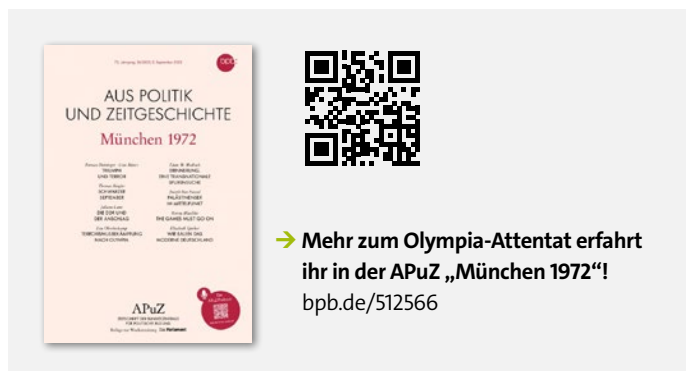


Während des Deutschen Herbsts sucht die Polizei im Oktober 1977 mit Flugblättern nach „Dringend gesuchten Terroristen“.

Mallorca nach Frankfurt am Main gekapert. Die Bonner Regierung ging auf die Forderungen nicht ein und ließ die Maschine in Mogadischu (Somalia) von einem Sonderkommando des Bundesgrenzschutzes (GSG 9) stürmen. Daraufhin begingen Baader, Ensslin und Raspe in ihren Zellen in Stuttgart-Stammheim Selbstmord. Schleyer wurde ermordet und später tot im Kofferraum eines Pkws im elsässischen Mülhausen aufgefunden.

Das Olympia-Attentat 1972

Dass der Terrorismus eine internationale Dimension besaß, war bereits auf erschreckende Weise bei den Olympischen Sommerspielen 1972 in München deutlich geworden, als acht Mitglieder der palästinensischen Terrororganisation Schwarzer September das israelische Herrenteam im Olympischen Dorf überfielen. Bei dem Anschlag und im Zuge eines missglückten Befreiungsversuchs durch die bayerische Polizei auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck starben elf Mitglieder der israelischen Mannschaft, ein deutscher Polizist und fünf Geiselnahmer. Das sorgsam inszenierte Image der „heiteren Spiele“, mit dem sich die Bundesrepublik als weltoffenes und modernes Land präsentieren wollte, war schlagartig zerstört. Während in Israel der Anschlag von München fest im Gedächtnis vieler Menschen verankert ist, hat die überfällige Aufarbeitung in Deutschland erst in jüngster Zeit begonnen.



Nachwirkungen des RAF-Terrors

Die Terrorwelle der RAF hatte Auswirkungen auf das politische und gesellschaftliche Klima des Landes, die über das tatsächliche Ausmaß der Bedrohung durch die Terroristen hinausgingen. Diese fanden in der Bevölkerung nicht den von ihnen erhofften Rückhalt und waren letztlich isoliert. Die Sicherheitsdienste wurden personell und technisch ausgebaut und die Fahndungskompetenz der Polizei erheblich erweitert (z. B. Rasterfahndung). Der Terror endete zwar an der innerdeutschen Grenze. Doch die SED, die die Aktivitäten der westdeutschen Linksterroristen aufmerksam verfolgte, gewährte zehn Terroristinnen und Terroristen Unterschlupf in der DDR. Das MfS verbarg sie vor der bundesdeutschen Fahndung und verschaffte ihnen neue Identitäten. Die Tarnung flog unmittelbar nach dem Mauerfall 1989 auf.

Die sogenannte dritte Generation der RAF, deren Mitglieder kaum bekannt sind, mordete aber noch weiter: beispielsweise Gerold von Braunmühl (1986, Diplomat im Auswärtigen Amt), Alfred Herrhausen (1989, Vorstandssprecher der Deutschen Bank) und Detlev K. Rohwedder (1991, Präsident der Treuhandanstalt). 1998 verkündeten die Terroristen schließlich die Selbstauflösung der RAF.

Das Oktoberfestattentat in München 1980

In der Geschichte der Bundesrepublik ist das Oktoberfestattentat vom 26. September 1980 in München der schwerste Terroranschlag, bei dem durch eine selbstgebaute Bombe 12 Personen und der Attentäter getötet und 221 verletzt wurden, davon 68 schwer. Der rechtsterroristische Anschlag wurde Gundolf Köhler zugeschrieben, der Mitglied der neonazistischen Wiking-Jugend und rechtsextrem-militanten „Wehrsportgruppe Hoffmann“ war. Aufgrund von Ermittlungsfehlern konnten weitere Personen als Anstifter, Mitwisser bzw. Mittäter nicht mehr identifiziert werden.



Gesellschaften in Bewegung

Von den „Neuen sozialen Bewegungen“ zu den Grünen

Obwohl die Zahl der persönlichen Begegnungen durch Reisen in den jeweils anderen Teil Deutschlands stetig zunahm (über sechs Millionen Reisen aus der Bundesrepublik und West-Berlin in die DDR 1972), entwickelten sich die beiden deutschen Staaten ab Mitte der 1970er-Jahre immer stärker auseinander. In der Bundesrepublik wuchs die Zahl der Bürgerinitiativen, die sich vor allem im lokalen Raum gebildet hatten und unter dem Begriff der „Neuen sozialen Bewegungen“ zusammengefasst werden. Inhaltlich standen Themen der Kommunalpolitik, Stadtplanung, Gleichstellung und des Umweltschutzes im Vordergrund.

Im Unterschied zur außerparlamentarischen Opposition („APO“) der 1960er-Jahre verfolgten die einzelnen Bewegungen nicht das Ziel einer fundamentalen Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft. Ihnen ging es in erster Linie um die Realisierung konkreter Ziele vor Ort und um die Abwehr staatlicher Großprojekte, wie beispielsweise der Flughafenerweiterung, des Autobahnbaus und der Errichtung von Atomkraftwerken. Insbesondere das Engagement zu ökologischen Themen fand seinen organisatorischen Ausdruck auf Bundesebene, und zwar

in der Gründung der Partei Die Grünen. Dadurch veränderte sich langfristig das Parteienspektrum der Bonner Republik. Dieser Prozess war zwar mit Konflikten und Auseinandersetzungen verbunden, führte aber letztlich dazu, dass neue Gesellschaftsströmungen in das politische System integriert werden konnten.

Bürgerrechtsgruppen in der DDR

Solche Partizipationschancen wollte das SED-Regime der DDR-Bevölkerung auf gar keinen Fall gewähren. Dennoch konnte Ost-Berlin nicht verhindern, dass sich vereinzelt oppositionelle Gruppen – meist unter dem Dach der Kirchen – bildeten, die sich in ihren Anliegen durch die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte und die von tschechischen Oppositionellen formulierte Charta '77 bestärkt sahen. Diese Gruppierungen, die umgehend ins Visier der Stasi gerieten, traten etwa für die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte, aber auch für den Schutz der Umwelt vor Ort ein.

Ausreisebewegung und Botschaftsbesetzungen in der DDR

In den 1980er-Jahren bereitete vor allem die Ausreisebewegung dem SED-Politbüro großes Kopfzerbrechen. Honecker und Mielke befanden sich in einem Dilemma, denn durch die bewilligten Ausreisen wurde der Druck auf die ostdeutsche Staats- und Parteiführung nicht geringer. Im Gegenteil: Die Zahl der Antragstellenden stieg unvermindert an und versechsfachte sich von 21 500 (1980) auf 125 400 (Stichtag: 30. Juni 1989). Zwischen 1972 und 1989 konnten insgesamt 212 432 Menschen auf legalem Weg die DDR verlassen. Es ist davon auszugehen, dass die steigenden Zahlen auch zum Gesprächsstoff in der DDR-Bevölkerung wurden.



Eine Frau demonstriert Ende der 1980er-Jahre in West-Berlin für die Ausreise ihres Sohnes mit Familie aus der DDR nach West-Berlin.

Die Ausreise von Freunden, Verwandten, Nachbarn und Arbeitskollegen ließ sich nicht weiter verheimlichen. Die Sicherheitsorgane verloren an Abschreckungskraft. So fand am 4. Februar 1988 in der Ost-Berliner Gethsemanekirche eine „Solidaritätsandacht“ statt, an der laut MfS „eine beträchtliche Anzahl Übersiedlungersuchende“ teilnahmen. Einen Monat später meldete die Stasi einen „Schweigemarsch“ im Zentrum Ost-Berlins. Für die SED kam erschwerend hinzu, dass Ausreisewillige mit spektakulären Aktionen immer wieder für öffentliches Aufsehen sorgten. So besetzten am 9. September 1988 13 Erwachsene mit ihren fünf Kindern die Botschaft Dänemarks in Ost-Berlin, um ihre Ausreise aus der DDR zu erzwingen. Diese Botschaftsbesetzung blieb zum Leidwesen des MfS kein Einzelfall.

Annäherung weiblicher Lebensverläufe

Trotz gegensätzlicher Gesellschaftsmodelle finden sich durchaus deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten, etwa in der Frauen- und Familienpolitik. Hier hatte die DDR nur auf den ersten Blick die Nase vorn. Im Vergleich zum Westen war die Mehrzahl der ostdeutschen Frauen berufstätig. Die DDR wies weltweit eine der höchsten Frauenerwerbsquoten auf: Sie lag Ende der 1980er-Jahre knapp über 90 Prozent, wobei Studentinnen und Lehrlinge als Erwerbstätige in die DDR-Statistik eingerechnet wurden. Dagegen gingen in der Bundesrepublik 1989 nur 55 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter einer Arbeit nach.

Doch die unterschiedlichen Erwerbsquoten lassen keine direkten Rückschlüsse auf den Grad der Emanzipation in Ost und West zu. Von entscheidender Bedeutung ist vielmehr die Tatsache, dass sich eine Annäherung weiblicher Lebensverläufe über den Eisernen Vorhang hinweg beobachten lässt. Dazu gehört der Drahtseilakt, den die Frauen zwischen Familien- und Arbeitsleben in beiden deutschen Staaten vollführen mussten. Beide Teilgesellschaften rüttelten nur wenig an dem überkommenen Familienideal. Erziehung und Haushalt blieben Frauensache – trotz einer breit einsetzenden Diskussion in Westdeutschland.

Ähnlichkeiten zeigten sich auch bei der schlechteren Bezahlung und den geringen beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten. Gleichzeitig hatte die Einbindung in das Arbeitsleben für die ostdeutschen Frauen eine grundsätzlich andere Bedeutung, die mit dem Gleichstellungspostulat der SED und dem hohen Arbeitskräftebedarf in der DDR zusammenhing.

Unterschiede im Strafrecht zum Schwangerschaftsabbruch

Obwohl sich gemeinsame Liberalisierungstendenzen im Strafrecht zum Schwangerschaftsabbruch finden lassen, treten hier die Unterschiede deutlicher hervor. Dabei ging die DDR zeitlich voran und inhaltlich weiter als die Bundesrepublik. Während in Ost-Berlin 1972 die Fristenlösung beschlossen wurde, erklärte



Am 1. Juni 1971 demonstrieren in West-Berlin Frauen gegen den Paragraphen 218 StGB.

„Wir haben abgetrieben“

Am 6. Juni 1971 erschien die damals auflagenstärkste Illustrierte der Bundesrepublik, „Stern“, mit den Gesichtern von 28 Frauen auf der Titelseite. Quer über sie ein gelber Balken, auf dem in großen Buchstaben stand „Wir haben abgetrieben!“. Darunter: „374 deutsche Frauen halten den § 218 für überholt und erklären öffentlich: ‚Wir haben gegen ihn verstoßen.‘“ Es wurde der wohl bekannteste Illustriertentitel der bundesrepublikanischen Geschichte.

Diese Ausgabe des „Stern“ war nicht der Beginn der neuen Frauenbewegung. Aber sie befeuerte den neu erwachten Kampf gegen den Paragraphen 218. Schon in der Weimarer Republik waren die Frauen Sturm gelaufen gegen das Abtreibungsverbot. Die DDR hatte den Paragraphen 218 abgeschafft, führte aber stattdessen das „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ ein. Abtreibung war unter bestimmten Bedingungen möglich, eine Indikationslösung. 1972 führte die DDR eine Fristenlösung ein. Das war nicht nur vernünftig, sondern auch geschickt. Die erste gesetzgeberische Reaktion auf die Auseinandersetzungen um eine Veränderung oder Abschaffung des Paragraphen 218 in der Bundesrepublik fand also in der DDR statt. Wikipedia erinnert daran, dass das „Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft“ das einzige in der Geschichte der Volkskammer war, das nicht einstimmig verabschiedet wurde. Es gab 14 Gegenstimmen und acht Enthaltungen.

Die Aktion des „Stern“ war eine Aktion von Alice Schwarzer. Sie lebte als Korrespondentin in Paris, als die linke Wochenzeitschrift „Le Nouvel Observateur“ im April 1971 eine von 343 Frauen unterschriebene Erklärung „Ich habe abgetrieben“ veröffentlichte. Unterschrieben hatten sie unter anderen Simone de Beauvoir und Catherine Deneuve. Alice Schwarzer wandte sich an die „Stern“-Redaktion, ob die nicht bereit sei, es dem „Nouvel Observateur“ nachzutun, wenn sie ebenso viele deutsche Frauen finden könne, die zu einer solchen Erklärung bereit wären.

Der „Stern“ erklärte sich einverstanden. Weil, so erzählt Alice Schwarzer in Interviews, niemand davon ausging, dass sich mehr als dreihundert Frauen an den Pranger stellen würden. Schließlich war ein Schwangerschaftsabbruch eine Straftat, die mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden konnte. Jeder Staatsanwalt würde nach einer solchen öffentlichen Selbstanzeige losschlagen können.

Es kam anders. Indem die 374 Frauen sich an den Pranger stellten, stand mit einem Male riesengroß ebendort der Paragraph 218 selbst. Es gab ihn seit 1871, und seitdem hatte es keine demokratische Bewegung in Deutschland gegeben, die nicht gegen ihn ankämpfte, und keine reaktionäre, die ihn nicht noch verschärft hätte. Die Debatte um den Paragraphen 218 konfrontierte die bundesrepublikanische Gesellschaft von 1971 mit der Einsicht, dass man längst vergessene, alte Kämpfe wieder aufnehmen musste, wenn man endlich in der Gegenwart ankommen wollte.

Die Frauen, die im „Stern“ damals bekannten „Ich habe abgetrieben“, stammten – darauf hatte Schwarzer geachtet –

aus allen Schichten der Gesellschaft. Es waren Prominente darunter wie Senta Berger, Inge Meysel oder Romy Schneider. Die Aktion aber katapultierte ins bundesrepublikanische Bewusstsein, dass damals über eine Million Frauen pro Jahr abtrieben.

Abtreibung hieß damals in vielen Fällen: kein Arzt, sondern eine Kurpfuscherin. Es hieß auch „Ausschabung“. Die Frauenbewegung begann Hollandreisen zu organisieren. Im Nachbarland wurde die schonendere Absaugmethode verwendet, und es wurde vorgeführt, dass Abtreibung nicht Entwürdigung und Diskriminierung bedeuten musste.

1974 folgte – um es so auszudrücken – die BRD der DDR und ermöglichte ebenfalls eine Fristenlösung. Das Gesetz aber wurde vom Bundesverfassungsgericht kassiert. So kam es 1976 zu einer Rückkehr zur Indikationsregelung. Es folgten die ganze Gesellschaft und fast jede Familie erschütternde Diskussionen. 1993 kam es zu einer aberwitzigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Es trat ausdrücklich für die Beibehaltung des Gesetzes ein und erklärte, der Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen nach der Befruchtung (also bis zur 14. Schwangerschaftswoche) sei rechtswidrig, fügte dem aber schlitzzohrig hinzu, er müsse aber strafrechtlich nicht verfolgt werden. Mit dieser Änderung trat nun in Deutschland eine faktische Fristenregelung in Kraft.

Der Paragraph 218 beginnt noch immer mit diesen Sätzen: „Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Handlungen, deren Wirkung vor Abschluss der Einnistung des befruchteten Eies in der Gebärmutter eintritt, gelten nicht als Schwangerschaftsabbruch im Sinne dieses Gesetzes. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.“ [...]

Wichtiger als Vernunft und Rechtsstaatlichkeit ist offenbar, dafür zu sorgen, dass die Frau nicht selbst darüber entscheiden darf, ob sie Mutter sein möchte oder nicht. Es geht nicht um den „Schutz des ungeborenen Lebens“ – darum ging es nie –, sondern um die Bevormundung der Frau. Ihr soll die Freiheit genommen werden, selbstständig eine der wichtigsten Entscheidungen ihres Lebens zu treffen. 1943, als Millionen in den sicheren Tod geschickt wurden, führte das Naziregime die Todesstrafe für Abtreibung ein. Man betont gerne den Ausnahmecharakter der NS-Zeit, man spricht gar vom „Zivilisationsbruch“, das mag stimmen oder nicht. Auf keinen Fall aber sollte man übersehen, was bei diesem Bruch sichtbar wird: Was wir Zivilisation nennen, ist immer auch der Versuch, das Individuum zu kontrollieren. Der Paragraph 218 und die mehr als 150-jährige Auseinandersetzung um ihn ist da nur ein besonders eindruckliches Beispiel. Was geschähe Schreckliches, wenn man ihn einfach abschaffte? [...]

Arno Widmann, „50 Jahre nach der Aktion ‚Wir haben abgetrieben!‘: Die Frau muss immer noch bitte, bitte machen“, in: Frankfurter Rundschau vom 4. Juni 2021

das Bundesverfassungsgericht das in Bonn 1974 verabschiedete Dreimonats-Fristenmodell, das der DDR-Regelung nicht unähnlich war, für verfassungswidrig. Am Ende stand in Westdeutschland 1976 ein Vier-Indikationen-Modell, das auch eine „soziale Indikation“ für zulässig erklärte.

Dieses Gesetz blieb – genauso wie die DDR-Regelung – bis in die 1990er-Jahre in Kraft, nachdem im Zuge der Verhandlungen zum Einigungsvertrag 1990 keine Einigung in dieser Frage erzielt werden konnte. Das Thema löste in der Öffentlichkeit erneut eine hochemotionale Debatte aus, die vor allem zwischen Ost und West geführt wurde. Die dahinterstehenden Frauen- und Familienbilder, die in Ost- und Westdeutschland aufgrund unterschiedlicher Prägungen und Erfahrungen nicht deckungsgleich waren, wirken teilweise bis in die Gegenwart nach.

Macht und Geist: die Ausbürgerung Wolf Biermanns und die Folgen

In der DDR bekamen Schriftstellerinnen und Schriftsteller und Intellektuelle ab Mitte der 1970er-Jahre die Macht des SED-Regimes immer stärker zu spüren. Die Hoffnung auf eine gewisse Liberalisierung im Kulturbereich, die viele Ostdeutsche mit dem Machtwechsel zu Honecker verknüpft hatten, zerplatzte endgültig. Mit der Ausbürgerung Wolf Biermanns zeigte die SED-Führung ihr wahres Gesicht.



Der Ost-Berliner Liedermacher Wolf Biermann spielt am 13. November 1976 im westdeutschen Köln ein von der IG Metall organisiertes Konzert.

Das Konzert von Wolf Biermann in Köln 1976

Dem bekannten Liedermacher wurde nach einem Konzert am 13. November 1976 in der ausverkauften Kölner Sporthalle, das die IG Metall organisiert und der WDR-Hörfunk live übertragen hatte, die Wiedereinreise in die DDR verweigert. Biermann, der zwar ein überzeugter Marxist war, bei seiner Kritik an den politischen Verhältnissen in der DDR aber kein Blatt vor den Mund nahm, hatte bei seinem Auftritt in Köln unter anderem die wachsende Ausreisebewegung angesprochen. Ost-Berlin wollte an dem Regimekritiker nun ein Exempel statuieren.

Doch die Ausbürgerung, die das Politbüro wenige Tage später beschloss, drohte sich zu einem Desaster für die kommunistischen Machthaber zu entwickeln. Honecker und Mielke unterschätzten die öffentliche Reichweite der westdeutschen Medien, die über den Fall ausführlich berichteten. Der WDR sendete am 19. November über das Erste Programm der ARD die ungekürzte Aufzeichnung des Biermann-Konzerts, das nun auch in der DDR empfangen werden konnte.

Folgen der Ausbürgerung Biermanns

Die Ausbürgerung Biermanns hatte der SED-Führung langfristig mehr geschadet als genutzt. Besonders entlarvend war die Tatsache, dass Ost-Berlin mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft auf ein Instrument zurückgriff, mit dem das NS-Regime zwischen 1933 und 1945 Tausende Oppositionelle ins Exil getrieben hatte. Die Doppelmoral des Selbstverständnisses der DDR als antifaschistischer Staat zeigte sich hier, denn Biermann war der Sohn eines in Auschwitz ermordeten jüdischen Kommunisten.

In der Folgezeit waren in der DDR vorsichtige Ansätze einer von der SED unabhängigen Gegenöffentlichkeit zu erkennen. So meldete das MfS, „Biermann-Freunde“ hätten Aktivitäten „zur Organisierung gegenseitiger Absprachen und Zusammenkünfte“ entwickelt. Am 18. November erhielt das Politbüro die Information, die Ausbürgerung hätte „eine breite Resonanz besonders in Schriftstellerkreisen“ ausgelöst. Es kam zu Solidaritätsbekundungen in Ost und West.

Biermann war indes nicht der einzige prominente Kritiker des SED-Regimes, denn fast zeitgleich verschafften sich noch andere Intellektuelle Gehör, die einst der SED nahegestanden hatten. Ein Jahr später wies der ostdeutsche Philosoph Rudolf Bahro (1935–1997) in einem Buch („Die Alternative“), das nur in der Bundesrepublik erscheinen konnte, auf die Schwächen des „real existierenden Sozialismus“ hin. Bahro, der verhaftet und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, reiste nach seiner Amnestierung 1979 in den Westen und zählte 1980 zu den Gründungsvätern der Grünen.

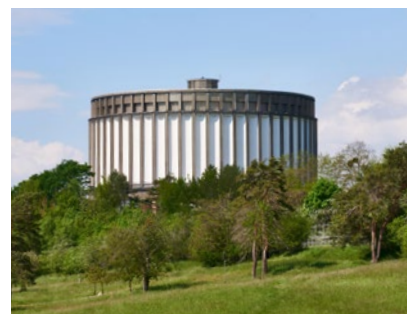
Zu einer Ikone der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung wurde schließlich der Naturwissenschaftler Robert Havemann (1910–1982), der sich in den 1960er-Jahren vom glühenden Stalinisten und Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des MfS zum Dissidenten entwickelt hatte. Havemann, der mit Biermann eng befreundet war und gegen dessen Ausbürgerung protestiert hatte, wurde Ende 1976 unter Hausarrest gestellt.

Die Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz 1976

Besonders dramatisch war die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz am 15. August 1976 in Zeitz. Mit seinem Selbstmord wollte dieser das kommunistische Herrschaftssystem öffentlich anklagen. Sein Tod weckte sofort das Interesse der Öffentlichkeit im Westen. Aus der Bundesrepublik reisten einige Korrespondenten und zwei Kamerateams zu den Beisetzungsfeierlichkeiten, an denen viele hochrangige Kirchenvertreter teilnahmen. Die Verleumdungskampagne, die die SED gegen Brüsewitz anzettelte, scheiterte. Die Kirchenleitung der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen protestierte gegen die verzerrte Darstellung und stellte sich hinter den verstorbenen Pfarrer. Das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen Kirche und Staat war einer neuen Belastungsprobe ausgesetzt.

Kultureller Aderlass

Indem die SED mit ihren repressiven Maßnahmen Künstlerinnen und Künstler immer wieder vor den Kopf stieß, sorgte sie für einen Aderlass in Richtung Westen. Das betraf Schriftsteller wie



Das 123 Meter lange und 14 Meter hohe Gemälde „Bauernkriegspanorama“ des DDR-Künstlers Werner Tübke befindet sich in einem eigens dafür geschaffenen Museumsgebäude im thüringischen Bad Frankenhausen.

Jürgen Fuchs (1950–1999) und Reiner Kunze und Schauspieler wie Manfred Krug (1937–2016), aber auch Maler und Bildhauer, von denen einige in die Bundesrepublik gingen. Letztere haben die westdeutsche Kunstszene maßgeblich geprägt und waren in der neuen Heimat äußerst erfolgreich, beispielsweise Georg Baselitz, A.R. Penck (1939–2017) und Gerhard Richter. Während Baselitz bereits 1958 zunächst nach West-Berlin übersiedelt war, flüchtete Richter Anfang 1961 über West-Berlin in die Bundesrepublik. Penck zog nach seiner Ausbürgerung 1980 in die Nähe von Köln, bevor er seinen Wohnort 1983 nach London verlegte.

Kunst in der DDR

Obwohl die in der DDR verbliebenen Künstlerinnen und Künstler unter deutlich erschwerten Rahmenbedingungen arbeiteten und Vorsicht gegenüber den SED-Machthabern walten lassen mussten, konnten sie einen eigenständigen Stil entwickeln, der auch im Westen Anerkennung fand. Die internationale renommierte Kunstausstellung documenta in Kassel öffnete sich allerdings nur einmal (1977) für Kunst aus der DDR: Bernhard Heisig (1925–2011), Wolfgang Mattheuer (1927–2004), Willi Sitte (1921–2013) und Werner Tübke (1929–2004) konnten ihre Werke dort dem Publikum zeigen.

Tübke machte sich insbesondere durch das monumentale Gemälde (123 Meter lang und 14 Meter hoch) über die Bauernkriege im 16. Jahrhundert („Bauernkriegspanorama“) im thüringischen Bad Frankenhausen einen Namen, das er 1987 nach über zehnjähriger Arbeit vollendete. Ausgewanderte Künstler wie etwa Baselitz gehörten jedoch zu den schärfsten Kritikern der DDR-Kunst. Somit ging durch die ostdeutsche Künstler-Community ein Riss, der im vereinten Deutschland offen ausbrach und der 1999 durch den „Weimarer Bilderstreit“ weiter vertieft wurde (siehe S. 56).

Die sich auflehnende Jugend: Rock- und Pop-Kultur im geteilten Deutschland

Das SED-Politbüro war nach dem Abschluss des Grundlagenvertrages von der Angst getrieben, dass der westdeutsche Klassenfeind klammheimlich Einzug im Arbeiter-und-Bauern-Staat

halten könnte. Nirgendwo schien die Gefahr so groß zu sein, wie in der Rock- und Popmusik. Auf diesem Feld drohte die SED den Einfluss auf die ostdeutsche Jugend zu verlieren.

Bunte Musikszene in der DDR

Die ostdeutsche Jugendkultur erschöpfte sich jedoch nicht nur in der Übernahme westlicher Vorbilder. Seit den späten 1950er-Jahren hatte sich eine durchaus eigenständige Musikszene in der DDR entwickelt, die auf Festivals präsent war, aber schnell ins Fadenkreuz der Staatsmacht geriet. Insbesondere in den 1980er-Jahren entstand eine Subkultur, die ganz verschiedene Stilrichtungen vom Punk bis zum Heavy Metal umfasste. Darüber hinaus erlangten einzelne Gruppen wie Silly, City oder Die Puhdys Kultstatus in der ganzen DDR. Die Gruppe Karat landete mit ihrer Langspiel-Schallplatte „Der blaue Planet“ 1982 einen großen Verkaufserfolg, der auch in Westdeutschland den Nerv der Zeit traf. Einzelne Lieder wurden sogar von westdeutschen Interpreten erfolgreich gecovert (z. B. Peter Maffay mit „Über sieben Brücken musst Du geh'n“ von Karat).

Bruce Springsteen in Ost-Berlin 1988

Ende der 1980er-Jahre schien die SED-Führung kaum noch Kontrolle über die ostdeutschen Jugendlichen zu haben: Tausende junge Menschen versammelten sich Pfingsten 1987 auf der Ostseite des Brandenburger Tores, um westlichen Musikern und Bands zuzuhören, die bei einem großen Open-Air-Festival auf der großen Wiese vor dem Reichstagsgebäude auftraten. Angesichts eines massiven Aufgebots von Volkspolizisten und Stasi-Mitarbeitern wurden „Gorbi“-Rufe laut, in denen die Bewunderung für den jungen, seit März 1985 regierenden Kremlchef zum Ausdruck kam. Daraufhin gab die Staatsmacht nach und genehmigte ein Jahr später den Auftritt einzelner Rock-Ikonen in der DDR (u. a. Depeche Mode, James Brown, Joe Cocker und Bryan Adams). Das größte Konzertereignis in der Geschichte der DDR war der Auftritt des US-amerikanischen Rockmusikers Bruce Springsteen am 19. Juli 1988 auf der Radrennbahn in Berlin-Weißensee vor schätzungsweise 300 000 Zuschauerinnen und Zuschauern (siehe S. 57).

Der Weimarer Bilderstreit

Hier also endet die Kunst. „Eine Ruine“, sagt die Dame an der Kasse und zuckt hilflos mit den Schultern, blickt hinauf in den riesigen Raum ohne Fenster, zeigt auf die Wasserflecken an der Decke, auf rostige Träger. Mehrzweckhalle nennt sich dieses Haus in Weimar, das Adolf Hitler geplant hatte, um hier 12 000 Menschen zu versammeln, und das dann die DDR zu Ende baute, außen mit Betonlamellen kaschierte und als Fabrik nutzte für Lampen und Kinderkleidung. Zuletzt stand das Gebäudetrümmel leer – bis es kürzlich einige Kuratoren für ihren Mehrzweck entdeckten und über 500 Bilder aus DDR-Zeiten hineintrugen. Es wurde die größte Ostkunst-Ausstellung seit der Wende. Und ist seit voriger Woche [Mai 1999, Anm. d. Red.] ein Kampfplatz der Künstler.

Ständig quengelte bei Achim Preiß das Telefon. Ich will da raus, brüllte ihm Neo Rauch ins Ohr. Sie bleiben drin, sagte Preiß. Das wäre noch schöner, schließlich ist er der Kurator dieser Jahrhundertschau über Aufstieg und Fall der Moderne, da läßt er sich nicht von irgendeinem aufgebrauchten Künstler dreinreden. Dann komme ich halt vorbei, drohte Rauch, und schnappe mir das Bild. Nicht daß etwas dagegen spräche, daß es noch einmal öffentlich gezeigt wird – doch das Wiedersehen hatte er sich anders vorgestellt, nicht in dieser Ruine, wo es eingesperrt ist in einem Kessel aus Plasteplane, zusammengepfercht mit vielen anderen. Ich werde es befreien aus diesem Internierungslager für Kollaborateure, rief er. Die Wächter werden Sie hindern, sagte Preiß, wir holen die Polizei. Das war zuviel für Rauch: Verschanzen Sie sich nicht hinter Ordnungshütern, schrie er Preiß an, das machen wir unter uns aus, vor meinem Bild, Mann gegen Mann. [...]

Thomas Föhl, der stellvertretende Leiter der Kunstsammlungen, [...] ärgert sich, daß jetzt alle nur noch über die DDR-Kunst sprechen – dabei wollte die Ausstellung doch glänzen als Höhepunkt im Programm der europäischen Kulturhauptstadt. In drei großen Kapiteln sollte das Jahrhundert nochmals Revue passieren. [...]

„Natürlich haben wir mit Kontroversen gerechnet“, sagt Achim Preiß. Vor allem die Nazimalerei sollte ein bißchen Wirbel in die Weimar-Idylle bringen. Aber die Adler über Helgoland, der blanke Busen an Seelandschaft sind viel zu belanglos, um Proteste anzustacheln. Statt dessen nun der Streit im Stockwerk drüber. [...]

Da ballern die Wortgeschütze, und in den Augen vieler ostdeutscher Künstler scheint der lange schwelende Bilderstreit zum Bilderkrieg zu eskalieren. Doch stimmt das? Ist die Zeit der zähen Annäherung und Bewertung vorüber? Verbirgt sich in dem Kunstszenario der Plastestühle und Plasteplanen die finale Attacke auf eine ohnehin vom Markt verdrängte Kunst? Die letzte Schlacht des Westens gegen den Osten? [...]

Vor die Folie hängt er [Achim Preiß] kleine und große Bilder, zwei- und dreireihig, so dicht, daß gerade mal eine Handbreit zwischen die Rahmen paßt. Er ordnet sie nicht etwa chronologisch, nach Themen oder nach Stilen, sondern nach den Leihgebern – hier eine Gruppe Bilder aus dem Kunstfonds Dresden, dort Leihgaben des Sammelsuriums von der Burg Beeskow, dem Dokumentationszentrum für DDR-Kunst. Es ist eine Hängung, die nichts erklärt, keine Zusammenhänge herstellt, die Abklatsch neben Wagemutigem

zeigt, die sich nicht um Künstler, Herkunft, Auftraggeber kümmert. Was zählt, ist Masse. [...]

Davon, daß sich die Bilder gegenseitig die Luft nehmen, daß viele Besucher sich an das Weimar von 1938 erinnert fühlen, an die gedrängte Hängung der Propagandaschau über Entartete Kunst – davon will [Achim Preiß] nichts wissen. „Erst durch die Enge, durch den Kontrast gewinnen die Werke doch an Kraft“, sagt er. [...]

Merkwürdig fahrig und wegwerfend erzählt Achim Preiß diese Geschichte seiner Ausstellung. Daß keine Skulpturen gezeigt werden, daß trotz der Fülle wichtige Namen wie Niemeyer-Holstein fehlen und andere wie Stürmer-Alex viel zu oft vorkommen – das ist ihm fast gleichgültig. Und genau dieser wurschtige Hochmut, die Lust eines Dilettanten an der dicken Geste, ist in der Ausstellung spürbar und kränkt viele der Künstler; sie fühlen sich mißbraucht vom geltungssüchtigen Kurator. „Wir liegen ohnehin am Boden“, sagt der Berliner Künstler Hans Vent, „und dann kommt einer und trampelt noch auf uns herum. Wann hört in diesem Land das Denunzieren auf?“

Viel zu oft hat man den ostdeutschen Malern und Bildhauern in den letzten Jahren zu verstehen gegeben, sie seien nichts wert – mit dem System sei auch ihre Kunst zerbrochen. Sie paßten nicht in das Künstlergetriebe des Westens, sollten sich gefälligst den gängigen Moden anpassen. Viel öfter als Künstler im Westen müssen sich die des Ostens fragen lassen, was sie denn überhaupt zum Künstler macht. Und ob sie je welche waren.

Stoß auf Stoß zusammengedrängt, in trübes Licht getaucht, so hatte sich bereits im vorigen Jahr eine Ausstellung der DDR-Kunst bemächtigt. Dort, auf der Burg Beeskow, sprachen die Kuratoren gar nicht mehr von Bildern, nur noch von Objekten: Restwerte einer abgeschlossenen Epoche. Und auch als es um die Ausstattung des Reichstages ging, wurde den Ostkünstlern vermittelt, daß sie nicht mehr dazugehören – erst nach heftigem Protest wurden einige von ihnen nachnominiert und an eher unscheinbaren Orten aufgehängt. So schlägt Preiß mit seiner zirzensischen Schau in eine offene Wunde. [...]

Hanno Rauterberg, „Kesseltreiben in Weimar“, in: Die ZEIT vom 27. Mai 1999



Ein Besucher betrachtet am 7. Mai 1999 Bilder in der umstrittenen Ausstellung „Aufstieg und Fall der Moderne“ in Weimar.



Am 19. Juli 1988 versammeln sich Tausende Menschen in Ost-Berlin auf der Radrennbahn Weißensee. Mit selbst geschriebenen Plakaten jubeln sie dem US-amerikanischen Musiker Bruce Springsteen zu.

Zwei Staaten, eine Nation?

Die SED sah sich seit ihrer Gründung 1946 als einzige legitime Vertreterin der nationalen Interessen und beharrte trotz vieler Rückschläge auf ihrem gesamtdeutschen Anspruch. Gleichzeitig hatte ihre nationale Argumentation die Funktion, breitere Bevölkerungskreise anzusprechen und in die eigene Politik einzubinden. Die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien (bis auf die KPD) verfolgten auch einen Alleinvertretungsanspruch, wobei das im Bonner Grundgesetz fixierte Wiedervereinigungsgebot den Orientierungsrahmen für die politischen Akteure bot.

Die nationale Frage war in den 1950er-Jahren also ein zentrales Thema in beiden deutschen Staaten; sie schien jedoch in den folgenden Jahrzehnten zu verblassen. Daran konnte auch der in der Bonner Republik 1954 eingeführte „Tag der deutschen Einheit“ nicht viel ändern, der von großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung immer mehr dazu genutzt wurde, um Familienfahrten ins Grüne zu unternehmen.

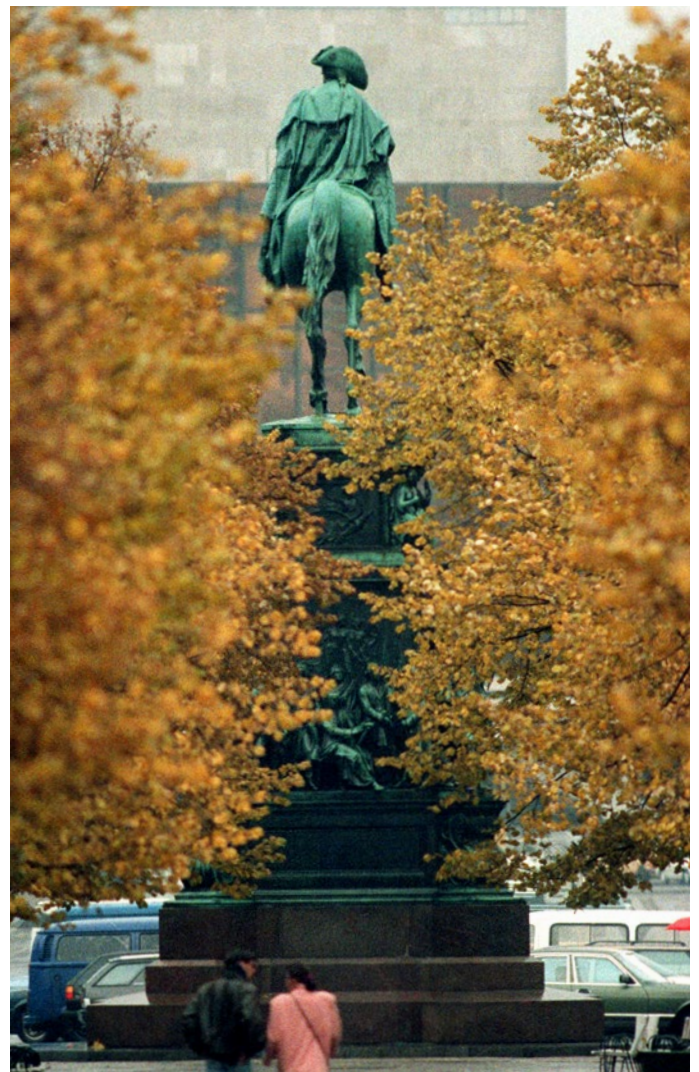
Anfang der 1970er-Jahre verschwanden im offiziellen Sprachgebrauch der DDR die Begriffe „Deutschland“ bzw. „deutsch“. Aus der Deutschen Akademie der Wissenschaften wurde die Akademie der Wissenschaften der DDR; der Deutschlandsender nannte sich jetzt Stimme der DDR. Schließlich kam es 1974 auch zu einer Verfassungsänderung, bei der die Selbstkennzeichnung der DDR als „sozialistischer Staat deutscher Nation“ durch „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ ersetzt wurde. Die SED wollte alles Verbindende zwischen den beiden deutschen Staaten verschwinden lassen.

Tradition und Erbe

Umso überraschender war es, als sich Bundesrepublik und DDR in den 1980er-Jahren wieder verstärkt auf die Gemeinsamkeiten der deutschen Kulturnation beriefen, wobei ein zunehmendes Geschichtsinteresse in der Öffentlichkeit in Ost und West zu beobachten war.

Das zeigten Ausstellungen (z. B. die Preußen-Ausstellung 1981 im Martin-Gropius-Bau in Ost-Berlin), die Wiederaufstellung des Reiterstandbildes von Friedrich dem Großen in der Straße Unter den Linden 1980 sowie die gleichzeitig in Ost- und Westdeutschland veröffentlichte zweibändige Bismarck-Biografie aus der Feder des ostdeutschen, marxistischen Historikers Ernst Engelberg (1985 bzw. 1990), die ein äußerst wohlwollendes Urteil über den ersten Reichskanzler fällte. Daraufhin schrieb der westdeutsche Journalist Robert Leicht in einer Rezension des ersten Bandes für die Süddeutsche Zeitung: „Wenn die Deutschen in Ost und West sich über Bismarck einig geworden sind, wird die Sache bedenklich: [...] Was trennt die Deutschen dann noch?“

Im Lutherjahr 1983 wurde der Reformator in der DDR offiziell als Wegbereiter der frühbürgerlichen Revolution gefeiert. Einen Höhepunkt bildeten schließlich die Feierlichkeiten zum 750-jährigen Bestehen Berlins, die 1987 in beiden Stadthälften mit großem Aufwand begangen wurden.



Ein Zeichen der Annäherung zwischen Ost und West: 1980 wird die Statue Friedrich des Großen wieder in der Berliner Straße Unter den Linden errichtet, Aufnahme vom 11. November 1991.



In der Nacht vom 9. auf den 10. November fällt die Berliner Mauer. Tausende Menschen aus Ost und West treffen in der Nacht und in den darauffolgenden Tagen zum ersten Mal aufeinander.

Dierk Hoffmann

***Annus mirabilis* – friedliche Revolution und deutsche Einheit (1989/90)**

Durch Massenproteste gegen das SED-Regime steigt der Handlungsdruck in der DDR. Die Lockerung der Reisefreiheit erzeugt einen anhaltenden Ausreisestrom, der die Mauer schließlich zum Fall bringt.

Revolutionäre Dynamik und außenpolitische Gelegenheitsfenster

Am Anfang vom Ende war Michail S. Gorbatschow (reg. 1985–1991): Mit dessen Machtantritt im Frühjahr 1985 veränderte sich die politische Großwetterlage auch für die DDR grundlegend. Der neue Kremlchef löste mit den von ihm eingeleiteten Reformen Prozesse aus, die zur Auflösung des sowjetischen Imperiums beitrugen. Seine Politik, die durch *Glasnost* („Informationsfreiheit“) und *Perestroika* („Umgestaltung“) maßgeblich bestimmt war, elektrisierte viele Menschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs.

Starrköpfigkeit des SED-Politbüros

In der ostdeutschen Bevölkerung baute sich ein neuer Erwartungsdruck gegenüber der SED-Führung auf. Durch den Kurswechsel in Moskau sahen sich diejenigen bestärkt, die grund-

legende Veränderungen im politischen System herbeisehnten. Doch die Hardliner im SED-Politbüro waren unbeeindruckt. So wurden in Ost-Berlin am 17. Januar 1988 über 100 Angehörige der Friedens- und Menschenrechtsbewegung festgenommen; am 18. November wurde die deutschsprachige Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift Sputnik verboten.

Schließlich gerieten die Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 ins Zwielflicht, nachdem DDR-Oppositionelle vielerorts Wahlfälschungen festgestellt und publik gemacht hatten. Die politische Führung des Landes, die auch noch am 5. Juni 1989 das Massaker auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ in Peking begrüßte und die Sprachregelung der chinesischen Kommunisten übernahm („konterrevolutionärer Aufruhr“), entfremdete sich immer mehr von der ostdeutschen Bevölkerung.

Vor dem Hintergrund der blutigen Niederschlagung der studentischen Demokratiebewegung in der Volksrepublik China war eine friedliche Lösung in der DDR im Sommer 1989 keineswegs

zu erwarten. Die innenpolitische Lage spitzte sich durch mehrere Botschaftsbesetzungen, die wachsende Fluchtbewegung und die Demonstrationen in der DDR, die seit Anfang September 1989 regelmäßig stattfanden („Montagsdemonstrationen“), noch weiter zu. So drangen Hunderte von DDR-Bürgerinnen und Bürgern in die bundesdeutschen Vertretungen in Ost-Berlin, Budapest und Prag ein, um ihre Ausreise zu erzwingen.

Ausreisewelle

Nachdem Ungarn bereits am 2. Mai damit begonnen hatte, die Sperranlagen an seiner Westgrenze abzubauen, gab es kein Halten mehr. Als sich die Grenzbäume am 11. September öffneten, verließen innerhalb von fünf Tagen circa 14 000 Ostdeutsche ihre Heimat über Ungarn in Richtung Westen. Als Bundesaußenminister Genscher auf dem Balkon der Bonner Botschaft in Prag den 4000 Geflüchteten, die sich mittlerweile auf dem Botschaftsgelände befanden, die unmittelbar bevorstehende Ausreise mitteilte, gingen die Bilder um die Welt. Danach riss der Ausreisestrom aus der DDR nicht mehr ab. Die SED-Führung versuchte den innenpolitischen Druck abzubauen, indem sie vermehrt Ausreisegenehmigungen erteilte. Doch der erhoffte Erfolg blieb aus. Die Zahl der Ausreiseanträge stieg weiter an.



Am 30. September 1989 verkündet Außenminister Hans-Dietrich Genscher auf dem Balkon der Bonner Botschaft in Prag, dass die Ausreise der dort seit Wochen wartenden Geflüchteten aus der DDR in die Bundesrepublik möglich wird.

Montagsdemonstrationen

Parallel dazu entwickelte sich in der DDR eine landesweite Protestbewegung, die ihrem Unmut über den Starrsinn der SED-Spitze Luft machte. Nach dem montäglichen Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche forderten am 25. September 1989 etwa 6000 Menschen Reise-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Kurz zuvor hatte sich die Bürgerbewegung „Neues Forum“ um Bärbel Bohley (1945–2010) und Jens Reich als erste Oppositionsgruppe gebildet.

Als in Leipzig am 2. Oktober rund 20 000 Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gingen, löste die Staatsmacht die Demonstration noch mit Gewalt auf. Eine Woche später versammelten sich dort bereits 70 000 Menschen und riefen: „Wir sind das Volk!“. Gegen die Demonstrierenden gingen die Sicherheitskräfte erstmals nicht mehr gewaltsam vor. Die größte Protestkundgebung in der Geschichte der DDR fand am 4. November auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz statt, wo schätzungsweise eine halbe Million Menschen zusammenkamen, um Reformen in der DDR zu verlangen.

Angesichts der zunehmenden Proteste gerieten die offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Republik am 7. Oktober

zur Farce. Danach überschlugen sich die Ereignisse: Zehn Tage später trat Honecker von allen politischen Ämtern zurück. Nachfolger Egon Krenz konnte sich nur einige Wochen im Amt halten. Alle Versuche der SED-Führung, das Zepter wieder in die eigene Hand zu bekommen, scheiterten.

Der Fall der Berliner Mauer

Am Abend des 9. November kündigte Politbüromitglied Günter Schabowski in einer Pressekonferenz ein neues Reisegesetz an. Auf Nachfrage eines Reporters erklärte er, dass die darin fixierte Reisefreiheit für alle DDR-Bürger gelten werde, und zwar mit sofortiger Wirkung. Die Meldung verbreitete sich – über die Westmedien (vor allem die „Tagesthemen“ mit Moderator Hanns Joachim Friedrichs) – in Windeseile. In den folgenden Stunden machten sich zahlreiche Ost-Berlinerinnen und -Berliner zu den Grenzübergängen der Stadt auf, wo sich ihnen die Grenzpolizisten nicht in den Weg stellten. Die Grenzen öffneten sich. Die Mauer war nach über 28 Jahren endlich überwunden.

Obwohl die DDR bis zum 2. Oktober 1990 existierte, markierte der Mauerfall am 9. November 1989 das entscheidende Ereignis, mit dem das Ende des ostdeutschen Staates eingeläutet wurde. Während die sowjetische Führung unter Gorbatschow nicht mehr bereit war, die Herrschaft des SED-Regimes weiter abzusichern, leisteten sich die Politbüromitglieder in Ost-Berlin mit einer desaströsen Krisenpolitik ihren Offenbarungseid. Mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze brach der letzte Stützpfiler der kommunistischen Herrschaft in der DDR weg.

Die Dynamik der Ereignisse

Dennoch muss die Offenheit der Geschichte betont werden: Denn mit dem Fall der Mauer in Berlin war für die Zeitgenossen in Ost und West nicht absehbar, dass am 1. Juli 1990 die Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft in der noch bestehenden DDR und am 3. Oktober die staatliche Einheit Deutschlands kommen würde. Daher muss bei der Beurteilung des Einigungsprozesses die enorme Dynamik der Entwicklung immer wieder betont werden.

Innerhalb von wenigen Monaten veränderte sich für die Menschen in der DDR nahezu vollständig das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Koordinatensystem. Gleichzeitig setzte ein Prozess der Selbstermächtigung und Selbstdemokratisierung ein, der in Ostdeutschland erstmals offene Debatten ermöglichte und von der Bevölkerung als Akt der Befreiung empfunden wurde.

Auf dem Weg zur Einheit Deutschlands

Die Entwicklung in der DDR beobachtete die Bundesrepublik zunächst nur als Zaungast. Die Bonner Republik – ursprünglich als Provisorium eingerichtet – war Ende der 1980er-Jahre mit eigenen Problemen beschäftigt.

Innenpolitische Probleme der Bonner Republik

Nach dem Regierungswechsel 1982 konnte die schwarz-gelbe Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) zwar einige Ziele erreichen: So wurde die Staatsverschuldung reduziert, die Inflation eingedämmt und ein moderates Wachstum erreicht. Doch bei der Aufgabe, die Arbeitslosigkeit zu senken, versagten die neuen Rezepte offenbar. Die Arbeitslosenquote verharrte auf hohem Niveau bei etwa neun Prozent. Eine groß angekündigte Steuerreform, die von der Regierung als Jahrhundertwerk angepriesen wurde, misslang 1988 endgültig. 1987 hatte die



In den Tagen nach dem Mauerfall im November 1989 befinden sich die Menschen in Ost und West in einem Freudentaumel.

„Barschel-Affäre“ – benannt nach dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein Uwe Barschel (CDU, 1944–1987), der seinen SPD-Konkurrenten im Wahlkampf vor der Landtagswahl 1987 bespitzeln ließ und dies lange leugnete – die Bundesrepublik erschüttert.

Darüber hinaus entstand am rechtskonservativen Rand eine neue Partei, die den Unionsparteien schwer zu schaffen machte: Die Republikaner erreichten bei den Wahlen zum Europaparlament und zum Berliner Abgeordnetenhaus 1989 jeweils über sieben Prozent. In der CDU begann es zu rumoren. Manch westdeutscher Journalist und Publizist glaubte, das Ende der Kanzlerschaft Kohls am Horizont erkennen zu können. So wurde der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) von einigen Medienvertretern schon als Nachfolger Kohls gehandelt. Doch der innerparteiliche Aufstand gegen den politisch angeschlagenen Kanzler und CDU-Bundesvorsitzenden scheiterte bereits im Vorfeld des Bundesparteitag, der vom 11. bis 13. September in Bremen stattfand.

Die Entstaatlichung der DDR

Obwohl es in den Schubladen der Bonner Amtsstuben keinen Masterplan zur Vereinigung mit der DDR gab, gewannen westdeutsche Akteure ab Anfang 1990 an Einfluss in Ostdeutschland. Das hing vor allem mit der Entstaatlichung auf der zentralen politischen Ebene in der DDR zusammen. Angesichts der ökonomischen Krise, in der sich die DDR befand, richteten viele Ostdeutsche wie Bürgermeister, Ärztinnen und Ärzte sowie Klinikpersonal ihre Anliegen nicht mehr an die Regierung von Hans Modrow (SED/PDS), dem Nachfolger von Krenz, in Ost-Berlin, sondern direkt an staatliche Stellen in Westdeutschland. Dadurch entstand in der DDR ein politisches Vakuum.

Gleichzeitig stieg die Zahl der Übersiedelnden: Allein im Januar und Februar 1990 verließen 137 000 Menschen die DDR. Die Modrow-Regierung bekam den Abwärtstrend nicht mehr in den Griff. Eine Umfrage unter DDR-Bürgerinnen und Bürgern zeigte Ende Januar 1990, dass die Mehrheit der Befragten bessere Lebensbedingungen nur noch in der Bundesrepublik und nicht mehr in der DDR erwartete. Die freie Volkskammerwahl vom 18. März 1990, aus der die CDU für viele überraschend als Sieger hervorging, wurde zu einem Plebiszit (= Volksbefragung) gegen eine

reformierte DDR und für eine rasche Vereinigung Deutschlands nach westdeutschem Vorbild.

Die Einführung der D-Mark in der DDR

Der Druck der Straße nahm zu: Die rasche Einführung der D-Mark in der DDR erschien den politischen Verantwortlichen in Bonn und Ost-Berlin als wichtiges Signal, um Stabilität in der DDR zu erzeugen und die Menschen zum Bleiben zu bewegen. Dagegen trat die Überlegung, einen längerfristigen, stufenweisen Weg in die Marktwirtschaft einzuschlagen, immer mehr in den Hintergrund. So erklärt sich die Entscheidung für die Währungsumstellung am 1. Juli 1990: Löhne, Gehälter und Renten wurden zu einem Umrechnungskurs von 1:1, Forderungen und Verbindlichkeiten zu einem Kurs von 2:1 umgestellt.

Der politisch gefundene Kompromiss, der die hohen Erwartungen der ostdeutschen Bevölkerung berücksichtigte („Kommt die DM bleiben wir – kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr“) und als Wertschätzung der Lebensleistung der ostdeutschen Bevölkerung verstanden werden kann, widersprach den ökonomischen Rahmendaten und den Empfehlungen der Bundesbank und anderer Wirtschaftsexperten.

Überhastete Einheit?

Bundeskanzler Kohl, der mit seinem Zehn-Punkte-Programm Ende November 1989 die deutschlandpolitische Initiative ergriffen hatte, drängte darauf, das Zeitfenster zu nutzen, das sich den Deutschen durch die Amtszeit Gorbatschows bot. Als Kohl am 19. Dezember 1989 nach Dresden fuhr, um mit dem DDR-Regierungschef Modrow Gespräche zu führen, wurde er von vielen Ostdeutschen begeistert empfangen. Mittlerweile hatte sich auf den Montagsdemonstrationen die Tonlage verändert. Unüberhörbar waren Rufe wie: „Wir sind ein Volk!“

Der mehrheitlich empfundene Zeitdruck führte letztlich dazu, dass die ursprüngliche Idee allzu rasch in Vergessenheit geriet, die staatliche Vereinigung auf gleicher Augenhöhe zwischen Ost und West zu vollziehen und eine gemeinsame Verfassung auszuarbeiten. Kritische Stimmen monieren zu Recht, dass dadurch eine Chance verpasst worden sei, einen substantziellen Beitrag für die innere Einheit Deutschlands zu leisten.



Fragmente der Friedlichen Revolution

Unzufriedene und Oppositionelle in der DDR organisieren sich im Sommer 1989 zunehmend. Sie schließen sich zu Bürgerrechtsgruppen wie „Demokratie Jetzt“, „Demokratischer Aufbruch“ und das „Neue Forum“ zusammen, sie wollen das politische System verändern. Ausgehend von Leipzig versammeln sich landesweit wöchentlich mehr und mehr Ostdeutsche zu friedlichen Demonstrationen. Die Massenproteste für Demokratie leiten das Ende des SED-Regimes ein.

In der Nikolaikirche [in Leipzig] versammeln sich seit 1981 regelmäßig Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen zu Friedensgebeten. Am Montag, den 4. September 1989, bleiben im Anschluss erstmals etwa 1.000 Menschen auf dem Vorhof der Kirche und fordern „Stasi raus“ und „Reisefreiheit statt Massenflucht“. Obwohl viele eine gewalttätige Niederschlagung der Proteste fürchten, versammeln sich in den folgenden Wochen mehr und mehr Menschen. Am 2. Oktober sind es schon 20.000 Demonstranten, am 9. Oktober 70.000 Menschen. Sie rufen „Wir sind das Volk“ sowie „Keine Gewalt“ und fordern Meinungsfreiheit, politische Mitsprache und ein Ende der SED-Herrschaft. Auch in anderen Städten wie Dresden, Halle oder Karl-Marx-Stadt protestieren die Menschen.

Obwohl dies die größten Demonstrationen in der DDR seit dem Volksaufstand 1953 sind, lässt das SED-Regime sie nicht mit Gewalt niederschlagen. Auch die sowjetischen Streitkräfte bleiben in ihren Kasernen. Am 16. Oktober versammeln sich in Leipzig 120.000 Demonstranten, am 23. Oktober 250.000 und am 30. Oktober schließlich 300.000.

Wenige Tage nach den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR zwingt das SED-Zentralkomitee Generalsekretär Erich Honecker am 18. Oktober 1989 zum Rücktritt. Um die Macht der SED zu retten, kündigt der neue Parteichef Egon Krenz Reformen an.

Das „Neue Forum“ ist innerhalb der Oppositionsbewegung in der DDR die Gruppe mit der größten Breitenwirkung. Mitglieder der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung wie Bärbel Bohley, Rolf Henrich, Jens Reich und Katja Havemann treffen sich am 9. und 10. September 1989 in Grünheide im Haus von Katja Havemann. Dort, am letzten Wohnort von Robert Havemann, unterzeichnen sie den Gründungsaufruf „Aufbruch 89“. Westliche Medien feiern ihn als außerordentliches und wichtiges Ereignis. Das „Neue Forum“ fordert, über demokratische Reformen zu diskutieren, um mit Unterstützung möglichst breiter Bevölkerungskreise die Gesellschaft umzugestalten.

Am 19. September 1989 beantragt das „Neue Forum“, als Vereinigung zugelassen zu werden. Das Innenministerium der DDR lehnt zwei Tage später ab mit der Begründung, das „Neue Forum“ sei eine „staatsfeindliche Plattform“. Dem „Neuen Forum“ schlägt daraufhin eine Welle der Zustimmung entgegen. Bei Demonstrationen in Leipzig, Plauen, Dresden und an vielen anderen Orten wird „Neues Forum zulassen!“ eine der zentralen Losungen. Nach außen tolerieren die Behörden das „Neue Forum“, de facto bekämpfen sie es aber weiterhin. Am 8. November 1989 schließlich lässt das Ministerium des Innern das „Neue Forum“ als politische Vereinigung zu. Von allen Oppositionsgruppen, die im

Herbst 1989 an die Öffentlichkeit treten, erhält es den stärksten Zulauf. Bis zum Ende des Jahres unterschreiben 200.000 Menschen den Gründungsaufwurf, etwa 10.000 Ostdeutsche werden Mitglied. Das „Neue Forum“ setzt sich für freie und demokratische Wahlen ein. Die Ortsgruppen der Vereinigung agieren vor allem in den Städten.

Diskussionen über den basisdemokratischen Aufbau und die Organisation des „Neuen Forums“ münden Ende 1989 in den Streit, ob man eine Partei bilden oder eine Bewegung bleiben sollte. Nach mehrtägigen Auseinandersetzungen spaltet sich Ende Januar 1990 ein Viertel der „Neuen Forum“-Mitglieder ab und gründet die Deutsche Forumpartei (DFP).

Das „Neue Forum“ behält seine basisdemokratische Struktur bei und schließt sich im Februar 1990 mit anderen Oppositionsgruppen im Bündnis 90 zusammen. Drei Jahre später vereinigen sich Bündnis 90 und die Grünen zu einer neuen Partei.

Die Wahl zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 ist der erste Urnengang unter demokratischen Bedingungen. Sie ist zunächst für den 6. Mai 1990 geplant, aber aufgrund der schlechten wirtschaftlichen und politischen Lage beschließt der „Runde Tisch“, die Wahl vorzuverlegen. Erstmals haben die Menschen in der DDR die Wahl zwischen 24 Parteien und Wahlbündnissen. Der Wahlkampf ist bestimmt von Fragen nach einer baldigen Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Deutschen Einheit.

Die Wahl verändert die Parteienlandschaft der DDR. CDU-Ost, Liberale und Sozialdemokratische Partei schließen sich CDU, FPD und SPD im Westen an. Bürgerrechtsgruppen bilden das „Bündnis 90“. Die ehemalige SED tritt als „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) an. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) will die deutsche Einheit rasch verwirklichen, indem die DDR nach Artikel 23 dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitrifft. Er verspricht eine baldige Wirtschafts- und Währungsunion nach der Wahl. Große Teile der SPD sehen eine schnelle Wiedervereinigung skeptisch, die PDS lehnt sie ab.

Die Wahlbeteiligung liegt bei über 93 Prozent. Wahlsieger ist die „Allianz für Deutschland“, ein Bündnis aus CDU, Demokratischem Aufbruch (DA) und Deutscher Sozialer Union (DSU). Sie erhält 48 Prozent der Stimmen, während auf die SPD 21,9 Prozent entfallen. Die PDS ist mit 16,3 Prozent drittstärkste Kraft. Bündnis 90, die Träger der friedlichen Revolution erhalten nur 2,9 Prozent. Die Wähler stimmen damit für die Deutsche Einheit, westliche Demokratie und Soziale Marktwirtschaft.

Die Volkskammer wählt am 12. April 1990 Lothar de Maizière (CDU) zum Ministerpräsidenten. Seine Große Koalition aus CDU, SPD, DSU, DA und Liberalen bereitet den Beitritt der DDR nach Art. 23 Grundgesetz vor. Die erste freie Volkskammerwahl der DDR ist damit auch die letzte.

Ausschnitte aus Artikeln des Lebendigen Museums Online (Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland)

Annabelle Petschow: Montagsdemonstrationen; Kathrin Engel, Regina Haunhorst: „Neues Forum“; Annabelle Petschow: Freie Volkskammerwahl, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Online: <https://www.hdg.de/lemo/>

Dierk Hoffmann

Zwischen Euphorie und Ernüchterung – das vereinte Deutschland Anfang der 1990er-Jahre

Das wiedervereinte Deutschland sieht sich vielen Hindernissen gegenüber:
Vor allem muss die Bundesrepublik eine einheitliche politische, wirtschaftliche
und gesellschaftliche Ordnung aufbauen.



Die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft setzt einen beispiellosen Prozess der Entsicherung für Betriebe, Arbeitskräfte und Konsumentinnen und Konsumenten in Gang: Demonstration für den Erhalt von Arbeitsplätzen vor dem Schacht Bleicherode der Kali Südharz AG, undatiertes Foto von 1990.

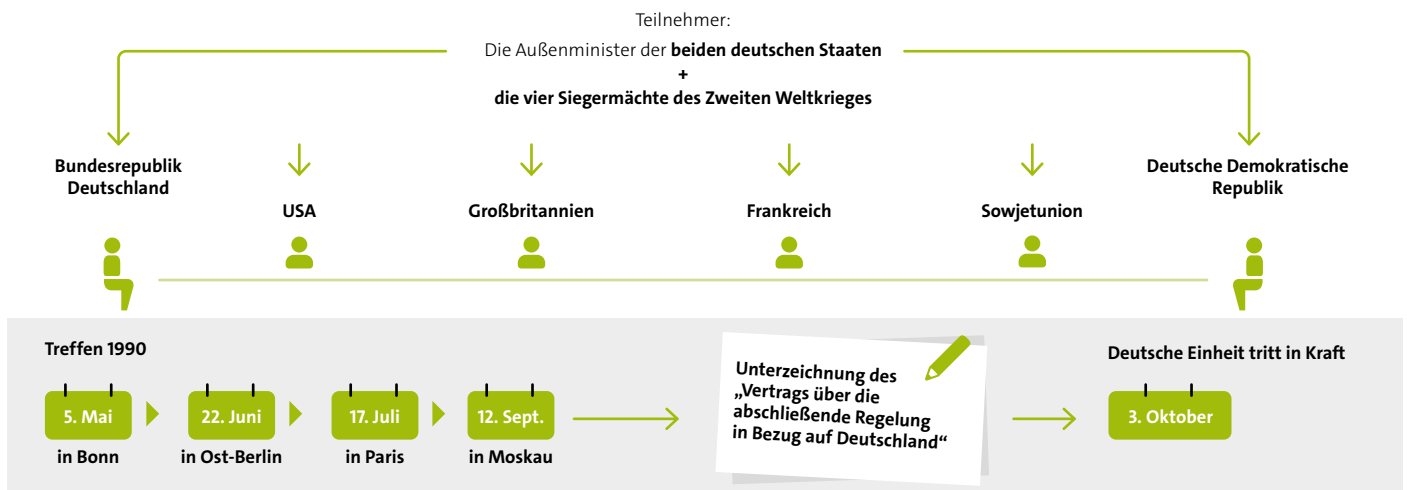
Grenzenlose Euphorie

Im Sommer 1990 war die Euphorie in Deutschland grenzenlos. Die deutsche Einheit erfolgte mit Zustimmung der europäischen Nachbarländer und der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges (Zwei-plus-Vier-Vertrag), bei letzteren lagen die „Rechte und Verantwortlichkeiten [...] in Bezug auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands“. Das war alles andere als selbstverständlich. Niemand hatte es für möglich gehalten, dass die Sowjetunion dieser Entwicklung ihre Zustimmung erteilen würde. Dass Moskau einer Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO nicht im Wege stehen würde, war lange Zeit undenkbar gewesen.



→ Mehr zur deutschen Einheit erfahrt
ihr in den IZPB „Der Weg zur Einheit“!
bpb.de/514488

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag



© picture alliance/dpa-infografik, Globus 13730; Quelle: Deutsches Historisches Museum

Darüber hinaus ging es auch um die Zukunft der europäischen Staatenordnung. Als Deutschland im Endspiel in Rom am 8. Juli 1990 auch noch Fußballweltmeister wurde, kannten die schwarz-rot-goldenen Siegesfeiern kein Ende mehr. Teamchef Franz Beckenbauer ließ sich zu der törichteren Aussage hinreißen, dass die Nationalmannschaft angesichts der sich auch im Fußball vollziehenden Wiedervereinigung auf Jahre hinaus „nicht mehr zu besiegen“ sei. Alles schien möglich.

Rasche Ernüchterung

Doch die Ernüchterung kam schnell. Es wurde rasch deutlich, dass viele DDR-Betriebe den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft nicht schaffen würden. Die Einführung der D-Mark (zum Umrechnungskurs 1:1) war mit einem Aufwertungsschock verbunden: Die ostdeutschen Unternehmen, die keine finanziellen Rücklagen besaßen, mussten Löhne und Gehälter in der neuen Währung auszahlen. Außerdem waren sie gezwungen, ihre Produkte nun zu D-Mark-Preisen zu verkaufen, die sich viele Kundinnen und Kunden in Osteuropa nicht leisten konnten.

Daraufhin brachen dort die Absatzmärkte für ostdeutsche Waren zusammen. Erste Untersuchungen, die die frei gewählte DDR-Regierung von Lothar de Maizière (CDU) in Auftrag gegeben hatte, lieferten ernüchternde Ergebnisse. Nach Bewertung von 2600 Betrieben lag die Rate der als konkursgefährdet eingestuften Unternehmen im Juni 1990 bei 39 Prozent. Dieses Ergebnis veranlasste das Bonner Wirtschaftsministerium, das Privatisierungstempo zu erhöhen, um dadurch schnell verfügbare Erlöse zum Ausgleich für die steigenden Verluste zu erzielen.

Die Verlierer der Einheit:

Frauen und ausländische Arbeitskräfte

Bereits im Sommer 1990 tauchte in der ostdeutschen Öffentlichkeit ein Gespenst auf, das es in den zurückliegenden vier Jahrzehnten nicht gegeben hatte: Arbeitslosigkeit. Mitte Juli 1990 lag die Arbeitslosenzahl schon bei 224 000; eine halbe Million Beschäftigte befanden sich in Kurzarbeit. Zu den Verlierern gehörten zunächst vor allem Frauen und ausländische Arbeitskräfte.

Nach Angaben der Gleichstellungsbeauftragten der DDR-Regierung, Marina Beyer, lag der Anteil erwerbsloser Frauen im August 1990 bei 53 Prozent – Tendenz steigend. Und die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), Inge Wettig-Danielmeier, wies darauf hin, dass in einigen Arbeitsamtsbezirken circa 60 Prozent der Arbeitslosen Frauen seien. In einigen Wirtschaftsbranchen würden Frauen auch die Mehrzahl der Kurzarbeitenden stellen.

Auf die dramatische Lage auf dem Arbeitsmarkt reagierte die Regierung in Ost-Berlin unter anderem mit einem „Rückkehrprogramm“ für die rund 85 000 sogenannten Vertragsarbeitenden, das die vorzeitige Heimkehr der Beschäftigten aus Mosambik, Angola und Vietnam mit einer Abfindung vorsah. In dem Zusammenhang berichtete die Ausländerbeauftragte der ostdeutschen Regierung, Almuth Berger, dass sich in den Betrieben Ausländerfeindlichkeit ausbreite. Anfang Oktober gab es in der Presse erste Hinweise auf „Ausländerhass“ und „Angst unter den Gastarbeitern“.

Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Anschläge

Das Ende der DDR führte dazu, dass die bereits latent vorhandene Ausländerfeindlichkeit offen zu Tage trat. Es kam zu einer Entgrenzung der Gewalt mit zahlreichen Toten und Verletzten in Ost- und Westdeutschland, wo Ausländerfeindlichkeit auch vor 1989/90 existiert hatte: Im September 1991 wurden Unterkünfte von Geflüchteten und Arbeitsmigrantinnen und -migranten im sächsischen Hoyerswerda mit Molotowcocktails angegriffen. Zwischen dem 22. und 26. August 1992 gab es rassistisch motivierte Angriffe auf die Zentrale Aufnahmeestelle für Asylbewerber und ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter in Rostock-Lichtenhagen (Mecklenburg-Vorpommern).

Bei einem rechtsextremistischen Brandanschlag auf zwei von türkischen Familien bewohnte Häuser in Mölln (Schleswig-Holstein) am 23. November 1992 wurden drei Menschen getötet und neun schwerverletzt. Fünf Menschen fielen einem Brandanschlag in Solingen (Nordrhein-Westfalen) am 29. Mai 1993 zum Opfer, der ebenfalls einen rechtsextremen Hintergrund hatte. Dabei wurden 17 Personen zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Rechte Gewalt in den 1990er-Jahren

Am 30. Mai 1993 stecken vier Täter den Eingangsbereich des Wohnhauses der Familie Genç in Brand. Gürsün İnce, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç verlieren ihr Leben. Die Opfer sind zwischen vier und 27 Jahren alt. Weitere 14 Familienmitglieder erlitten schwere Verletzungen. [Im Solinger Zentrum für verfolgte Künste erinnert eine Ausstellung an die Opfer.] [...]

Die Amadeu Antonio Stiftung zählt seit dem Wendejahr 1990 mindestens 219 Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland. Dabei ist das Gedenken an die Opfer von Tat zu Tat sehr unterschiedlich. Die Reaktionen der Gesellschaft schwanken von Fall zu Fall zwischen Wut und Schulterzucken, Trauer und Belanglosigkeit, Aufarbeitungswillen und Verdrängung.

Über die Ausstellung haben wir mit dem Kuratoriumsteam des Zentrum für Verfolgte Künste gesprochen. „Fünf Menschen wurden ermordet, weil sie nicht Hanna oder Birte hießen, sondern Gürsün, Hatice, Gülüstan, Hülya und Saime. Sie wurden ermordet, weil Rassismus tötet. Rassismus ist Teil unserer Gegenwart, wir alle sind dafür verantwortlich“, erklärt [Kuratorin] Birte Fritsch die menschenfeindlichen Hintergründe der Tat.

Der Anschlag in Solingen fiel in eine Zeit, in der eine ganze Serie von rassistischen Anschlägen das frisch vereinte Deutschland überzog: Hoyerswerda, Mölln, Rostock-Lichtenhagen sind heute Begriffe für die Gewalt dieser Zeit. Das gesamtgesellschaftliche Klima war von einer Stimmung aus Hass, Rassismus und Gewalt geprägt. Davon zeugen nicht nur die offenen Übergriffe und Anschläge auf BIPOC, Linke, Punks und Obdachlose, sondern auch eine migrationsfeindliche Politik der Bundesregierung.

Viele der politischen Entwicklungen finden sich in der Familie Genç wieder. „Es ist eine Familiengeschichte, die exemplarisch gelesen werden kann für viele Familien dieser Generation, die nach dem Anwerbeabkommen nach Deutschland gekommen sind“, erzählt Kuratorin Vanessa Arndt im Gespräch. Die Geschichte solle so greifbarer werden: „Die Ausstellung erzählt eine deutsche Geschichte und stellt dabei die persönlichen Erfahrungen der Familie Genç in den Mittelpunkt. Zwischen soziopolitischen Ereignissen und Taten rechten Terrors blitzen Fotografien glücklicher familiärer Momente und Zeugnisse künstlerischen Schaffens aus der migrantischen Community wie Schätze hervor.“

Während nach der Wiedervereinigung wieder breit über eine deutsche Identität diskutiert wurde, gab es einen Anstieg der Zuwanderung nach Deutschland, vor allem im Zuge der Migration von sogenannten Spätaussiedler*innen und Menschen, die vor dem Krieg in Jugoslawien fliehen mussten. In der Debatte über die Zugehörigkeit von Menschen mit Migrationsgeschichte gab es Hetzkampagnen gegen Geflüchtete und Migrant*innen, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichten.

Die Politik reagierte darauf mit einer massiven Einschränkung des Grundrechts auf Asyl, mit einer Mehrheit,

die durch die Stimmen der Regierungskoalition sowie der SPD zustande kam. Nur drei Tage nachdem der Bundestag diesen sogenannten Asylkompromiss verabschiedet hatte, brannte das Haus der Familie Genç. [...]

Noch in der Brandnacht sagte der damalige Bürgermeister von Solingen, Gerd Kaimer: „In Solingen gibt es kein rechtsextrêmes Potenzial. Solingen ist eine liberale, welt-offene Stadt.“ Dabei waren – wie sich später herausstellte – alle vier Täter Solinger. Das Zitat zeigt, dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft häufig mit Abwehr, Verharmlosung und Leugnung auf rechte Gewalt reagiert. Es zeigt aber auch die Schwierigkeiten, gegen die ein Gedenken erkämpft werden musste.

Den an den Brandanschlag anschließenden Trauerfeierlichkeiten bleibt der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl fern. Seine Absage, wie er über seinen Regierungssprecher verlauten ließ, lag darin begründet, dass er nicht in „Beileidstourismus“ verfallen wolle. Der Sprecher verwies auch auf die „weiß Gott anderen wichtigen Termine“ des Kanzlers.

Die Absage hinterließ eine tiefe Wunde auch in der starken Mevlüde Genç, die bei dem rassistischen Brandanschlag fünf Familienmitglieder verlor. Sie war lange Zeit die große Kämpferin für das Gedenken und Toleranz. Ohne sie wäre vieles vom heutigen Gedenken in Solingen niemals zu Stande gekommen. [...]

Denn die Aussagen des Bürgermeisters und die Absage des Bundeskanzlers sind nur eine Seite der Geschichte. Personen aus der Solinger Zivilgesellschaft und Politik wie der Türkische Volksverein, der unmittelbar gegründete „Solinger Appell“ und die Solinger Antifa rufen am Tag nach der Tat zu Protesten und Kundgebungen auf, um sich mit den Betroffenen zu solidarisieren. In den Tagen danach versammeln sich auf Demonstrationen in Solingen bis zu 10.000 Menschen, um ihrer Wut und Trauer Ausdruck zu verschaffen. Am ersten Jahrestag wird ein Mahnmal auf dem Gelände des Mildred-Scheel-Berufskollegs eingeweiht, wo Gürsün İnce Kurse der VHS besuchte. 10.000 Menschen nehmen an der Gedenkveranstaltung teil.

In Solingen wird deutlich, was traurige Realität war und ist: Große Teile der Mehrheitsgesellschaft reagieren mit Gleichgültigkeit, oder sogar mit Verdrängung. So bedarf es dem Kampf der Zivilgesellschaft und Aktivist*innen, damit das Gedenken an die Opfer rechter Gewalt in der Öffentlichkeit Raum findet. Und noch etwas anderes zeigt sich: Sobald Migrant*innen sich gegen die Angriffe organisieren, werden sie in der Öffentlichkeit als unkontrollierbare aggressive Gruppen stigmatisiert. [...]

Vinzenz Waldmüller, „30 Jahre Solingen – Ein unerlässlicher Kampf für Erinnerung“, in: Amadeu Antonio Stiftung vom 31. Mai 2023. Online: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/30-jahre-solingen-ein-unerlaesslicher-kampf-fuer-erinnerung-99935/>



Rechte Gewalt in den 1990er-Jahren: Im sächsischen Hoyerswerda wird im September 1991 eine Unterkunft für Geflüchtete und Arbeitsmigrantinnen und -migranten mit Molotowcocktails angegriffen. Die Bewohnerinnen und Bewohner werden daraufhin an einen unbekanntes Ort gebracht. Am 29. September 1991 demonstrieren zahlreiche Menschen in Hoyerswerda gegen Ausländerfeindlichkeit.



Von der Plan- zur Marktwirtschaft

Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der DDR und der Herstellung der deutschen Einheit fand in den ostdeutschen Bundesländern die Transformation von der Planwirtschaft sozialistischen Typs zur sozialen Marktwirtschaft statt. Die damit verbundene Privatisierung der Wirtschaft nach 1990 hat die Eigentumsstruktur und die Produktionsverhältnisse auf dem Gebiet der ehemaligen DDR radikal verändert. Dieser Prozess, der mit Massenarbeitslosigkeit verbunden war, ist beispiellos in der Geschichte moderner Industriegesellschaften.

Die Treuhandanstalt im Zentrum der Kritik

Ende 1990 hatte das Privatisierungsziel, das die Volkskammer mit der Verabschiedung des Treuhandgesetzes vom 17. Juni 1990 fixiert hatte, in der Öffentlichkeit noch nichts an Anziehungskraft verloren. In der Presse wurde Treuhandpräsident Detlev K. Rohwedder beim Verkauf der Treuhandunternehmen ein „Schneckentempo“ vorgeworfen, obwohl die ersten Betriebs-schließungen bereits Proteste hervorgerufen hatten. In der Folgezeit rückte eine Behörde ins Scheinwerferlicht: die Treuhandanstalt. Sie spielte eine entscheidende Rolle bei der ökonomischen Transformation in Ostdeutschland, da sich die ehemals volkseigenen Betriebe (VEB) in ihrer Obhut befanden.

Von DDR-Bürgerrechtlerinnen und -rechtlern ursprünglich zum Schutz des Volkseigentums konzipiert, war die Treuhandanstalt schon bald dafür zuständig, die ostdeutschen Betriebe zu privatisieren. Von der Politik bekam sie weitere Aufgaben zugewiesen. So sollte sie eine Lösung für die Altschuldenproblematik finden, einen Beitrag zur Sanierung der ökologischen Altlasten leisten und zusammen mit den Tarifparteien Sozialpläne aufstellen.

In ihrer Tätigkeit allein ein behördliches Versagen zu erkennen wäre daher ahistorisch (= außerhalb der Historie) und einseitig, auch wenn die Bilanz ihrer Tätigkeit niederschmetternd ist. Denn von den rund vier Millionen Industriearbeitsplätzen blieb nur ein Drittel übrig. Von den etwa 12 000 Treuhandbetrieben wurde ein Drittel in die sogenannte Liquidation geschickt, das heißt aufgelöst. Deshalb ist das öffentliche Urteil über die Treuhandanstalt überwiegend negativ. Die öffentliche Kritik setzte ein, als die Behörde mit ihrer Arbeit begann.

Der Strukturwandel Ostdeutschlands im Zeitraffer

Die Privatisierung der ostdeutschen Industrie ging mit einem ökonomischen Strukturwandel einher. Darin bestand die größte Herausforderung für die Treuhandanstalt. Da für die SED-Führung die Garantie der Vollbeschäftigung oberste Priorität genoss („Recht auf Arbeit“), war die Anpassung der DDR-Wirtschaft an die globalen Veränderungsprozesse in den 1970er- und 1980er-Jahren weitgehend ausgeblieben. Kurz vor dem Mauerfall 1989 wies Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland einen



Durch die Privatisierung vieler ehemaliger DDR-Betriebe steigt die Arbeitslosigkeit. Viele Menschen protestieren dagegen, wie hier auf einer Demonstration 1990 in Leipzig. Der Protest richtet sich gegen Politiker der Bundesrepublik (Waigel, Blum und Kohl), die zuvor eine bessere Zukunft versprochen hatten.

Die Treuhand

[...] Die Treuhand, das war jene einzigartige Behörde, die eine ganze Volkswirtschaft abwickeln und vom Sozialismus in den Kapitalismus überführen sollte. Sie war noch vor dem Untergang der DDR im März 1990 auf Beschluss des Ministerrats in Ostberlin gegründet worden, ursprünglich mit dem Ziel, das Volkseigentum für die Bürger der DDR treuhänderisch zu verwalten – und sie am Vermögen ihres sich auflösenden Staates zu beteiligen.

Doch dieser Gedanke trat schnell in den Hintergrund. Stattdessen rückte erst die Sanierung der Betriebe ins Zentrum – und dann eine möglichst schnelle Massenprivatisierung. Die Treuhand hat zwischen 1990 und 1994 einen Großteil der ostdeutschen Unternehmen privatisiert, saniert oder, wie es im Behördendeutsch heißt, liquidiert. Von vier Millionen Industriearbeitsplätzen blieb dabei nur jeder dritte übrig.

Auch deshalb ist die Treuhand als Symbol für einen systematischen Ausverkauf des Ostens in die deutsche Geschichte eingegangen. [...] Ihr gehörten Tausende Betriebe, Kombinate, Fabriken, Ländereien, Wälder und Äcker. Es lag an ihr, zu entscheiden, welche Unternehmen leben und welche sterben sollten. Sie dürfte die mächtigste Behörde gewesen sein, die jemals in der Bundesrepublik existiert hat.

Gleichzeitig war die Treuhand auch ein gigantisches Paradox: Ihre einzige Daseinsberechtigung war es, sich selbst möglichst schnell überflüssig zu machen. Tatsächlich wurde sie am 31. Dezember 1994 offiziell aufgelöst, ohne dabei wirklich zu verschwinden. Seither existiert sie unter dem Namen Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, kurz BvS, weiter. [...]

[I]m thüringischen Bischofferode, nehmen die Gesichtszüge von Gerhard Jüttemann unverzüglich die Primärfarbe Rot an, wenn er das Wort Treuhand hört. „Da schwillt mir schon wieder der Hals“, sagt er.

Bischofferode ist nicht der schlechteste Ort, um zu verstehen, warum die Treuhand auch heute noch mehr ist als der Aktenbestand im Bundesarchiv, warum sie gleichzeitig sehr abgewickelt und sehr lebendig ist. Hier haben die Kali-Kumpel 1993 ein halbes Jahr lang um ihr Bergwerk gekämpft. Einige von ihnen traten in einen wochenlangen Hungerstreik. [...]

Zu DDR-Zeiten, die hier als die goldenen Zeiten erinnert werden, hat Jüttemann als Dreher unter Tage gearbeitet. Damals lebten knapp 2500 Menschen in Bischofferode. [...] Für Jüttemann ging mit der Stilllegung des Bergwerks viel mehr kaputt als nur die Arbeitsplätze. „Hier wurde alles zerschlagen“, sagt er. [...]

Bischofferode sei ein „zentraler Erinnerungsort“ der Treuhand-Geschichte, „da bündeln sich viele Konfliktfelder“, sagt Dierk Hoffmann. Schon an der Verwendung der unter Historikern sehr beliebten Vokabel „Erinnerungsort“ erkennt man, was er beruflich macht.

Hoffmann ist der Leiter des großen Treuhandprojekts beim Institut für Zeitgeschichte. [...]

Es ist das erste Mal, dass die Hinterlassenschaften der Treuhand so umfassend vermessen wurden. [...] Von den etwa 170 000 Treuhand-Akten im Bundesarchiv wurden [...] bislang rund 63 000 „erschlossen“. [...]

Damit müsste Hoffmann der perfekte Adressat sein für die einfache Frage: Ist es ein gerechter Zorn, den die Jüttemanns des Landes bis heute gehen? „Die Schuldfrage können

wir Historiker nicht beantworten“, sagt er. Das Gleiche gelte für die Frage, ob die Treuhand ein Erfolg oder Misserfolg gewesen sei. „Die Frage ist verständlich, aber sie wird zu keinem Ergebnis führen. Sie wird nur zu immer neuen Verwerfungen führen zwischen West und Ost.“ Aus Sicht der Beschäftigten, die ihre Arbeit verloren hätten, sei die Treuhand natürlich gescheitert, sagt Hoffmann.

Auf der anderen Seite aber seien die Aufgaben, die ihr durch die Politik übertragen wurden, einfach zu groß gewesen für die Kürze der Zeit. „Sie war zuständig für die Privatisierung und Sanierung der Betriebe, musste den Strukturwandel begleiten, Sozialpläne entwerfen und sich auch noch um die ökologischen Altlasten kümmern.“ Man könne es deshalb auch andersherum sehen: Nicht die Treuhand ist gescheitert, sondern die sozioökonomische Transformation Ostdeutschlands wurde komplett unterschätzt. Bis zum heutigen Tag.

[...] Der Historiker Dierk Hoffmann sieht die Geschichte der Treuhand trotzdem nicht ausschließlich als eine des Niedergangs. Viele Unternehmen, sagt er, hätten ihre Chancen genutzt. Klar ist auch, dass vier Jahren Treuhand erst einmal 40 Jahre Planwirtschaft vorausgegangen waren, mit den entsprechenden Verheerungen. In vielen volkseigenen Betrieben seien zwar hochwertige Produkte hergestellt worden, sagt Hoffmann [...]. Von den Arbeitskosten her seien sie aber einfach nicht wettbewerbsfähig gewesen, erst recht nicht nach der Währungsumstellung am 1. Juli 1990.

Hinzu kam laut Hoffmann, dass die damals verbreiteten Erzählungen die Transformation nicht unbedingt erleichtert haben. Kohls Versprechen von den blühenden Landschaften etwa passte schon früh nicht mehr zu den verblühten Hoffnungen vieler Menschen im Osten. Aber auch der dort verbreitete Mythos, die DDR sei die zehntgrößte Wirtschaftsmacht der Welt gewesen, verstellte den Blick auf den real existierenden Schlamassel. Oder etwas sozialwissenschaftlicher ausgedrückt: auf das immense Produktivitäts- und Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost. [...]

Vielleicht wäre es mal ein schönes Forschungsprojekt, herauszufinden, wie die Geschichte eigentlich verlaufen wäre, wenn es die Treuhand nie gegeben hätte.

Boris Herrmann, Henrike Rossbach, „Die Anstalt“, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. Mai 2023



Protest vor dem Berliner Hauptsitz der Treuhandanstalt 1992

technologischen Rückstand von ungefähr zehn Jahren auf. Der verschlafene Strukturwandel war eine schwere Hypothek für die ostdeutschen Betriebe.

Die wirtschaftliche Transformation Ostdeutschlands vollzog sich in nur wenigen Jahren und überforderte restlos alle. Zum Vergleich: Der Strukturwandel im westdeutschen Ruhrgebiet setzte Ende der 1950er-Jahre langsam ein und fand erst Ende 2018 seinen Abschluss. Damit treten die unterschiedlichen Geschwindigkeiten der ökonomischen Umbrüche in Ost und West signifikant zum Vorschein. Die Beschäftigtenzahlen brachen in einzelnen Wirtschaftsbranchen dramatisch ein.

Mit den Betriebsschließungen verschwand die betriebszentrierte sozialistische Arbeitswelt, die in der DDR eine Rundumversorgung mit Polikliniken, Kitas, Ferienheimen und Kulturhäusern garantiert hatte. Die Erfahrung, die viele Ostdeutsche erstmals mit der Massenarbeitslosigkeit machten, prägte die politischen, kulturellen und mentalen Einstellungen vieler Menschen in den ostdeutschen Bundesländern nachhaltig.

Verlusterfahrungen

Eine weitere Verlusterfahrung kommt hinzu, die erst im Vergleich zur westdeutschen Kohle- und Stahlindustrie deutlich erkennbar wird: Im Ruhrgebiet hatte es zwar große Proteste und Demonstrationen gegen die Schließung von Zechen und Stahllöfen gegeben. Gleichzeitig hatte sich aber eine Kommunikationsstrategie langfristig herausgebildet, die für viele betroffene Bergarbeiter und Stahlkocher glaubhaft und authentisch erschien. Als am 21. Dezember 2018 offiziell die letzte Zeche in Bottrop geschlossen wurde, waren unter anderem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Armin Laschet (CDU) anwesend. Am Vorabend hatte ein ökumenischer Gottesdienst im Essener Dom stattgefunden.

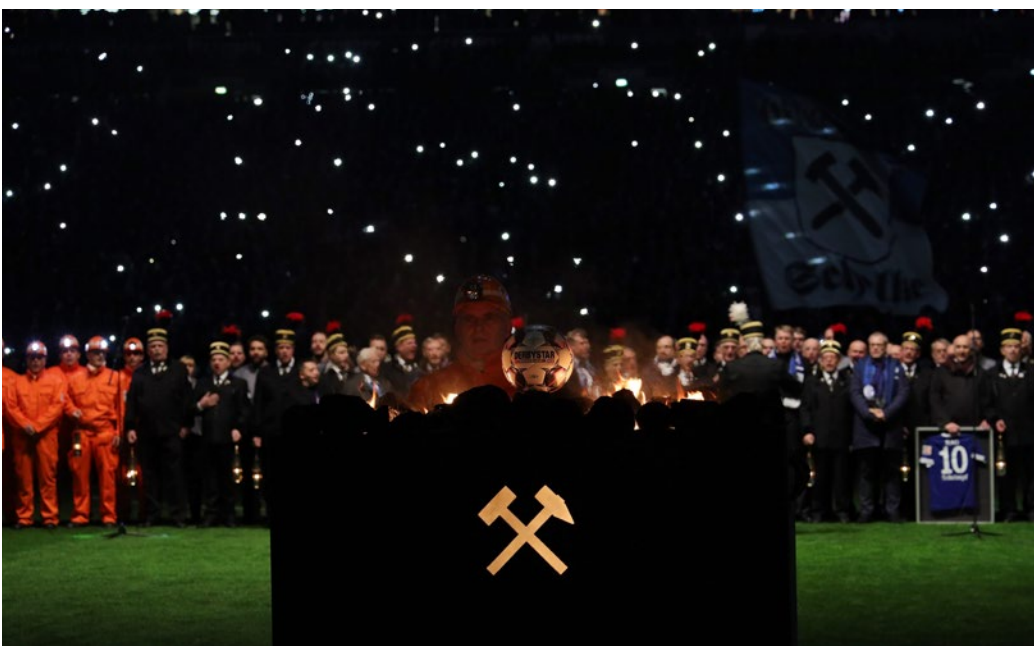
Die dabei medial ausgestrahlten Bilder, die eine kulturell eingetübte Praxis des Abschiednehmens von einer großen Industriebranche dokumentierten, sucht man in Ostdeutschland nach

1990 vergebens. Das hängt nicht nur mit dem rasanten Tempo des Strukturwandels östlich der Elbe zusammen, sondern auch mit der Gleichzeitigkeit der politischen Umwälzungen. Die Akteure der alten Ordnung (SED, Blockparteien und Massenorganisationen) waren durch die friedliche Revolution delegitimiert. Sie hätten den sozioökonomischen Strukturwandel nicht mehr glaubhaft begleiten können. Da sich die Institutionen der neuen Ordnung im Aufbau befanden, verfügten sie noch nicht über das nötige Vertrauen. Die Entkirchlichung des Landes, die nach vier Jahrzehnten der SED-Herrschaft weit fortgeschritten war, und das Fehlen fester zivilgesellschaftlicher Strukturen kamen erschwerend hinzu.

Die Langlebigkeit von Mythen und Legenden

Bis heute verbinden sich mit der Treuhandanstalt enttäuschte Hoffnungen, überzogene Erwartungen, aber auch Selbsttäuschungen und Mythen. Dazu gehört das Versprechen von den „blühenden Landschaften“, welches Bundeskanzler Kohl, aber auch andere westdeutsche Politiker und Wirtschaftsvertreter der ostdeutschen Bevölkerung im Sommer 1990 gaben. Zu den zählbaren Legenden, die bis heute nachwirken, gehört aber auch die von Honecker 1967 in die Welt gesetzte Behauptung, die DDR zähle zu den zehn größten Industrieländern der Erde.

Die Geschichte der deutschen Einheit ist insofern auch die Geschichte einer missglückten Kommunikationsstrategie. Daraus lassen sich zwei Lehren ziehen: Erstens gilt es, die Komplexität der ökonomischen Herausforderung zu erkennen, die mit der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft verbunden war. Dafür gab es keine Vorbilder oder Blaupausen. Zweitens geht es darum, die unterschiedlichen Erfahrungswelten der Menschen in Ost und West stärker zu berücksichtigen, die sich im Zuge der Teilung über 40 Jahre herausgebildet haben und die über die Zäsur von 1989/90 noch lange nachwirken. Auf diese Weise ließen sich viele neue Geschichten über das geteilte und dann vereinte Deutschland erzählen, die ganz unterschiedliche Perspektiven eröffnen.



Im Ruhrgebiet wird der Abschied von der Industrie mit feierlichen Veranstaltungen begleitet. In Ostdeutschland konnte sich eine solche Praxis nicht ausbilden. Feierlichkeiten in der Veltins-Arena Gelsenkirchen im Dezember 2018

Glossar

§ 218

In Deutschland war das Abtreibungsverbot seit der Aufnahme in das Strafgesetzbuch 1871 (als § 218) Gegenstand von heftigen politischen und gesellschaftlichen Debatten. Die Auseinandersetzung um die Liberalisierung des Abtreibungsrechts kreiste immer wieder um die Frage, ob den Rechten des ungeborenen Kindes oder den Rechten der Frau der Vorrang einzuräumen sei. Das NS-Regime beantwortete die Frage nach den Maßstäben einer „rassischen“ Höher- bzw. Minderwertigkeit und legitimierte damit die Zwangssterilisierung, aber auch das sogenannte Euthanasieprogramm („Aktion T4“), dem Tausende Menschen zum Opfer fielen. Nach 1945 war in allen Besatzungszonen als Ausnahme vom Abtreibungsverbot nur die „ethische“ und „kriminologische“ Indikation zugelassen. Vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Reformdebatten, die in der Bundesrepublik Ende der 1960er- bzw. Anfang der 1970er-Jahre stattfanden, gerieten auch die Bestimmungen des § 218 auf den Prüfstand. Nach kontroversen Debatten und einem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts kam es zu einer Kompromisslösung: Das 1976 verabschiedete Gesetz enthielt zwar weiterhin das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs. Eine Strafverfolgung war aber nicht vorgesehen, wenn die Abtreibung aus medizinischen, ethischen oder sozialen Gründen erfolgte.

Alliiertes Kontrollrat

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzten die vier Siegermächte den Alliierten Kontrollrat als oberste Besatzungsbehörde für das besetzte Deutschland in Berlin ein, der sich aus den Militärgouverneuren der vier Besatzungszonen zusammensetzte. Sie erließen sogenannte Kontrollratsdirektiven und andere Rechtsverordnungen, die einstimmig beschlossen werden mussten. Da sich die Zusammenarbeit als sehr schwierig erwies, konzentrierte sich jede Besatzungsmacht rasch auf die eigene Zone. Gemeinsame Beschlüsse in deutschland- und wirtschaftspolitischen Fragen gelangen immer seltener; jede Besatzungsmacht verfügte letztlich über ein Vetorecht. Bei der Auslegung der auf der Potsdamer Konferenz getroffenen Vereinbarungen kam es zu heftigen Kontroversen zwischen den Siegermächten. Die Anti-Hitler-Koalition zeigte deutliche Risse und brach im Frühjahr 1948 endgültig auseinander, als Moskau seine Vertreter aus dem Alliierten Kontrollrat zurückzog. Das Gremium wurde formal durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990 aufgelöst, der die vollständige staatliche Souveränität Deutschlands herstellte.

„Antifaschismus“

Der „Antifaschismus“ war eine Staatsdoktrin in der DDR, die von oben, d. h. von der SED-Führung verordnet wurde. Diese legitimierte ihre Herrschaft aus dem kommunistischen Widerstand gegen das NS-Regime vor 1945. Damit grenzte sich die DDR vom Nationalsozialismus und von der Bundesrepublik ab, der immer wieder vorgeworfen wurde, die Herrschaft der sogenannten „Großkapitalisten und Großgrundbesitzer“ sowie der „Imperialisten und Militaristen“ nicht gebrochen zu haben. Damit verfolgte Ost-Berlin mehrere Ziele: Erstens konnte in Ostdeutschland eine kritische Diskussion über die Rolle der KPD bei der Zerstörung der Weimarer Republik verhindert werden. Zweitens wurde eine öffentliche Debatte in der DDR über den Nationalsozialismus unterbunden, indem man das Problem einfach nach außen verlagerte – und zwar in die Bundesrepublik. Drittens ergab sich aus dem Narrativ des „Antifaschismus“ eine Hierarchisierung der Opfer: An der Spitze standen die deutschen Kommunisten, während von den anderen Opfergruppen – insbesondere den verfolgten und ermordeten Jüdinnen und Juden in Europa – nicht die Rede war. Deshalb weigerte sich die SED-Führung bis 1989 beharrlich, Wiedergutmachungszahlungen auszuweiten.

Barschel-Affäre

Der politische Skandal – einer der größten in der Geschichte der Bundesrepublik – ist nach dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein Uwe Barschel (CDU) benannt, der im Landtagswahlkampf

1987 seinen Kontrahenten Björn Engholm (SPD) durch Privatdetektive observieren ließ. Barschel hatte versucht, den Ruf des SPD-Oppositionsführers mit unlauteren Mitteln massiv zu schädigen. Einen Tag vor der Landtagswahl am 13. September 1987 bereitete das Nachrichtenmagazin Der Spiegel über die Machenschaften der Kieler Staatskanzlei. Daraufhin verlor die langjährige Regierungspartei ihre absolute Mehrheit bei der Wahl. In einer Pressekonferenz gab Barschel sein „Ehrenwort“, dass die gegen ihn erhobenen Vorwürfe haltlos seien. Nachdem sich die Vorwürfe erhärtet hatten, erklärte Barschel am 25. September seinen Rücktritt als Ministerpräsident. Die Barschel-Affäre nahm eine unerwartete Wendung, als bekannt wurde, dass die Führung der SPD-Landespartei schon vor der ersten Presseveröffentlichung von den Vorwürfen wusste. Engholm, der bei der vorgezogenen Neuwahl am 8. Mai 1988 einen überwältigenden Sieg eingefahren hatte (die SPD kam auf fast 55 Prozent), trat am 3. Mai 1993 von allen politischen Ämtern zurück.

Berlin-Ultimatum

Der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita S. Chruschtschow forderte 1958 ultimativ den Abzug der Westmächte aus West-Berlin und den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland. West-Berlin sollte eine „freie und entmilitarisierte Stadt“ werden. Chruschtschow drohte damit, die sowjetischen Hoheitsrechte in Berlin und an den Zugängen zur Stadt der DDR-Regierung zu übertragen sowie einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen. Mit diesem Ultimatum wollte der Krenlchef die ungelöste deutsche Frage von einer Position der Stärke im Sinne Moskaus lösen. Der damit verbundene Versuch, die Westmächte zur Rückkehr an den Verhandlungstisch zu zwingen, scheiterte. Die dadurch ausgelöste zweite Berlin-Krise endete mit der Garantieerklärung der USA für West-Berlin (*three essentials*) und dem Mauerbau 1961.

Bodenreform

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wollten alliierte und deutsche Politiker Konsequenzen aus der nationalsozialistischen Herrschaft ziehen und eine Bodenreform durchführen. Dafür schien es anfangs eine breite Unterstützung zu geben. Aufgrund des ausgebrochenen Ost-West-Konflikts scheiterten jedoch entsprechende Pläne in den westlichen Besatzungszonen. Dagegen wurde in der sowjetischen Besatzungszone bereits im September 1945 damit begonnen, rund 7000 Eigentümer mit einem Besitz von über 100 Hektar entschädigungslos zu enteignen. Dieses Land wurde lokalen Bodenfonds zugeordnet, aus denen dann die Neuverteilung erfolgte. Auf diese Weise erhielten schätzungsweise 500 000 Personen rund 2,1 Millionen Hektar Land. Ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche wechselte den Besitzer. Nutznießer waren vor allem Landarbeiter, Kleinbauern und Vertriebene, deren Höfe aber oft zu klein und unrentabel waren.

Charta '77

Die Charta '77 war eine Bürgerrechtsbewegung, die 1977 in der Tschechoslowakei gegründet wurde. Der Name geht auf eine im selben Jahr veröffentlichte Petition zurück, in der Menschenrechtsverletzungen des kommunistischen Regimes angeprangert wurden. Die Charta '77 bildete den Mittelpunkt der Opposition gegen die kommunistische Diktatur in der Tschechoslowakei, die darauf mit Härte und Repression reagierte. Zu den führenden Köpfen der Bewegung, die auch international schnell bekannt wurde, gehörten der Dramatiker Václav Havel, der Philosoph Jan Patočka und der ehemalige Außenminister Jiří Hájek. Die Charta '77 war eine heterogen zusammengesetzte Bewegung, der sowohl Künstler, Intellektuelle, Arbeiter und Ex-Kommunisten angehörten. Sie verfügte über keine festen Organisationsstrukturen und animierte Dissidenten in Polen, Ungarn und der DDR. Die Bedeutung der Bürgerrechtsbewegung lag vor allem darin, die Bevölkerung in der Tschechoslowakei und das westliche Ausland über die Situation im Lande zu informieren. Darüber hinaus leistete sie einen wichtigen Beitrag dazu, dass die friedliche Revolution Ende 1989 friedlich verlief („Samtene Revolution“). Havel avancierte rasch zum wichtigsten Vertreter des poli-

tischen Umbruchs und war von 1989 bis 1992 der letzte Staatspräsident der Tschechoslowakei und – nach der Trennung des Landes – von 1993 bis 2003 erster Präsident der Tschechischen Republik.

Demontagen

Die Siegermächte verständigten sich auf der Konferenz von Potsdam darauf, die Rüstungsindustrie in Deutschland zu zerschlagen. Darüber hinaus verlangten sie Reparationen für die erlittenen Kriegsschäden. Dieses Ziel verfolgte vor allem die Sowjetunion, die unter den Zerstörungen des nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieges in Osteuropa besonders gelitten hatte. Während der Abbau von Industrieanlagen in den drei Westzonen kaum eine Rolle spielte, prägten die Demontagen die ökonomische Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone nachhaltig. Die Demontagen verliefen zunächst chaotisch und unkoordiniert. Mit der Gründung der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) im Frühsommer 1946 vollzog die Kremlführung in Moskau einen Kurswechsel. Nun ging die sowjetische Besatzungsmacht dazu über, die ostdeutschen Industriekapazitäten vor Ort zu nutzen. Die SAG-Betriebe – hauptsächlich im Stein- und Braunkohletagebau, aber auch im Maschinenbau – unterstanden der sowjetischen Kontrolle und produzierten primär für die Sowjetunion. Diese Betriebe wurden erst 1953/54 an die DDR zurückgegeben; einzige Ausnahme blieb der Uranbergbau im Erzgebirge (Wismut AG).

Dynamische Rente

Die gesetzliche Rentenversicherung wurde im Deutschen Reich 1889 eingeführt. Sie beruhte auf Beiträgen, die zu je einem Drittel von den Arbeitnehmern, den Arbeitgebern und dem Staat aufgebracht wurden. Die Rentenleistungen reichten oft jedoch nicht aus, so dass Altersarmut ein weit verbreitetes gesellschaftliches Phänomen über die politischen Zäsuren von 1918, 1933 und 1945 war. Die 1957 im Deutschen Bundestag beschlossene Rentenreform stellte eine Zäsur dar, die mit einem Übergang zum System der Umlagefinanzierung verbunden war. Die Beitragszahlenden mussten nicht mehr einen Kapitalstock für ihre eigene Rente aufbauen. Stattdessen wurden eingezahlte Beiträge unmittelbar zur Finanzierung der laufenden Rentenzahlungen herangezogen („Generationenvertrag“). Dadurch ergaben sich volle Rentenkassen, die deutliche Rentenerhöhungen möglich machten. Die Höhe der Rentenleistungen wurde an die Bruttolohnentwicklung gekoppelt. Diese Dynamisierung führte dazu, dass das Leistungsniveau der sozialen Sicherung erstmals über der Bedarfsgrenze des Existenzminimums lag. Die dynamische Rente setzte allerdings eine ausreichende Anzahl an Beitragszahlenden voraus. Da die Zahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger stieg und die der sozialversicherungspflichtigen Erwerbspersonen stagnierte, ergaben sich ab Anfang der 1970er-Jahre Finanzierungsprobleme bei der gesetzlichen Rentenversicherung, die bis heute nicht gelöst werden konnten.

Entnazifizierung

Zu den zentralen politischen Zielen der Potsdamer Konferenz, auf die sich die Siegermächte verständigen konnten, gehörte die Denazifizierung bzw. Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft. Die NSDAP und die ihr angeschlossenen Organisationen wurden verboten und aufgelöst; vom NS-Regime erlassene Gesetze wurden aufgehoben. Die Entnazifizierung traf zunächst die Eliten des NS-Regimes, die im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess und in den zwölf Nachfolgeprozessen zur Rechenschaft gezogen wurden. Mit dem Ost-West-Konflikt, der Ende der 1940er-Jahre ausbrach, waren die Gemeinsamkeiten einer zonenübergreifenden Entnazifizierungspolitik schnell aufgebraucht. Jede Besatzungsmacht ging nun eigene Wege, wobei die Unterschiede zwischen den drei Westzonen einerseits und der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) andererseits besonders markant waren. Die Sowjetunion verband die Entnazifizierung in ihrer Zone mit einem systematisch betriebenen Elitenwechsel in der Innenverwaltung, der Justiz und im Schuldienst. Dadurch boten sich Aufstiegschancen für Kommunisten, die rasch in die Schaltstellen der Verwaltung gelangten. Unter Anleitung des sowjetischen Geheimdienstes wurden Internierungslager eingerichtet.

Frankfurter Auschwitz-Prozess

Am 20. Dezember 1963 begann im Frankfurter Römer (Rathaus in Frankfurt am Main) der erste von insgesamt drei Auschwitz-Prozessen, die zu den wichtigsten Strafverfahren gegen NS-Verbrecher in Deutschland zählen. Im Mittelpunkt der Verfahren standen die im NS-Vernichtungslager Auschwitz verübten Verbrechen. Dabei wurden 359 Zeugen aus 19 Ländern angehört, von denen viele in Lagern inhaftiert gewesen waren. Sie berichteten unter anderem von Foltermethoden, Tötungen und Misshandlungen durch Ärzte. Im ersten Prozess wurden am 19./20. August 1965 von den insgesamt 20 Angeklagten 17 zu Haftstrafen von mehr als drei Jahren und lebenslänglich verurteilt. Im zweiten Auschwitzprozess (1965/66) wurden drei weitere Beschuldigte und im dritten Verfahren (1967/68) noch einmal zwei Angeklagte verurteilt. Obwohl die Urteile oft als zu milde empfunden wurden, leisteten die Prozesse einen wichtigen Beitrag dazu, eine breite öffentliche Debatte über den Umgang mit NS-Verbrechen in Gang zu setzen.

Kalter Krieg

Als Kalter Krieg wird der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konflikt zwischen dem westlichen Bündnissystem unter Führung der USA und dem sogenannten Ostblock unter Führung der Sowjetunion bezeichnet, der kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ausbrach. Er fand seinen Abschluss mit dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa 1989/90 und dem Zerfall der Sowjetunion Ende 1991. Als Synonym wird auch die Bezeichnung Ost-West-Konflikt verwendet. Obwohl keine direkten militärischen Auseinandersetzungen in Europa stattfanden, gab es sogenannte Stellvertreterkriege: Korea-Krieg (1950–1953), Vietnam-Krieg (1955–1975), Krieg in Afghanistan (1979–1989). Im Kalten Krieg unternahm beide Seiten erhebliche politische, militärische und finanzielle Anstrengungen, um den Einfluss des jeweils anderen Lagers einzudämmen bzw. zurückzudrängen.

Kommerzielle Koordinierung (KoKo)

Der Bereich Kommerzielle Koordinierung (kurz: KoKo) wurde am 1. Oktober 1966 im DDR-Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel gegründet. Der Bereich KoKo sollte das ostdeutsche Handelsbilanzdefizit verringern und ausländische Devisen ins Land bringen. Der erste Leiter Horst Roigk wurde 1967 durch Alexander Schalck-Golodkowski ersetzt, der sich in der ostdeutschen Wirtschaftsverwaltung die Position eines Sonderbeauftragten erarbeitete, der nur an die Weisungen Erich Mielkes und Erich Honeckers gebunden war. Mit der Expansion des Bereichs KoKo, der 1983 einer selbstständigen Arbeitsgruppe im MfS unterstellt wurde, vergrößerte Mielke seinen Einfluss auf den Verwaltungsapparat der DDR-Planwirtschaft. Schalck-Golodkowski, der auch noch den Kunst- und Antiquitätenhandel sowie die Müllimporte aus der Bundesrepublik organisierte, handelte 1983 und 1984 zwei Milliardenkredite mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU) aus. Dadurch konnte nicht nur die Devisenbilanz verbessert, sondern auch die internationale Kreditwürdigkeit der DDR wiederhergestellt werden.

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Die Sowjetunion verfolgte seit den 1950er-Jahren das Ziel, eine „Europäische Sicherheitskonferenz“ einzuberufen. Doch erst mit den Erklärungen von Budapest und Warschau 1969, in denen sich die Warschauer Paktstaaten bereit erklärten, die USA von einer solchen Konferenz nicht länger auszuschließen, zeigte sich der Westen offen, entsprechende Gespräche aufzunehmen. Erste Vorgespräche hatten seit November 1972 stattgefunden. Schließlich wurde die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (kurz: KSZE) am 3. Juli 1973 in der finnischen Hauptstadt Helsinki eröffnet. An der Konferenz nahmen – bis auf Albanien – alle europäischen Staaten sowie die Sowjetunion, USA und Kanada teil. Den Abschluss bildete die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975. Darin verpflichteten sich die teilnehmenden Staaten unter anderem zum Gewaltverzicht, zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur Achtung der Menschenrechte und zur territorialen Integrität. Es folgten weitere Konferenzen in Belgrad

(1977/78), Madrid (1980–1983) und Wien (1986–1989). Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die KSZE 1995 in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) umbenannt.

Magnettheorie

Die Magnettheorie war Ausdruck der Systemkonkurrenz im Kalten Krieg und prägte die Wirtschafts- und Deutschlandpolitik der beiden deutschen Staaten bis in die 1960er-Jahre. Für die westlichen Besatzungszonen entwickelten Konrad Adenauer (CDU) und Kurt Schumacher (SPD) einen entsprechenden Ansatz in den ersten Nachkriegsjahren. Beide Politiker gingen davon aus, dass der erwartete Wirtschaftsaufschwung im Westen eine Sogwirkung auf den Osten entfalten würde, die das kommunistische Herrschaftssystem in der SBZ/DDR langfristig zu Fall bringen könnte. Fast zeitgleich hat Otto Grotewohl (SED) in der SBZ eine eigene Version der Magnettheorie mit umgekehrten Vorzeichen formuliert. Die drei Politiker waren von der Überlegenheit des eigenen wirtschaftlichen Systems (Marktwirtschaft versus Planwirtschaft) überzeugt und suchten den Wettbewerb mit der Gegenseite. Die massenhafte Flucht von DDR-Bürgerinnen und Bürgern in die Bundesrepublik bis zum Mauerbau 1961 („Republikflucht“) wurde im Westen als Erfolg gewertet. Doch die Politik der Bundesregierung, die aus der Magnettheorie in den 1950er-Jahren eine Politik der Stärke ableitete, führte nicht automatisch zum Ende des SED-Regimes, wie der niedergeschlagene Volksaufstand am 17. Juni 1953 schmerzlich deutlich machte.

Ministerium für Staatssicherheit (MfS)

Das Ministerium für Staatssicherheit war „Schild und Schwert“ der SED und stand für die Unterdrückung und flächendeckende Überwachung in der DDR. Das am 24. Januar 1950 gegründete Ministerium sicherte fast vierzig Jahre lang die SED-Herrschaft. Der geheimpolizeiliche Sicherheitsapparat entwickelte sich – gemessen an der Bevölkerungszahl – zum größten in der Welt. Die Zahl der Hauptamtlichen MfS-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter lag 1989 bei 91 015 (1971: 45 580). Parallel vergrößerte sich das Netz der Inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (IM): Während 1968 etwa 100 000 Personen für das MfS tätig waren, gab es 1975 bereits 180 000. Das Aufgabenfeld des MfS war breit gefächert und umfasste nicht nur den Bereich der Auslandsspionage, sondern auch Funktionen eines Inlandsgeheimdienstes sowie die Verfolgung von vermeintlicher Wirtschaftssabotage und Industriespionage.

NATO-Doppelbeschluss

Die NATO-Mitgliedstaaten beschlossen am 12. Dezember 1979 die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise-Missiles) in Westeuropa, falls es nicht gelingen sollte, die Sowjetunion zum Abbau entsprechender Raketensysteme (SS-20) in Osteuropa zu bewegen. Das westliche Militärbündnis reagierte damit auf die Überlegenheit der Sowjetunion in dieser Waffengattung. Aus Sicht der NATO bestand ein Ungleichgewicht bei der atomaren Abschreckung. Zusammen mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan am 25. Dezember 1979 markierte der NATO-Doppelbeschluss das vorläufige Ende der bisherigen Entspannungspolitik; die Ost-West-Konfrontation verschärfte sich. Die sogenannte Nachrüstung mobilisierte Proteste und große Demonstrationen nicht nur im Westen, sondern bewegte auch zahlreiche Menschen im Osten. Das Friedenthema elektrisierte die Menschen in Ost und West und ließ eine länderübergreifende Friedensbewegung entstehen. Nachdem Abrüstungsverhandlungen in Genf gescheitert waren, kam es ab Ende 1983 zur Aufstellung der neuen Atomraketen in Belgien, der Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und der Niederlande. Mit dem Machtantritt von Michail S. Gorbatschow in Moskau 1985 änderte sich die sowjetische Haltung. Die beiden Supermächte vereinbarten 1987 den Abbau und die Vernichtung aller atomar bestückten, landgestützten Raketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5 500 km.

„Neuer Kurs“

Nach dem Tod Josef W. Stalins am 5. März 1953 geriet die SED-Herrschaft ins Wanken. Die übereilte Kollektivierung der Landwirtschaft

hatte Versorgungsprobleme hervorgerufen. Die Reparationszahlungen an die Sowjetunion und der Aufbau bewaffneter Organe trugen zur Überforderung des Staatshaushalts bei. Darüber hinaus führte die repressiven Maßnahmen Ost-Berlins gegen Bauern, Selbständige und die Kirche dazu, dass die Fluchtzahlen stiegen. Daraufhin verordnete die neue Kremelführung der SED-Führung einen Kurswechsel. Mit der Proklamation des „Neuen Kurses“ am 9. Juni 1953 wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft gestoppt, die Benachteiligung von Privatbetrieben zurückgenommen und die Konsumgüterindustrie gestärkt. Die Parole vom „Aufbau des Sozialismus“, die Walter Ulbricht auf der II. SED-Parteikonferenz im Sommer 1952 vollmundig ausgerufen hatte, wurde stillschweigend ad acta gelegt. Dagegen blieb die Erhöhung der Arbeitsnormen, die einem Reallohnrückgang gleichkam, zunächst noch bestehen und führte zum Ausbruch des Volksaufstandes am 17. Juni 1953.

Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung (NÖSPL)

Das NÖSPL war eine SED-Wirtschaftsreform, die in den 1960er-Jahren die Steuerungsfähigkeit der Planwirtschaft verbessern sollte. Auf der Grundlage wissenschaftlicher Modelle ging es der Parteiführung darum, Leistungsanreize für effizientes Wirtschaftshandeln zu schaffen und dafür die Eigenständigkeit der volkseigenen Betriebe zu stärken. Dazu wurde mit großem Aufwand eine Industriepreisreform konzipiert, die jedoch nicht zustande kam. Das NÖSPL wurde maßgeblich vom Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Erich Apel, dem Wirtschaftsfachmann Walter Halbritter und dem Professor für Politische Ökonomie Herbert Wolf entwickelt. Obwohl Walter Ulbricht die Wirtschaftsreformer unterstützte, weil er sich davon ein Aufbrechen verkrusteter Verwaltungsstrukturen versprach, gab es von Anfang an Widerstände im Politbüro gegen die Reformpläne. Die Wirtschaftsreformer standen vor der unlösbaren Aufgabe, marktwirtschaftliche Elemente in die Planwirtschaft einzubauen, ohne diese in Frage zu stellen. Als der ökonomische Erfolg ausblieb, setzten sich die konservativen Kräfte in der SED-Führung durch und beendeten das Experiment. Als Konsequenz wurde Ulbricht 1971 zum Rücktritt gedrängt.

Nivellierte Mittelstandsgesellschaft

Die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ ist ein Konzept, das der Soziologe Helmut Schelsky entwickelt hat, um die Sozialstruktur der Bundesrepublik Mitte der 1950er-Jahre zu kennzeichnen. Darin beschrieb er eine in erster Linie kleinbürgerlich-mittelständisch orientierte Gesellschaft, die in ihrem Selbstverständnis das Ziel verfolgte, die Unterschiede zwischen Ober- und Unterschichten einzuebrennen. Die Ursache für den Nivellierungsprozess führte Schelsky auf die ökonomische Prosperität des „Wirtschaftswunders“ in der Bonner Republik zurück, die eine allgemeine Teilhabe an Massenkonsumgütern ermöglicht habe. Kritiker wiesen darauf hin, dass sein Konzept von einer nahezu harmonischen Einheit der Gesellschaft ausgehen und nach wie vor bestehende soziale Ungleichheiten ignorieren würde. Dennoch konnte sich Schelsky, dem aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft eine inhaltliche Nähe zum nationalsozialistischen Konzept der „Volksgemeinschaft“ vorgehalten wurde, zu einem der einflussreichsten Stichwortgeber des Zeitgeistes in der Ära Adenauer entwickeln.

Notstandsgesetzgebung

Nach Gründung der Bundesrepublik 1949 verfügten die drei Westmächte noch über Sonderrechte (alliierte Vorbehaltsrechte), die die innere Sicherheit des neuen Staates betrafen. Seit Ende der 1950er-Jahre lagen Pläne zur Einfügung einer Notstandsgesetzgebung in das Bonner Grundgesetz vor, die die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisensituationen sichern sollte. Dabei ging es konkret um gesetzliche Regelungen für den Verteidigungsfall, bei inneren Unruhen und Naturkatastrophen. In diesen Ausnahmefällen sollte eine Einschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie der Einsatz von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz im Innern ermöglicht werden. Da dadurch die Gesetzgebungskompetenz des Bundes gegenüber den Ländern ausgeweitet wurde, war eine Grundgesetzänderung bzw. -ergänzung notwendig, für die jedoch eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war.

Diese Möglichkeit bot sich erst mit der Bildung der Großen Koalition 1966, die über die entsprechende Mehrheit im Bundestag verfügte. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 rief bundesweite Proteste hervor und führte zur Bildung der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO), die Teil der Studentenbewegung wurde.

Nürnberger Kriegsverbrecherprozess

Bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestand zwischen den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition Einigkeit darüber, die Führungsränge des nationalsozialistischen Regimes für die verübten Massenverbrechen zur Verantwortung zu ziehen. Dazu wurde nach Kriegsende der Internationale Militärgerichtshof eingerichtet, der vom 20. November 1945 bis zum 1. Oktober 1946 im Nürnberger Justizpalast tagte. Die Anklagepunkte konzentrierten sich auf die Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskrieges, Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung und an Kriegsgefangenen sowie den Massenmord in den Vernichtungslagern (Verbrechen gegen die Menschlichkeit). Nach 218 Verhandlungstagen verhängte das Gericht zwölf Todesurteile und gegen sieben weitere Angeklagte langjährige Haftstrafen. Der Prozess fand weltweit große Aufmerksamkeit, revolutionierte das Völkerrecht und war Vorbild für die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag 2002.

„Ökonomische Hauptaufgabe“

Beflügelt vom Erfolg des sowjetischen Weltraumfahrtprogramms (Sputnik 1) verkündete SED-Chef Walter Ulbricht auf dem V. SED-Parteitag Mitte 1958 die „ökonomische Hauptaufgabe“. Das utopische Wirtschaftsprogramm verhieß die Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft gegenüber der westlichen Marktwirtschaft. Das verabschiedete Parteitagdokument sah im Einzelnen vor, dass die Bundesrepublik im Verbrauch wichtiger Lebensmittel und Konsumgüter bis 1961 eingeholt werden sollte. Um dieses Ziel zu erreichen, war geplant, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den anderen Ostblockstaaten zu intensivieren, die im 1949 gegründeten Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) organisiert waren. Außerdem war der Ausbau der chemischen Industrie als Schlüsseltechnologie und die Mobilisierung aller verfügbaren Ressourcen vorgesehen. Die ökonomische Lage der DDR blieb jedoch angespannt: Die Wachstumsrate und die Investitionsquote gingen bis Anfang der 1960er-Jahre zurück.

Ostverträge

Zu den von der Bundesrepublik geschlossenen Ostverträgen zählen insbesondere der Moskauer Vertrag (abgeschlossen mit der Sowjetunion 1970), der Warschauer Vertrag (abgeschlossen mit Polen 1970), der Grundlagenvertrag (abgeschlossen mit der DDR 1972) und der Prager Vertrag (abgeschlossen mit der Tschechoslowakei 1973). Die Verträge enthielten Vereinbarungen auf gegenseitigen Gewaltverzicht. Damit war eine Anerkennung des Status quo der bestehenden Grenzen in Europa verbunden. Im weiteren Umfeld sind außerdem die mit der DDR abgeschlossenen Folgeverträge bzw. Abkommen (z. B. Transitabkommen 1971, Verkehrsvertrag 1972, Abkommen über Post- und Fernmeldeverkehr 1976, Kulturabkommen 1986) sowie das Viermächteabkommen über Berlin 1971 zu nennen.

Passierscheinabkommen

Mit dem ersten Passierscheinabkommen vom 17. Dezember 1963 gelang es erstmals, die Mauer in Berlin durchlässiger zu machen. Mehr als zwei Jahre nach dem Mauerbau konnten West-Berlinerinnen und -Berliner ihre Verwandten im Ostteil der Stadt über Weihnachten wieder besuchen. Trotz unterschiedlicher Rechtsauffassung über den Status Berlins erzielten Vertreter des West-Berliner Senats und der DDR einen Abschluss der Verhandlungen. Bis 1966 folgten noch drei weitere Abkommen. Die getroffene Vereinbarung sah vor, dass die Anträge auf Passierscheine von Mitarbeitenden der DDR-Post bearbeitet wurden, die zwar staatliche Beschäftigte, aber keine Hoheitsträger (wie Polizei- und Zollbeamte) waren. Während die Bundesregierung das Passierscheinabkommen als Verwaltungsvereinbarung ansah, die keine Anerkennung der DDR beinhaltete, erblickte die SED-Führung in dem

Abkommen einen völkerrechtlichen Vertrag. Mit dieser Position konnte sich Ost-Berlin nicht durchsetzen und lehnte weitere Abkommen ab. Eine endgültige Regelung kam erst im Zuge des Viermächteabkommens über Berlin 1971 zustande.

Potsdamer Konferenz

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa – in Asien endeten die Kriegshandlungen erst mit der Kapitulation Japans am 2. September 1945 – trafen sich die Staats- bzw. Regierungschefs der drei Siegermächte (Großbritannien, Sowjetunion, USA) in Potsdam, um über die Zukunft Deutschlands zu beraten. An dem Treffen, das vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloss Cecilienhof stattfand, war Frankreich nicht beteiligt. Dort verständigten sich die Großen Drei auf vier allgemeine Ziele: Denazifizierung und Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, Dekartellisierung der deutschen Wirtschaft und Demilitarisierung Deutschlands. Obwohl eine endgültige Reparationssumme nicht festgelegt wurde, räumten sich die Siegermächte ausdrücklich das Recht ein, ihre Reparationsansprüche durch Demontage industrieller Anlagen sowie durch Sachleistungen aus der jeweils eigenen Besatzungszone zu befriedigen. Außerdem bestätigten die Konferenzteilnehmer die bereits angelaufene Vertreibung der deutschen Bevölkerungsgruppen aus Polen, aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn. Das als „Potsdamer Abkommen“ bekannte Dokument war in rechtlicher Hinsicht kein völkerrechtlicher Vertrag, was die Wirkung der getroffenen Vereinbarungen jedoch nicht schmälerte.

„Republikflucht“

Bis zum Mauerbau 1961 verließen schätzungsweise drei Millionen Menschen die DDR, die damit auf die Repressionsmaßnahmen des SED-Regimes, aber auch auf die wirtschaftlichen Probleme in der DDR reagierten. Da sich unter den Geflüchteten besonders viele junge Menschen befanden, führte die Migrationswelle langfristig zu einer Überalterung der ostdeutschen Bevölkerung. Im Ost-West-Konflikt bekam die Flucht in den Westen eine zusätzliche Bedeutung, denn sie wurde von westdeutschen Politikern und der gesamtdeutschen Öffentlichkeit als Abstimmung mit den Füßen interpretiert. Nachdem die SED-Führung das Phänomen zunächst nur als hinnehmbaren Kollateralschaden der eigenen Politik betrachtet hatte, änderte sich das Anfang der 1950er-Jahre: Flüchtlinge wurden nun als „Republikflüchtlinge“ stigmatisiert und die Grenzanlagen zur Bundesrepublik massiv ausgebaut. Gleichzeitig versuchte Ost-Berlin Facharbeiter, Wissenschaftler und Ärzte zum Wechsel aus der Bundesrepublik in die DDR zu bewegen, was letztlich scheiterte. Der SED gelang es nicht, die Abwanderung in den Westen durch eine Zuwanderung in den Osten zu kompensieren. Erst der Mauerbau 1961 beendete die größte Migrationsbewegung in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

SED-Kahlschlagplenum

Nachdem die SED Anfang der 1960er-Jahre Reformansätze in der Jugend- und Kulturpolitik verfolgt hatte, vollzog sie einige Jahre später eine radikale Wende. Die 11. Tagung des SED-Zentralkomitees (ZK) beendete Ende 1965 alle Hoffnungen auf eine Liberalisierung im Kulturbereich. Die Tagung ist aufgrund der Schärfe der dort vorgetragenen Kritik an einigen ostdeutschen Schriftstellern und Intellektuellen als „Kahlschlagplenum“ in die Geschichtsbücher eingegangen. Die SED-Führung wollte ein Exempel statuieren und Erwartungen auf einen kulturpolitischen Frühling in der DDR im Keim ersticken. Im Zentrum der kleinbürgerlichen Kritik, die sich auch gegen eine Verwestlichung der ostdeutschen Jugend richtete, standen der Liedermacher Wolf Biermann, der Schriftsteller Stefan Heym und der Naturwissenschaftler Robert Havemann. Die Rolle des Chefanklägers übernahm Erich Honecker, der sich erneut als treuer Vasall Ulbrichts erwies und auf der ZK-Tagung zum Rundumschlag ausholte. Seine Rede signalisierte, dass Kunst und Kultur in der DDR keine Autonomie besaßen, und war eine Warnung an alle Schriftsteller und Künstlerinnen, sich mit ihrer Kritik an den bestehenden Verhältnissen in der DDR zurückzuhalten. Künstler wie Biermann erhielten Auftrittsverbote; viele Filme und Bücher kamen auf den Index.

Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD)

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) war die oberste Besatzungsverwaltung in der SBZ. Sie hatte ihren Sitz in Berlin-Karlshorst. Die SMAD war zentralistisch organisiert; auf Landes- und Kreisebene gab es entsprechende Verwaltungseinheiten. Die SMAD war weisungsgebunden, unterstand der sowjetischen Führung in Moskau und verfügte über einige Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie war direkter Ansprechpartner für ostdeutsche Politikerinnen und Politiker. Mit der DDR-Gründung 1949 wurde die SMAD aufgelöst, ihre Aufgabe übernahm die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) als Nachfolgerin.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)

Im Mittelpunkt des DDR-Herrschaftssystems stand die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die am 21. April 1946 aus dem Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) gegründet wurde. Da die Parteienfusion nur durch erheblichen Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und der kommunistischen Parteiführung gegen den Widerstand zahlreicher Sozialdemokraten zustande kam, kann von einer Zwangsvereinigung gesprochen werden. Sozialdemokratische Parteimitglieder, die sich gegen den Zusammenschluss offen aussprachen, zählten – neben Vertretern der bürgerlichen Parteien CDU (Christlich Demokratische Union) und LDP (Liberal-Demokratische Partei) – zu den ersten Opfern des SED-Regimes. Die SED war eine Massenpartei, die Ende der 1980er-Jahre über zwei Millionen Mitglieder hatte. In der friedlichen Revolution 1989 wurde die SED am 4. Februar 1990 in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) umbenannt.

Spiegel-Affäre

Die Spiegel-Affäre 1962 gilt als eine der größten innenpolitischen Krisen in der Ära von Konrad Adenauer (CDU), der von 1949 bis 1963 als Bundeskanzler amtierte. Mitarbeitende des Hamburger Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* sahen sich nach einem Artikel über die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik („Bedingt abwehrbereit“) dem Vorwurf ausgesetzt, Landesverrat begangen zu haben. Mit Rückendeckung des Bundesverteidigungsministeriums ließ die Bundesanwaltschaft die Redaktionsräume durchsuchen und mehrere Redakteure verhaften – darunter auch den Herausgeber Rudolf Augstein. Gegen das Vorgehen der Regierung gab es bundesweit Proteste. Der Bundesgerichtshof entschied 1965, dass keine Beweise vorlägen, die den Vorwurf belegen würden, und lehnte die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen die beschuldigten Journalisten ab. Der Ausgang der Affäre und die öffentliche Kritik an der Bundesregierung wurden bereits zeitgenössisch als Stärkung der Pressefreiheit gesehen. In der Folge musste Franz Josef Strauß (CSU) von seinem Amt als Bundesverteidigungsminister zurücktreten.

Sputnik 1

Der Sowjetunion gelang es am 4. Oktober 1957 einen künstlichen Satelliten ins All zu schießen, der die Erde in einer elliptischen Bahn 92 Tage lang und in einer Flughöhe zwischen 215 und 939 km umkreiste. Damit hatte Moskau das Rennen um die Vorherrschaft im Weltraum vorerst für sich entscheiden können. Während die Ostblockstaaten den erfolgreichen Flug des Sputnik 1 (russisch für Weggefährte, Begleiter) als Zeichen für die eigene Überlegenheit feierten, war die westliche Welt entsetzt über die technologische Leistungsfähigkeit der Sowjetunion. Der Sputnik-Euphorie im Osten entsprach der Sputnik-Schock im Westen. Die nachfolgenden Missionen (Sputnik 2, Sputnik 3) konnten nicht mehr ganz an den Erfolg von Sputnik 1 anknüpfen. Mitte der 1960er-Jahre hatten die USA die Sowjetunion in der Weltraumfahrt eingeholt. Am 20. Juli 1969 stand mit dem US-amerikanischen Astronauten Neil Armstrong der erste Mensch auf dem Mond.

Stabilitäts- und Wachstumsgesetz

In Westdeutschland kam es 1966/67 erstmals zu einer Rezession. Das Ende des sogenannten Wirtschaftswunders zeichnete sich ab: Die Konjunktur brach ein und die Arbeitslosenzahlen stiegen. Nach

dem Sturz von Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) 1966 hatten die Unionsparteien (CDU/CSU) und die SPD auf Bundesebene erstmals eine gemeinsame Regierung (Große Koalition) gebildet. Damit war eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik verbunden, die unter Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) sehr stark den Ideen folgte, die der britische Ökonom John M. Keynes in den 1930er-Jahren als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise entwickelt hatte. Dazu gehörten Konjunkturprogramme, eine Stärkung der institutionellen Zusammenarbeit zwischen Staat, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften („Konzertierte Aktion“) sowie das Konzept der sogenannten Globalsteuerung. Letzteres führte 1967 zur Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, das vier Kriterien festschrieb, an dem sich staatliches Handeln orientieren sollte: Preisstabilität, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes Wirtschaftswachstum („magisches Viereck“). Daraufhin nahm die wirtschaftliche Entwicklung schnell wieder Fahrt auf, die aber 1973 mit dem Erdölpreisschock jäh gestoppt wurde.

Stalin-Note

Um die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern, bot der sowjetische Diktator Josef W. Stalin den drei Westmächten am 10. März 1952 Verhandlungen über eine Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands an, das keinem der beiden Paktsysteme (NATO bzw. Warschauer Pakt) angehören sollte. Der Notenwechsel, der sich daraufhin bis zum Sommer hinzog, blieb ergebnislos, da sich die Regierungen in Washington, London und Paris weigerten, auf das vermeintliche Angebot des Krenlchefs einzugehen. Die Stalin-Noten lösten eine kontroverse Debatte in der Bundesrepublik aus; Kritiker der Deutschlandpolitik Adenauers erblickten in der ablehnenden Haltung der Bundesregierung eine verpasste Chance. Nach der kurzzeitigen Öffnung der sowjetischen bzw. russischen Archive Anfang der 1990er-Jahre deutet vieles darauf hin, dass die Offerte Stalins ein Störmanöver war, um die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Paktsystem zu torpedieren.

Three essentials

Mit dem Berlin-Ultimatum 1958 hatte Nikita S. Chruschtschow die Rechte der drei Westmächte in West-Berlin grundsätzlich in Frage gestellt. Nach dem inhaltlich erfolglosen Gipfeltreffen mit Chruschtschow in Wien am 3./4. Juni 1961 wies der US-amerikanische Präsident John F. Kennedy die sowjetische Führung in die Schranken. In einer Rundfunk- und Fernsehansprache formulierte er am 25. Juli 1961 die *three essentials* der USA zur Berlin-Frage, die für ihn nicht verhandelbar waren: der freie Zugang nach Berlin, die Anwesenheit der Westmächte in der Stadt und das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung West-Berlins. Kennedy reagierte auf den Mauerbau zweieinhalb Wochen später sehr zurückhaltend und intervenierte nicht, weil die in den *three essentials* enthaltenen Interessen der USA nicht tangiert waren.

Treuhandanstalt

Die Gründung der Treuhandanstalt ging auf ostdeutsche Bürgerrechtler in der friedlichen Revolution 1989 zurück, die einen Ausverkauf der DDR-Industrie verhindern wollten. Mit dem Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft, der sich nach dem Mauerfall am 9. November massiv beschleunigte, entwickelte sich die Behörde von einer „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ zu einem Instrument zur Lösung der ökonomischen Probleme des Landes. Die Treuhandanstalt war eine überforderte Behörde, denn sie bekam von der Politik zahlreiche Aufgaben zugewiesen. Sie war zuständig nicht nur für die Privatisierung der ostdeutschen Betriebe, sondern musste auch eine Antwort auf die Frage nach der Sanierung ökologischer Altlasten finden und einen Beitrag zum Strukturwandel in Ostdeutschland leisten. Darüber hinaus beschäftigte sie sich mit sozialpolitischen Fragen und kooperierte mit den Tarifparteien, um Sozialpläne aufzustellen. Die Behörde wurde unter dem am 1. April 1991 ermordeten Präsidenten Detlev K. Rohwedder stark ausgebaut und verfügte unter seiner Nachfolgerin Birgit Breuel 1992/93 über rund 4 000 Beschäftigte, die in der Berliner Zentrale und in den Niederlassungen in den ehemaligen DDR-Bezirks-

städten tätig waren. Obwohl die Arbeit der Treuhandanstalt Ende 1994 offiziell für beendet erklärt wurde, existiert die Nachfolgeeinrichtung – die mittlerweile in Liquidation befindliche Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) – bis heute.

Ulmer Einsatzgruppenprozess

Der Einsatzgruppenprozess begann am 28. April 1958 vor dem Landgericht Ulm und endete am 29. August desselben Jahres mit dem Urteilsspruch. Angeklagt waren zehn Angehörige der Geheimen Staatspolizei (Gestapo), des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS (SD) und der Ordnungspolizei. Ihnen wurde vorgeworfen, 1941 als Mitglieder des Einsatzkommandos Tilsit über 5 000 jüdische Kinder, Frauen und Männer im litauisch-deutschen Grenzgebiet ermordet zu haben. Die Angeklagten wurden wegen „Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord“ zu Haftstrafen zwischen drei und 15 Jahren verurteilt. Der Prozess, über den die Medien ausführlich berichteten, gilt bis heute als wichtige Zäsur bei der öffentlichen Diskussion über die NS-Verbrechen („Vergangenheitsbewältigung“). Er war der entscheidende Impuls für die Gründung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg (kurz: Ludwigsburger Zentrale Stelle), die 1959 bereits 400 Vorermittlungsverfahren einleitete.

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR)

Die UdSSR (kurz: Sowjetunion) wurde am 30. Dezember 1922 gegründet und existierte bis zu ihrer Auflösung am 26. Dezember 1991. Es handelte sich um einen von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) zentralistisch regierten Vielvölkerstaat, dessen Kerngebiet aus der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) bestand, die im Zusammenhang mit der Oktoberrevolution 1917 aus dem Zarenreich hervorgegangen war.

Verjährungsdebatten

Das deutsche Strafgesetzbuch sah für Verbrechen wie Mord eine Verjährungsfrist von zwanzig Jahren vor. 1965 rückte das Thema, wie mit den NS-Verbrechen weiter zu verfahren sei, auf die Tagesordnung des Bonner Bundestages. Die Bundesregierung vertrat den Standpunkt, dass eine Verlängerung der Verjährungsfrist gegen den Rechtsgrundsatz des Verbots rückwirkender Gesetze verstoße („nulla poena sine lege“). Im Parlament standen sich zwei Positionen gegenüber: Während einige Abgeordnete die Grundsätze des Rechtsstaates verletzt sahen, wenn ein erloschener Strafanspruch rückwirkend wieder geltend gemacht wird, war anderen Parlamentariern die Vorstellung unerträglich, die bis dahin noch ungesühnten Massentötungen und den Genozid an den europäischen Jüdinnen und Juden verjähren zu lassen. Die Verjährungsdebatte vom 10. März 1965 gilt als Sternstunde des Bundestages, weil sich nach Aufhebung des Fraktionszwangs eine intensive, offene und sachorientierte Debatte entwickelte. Am Ende stand ein Kompromiss: Der Ablauf der Verjährungsfrist wurde auf 1970 verschoben. Darüber debattierte der Bundestag erneut 1969 und verlängerte die Frist um weitere zehn Jahre. Schließlich hob das Parlament die Verjährungsfrist für Mord 1979 endgültig auf.

Viermächteabkommen

Das Viermächteabkommen über Berlin regelte die strittigen Fragen über den rechtlichen Status von West-Berlin, die nach 1945 zu mehreren Krisen geführt hatten: Berlin-Blockade (1948) und Berlin-Ultimatum Chruschtschows (1958). Das Abkommen wurde am 3. September 1971 von Vertretern der vier Siegermächte (Frankreich, Sowjetunion, Vereinigtes Königreich, USA) im Gebäude des Alliierten Kontrollrates in Berlin unterzeichnet. Das Abkommen bestätigte erstens den Viermächtestatus der Stadt, sicherte zweitens die Existenz West-Berlins und die Zugangswege nach West-Berlin ab und enthielt drittens das gemeinsame Bestreben nach Erleichterungen für die Bevölkerung West-Berlins. Das Abkommen war Ausdruck der Entspannungspolitik, die sich im Verlauf der 1960er-Jahre durchsetzen konnte, und trug erheblich zur Entschärfung des Ost-West-Konflikts bei.

Wiedergutmachung

Unter dem Begriff werden Maßnahmen der Bundesregierung zusammengefasst, durch die Verfolgte des NS-Regimes materiell entschädigt werden sollten. Wiedergutmachung ist ein zentraler Aspekt der „Vergangenheitsbewältigung“ (besser: Vergangenheitspolitik) in Westdeutschland. Nachdem sich Konrad Adenauer (CDU) in einer Regierungserklärung im Bundestag am 27. September 1951 unmissverständlich zur Pflicht der Bundesrepublik bekannt hatte, Wiedergutmachung gegenüber Vertretern des Judentums und dem 1948 gegründeten Staat Israel zu leisten, kam es ein Jahr später – nach komplizierten Verhandlungen – zur Unterzeichnung eines Wiedergutmachungsabkommens mit Israel. Der Begriff „Wiedergutmachung“ ist irreführend, da die individuellen Schäden durch Verfolgung, Versklavung, Ermordung und Beraubung durch das NS-Regime nicht „wieder gut gemacht“ werden können. In den 1960er-Jahren schloss die Bundesrepublik mit elf westeuropäischen Ländern Globalabkommen über Entschädigungen in Höhe von 876 Millionen DM für NS-Verfolgte ab. Nach der Herstellung der deutschen Einheit 1990 folgten ähnliche Abkommen mit Polen und den drei Nachfolgestaaten der Sowjetunion – Russische Föderation, Ukraine und Weißrussland – mit insgesamt 1,5 Milliarden DM. Regelungen für NS-Verfolgte in den baltischen Staaten sowie für die osteuropäischen Zwangsarbeiter kamen erst sehr viel später zustande.

Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter

Die Zentrale Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter (kurz: Zentrale Erfassungsstelle) bestand zwischen 1961 und 1992. Sie hatte die Aufgabe, Hinweisen auf Tötungsdelikte, Unrechtsurteile, Verschleppung oder politische Verfolgung in der DDR nachzugehen und Beweismittel zu sichern. Die Zentrale Erfassungsstelle sammelte und dokumentierte Zeugenaussagen von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern, die in die Bundesrepublik geflohen waren. SED-Chef Erich Honecker forderte 1980 vergeblich die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle, die nach der Wiedervereinigung geschlossen wurde. Die Akten der Behörde mit Angaben zu mehr als 60 000 Straftaten lagern im Bundesarchiv Koblenz.

Zwei-plus-Vier-Vertrag

Die Außenminister der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte unterzeichneten den Zwei-plus-Vier-Vertrag am 12. September 1990 in Moskau, der die deutsche Einheit erst ermöglicht hat. Der Vertrag stellte endgültig die innere und äußere Souveränität des vereinten Deutschlands her. Dabei wurden erstens die mitteleuropäischen Grenzen und damit das Staatsgebiet des vereinten Deutschlands mit der Maßgabe festgelegt, dass Deutschland keine Gebietsansprüche an andere Staaten stellt. Zweitens wurde die Personalstärke der deutschen Streitkräfte (Bundeswehr) auf 370 000 Personen festgeschrieben und mit dem Zusatz versehen, dass Deutschland auf die Herstellung, die Verfügung über und den Besitz von atomaren, chemischen und biologischen Waffen (ABC-Waffen) sowie auf das Führen von Angriffskriegen verzichtet. Drittens wurde der Abzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland bis 1994 vereinbart. Viertens erhielt Deutschland das Recht, Bündnissystemen anzugehören, was sich insbesondere auf die Frage der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands bezog.

Literaturhinweise

Abelshäuser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2011, 620 S.

Böick, Marcus/Goschler, Constantin/Jessen, Ralph (Hg.): Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, Berlin 2020, 360 S.

Bösch, Frank: Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015, 491 S.

Brechenmacher, Thomas: Im Sog der Säkularisierung. Die deutschen Kirchen in Politik und Gesellschaft (1945–1990), Berlin 2021, 208 S.

Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Zöllner, Kathrin (Hg.): Die lange Geschichte der „Wende“. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin 2020, 272 S.

Brunner, Detlev/Heydemann, Günther: Die Einheit und die Folgen. Eine Geschichte Deutschlands seit 1990, Bonn 2021, 464 S.

Budde, Gunilla: So fern, so nah. Die beiden deutschen Gesellschaften (1949–1989), Stuttgart 2022, 259 S.

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hg.): Reihe Informationen zur politischen Bildung/izpb: Deutschland in den fünfziger Jahren (Nr. 256/2002); Zeiten des Wandels (Nr. 258/2002); Deutschland 1945–1949 (Nr. 259/2005); Deutschland in den 70er und 80er Jahren (Nr. 270/2002); Geschichte der DDR (Nr. 312/2011); Der Weg zur Einheit (Nr. 352/2022). Online: www.bpb.de/izpb

Creuzberger, Stefan/Geppert, Dominik (Hg.): Die Ämter und die Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972, Paderborn 2018, 213 S.

Detjen, Marion: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989, München 2005, 480 S.

Eckert, Astrid M.: Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eiserner Vorhang, Berlin 2022, 560 S.

Effner, Bettina: Der Westen als Alternative. DDR-Zuwanderer in der Bundesrepublik und in West-Berlin 1972 bis 1989/90, Berlin 2020, 448 S.

Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2011, 364 S.

Görtemaker, Manfred: Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung, Berlin 2009, 224 S.

Goschler, Constantin: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2005, 543 S.

Großbölting, Thomas: Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn 2020, 565 S.

Henke, Klaus-Dietmar: Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011, 608 S.

Hockerts, Hans Günter: Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945, Göttingen 2011, 367 S.

Hoffmann, Dierk: Von Ulbricht zu Honecker. Die Geschichte der DDR 1949–1989, Berlin 2013, 192 S.

Hoffmann, Dierk (Hg.): Die umkämpfte Einheit. Die Treuhandanstalt und die deutsche Gesellschaft, Berlin 2022, 424 S.

Kaminski, Annette: Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001, 176 S.

Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1986, 576 S.

Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1997, 648 S.

Kössler, Till/Steuwer, Janosch (Hg.): Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er Jahre, Bonn 2023, 334 S.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2015, 623 S.

Lorke, Christoph: An den Rändern der Gesellschaft. Armut und soziale Ausgrenzung im geteilten Deutschland, Berlin 2021, 192 S.

Mann, Michael: Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethischen Säuberung, Hamburg 2007, 861 S.

Melis, Damian van/Bispinck, Henrik (Hg.): „Republikflucht“. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006, 276 S.

Morina, Christina: Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren, München 2023, 400 S.

Mrozek, Bodo: Jugend, Pop, Kultur. Eine transnationale Geschichte, Berlin 2019, 866 S.

Neumaier, Christopher: Hausfrau, Berufstätige und Mutter? Frauen im geteilten Deutschland, Berlin 2022, 200 S.

Rau, Christian: Hungern für Bischofferode. Protest und Politik in der ostdeutschen Transformation, Frankfurt am Main/New York 2023, 273 S.

Rauh, Robert: „Die Mauer war doch richtig!“ Warum so viele DDR-Bürger den Mauerbau widerstandslos hinnahmen, Berlin-Brandenburg 2021, 208 S.

Ritter, Gerhard A.: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates, München 2007, 546 S.

Rödter, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, 490 S.

Schwartz, Michael: Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013, 707 S.

Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Bonn 2007, 328 S.

Suckut, Siegfried (Hg.): Volkes Stimmen. „Ehrlich, aber deutlich“ – Privatbriefe an die DDR-Regierung, München 2016, 576 S.

Tack, Anja: Riss im Bild. Kunst und Künstler aus der DDR und die deutsche Vereinigung, Göttingen 2021, 541 S.

Thomas, Karin: Kunst in Deutschland seit 1945, Köln 2002, 540 S.

Türk, Henning: Treibstoff der Systeme. Kohle, Erdöl und Atomkraft im geteilten Deutschland, Berlin 2021, 200 S.

Weber, Petra: Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90, Berlin 2020, 1292 S.

Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, 384 S.

Wentker, Hermann: Die Deutschen und Gorbatschow. Der Gorbatschow-Diskurs im doppelten Deutschland 1985–1991, Berlin 2020, 670 S.

Wildt, Michael: Vom kleinen Wohlstand. Eine Konsumgeschichte der fünfziger Jahre, Frankfurt am Main 1996, 288 S.

Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium 1982–1990, München 2006, 848 S.

Wölbern, Jan Philipp: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, Göttingen 2014, 563 S.

Wolff, Frank: Die Mauergesellschaft. Kalter Krieg, Menschenrechte und die deutsch-deutsche Migration 1961–1989, Berlin 2019, 1026 S.

Internetquellen

Chronik der Mauer; <https://www.chronik-der-mauer.de/>

Deutschland Archiv (bpb); <https://www.bpb.de/themen/deutschland-archiv/>

Erinnerungskultur, Dossier (bpb); <https://www.bpb.de/themen/erinnerung/geschichte-und-erinnerung/39813/erinnerungskultur/>

Lange Wege der Deutschen Einheit, Dossier (bpb); <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/>

Lemo – Lebendiges Museum Online; <https://www.dhm.de/lemo/>

Stasi, Dossier (bpb); <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/stasi/>

Zeitzeugen-Portal; <https://www.zeitzeugen-portal.de/>

Materialien

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Materialien – Falter: Geschichte der DDR von Dr. Eckart Thurich (2019). Online: <https://www.bpb.de/shop/materialien/falter/193838/geschichte-der-ddr/>

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Materialien – Falter: Deutsche Geschichte 1914–1990 von Robby Geyer (2021). Online: <https://www.bpb.de/shop/materialien/falter/139968/deutsche-geschichte-1914-1990/>

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Lernangebot: „Wir waren so frei...“ Momentaufnahmen 1989/90 im Unterricht (2018). Online: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/wir-waren-so-frei/>

Der Autor

Prof. Dr. Dierk Hoffmann (geb. 1963) ist stellvertretender Leiter der Berliner Abteilung des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ) und apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Potsdam. Seit 2017 leitet er das Projekt zur Geschichte der Treuhandanstalt am IfZ. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der Sozialpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, die Geschichte der SBZ/DDR, die deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte, die Transformationsgeschichte sowie die Biografieforschung.

Bildnachweise

AKG images

23: Interfoto | TV-Yesterday / 46: Gert Schütz

bpk-Bildagentur

44 beide Fotos: bpk | Bundesstiftung Aufarbeitung | Klaus Mehner

Bundesarchiv (BArch)

13 oben: B 145 Bild-F090969-0033 / 13 unten: Bild 183-S89742 / 33: B 145 Bild-00048358

Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv

18: BStU, MfS, BV Schwerin, AU, Nr. 92/53, Bl. 282

Getty Images

12: Keystone-France | Kontributor

Konrad Adenauer Stiftung

16 rechts: KAS/ACDP, 10-001-414.

Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart

19: J 153 Nr 539, 1 Plakat

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen

20: BR 2154 Nr. 7 | unbekannt

Neues Deutschland

25: Mit freundlicher Genehmigung der Stiftung „Willi Münzenbergs Erben“

Stiftung Haus der Geschichte:

14: EB-Nr. 1991/10/500.06420 | Hicks, Wolfgang (Künstler)

picture alliance

4: dieKLEINERT | Martin Erl / 6: Photo12 | Ann Ronan Picture Librar | – / 8: dpa | dpaweb | CTK / 12 unten links: agk-images / 12 unten rechts: dpa | dpa US air Force / 16 links: Heinz-Jürgen Göttert / 17: Klaus Rose / 21: Bildagentur-online | Joko / 24: dpa | Rainer Jensen / 29: Horst Ossinger / 31: agk-images | Herbert Kraft / 32: dpa | Chris Hoffmann / 35 links: dpa | – / 35 rechts: Klaus-Dieter Heirler / 36: agk-images / 37: dpa | Horst Sturm / 38: dpa | Wilhelm Bertram / 39: imageBROKER | Rolf Zöllner / 40: Klaus Rose / 42: Dieter Klar / 45: ZB | Ulrich Hässler / 48: JOKER | Hartwig Lohmeyer / 51: dpa | Karl Schnörter / 52 links: agk-images | Pansegrau / 52 rechts: Chris Hoffmann / 54: Wilhelm Bertram / 55 links: ZB | Waltraud Grubitzsch / 55 rechts: Zoonar | Karin Jaehne / 56: dpa | Heinz Hirndorf / 57 beide links oben: ZB | Thomas Uhlemann / 57 unten rechts: ZB | Jan Bauer / 58: Peter Kneffel / 59: dpa | Reinhard Kemmether / 60 links: zb | Thomas Lebie / 60 rechts: dpa | Lehtikuva Lei-61 / 62: zb | Eberhard Klöppel / 65 oben links: ZB | Thomas Lehmann / 65 oben rechts: ZB | Rainer Weisflog / 65 unten: zb | Paul Glaser / 66: zb | Paul Glaser / 67: augenblick | firo Sportphoto | Ralf Ibing

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309,
Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Laura Gerken (verantwortlich/bpb); Charlotte Wittenius;
Leonie Schminke (Volontärin)

Gutachten:

Prof. Dr. Ralph Jessen ist Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität zu Köln. Prof. Dr. Thomas Sandkühler ist Professor für Geschichtsdidaktik an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Titelbild: Ulrich Baumgarten via Getty Images; Zwei Schülerinnen betrachten im Mai 2018 im Haus der Geschichte in Bonn das wohl bekannteste Foto des Kalten Krieges: der DDR-Grenzpolizist Conrad Schumann springt kurz nach dem Mauerbau von Ost- nach West-Berlin.

Umschlagrückseite: CeeCee Creative, 10117 Berlin, ceecreative.com

Gesamtgestaltung:

Synchronschwimmer GmbH, Frankfurt am Main

Druck: Schaffrath GmbH & Co. KG, 47608 Geldern

Vertrieb: IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise: vierteljährlich

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 400 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. März 2024

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Wir danken allen Lizenzgebern für die freundlich erteilte Abdruckgenehmigung. Die Inhalte der im Text, in den Anmerkungen und Literaturhinweisen zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbieter; für eventuelle Schäden und Forderungen übernehmen die bpb sowie der Autor keine Haftung.

Anforderungen

bitte schriftlich an

Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax.: 03 82 04/66-273 oder www.bpb.de/izpb

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten können unter folgendem Link vorgenommen werden: bpb.de/545002

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o. g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



Auf der Suche
nach spannenden
Fakten?



Findest du im Timer 2024/2025.

Der Notizkalender der Bundeszentrale für politische Bildung bietet Wissenswertes aus aller Welt, Infos zu historischen Ereignissen und Fakten zum neuen Timer-Thema „Körper“ sowie hilfreiche Tipps für Schule, Ausbildung und Studium.

Einfach bestellen auf [↗ bpb.de/timer](https://www.bpb.de/timer)